

**Frank Deppe (Hg.)**

**Europäische  
Wirtschafts-  
gemeinschaft  
(EWG)**

**Zur politischen Ökonomie  
der westeuropäischen  
Integration**

**Politische  
Wissen-  
schaften**

studium  
ro  
ro  
ro

**P**

# **rororo studium**

Herausgegeben von Ernesto Grassi

Universität München

## **WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT:**

Erhard Denninger, Frankfurt/Main / Erwin Grochla, Köln / Franz-Xaver Kaufmann, Bielefeld / Erich Kosiol, Berlin / Karl Kroeschell, Göttingen / Joachim Matthes, Bielefeld / Helmut Schnelle, Berlin / Dieter Wunderlich, Düsseldorf

*rororo studium ist eine systematisch konzipierte wissenschaftliche Arbeitsbibliothek, die nach Inhalt und Aufbau die Vermittlung von theoretischer Grundlegung und Handlungsbezug des Wissens im Rahmen interdisziplinärer Koordination anstrebt. Die Reihe orientiert sich an den didaktischen Ansprüchen, der Sachlogik und dem kritischen Selbstverständnis der einzelnen Wissenschaften. Die innere Gliederung der Studienkomplexe in EINFÜHRENDE GRUNDRISSE, SCHWERPUNKTANALYSEN und PRAXISBEZOGENE EINZELDARSTELLUNGEN geht nicht vom überlieferten Fächerkanon aus, sondern zielt auf eine problemorientierte Zusammenfassung der Grundlagen und Ergebnisse derjenigen Wissenschaften, die wegen ihrer gesellschaftlichen Bedeutung didaktischen Vorrang haben. Kooperation und thematische Abstimmung der mitarbeitenden Wissenschaftler gewährleisten die Verknüpfung zwischen den einzelnen Bänden und den verschiedenen Studienkomplexen.*

E. G.

# Politische Wissenschaften



FRANK DEPPE (Hg.)

# Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

Zur politischen Ökonomie der  
westeuropäischen Integration

Mit Beiträgen von Wilhelm M. Breuer, Frank Deppe, Albert Engelhard,  
Dietmar Goralczyk, Joachim Lau, Hermann Lenke, Werner Michel,  
Hanne Nusimé, Erhard Sanio, Focko Siebels, Albert Statz, Detlev Sträter  
und Ulrich Wacker



ROWOHLT

**Herausgeberassistent: Eginhard Hora (München)**  
**Redaktion: Burghard König**

**Veröffentlicht im Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH,  
Reinbek bei Hamburg, Mai 1975  
© Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH,  
Reinbek bei Hamburg, 1975  
Alle Rechte vorbehalten  
Umschlagentwurf Werner Rebhuhn  
Gesetzt aus der Aldus bei Otto Gutfreund & Sohn, Darmstadt  
Gesamtherstellung Clausen & Bosse, Leck/Schleswig  
Printed in Germany  
1680-ISBN 3 499 21073 8**

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Herausgebers	11
--------------------------	----

## Erster Teil

I. Dietmar Goralczyk: Die Marxsche Theorie der Weltmarkt- bewegung des Kapitals und die Rekonstruktion des Weltmarkts nach 1945	14
1. Vorbemerkung	14
2. Kapitalbegriff und Weltmarkt – die propagandistische und zivilisatorische Tendenz des Kapitals	14
3. Profitrate, Kredit und Außenhandel	20
4. Die modifizierte Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt und ihre Folgen	23
5. Weltwirtschaftliche Entwicklung und westeuropäische Integration nach dem Zweiten Weltkrieg	35
6. Strukturwandel des kapitalistischen Weltmarktes	44
7. Der Strukturwandel des Kapitalexports – die Dominanz der Direktinvestition	47
8. Schluß	50
II. Hanne Nusimé/Werner Michel/Ulrich Wacker: Die internationale Konzentration und Zentralisation des Kapitals	53
1. Einleitung	53
2. Die internationalen Konzerne	58
2.1. Die Entwicklung der internationalen Konzerne	59
2.2. Die Entwicklung der Direktinvestitionen	61
2.3. Die regionale Struktur der ausländischen Direktinvestitionen	63
2.4. Die Eigentumsstruktur der internationalen Konzerne	66
2.5. Die Konkurrenz Westeuropa – USA	69
3. Die Finanzierung der internationalen Konzerne – die Internatio- nalisierung der Kapitalmärkte und der Banken	72
3.1. Die Finanzierung internationaler Konzerne	72
3.2. Die Internationalisierung des Kapitalmarktes	75
3.3. Die Internationalisierung der Banken	79
3.4. Die Politik der EWG-Kommission und der Nationalstaaten	85
4. Konzentration und Zentralisation des Kapitals in Westeuropa	87
4.1. Zur empirischen Analyse der internationalen Konzentration und Zentralisation in der EWG	89

4.2.	Internationale westeuropäische Konzerne	97
4.3.	Nationale Akkumulation und Zentralisation des Kapitals als Vorbereitung der transnationalen Expansion – das Beispiel Frankreich	99
4.4.	Typische Formen und Tendenzen des internationalen Konzentrations- und Zentralisationsprozesses in der EWG	106

## Zweiter Teil

III.	Albert Statz: Zur Geschichte der westeuropäischen Integration bis zur Gründung der EWG	110
1.	Vorbemerkung	110
2.	Die Ausgangssituation nach 1945	110
3.	Marshall-Plan und OEEC	118
4.	Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion)	123
4.1.	Ökonomische und politische Bedingungen der Entstehung der EGKS	126
4.2.	Politisch-institutionelle Form und ökonomische Funktion der EGKS	137
4.3.	Widerspruchsentwicklung und Funktionsverlust der EGKS	146
5.	Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft	151
5.1.	Das Verhältnis der Montanunion zur Gründung von EWG und Euratom	152
5.2.	Die allgemeinen Strukturbedingungen des Weltmarktes	154
5.3.	Die Herausbildung der regionalen Struktur der westeuropäischen Integration	159
5.4.	Das Kräfteverhältnis und die Interessengegensätze zwischen den Mitgliedsländern und die Gründung der EWG	164
IV.	Frank Deppe: Zur ökonomischen und politischen Struktur des Integrationsprozesses	175
1.	Zum Begriff der Integration	175
2.	Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verflechtung	186
2.1.	Handelsverflechtung	186
2.2.	Kapitalverflechtung	196
2.3.	Arbeitsmarkt	209
3.	Die Entwicklung des Kräfteverhältnisses in der EWG	213
3.1.	Vorbemerkung	213
3.2.	Die Entwicklung der sozialökonomischen Strukturen	217
3.3.	Zusammenfassung	231

4.	Aspekte der widersprüchlichen Bewegung des Integrationsprozesses	233
4.1.	Bilanz und derzeitiger Stand der Integration	233
4.2.	Zu einigen Problemen der Integrationstheorie	237
4.3.	Probleme der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung innerhalb der EWG	248
5.	Entwicklungstendenzen der westeuropäischen Integration	275

## Dritter Teil

V.	Erhard Sanio/Wilhelm M. Breuer: Die EWG und die Krise des kapitalistischen Währungssystems	285
1.	Zum Charakter der Nachkriegsordnung der kapitalistischen Zahlungsbeziehungen	285
2.	Etappen, Triebkräfte und Hemmnisse der westeuropäischen Währungs Kooperation	290
3.	Perspektiven der kapitalistischen Weltwährungsordnung und der westeuropäischen Währungs Kooperation	303
VI.	Joachim Lau: Die Wettbewerbspolitik der EWG	312
1.	Vorbemerkung	312
2.	Die Politik gegenüber Kartellen und Monopolen	313
2.1.	Der Montanunionvertrag und der EWG-Vertrag	313
2.2.	Die Verordnungen und Bekanntmachungen der Kommission und des Rates über die Anwendung des Kartell- und Monopolrechts der EWG	317
2.3.	Die Entscheidungen der Kommission und des Gerichtshofes	319
2.4.	Das Kartellrecht der Mitgliedstaaten	324
2.5.	Perspektiven europäischer Kartellpolitik	329
3.	Kooperations- und Konzentrationspolitik	330
3.1.	Die Kooperationspolitik	330
3.2.	Konzentrationspolitik	334
4.	Die Politik der Gemeinschaft gegenüber staatlichen Beihilfen und Handelsmonopolen	335
5.	Perspektiven europäischer Wettbewerbspolitik	336
VII.	Focko Siebels/Hermann Lenke: Kapitalistische Vergesellschaftung der Landwirtschaft und «Gemeinsamer Agrarmarkt» in der EWG	338
1.	Theoretische und empirische Aspekte der Vergesellschaftung der Landwirtschaft in der EWG unter besonderer Berücksichtigung der BRD	340

1.1.	Zu einigen Grundzügen kapitalistischer Vergesellschaftung der Landwirtschaft	340
1.2.	Konzentrationsstendenzen im unmittelbaren landwirtschaftlichen Produktionsbereich	349
1.3.	Die vertikale monopolkapitalistische Integration als Hauptkonsequenz der Vergesellschaftung der Landwirtschaft in der EWG	353
2.	Die Agrarpolitik der EWG	360
2.1.	Zur Lage am Weltagrarmarkt	360
2.2.	Interessengegensätze zwischen den EWG-Mitgliedsländern	362
2.3.	Unterschiedliche nationale Preispolitik für Agrarprodukte	364
2.4.	Die formale Organisation des GAM	366
2.5.	Die Preispolitik des Ministerrates	368
2.6.	Auswirkungen der Währungskrise auf den GAM	370
2.7.	Kosten der rückständigen Landwirtschaft und Finanzierung der EWG-Agrarpolitik	373
2.8.	Stagnierende Strukturpolitik	375
VIII. Albert Engelhard/Detlev Sträter: Möglichkeiten und Grenzen supranationaler staatlicher Regulierung: Forschungs- und Technologiepolitik		377
1.	Ökonomische Determinanten staatlicher Forschungs- und Technologiepolitik	377
1.1.	Verwissenschaftlichung der Produktion	378
1.2.	Monopolisierung durch Forschung und Entwicklung	380
1.3.	Staatliche Forschungspolitik	382
2.	Internationalisierung von Forschung und Technologie	385
2.1.	Tendenzen westeuropäischer FE-Zusammenarbeit	385
2.2.	Forschungskooperation der Unternehmen	386
2.3.	Die Rolle des Staates in der internationalen FE-Politik	388
2.4.	Die technologische Lücke	391
2.5.	Formen der internationalen FE-Zusammenarbeit	394
2.6.	Beispiele internationaler Forschungs- und Technologiepolitik	396
	2.6.1. Chemie 396 / 2.6.2. Elektronik 399 / 2.6.3. Luftfahrt 402 / 2.6.4. Raumfahrt 406 / 2.6.5. Kernforschung 409	
3.	Konzeptionen der EG-Kommission für eine supranationale Forschungs- und Technologiepolitik	412
4.	Schlußbemerkung	416
Über die Verfasser		418
Auswahlbibliographie		420
Sachregister		426

## Vorwort des Herausgebers

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)<sup>1</sup> ist in jüngster Zeit wieder stärker in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen und politischen Interesses gerückt. Vor allem im Anschluß an die Haager Gipfelkonferenz des Jahres 1969, als die westeuropäische Integration neue entscheidende Impulse durch die Beschlüsse zur Erweiterung der EWG sowie zur Vertiefung der Integration durch die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion zu erhalten schien, artikuliert sich dieses Interesse in zahlreichen sozial- und politikwissenschaftlichen Veröffentlichungen und Forschungsprojekten. Zugleich hat die Erfahrung der Stagnationstendenzen des Integrationsprozesses, der Zusammenballung von nationalen und internationalen Krisenerscheinungen des kapitalistischen Systems sowie der wachsenden – besonders durch die Aktionen der Arbeiterbewegung vermittelten – politischen und ideologischen Instabilität in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern erneut die Grundsatzfrage nach der Existenzfähigkeit und dem möglichen Bestand der EWG aufgeworfen.

Der Student oder der Wissenschaftler, der sich dem Gegenstand EWG zu nähern sucht, sieht sich in der Regel mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert. Auf der einen Seite ist die Flut der bereits erschienenen sowie der täglich neu erscheinenden EWG-Literatur fast unüberschaubar geworden, und selbst die laufende Produktion von dokumentarischen Materialien von seiten der EWG-Institutionen übersteigt längst die informationsverarbeitende Kapazität eines forschenden Individuums. Auf der anderen Seite fehlen nach wie vor einführende Darstellungen und Analysen der Integration, die nicht nur ein Verständnis der institutionellen Struktur und der Integrationsideologien, sondern einen Begriff des Gesamtcharakters der EWG mit ihren Entstehungsbedingungen und ihrer Entwicklungsperspektive ermöglichen. Gerade die entscheidenden Fragen nach dem künftigen Bestand der EWG, nach ihrer Reversibilität oder Irreversibilität, nach den Entwicklungsgesetzen und Widersprüchen, die den Zusammenhang der zahllosen Einzelercheinungen überhaupt erst zu konstituieren vermögen, finden zumeist in den vorwiegend empirisch orientierten politikwissenschaftlichen Gesamtdarstellungen und Teiluntersuchungen keine angemessene Antwort.

Die Verfasser dieses Bandes können und wollen nicht beanspruchen, eine um-

---

<sup>1</sup> Seit Juli 1967, als die Institutionen der drei Gemeinschaften (EWG, EGKS, EURATOM) vereinheitlicht und deren Exekutivorgane in der Kommission der Europäischen Gemeinschaften verschmolzen wurden, gilt im offiziellen Sprachgebrauch die Bezeichnung Europäische Gemeinschaft (EG). Im folgenden Text wird dagegen durchgehend an der Bezeichnung EWG festgehalten. Diese Abweichung von der offiziellen Terminologie ist nicht nur darin begründet, daß die EWG nach wie vor das Kernstück des westeuropäischen Integrationsprozesses und damit den Hauptgegenstand der Analyse bildet. Darüber hinaus sollte die ideologische Programmatik, die zweifellos mit dem irrealen Anspruch gesamteuropäischer Repräsentanz wie mit dem Gemeinschaftsbegriff selbst impliziert ist, jedweden unkümmerten Umgang mit der Bezeichnung «Europäische Gemeinschaft» verwehren.

fassende Analyse des Gesamtcharakters der westeuropäischen Integration und ihrer gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze und Widersprüche vorzulegen. Den Anstoß für ihre Arbeit gab zunächst die Tatsache, daß ein einführender wissenschaftlicher Text, der die theoretischen und empirischen Aspekte der Integrationsproblematik zu entfalten vermag und insofern eine notwendige Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Forschungsschwerpunkte darstellt, bislang nicht vorliegt. Allerdings konnte sich die Arbeitsgruppe nicht darauf beschränken, bereits verfügbare empirische Forschungsergebnisse und theoretische Deutungsversuche zusammenzufassen, um auf diesem Wege dem Desiderat eines leicht verständlichen und «handhabbaren» Einführungstextes entgegenzukommen. Da nicht nur die bürgerliche Integrationsforschung, sondern auch die marxistische Integrationstheorie bei der Bearbeitung zentraler Probleme (so der Beziehung von nationaler und internationaler Kapitalbewegung, von Nationalstaatlichkeit und Supranationalität, der empirischen Erforschung und theoretischen Deutung von internationalen Zentralisationsvorgängen etc.) zuweilen noch erhebliche Defizite aufweisen, standen die Verfasser vor der Aufgabe, mit der Gliederung des Stoffes zugleich eine Systematik der Darstellung zu konzipieren, in der der Versuch des Begriffs des zu bearbeitenden Gegenstandes selbst noch deutlich wird.

Obwohl die einzelnen Beiträge dieses Bandes nicht durchgängig in dem Verständnis von Grundbegriffen und ihren Inhalten übereinstimmen, gehen sie gemeinsam von einem methodologischen Vorverständnis aus, nach dem der Schlüssel zum Begriff gesellschaftlicher und geschichtlicher Prozesse in der Analyse der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse liegt und das Konstitutionsprinzip dieser Verhältnisse zugleich als die materielle Basis der sozialen, politischen und ideologischen Erscheinungen zu begreifen ist. Bei der Untersuchung kapitalistischer Integrationsprozesse geht es vorab darum, jene Bewegungsformen des Kapitalverhältnisses und ihre Bedingungen zu bestimmen, die neue Formen des internationalen Vergesellschaftungszusammenhangs kapitalistischer Produktion, neue Formen der zwischenstaatlichen ökonomischen und politischen Kooperation, schließlich auch neue Formen der internationalen Konkurrenz notwendig hervorbringen. Der Akkumulationsprozeß des Kapitals im allgemeinen muß als eine beständige Bewegung gefaßt werden, die sich durch die permanente Produktion, Überwindung und Reproduktion von Verwertungsschranken auszeichnet, die letztlich in der gesellschaftlichen Natur des Kapitals, nämlich in seiner Bestimmung als privates Aneignungsverhältnis, das auf der gesellschaftlichen Organisation des Produktionsprozesses beruht, verwurzelt sind. Auch die internationale Kapitalbewegung unterliegt den Zwängen und Anforderungen, wie sie sich notwendig aus der Kapitalverwertung und Profitproduktion ergeben. Diese allgemeine grundlegende Bestimmung kapitalistischer Vergesellschaftungsprozesse in der besonderen, durch zahllose historisch-empirische Faktoren geprägten Entwicklung der EWG als deren widersprüchliches Bewegungsprinzip, als Bedingung ihrer «Erfolge» wie ihrer «Krisen» nachzuweisen ist Absicht aller in diesem Band zusammengestellten Einzelbeiträge. Daß sich der Zu-

sammenhang der Beiträge nicht zufällig herstellt, sondern aus einer gemeinsamen einheitlichen Fragestellung resultiert, dürfte deutlich werden.

Die Darstellung beginnt mit einer Analyse der Weltmarkt看egung des Kapitals sowie der gegenwärtigen internationalen Konzentrations- und Zentralisationsbewegungen des Kapitals. Gewiß kann der Leser diesen Teil überspringen und sich sofort dem zweiten Teil bzw. den Einzelanalysen des dritten Teils zuwenden. Für den systematischen Zugang zum Verständnis der EWG erschien es den Verfassern aber unerläßlich, die Diskussion über die Strukturveränderungen des kapitalistischen Weltmarktes nach 1945, die Zielrichtung, Triebkräfte und Formen der internationalen Kapitalbewegung in der Gegenwart an den Anfang der Untersuchung zu stellen; denn nur in diesem Zusammenhang kann sinnvoll begründet werden, welche Interessenkonstellationen und welches Kräfteverhältnis nach dem Zweiten Weltkrieg zur konkreten Ausgestaltung der EWG führten. Diese zeichnete sich ja gerade dadurch aus, daß sie einerseits führende westeuropäische Volkswirtschaften aus der Enge des nationalen Protektionismus befreite, andererseits aber das Prinzip des Regionalismus, der regionalen Blockbildung in der Weltwirtschaft, verfestigte. Während sich der zweite Teil darauf konzentriert, eine zusammenfassende – und daher zum Teil noch sehr allgemeine – Darstellung der «Vorgeschichte» und der bisherigen Entwicklung der EWG zu vermitteln, werden im dritten Teil einzelne Bereiche der Integrationspolitik (Währungs-, Wettbewerbs-, Landwirtschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik) zum Gegenstand der Analyse. Die Auswahl dieser Bereiche orientierte sich an der Relevanz, die ihnen zur Verwirklichung der Integrationsziele sowie zur Vertiefung der Integration im ökonomischen und im politischen Sinne zukommt.

Selbstverständlich kann es sich dabei nur um eine begrenzte exemplarische Auswahl von Teilbereichen der EWG handeln. Wichtige Probleme – wie die Außenbeziehungen der EWG, namentlich die Beziehungen EWG–USA, die Assoziierungspolitik der EWG, die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern wie die Entwicklung der gesamteuropäischen Entspannungs- und Friedenspolitik – bleiben ausgespart.

Daß die Rolle der westeuropäischen Arbeiterbewegung in diesem Band nicht in einem selbständigen Abschnitt behandelt wird, wird von den Verfassern als ein Mangel empfunden; denn die Entwicklung der sozialen und politischen Widersprüche innerhalb der EWG werden entscheidend durch die Existenz und Politik der Arbeiterbewegung bestimmt. Die Perspektive der kapitalistischen Integration wird sich kaum hinreichend erfassen lassen, sofern nicht jene historischen Alternativen berücksichtigt werden, die in den realen Klassenauseinandersetzungen sowie in den Kampfzielen des überwiegenden Teils der westeuropäischen Arbeiterbewegung konkret werden. Eine Veröffentlichung zu dem Thema «Westeuropäische Integration und Arbeiterbewegung» wird daher in kurzer Zeit folgen.

Die Manuskripte wurden Ende 1973/Anfang 1974 abgeschlossen.

Marburg, April 1974

Frank Deppe.

## IV. Frank Deppe

### Zur ökonomischen und politischen Struktur des Integrationsprozesses

#### 1. Zum Begriff der Integration

Der Begriff «Integration» hat eine lange geistesgeschichtliche Tradition; er ist so alt wie die Europa-Ideologie selbst. Schon Herbert Spencer, einer der Begründer der positivistischen Gesellschaftslehre, formulierte vor einem Jahrhundert den scheinbar naturgesetzlichen Zusammenhang von wachsender gesellschaftlicher Differenzierung (Arbeitsteilung) und Integration («Übergang vom Zusammenhangslosen zum Zusammenhängenden») als das allgemeine Gesetz der gesellschaftlichen Entwicklung und als das besondere Gesetz der Entwicklung der europäischen Nationen zu einer europäischen Konföderation.<sup>1</sup> Inzwischen wird der Begriff Integration – auch vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen nach 1945 – weitgehend im Sinne einer Gemeinschaftsbildung oder einer Vergemeinschaftung (Schaffung einer Union)<sup>2</sup> oder als ein «Prozeß, den Zustand der Union zu erreichen»<sup>3</sup>, verwendet. Damit soll der Integrationsvorgang abgehoben werden von allen Formen des zwischenstaatlichen Konsens, des intergouvernementalen Interessenausgleichs, also von der klassischen außenpolitischen Bündnispolitik. Er greift über bloß wirtschaftliche, politische, militärische Bündnisse qualitativ hinaus und reflektiert so den Sachverhalt, daß ihm reale – zunächst politisch nicht normierte – Vergemeinschaftungs- und Verflechtungsprozesse ökonomischer und sozialer Natur vorausgehen und ihn erst begründen.<sup>4</sup>

Die dem EWG-Vertrag immanente Integrationsvorstellung wird schon in den Grundsätzen (Erster Teil) expliziert. Dort sind in Art. 2 die «Aufgaben der Gemeinschaft» in doppelter Weise bestimmt; denn diese umfassen sowohl die Inhalte der Integration als auch die Zwecke, die vermittels jener Inhalte realisiert werden sollen:

*«Aufgabe der Gemeinschaft ist es) durch die Errichtung eines gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten eine harmonische*

---

1 Spencer, H.: System der synthetischen Philosophie, Band 1: Grundlagen der Philosophie, Stuttgart 1875; zit. nach Schöndube, C.: Grundsatzfragen der europäischen Integration, Hangelar bei Bonn 1968, S. 116 ff.

2 So z. B. Häckel, E.: Theoretische Aspekte der regionalen Verflechtung. In: Regionale Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland. Schriften des Forschungsinstitutes der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Band 33, München/Wien 1973, S. 15–38.

3 So Pinder, J.: Problems of European Integration. In: Denton, G. R. (ed.): Economic Integration in Europe, London 1969, S. 143–170, hier S. 143.

4 So argumentiert z. B. K. W. Deutsch, der die Intensivierung der sozialen Kommunikation als den Kern von Integrationsprozessen bestimmt. Vgl. Deutsch, K. W.: Nationale Integration und die politische Erfahrung Westeuropas. In: ders., Der Nationalismus und seine Alternativen, München 1972, S. 9–40.

*Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft, eine beständige und ausgewogene Wirtschaftsausweitung, eine größere Stabilität, eine beschleunigte Hebung der Lebenshaltung und engere Beziehungen zwischen den Staaten zu fördern, die in der Gemeinschaft zusammengeschlossen sind.»*

Im folgenden Art. 3 werden die Instrumente und Tätigkeiten benannt, durch die die vorgenannten Inhalte und Zwecke verwirklicht werden sollen, und zwar u. a.:

- «- die Abschaffung der Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen bei der Ein- und Ausfuhr von Waren sowie aller sonstigen Maßnahmen gleicher Wirkung zwischen den Mitgliedstaaten;
- die Einführung eines gemeinsamen Zolltarifs und einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber dritten Ländern;
- die Beseitigung der Hindernisse für den freien Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten;
- die Einführung einer gemeinsamen Politik auf dem Gebiet des Verkehrs;
- die Einführung einer gemeinsamen Politik auf dem Gebiet der Landwirtschaft;
- die Errichtung eines Systems, das den Wettbewerb innerhalb des gemeinsamen Marktes vor Verfälschungen schützt;
- die Anwendung von Verfahren, welche die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und die Behebung von Störungen im Gleichgewicht ihrer Zahlungsbilanzen ermöglichen;
- die Angleichung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften, soweit dies für das ordnungsgemäße Funktionieren des Gemeinsamen Marktes erforderlich ist.»

Die allgemeinen Bestimmungen des Vertrages präzisieren mithin das ihnen zugrundeliegende Verständnis von Integration. Zwar wird die politische Union nicht explizit im Zielkatalog aufgeführt; gleichwohl beschränkt sich dieser nicht auf einen gegenseitigen Zollabbau, wie er für die Errichtung einer «Freihandelszone» kennzeichnend ist; denn neben den Waren sollen sich auch Kapital und Arbeit frei bewegen können, und es soll eine gemeinschaftliche Politik, deren Durchführung und Kontrolle besonderen supranationalen Organen obliegt (Art. 4, Organe der Gemeinschaft), entwickelt werden.

«Um den freien Warenverkehr für Industrie- und Agrarprodukte herzustellen, genügt es keineswegs, wie uns manche wirklichkeitsfremde Vereinfacher glauben machen möchten, bloß die Grenzen zu öffnen. Es bedarf dazu vielmehr umfangreicher gemeinschaftlicher Überbauten, die wesentliche Stücke der Steuerpolitik, der Budgetpolitik, der Konjunkturpolitik und der Währungspolitik umfassen.»<sup>5</sup>

So wird denn auch im Zusammenhang der Ziele der westeuropäischen Integration immer wieder von der Notwendigkeit der «Herstellung binnenmarktähnli-

---

5 Hallstein, W.: Der unvollendete Bundesstaat, Düsseldorf/Wien 1969, S. 24. Aus diesem Zusammenhang von ökonomischer und politischer Integration leitet Hallstein den Zwang, die «Sachlogik», ab, «von der Öffnung der Märkte bis zur Zusammenfassung der wirtschaftlich relevanten staatlichen Aktivität», d. h. letztlich zur politischen Union Europas zu gehen (ebd. S. 27/28).

cher Verhältnisse» innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten gesprochen. Ein solcher europäischer Binnenmarkt, über dessen Realisierungsgrad auch heute noch kontroverse Auffassungen vorherrschen,<sup>6</sup> ist also nicht nur durch die wirtschaftliche Verflechtung charakterisiert, die sich durch die Beseitigung von Hindernissen des gegenseitigen Austausches herstellt, sondern zugleich durch gemeinsame politische – insbesondere wirtschaftspolitische – Zielsetzungen:<sup>7</sup> Die Angleichung der Wirtschaftspolitik sowohl durch die Entwicklung einer Gemeinschaftspolitik (Prinzip der Supranationalität) als auch durch die Koordinierung und schließliche Harmonisierung der nationalstaatlichen Politik gehört nach der Intention der Römischen Verträge ebenso zur Integration wie der Zollabbau. Insofern unterscheidet sich die «moderne Integration» grundlegend von den Freihandelsvorstellungen des 19. Jahrhunderts: «Im Gegensatz zu dieser durch den Marktmechanismus gesteuerten globalen Integration... ist (sie)... eine durch die Wirtschaftspolitik gesteuerte regionale Integration.»<sup>8</sup> Dem liegt die – besonders durch die Weltwirtschaftskrise nach 1929 begründete – Erfahrung zugrunde, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht mehr dem anarchischen Selbstlauf des Profitstrebens der Einzelkapitale überlassen werden kann, daß also das Regulativ des Profits, der das Wachstum wie die nationale und internationale Mobilität des Kapitals steuert, um das Regulativ der staatlichen Steuerung der Profitproduktion, des staatlichen Setzens von Verwertungsbedingungen ergänzt werden muß, das den Auswirkungen des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate modifizierend entgegentritt.

6 So z. B. Hallstein, W.: Bilanz und Ausblick der europäischen Einigung. In: Euro-Cooperation, Nr. 3/4, März/Juni 1973, S. 2–6. Dort wird die These von der Irreversibilität der Integration aufgrund der Herstellung eines Binnenmarktes formuliert. Auf der anderen Seite spricht die EG-Kommission von dem «noch unvollkommenen Verflechtungsgrad der Binnenmärkte». Vgl. Mitteilung der Kommission an den Rat über die Fortschritte, die während der 1. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion erzielt wurden. Brüssel, 19. April 1973, Kom (73), 570-D, endg., S. 7. In diesem Sinne auch Berg, H.: Die Funktionsfähigkeit der EWG, Göttingen 1972, S. 112.

7 «Wie die Binnenmärkte der einzelnen Volkswirtschaften (soll der Gemeinsame Markt; d. Verf.) gekennzeichnet sein durch Freizügigkeit der Menschen, zoll- und kontingentsfreie Beweglichkeit der Waren und Kapitalien, einheitliche Währung, relativ einheitliche Verkehrstarife und eine einheitliche Wirtschafts- und Sozialpolitik, außerdem durch im ganzen einheitliche Rechtsnormen und einen höheren Grad von Sicherheit beim Bezug von dauerhaften Gütern und Ersatzteilen» (Gündel, R., u. a.: Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1965, S. 295).

8 Predöhl, A./Jürgensen, H.: Europäische Integration. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften (HdSW), Band 3, hg. v. E. Beckerath u. a., Stuttgart/Tübingen/Göttingen 1961, S. 371–386, hier S. 372. Für die Wiederherstellung einer – auf dem Freihandel beruhenden – globalen kapitalistischen Integration setzte sich im Gegensatz dazu vor allem W. Röpke ein. Vgl. ders.: Gemeinsamer Markt und Freihandelszone. In: Ordo, 10. Band (1958), S. 31–62. Dort heißt es (S. 38): «Dem liberalen Prinzip der Weltwirtschaft widersetzt sich ihm jene universalistische Lösung der Reintegration der internationalen Wirtschaft, wie sie von der internationalen Handelscharta angestrebt wurde.»

Das Verhältnis von ökonomischen und politischen Bestimmungen des Integrationsvorgangs ist vereinfachend auch als das Verhältnis von «negativer» und «positiver» Integration bezeichnet worden: Als «negativ» erscheint dabei die Beseitigung diskriminierender Schranken des zwischenstaatlichen Austausches, als «positiv» hingegen die Entwicklung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik.<sup>9</sup> Differenzierter ist hingegen die Unterscheidung von «funktioneller» und «institutioneller» Integration angelegt: Die funktionellen Inhalte und Effekte der Integration beziehen sich auf die Veränderungen der Handels- und Produktionsstruktur. Freihandelszonen und Zollunionen, die Handelshemmnisse beseitigen, werden in diesem Sinne als «funktionelle Integration ersten Grades», die Errichtung eines «Gemeinsamen Marktes», der darüber hinaus freien Kapital- und Dienstleistungsverkehr sowie die Freizügigkeit der Arbeitskräfte ermöglicht, wird als «funktionelle Integration zweiten Grades» gekennzeichnet. Die institutionelle Integration geht insofern über die funktionelle hinaus, als sie gemeinsame Normen für die Harmonisierung bzw. Koordinierung der wirtschaftspolitischen Ziele und Instrumente der Mitgliedsländer vertraglich fixiert.<sup>10</sup> Die EWG ist der Intention des Vertrags nach eine Form der institutionellen Integration, obwohl – wie schon die Analyse der widersprüchlichen «Vorgeschichte» der westeuropäischen Integration demonstriert hat – das Spannungsverhältnis zwischen funktioneller und institutioneller Integration – mit anderen Worten: von ökonomischer Verflechtung und politisch-institutioneller Vergemeinschaftung – die dominierende Erscheinungsform des kapitalistischen Grundcharakters der westeuropäischen Integration und der in ihr angelegten Stagnationstendenzen ist.

Der Integrationsbegriff wird jedoch vermittels solch formaler Bestimmungsmerkmale nur höchst unzureichend erfaßt. Entscheidend sind die Zwecke, die – keineswegs konvergierenden – partikularen, nationalen und gemeinschaftlichen Interessen, kurz: die «Integrationseffekte», die mit funktionellen wie mit institutionellen Methoden der Vergemeinschaftung erreicht werden sollen. Im Vertrag werden als Ziele eine «harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens, die beständige und ausgewogene Wirtschaftsausweitung, eine größere Stabilität (und) eine beschleunigte Hebung der Lebenshaltung» (Art. 2) genannt. Ausgleich von Disproportionalitäten, Wirtschaftswachstum, Verminderung der zyklischen Konjunkturschwankungen und Steigerung des Lebensstandards werden also als die Zwecke, als die «Wohlstandseffekte» der Integration, definiert. Die Beseitigung handelsdiskriminierender Hindernisse zwischen den Partnerstaaten einer Zollunion – so argumentiert die bürgerliche Integrationstheorie bis heute im Anschluß an das Ricardosche Theorem von den «komparativen Kosten» – erweitert

---

9 So Pinder, a.a.O., S. 169, in Anlehnung an die Terminologie von Tinbergen, J.: International Economic Integration, Amsterdam/Brüssel 1954.

10 Vgl. dazu Predöhl/Jürgensen, a.a.O., S. 371/372; weiterhin G. Gutmann: Die europäische Wirtschaftsgemeinschaft. In: Mück, J. (Hg.): Internationale Politik. Bad Wildunger Beiträge zur Gemeinschaftskunde, Band 4, Wiesbaden o.J., S. 181–216, hier S. 181/182.

die internationale Arbeitsteilung und trägt so zur Steigerung des allgemeinen Wohlstandes bei; denn ein jedes Land wird sich unter dieser Voraussetzung auf die Produktion und den Austausch jener Güter spezialisieren, die es selbst mit einem relativen Kostenvorteil herzustellen vermag.

Sosehr diese Theorie in der positiven Bewertung eines globalen Freihandelsprinzips übereinstimmt, so umstritten ist die «zweitbeste Lösung eines geographisch eng begrenzten Zusammenschlusses»,<sup>11</sup> nämlich die Bildung eines regionalen Wirtschaftsblocks, der Zölle und andere protektionistische Maßnahmen nach innen abbaut, aber als Schutz nach außen einen neuen gemeinsamen Außentarif etabliert. Die Theorien der regionalen Zollunion, die meist in den fünfziger Jahren konzipiert wurden,<sup>12</sup> beschäftigten sich daher vor allem mit dem Doppelcharakter jener Effekte, die der Block-Freihandel hervorbringt. Sie unterscheiden zwischen den handelsschaffenden und handelsablenkenden Wirkungen einer Zollunion.<sup>13</sup> Die Intensivierung des Warenaustausches (*trade creation*), die «Optimierung des Handels» können durch die diskriminierende Wirkung des Außentarifs, die dazu führt, daß die billigere Produktion eines Drittlandes durch die mit weniger rationellen Produktionsmethoden hergestellten Waren eines Partnerlandes substituiert werden, beeinträchtigt werden, was letztlich eine Verzerrung der internationalen Arbeitsteilung bedeutet. Die «Wohlstandseffekte» einer Zollunion hängen also davon ab, ob und in welcher Weise es gelingt, einen Gleichgewichtszustand zwischen den handelsschaffenden und handelsablenkenden Wirkungen der Zollunion herzustellen. Der Versuch, dieses Gleichgewicht – auch für die Länder der EWG – empirisch zu bilanzieren und so die «Wohlstandseffekte» zu quantifizieren, hat aber in der Regel ernüchternde und nur wenig aufschlußreiche Resultate gezeitigt.<sup>14</sup> «Die meisten Studien stimmen in einem Punkt überein – und das ist, daß die Gewinne in der Tat sehr klein sind, nicht mehr als 1 Prozent des BSP der Gemeinschaft.»<sup>15</sup>

Zugleich ist aber angesichts des problematischen Versuchs, die modellogischen Voraussetzungen der Zollunions-Theorie empirisch zu verifizieren, dieser theoretische Ansatz selbst in Frage gestellt worden. Auf der einen Seite wurde

---

11 Sannwald, R./Stohler, J.: *Wirtschaftliche Integration*, Basel/Tübingen 1958, S. 65.

12 Vgl. u. a. Viner, J.: *The Custom Union Issue*, New York 1950; Meade, J. E.: *The Theory of Custom Unions*, North Holland, Amsterdam 1955; Lipsey, R. J.: *The Theory of Custom Unions: A General Survey*. In: *Economic Journal*, Vol. LXXI, June 1961; Balassa, B.: *The Theory of Economic Integration*, London 1961; Scitovsky, T.: *Economic Theory and Western European Integration*, London 1958; als kurzen Überblick vgl. Swann, D.: *The Economics of the Common Market*, Harmondsworth 1972, S. 30 ff., und Predöhl/Jürgensen, a. a. O.

13 Vgl. Sannwald/Stohler, a. a. O., S. 39 ff.; Balassa, a. a. O., S. 25 ff.

14 Vgl. als Überblick Lundgren, N.: *Custom Unions of Industrialized West European Countries*. In: Denton (ed.), a. a. O., S. 25–54, hier S. 38 ff.; Nème, J. et C.: *Economie européenne*, Paris 1970, S. 170 ff.; Balassa, B.: *Trade Liberalization among Industrial Countries*, New York/Toronto 1967.

15 Swann, a. a. O., S. 37.

der «statische Ansatz» der Integrationstheorie zurückgewiesen,<sup>16</sup> da er die dynamischen Faktoren vernachlässige, die ebenfalls durch eine Zollunion hervorgerufen werden. Die Schaffung einer Freihandelszone trägt demzufolge dazu bei, daß u. a. die Vorteile der Großproduktion, der Spezialisierung und des technischen Fortschritts sowie eines intensiveren Wettbewerbs genutzt werden können. Auf der anderen Seite waren ja Form und Inhalt der EWG keineswegs mit jenem Modell einer Zollunion identisch, das der Abwägung der handelschaffenden Vorteile und der handelsablenkenden Kosten zugrunde lag. Die EWG war nicht als Zollunion, also nicht als eine «funktionelle Integration ersten Grades» konzipiert, sondern als ökonomischer Binnenraum und als eine wirtschaftspolitische Gemeinschaft mit autonomen supranationalen Organen. Insofern zielte diese Konstruktion a priori nicht nur auf eine Optimierung des zwischenstaatlichen Handels, sondern zugleich auf die Maximierung und Optimierung der Produktion, d. h. auf schnelleres Wachstum sowie auf effektivere Produktionsstrukturen.

Die Realisierung des Gemeinsamen Marktes soll – hauptsächlich aufgrund der «relativen Stagnation Europas» seit dem Ersten Weltkrieg<sup>17</sup> – sowohl den Wettbewerbszwang zwischen den Kapitalen der vormals gegeneinander abgeschirmten Nationalwirtschaften stärken als auch die regionale und transnationale Mobilität von Kapital und Arbeit begünstigen.<sup>18</sup> Eine Verbesserung der Verwertungsbedingungen des westeuropäischen Kapitals, die der Strategie des «Aufholens» gegenüber den USA und der ökonomischen, politischen und militärischen «Abschreckung» gegenüber dem Sozialismus entsprach, war auf dem Wege einer regionalen Freihandelszone überhaupt nicht zu erreichen. Dazu war und ist die ökonomische Bedeutung des Außenhandels, gemessen an der gesamten Produktion, viel zu gering<sup>19</sup> – ein Tatbestand, der den angeschlagenen Nationen Westeuropas durch den Aufstieg der USA zur ökonomisch und politisch dominierenden Macht der kapitalistischen Welt nachhaltig vor Augen geführt worden war. «Dem europäischen Kraftfeld die Stellung wiederzugewinnen, die das amerikanische und sowjetische niemals verloren haben», und so über die regionale Integration – gleichsam «von unten nach oben» – «eine neue weltwirtschaftliche Kooperation auf(zu)bauen»,<sup>20</sup> erforderte also, einen umfassenderen Binnenmarkt zu schaffen, in dem dem Kapital durch die Internationalisierung der monopolistischen Konkurrenz neue Realisierungs- und Anlagemöglichkeiten erschlossen, durch die Vernichtung unproduktiver Kapitale die Konzentration und Zentralisation des Kapitals gesteigert und schließlich dessen Produktivität durch das Vorantreiben des technischen Fortschritts sowie durch günstigere Ausbeutungsbedingungen der Arbeitskraft erhöht werden

---

16 Vgl. Balssa: *The theory...*, a.a.O., S. 21 ff.

17 Vgl. u. a. Sannwald/Stohler, a.a.O., S. 1 ff.

18 Vgl. Gutmann, a.a.O., S. 182.

19 Vgl. Lundgren, a.a.O., S. 52.

20 Predöhl/Jürgensen, a.a.O., S. 374.

konnten.<sup>21</sup>

Diese Zweckbestimmung des Gemeinsamen Marktes, deren «Unterpfand der Irrevokabilität... in der... Transformation der Produktionsstrukturen selbst liegt»,<sup>22</sup> wurde noch insoweit in den Vordergrund gerückt, als sich die äußeren Handelsschranken der EWG – mit Ausnahme der Agrarprodukte – nicht als ein Hindernis, sondern im Gegenteil als ein Stimulator für das massive Eindringen des US-amerikanischen Kapitals in den EWG-Markt erwies. Zweifellos liegen dieser «Veredelung» von Export in Produktion, von Waren- in Kapitalexport allgemeine Strukturveränderungen der Weltmarktbeziehung des Kapitals zugrunde. Gleichwohl beschleunigte die Errichtung der EWG das Ansteigen der US-Direktinvestitionen in Westeuropa erheblich. Damit hat sich aber die Frage nach den «Wohlstandseffekten» eines gemeinsamen Marktes tendenziell vom Felde der Außenhandelsoptimierung zu seiner inneren «Strukturflexibilität», d. h. zu seiner Wirkung auf die Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Kapitale, verlagert.<sup>23</sup> Der Binneneffekt der Integration erscheint zunehmend gewichtiger als der Außeneffekt; denn die integrationsinduzierten Wettbewerbsprozesse sind vorerst daran zu messen, ob durch die Öffnung der Märkte die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Kapitale und damit auch der Nationalstaaten in der Gemeinschaft verbessert wird.<sup>24</sup>

So zeigt sich, daß die Integrationsstrategie der Optimierung des Außenhandels letztlich instrumentell auf die Verwertungsinteressen des Kapitals selbst bezogen ist. Indem sich der Außenhandel eines Landes bedeutend über die bloße Substitutionsfunktion (von Rohstoffen z. B.) hinaus entwickelt hat, also einen Kapitalüberschuß darstellt, der auf dem eigenen Markt nicht zu normalen Verwertungsbedingungen realisiert werden kann, gewinnt die Absicherung des Außenhandels durch einen regionalen Zollblock eine zusätzlich stabilisierende Funktion.<sup>25</sup> Darüber hinaus soll jedoch der Gemeinsame Markt, die Schaffung binnenmarktähnlicher Verhältnisse, eine Veränderung der Kapitalstrukturen nach

---

21 K. Marx sagte 1848 in seiner «Rede über die Frage des Freihandels»: «Was ist also unter dem heutigen Gesellschaftszustand der Freihandel? Die Freiheit des Kapitals. Habt Ihr die paar nationalen Schranken, die noch die freie Entwicklung des Kapitals einengen, eingerissen, so habt ihr lediglich seine Tätigkeit völlig entfesselt» (MEW 4, S. 455).

22 Hofmann, W.: Europa-Markt und Wettbewerb, Berlin 1959, S. 31.

23 Von dieser Fragestellung ausgehend bewertet Berg, a.a.O., die Funktionsfähigkeit der EWG; vgl. dazu auch Stegemann, K.: Wettbewerb und Harmonisierung im Gemeinsamen Markt. Köln/Berlin 1966; Kantzenbach, E.: Möglichkeiten und Grenzen der Konjunkturpolitik in der EWG, Göttingen 1959.

24 «Wettbewerb der Unternehmen (ist)... immer auch Wettbewerb der Staaten» (Berg, a.a.O., S. 41).

25 Vgl. dazu Fjodorow, W. P.: Die Rolle der Außenwirtschaft für die BRD. In: IPW-Berichte 8 (1973), S. 19–25. «Die abnehmende Bedeutung der Zölle für die Monopolprofite in dem Maße, wie der Anteil des Außenhandelsabsatzes am Gesamtumsatz der Monopole zunimmt, ist eine der Ursachen dafür, daß im Verlaufe der Nachkriegszeit Bewegung in den handelspolitischen Protektionismus kommen konnte» (Gündel u. a.: Zur Theorie..., a.a.O., S. 269).

sich ziehen, d. h. die Anpassung der Produktionsverhältnisse an die – durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und durch den internationalen Vergesellschaftungszusammenhang bestimmte – sprunghafte Entwicklung der Produktivkräfte und damit an die Anforderungen der internationalen Konkurrenz gewährleisten, deren Bedingungen von den jeweils produktivsten Kapitalen, die das höchste Niveau der Wissenschaft und Technologie anwenden, gesetzt werden. Im Grunde bilden diese beiden Momente, die die Internationalisierung der Produktionsverhältnisse erzwingen, eine Einheit; denn internationale Konkurrenz ist immer auch Kampf um die Beherrschung derjenigen Zweige der Produktion, in denen die Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit am weitesten vorangeschritten ist.<sup>26</sup>

Schon im Jahre 1953 ist vom Wissenschaftlichen Beirat beim Wirtschaftsministerium der BRD diese Funktion eines erweiterten Binnenmarktes eindeutig hervorgehoben worden:

«Die Vorteile eines größeren Wirtschaftsgebietes liegen vor allem in der Chance, eine gesteigerte Arbeitsteilung durchzuführen. Sie gestattet eine bessere Verteilung der Produktionsstandorte, die deshalb vorteilhafter ist, weil wesentliche Gründe dafür wegfallen, daß man in einem Land etwas unabhängig von der Kostenhöhe produziert, nur weil der historische Standort in dem betreffenden Gebiet liegt. Sie gestattet auch die zusätzliche Ausnutzung brachliegender Produktionsreserven, deren komplementären Teile auf getrennte Wirtschaftsgebiete verteilt sind. Der Markt eines größeren Wirtschaftsgebietes erhöht die Absatzmöglichkeiten für die einzelne Unternehmung und damit die Chance zur Produktion in größeren Serien mit allen Vorteilen, die sich für die Rationalisierung in Produktion und Handel ergeben.»<sup>27</sup>

«Integration» und «Verflechtung» bezeichnen daher sozialökonomische und politische Prozesse, die in einem engen Wirkungszusammenhang stehen, jedoch keineswegs identisch sind. Die Verflechtung verschiedener Volkswirtschaften durch den Außenhandel sowie durch die tendenzielle Angleichung der Produktionsstrukturen und der gegenständlichen Voraussetzungen der Produktion bildet die materielle Basis der institutionellen Integration, wie sie z. B. im EWG-Vertrag vorgesehen ist.<sup>28</sup> Zugleich soll die fortschreitende Integration – durch die Harmonisierung der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, schließlich durch die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion – jene Verflechtungsprozesse im Sinne der «Komplementarität», also sowohl der Angleichung der Wirtschaftsstrukturen als auch der Produktspezialisierung, der wechselseitig abhän-

---

<sup>26</sup> Vgl. u. a. Jung, H.: Internationale Konzerne heute. In: Marxistische Blätter 3 (1971), S. 9–19.

<sup>27</sup> Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium, Gutachten vom Dezember 1952 bis November 1954. Zur Frage der wirtschaftlichen Integration Europas. Göttingen 1955, S. 42; zit. nach Gündel u. a.: Zur Theorie..., a.a.O., S. 296.

<sup>28</sup> Diese Unterscheidung von Integration und Verflechtung nimmt auch vor Ziebur, G.: Zusammenfassung, Verflechtungsgrad und Handlungsfähigkeit. In: Regionale Verflechtung der BRD, a.a.O., S. 293–311, hier S. 300.

gigen Diversifikation der Produktion also, beeinflussen und vorantreiben.<sup>29</sup> Diese abstrakte Charakterisierung der Triebkräfte und Vorzüge der internationalen Vergesellschaftung der Produktion und des ihr sich anpassenden politischen Überbaus reflektiert freilich eine illusionäre «Überschätzung der tatsächlich gegebenen Möglichkeiten zur Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung» durch die bürgerliche Integrationstheorie<sup>30</sup> – eine Überschätzung, die sich gegenwärtig in der Unfähigkeit reproduziert, die Widersprüche des Integrationsprozesses, dabei besonders den Widerspruch zwischen wachsender Verflechtung und zurückbleibender institutioneller Integration, adäquat zu erfassen und zu bewältigen.

Schon ein Blick auf die politischen Auseinandersetzungen um die Verfassung der EWG sowie auf die unterschiedlichen sozialökonomischen und politischen Ausgangsbedingungen in den Mitgliedstaaten demonstriert, daß der Begriff der Verflechtung nur unter Berücksichtigung des Kräfteverhältnisses zwischen den Mitgliedstaaten und der darauf beruhenden ökonomischen und politischen Interessenkonstellation Gestalt gewinnen kann und daß ferner die abstrakten Modelle der bürgerlichen Integrationstheorien mit dieser Wirklichkeit kollidieren mußten. Auf der Grundlage des ungleichmäßigen Kräfteverhältnisses zwischen den Nationalstaaten und den nationalen Kapitalen unterliegen die Konkurrenzbeziehungen im Gemeinsamen Markt von vornherein bestimmten Bewegungsgesetzen, die der Nivellierung jener Disproportionen als Schranke entgegenwirken und damit sowohl die Angleichung im Sinne wachsender Komplementarität als auch die freie transnationale Erschließung neuer Anlagesphären für das Kapital einschränken. Bei der Erweiterung des nationalen zu einem regionalen Binnenmarkt werden ja keineswegs nationale Märkte integriert, in denen die Prinzipien «vollständige Konkurrenz auf Güter- und Faktormärkten» oder «nationale Faktormobilität» Wirklichkeit sind. Im Gegenteil: diese nationalen Märkte weisen insbesondere in denjenigen Produktionssektoren, deren Produktion in besonders hohem Maße von Waren- und Kapitalexport abhängig ist (z. B. Chemie, Maschinenbau, Elektrotechnik, Automobilerzeugung), bereits einen hohen Monopolisierungsgrad auf.<sup>31</sup>

---

29 «Der Zweck vereinbarter, über die Ländergrenzen greifender Produktionsteilung zwischen den Unternehmen ist nun, ein bisheriges Konkurrenzverhältnis in ein Verhältnis der Komplementarität zu verwandeln, ein Zusammenwirken gerade vermittels dieser Separation der Produktion zu ermöglichen und insoweit dem Wunsch nach Schutzzöllen in der Tat die Grundlage zu entziehen» (Hofmann, a.a.O., S. 31). Vgl. auch Sannwald/Stohler, a.a.O., S. 62.

30 Vgl. Gündel u.a., a.a.O., S. 296.

31 Greifen wir als Beispiel die Automobilindustrie heraus: «Der Anteil der drei italienischen Firmen summiert sich auf 72 Prozent des Heimatmarktes, die Quote der fünf (west-)deutschen Hersteller auf 77 Prozent und die der vier französischen Produzenten sogar auf 80 Prozent der Zulassungen. Fiat nimmt auf dem nationalen (italienischen) Markt mit etwa zwei Dritteln der Zulassungen eine Sonderstellung ein...» (Bertrand, G./Fischer, G.: Automobilindustrie – Vorreiter der europäischen Integration. In: Euro-Cooperation Banco di Roma, Commerzbank, Crédit Lyonnais), Nr. 1, Juni 1972, S. 51–67, hier S. 58/59).

Da monopolistisch strukturierte Märkte auch nach der Beseitigung von Zöllen und Handelshemmnissen *barriers to entry* aufweisen, eröffnet die höhere Stufe des Wettbewerbs zwischen den führenden nationalen Monopolgruppen, der zweifellos durch die Integration intensiviert wird,<sup>32</sup> keineswegs die Perspektive der Angleichung disproportionaler Strukturen. Ihr ist vielmehr die Tendenz zur beschleunigten Zentralisierung des Kapitals – und damit zur weiteren Einschränkung gleicher Wettbewerbsbedingungen – immanent.<sup>33</sup> Einerseits muß also diese Tendenz die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung vertiefen – sowohl zwischen den Ländern als auch zwischen den Produktionszweigen<sup>34</sup> –, andererseits muß gerade die mit der Monopolisierung notwendig einhergehende zunehmende Fixierung des Kapitals – namentlich in den modernen Wachstumsindustrien – die in den bürgerlichen Modellkonstruktionen immer wieder beschworene «Faktormobilität» beeinträchtigen.

Weiterhin erwachsen aufgrund des ungleichmäßigen Kräfteverhältnisses, das die Ausgangsbedingungen in der EWG bestimmt, der Politik des nationalen Staates neue Aufgaben, die vor allem im Bereich der sog. «nicht-tarifären» Hindernisse wirksam werden. Dies gilt einmal für die weniger produktiven und weniger zentralisierten nationalen Kapitale, die durch den Zollabbau schutzlos der übermächtigen ausländischen Konkurrenz ausgeliefert werden und die daher nationale Protektionsmaßnahmen als Garantie ihres Überlebens verlangen.<sup>35</sup> Darüber hinaus tritt in der Wirtschafts- und Währungspolitik der Nationalstaaten die – der Integration und der politischen Harmonisierung entgegenwirkende – Schutzfunktion in den Vordergrund; denn das schwächere nationale Kapital – wie z. B. das französische gegenüber dem westdeutschen – bedarf einer Wirtschafts- und Währungspolitik, die nicht einem abstrakten Gemeinschaftsinteresse, sondern seinen unmittelbaren Verwertungsbedürfnissen Rechnung trägt.

Die französischen Restriktionsmaßnahmen der Jahre 1968/69 sowie die währungspolitischen Maßnahmen vom Januar 1974 exemplifizieren diese letztlich

---

32 Vgl. Berg, a.a.O., S. 23 ff., über den westeuropäischen Automobilmarkt und die französische Kühlschrankindustrie.

33 Nach der Auffassung von Berg (a.a.O., S. 32/33) ist – nach einer kurzen Phase der Wettbewerbsintensivierung – im Gemeinsamen Markt ein noch höherer Grad der Kapitalzentralisierung und Monopolisierung erreicht worden, der einen «funktionsfähigen Wettbewerb» ausschließt.

34 «Der Graben innerhalb der Wirtschaft wird tiefer. Alle Bemühungen konzentrieren sich auf die Zusammenfassung von Firmen, die bereits die Chance haben, an der Spitze zu stehen. Ob ihre Leistungsfähigkeit dadurch verbessert wird, ist eine andere Frage. Auf jeden Fall wächst ihre Macht, und die übertriebene Konzentration der Aufmerksamkeit auf die Spitzenunternehmen muß die Dualität der Wirtschaft verstärken und den Graben zwischen einer kleinen Anzahl großer Firmen und der Masse der kleinen und mittleren Unternehmen... vertiefen» (Uri u. a.: Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit der EG, Brüssel 1971, Band 1, 2-II/S. 65). Vgl. auch Levinson, Ch.: Inflation, Hamburg 1972, S. 30/31.

35 Ein Beispiel dafür war die Einführung von Steuern für den Import italienischer Kühlschränke, um die französischen Produzenten zu schützen, vgl. Swann, a.a.O., S. 41.

auf dem unterschiedlichen ökonomischen Kräfteverhältnis beruhende Schranke der Herstellung eines Binnenmarktes und der Formulierung einer gemeinschaftlichen Politik ebenso wie das zähe Festhalten am nationalen Standpunkt in der Konzipierung der Wirtschafts- und Währungsunion. Das zeigt auch der Widerstand gegen die Einführung einer westeuropäischen Fusionskontrolle, die sich für die nationalen Kapitale mit geringerem Zentralisationsgrad als Hemmschuh in der «Wachstumskonkurrenz» der Partnerstaaten erweisen müßte.<sup>36</sup>

Schließlich repräsentieren die objektiven und subjektiven Bedingungen des Klassenantagonismus von Lohnarbeit und Kapital einen wesentlichen Faktor, eine relativ selbständige Kraft, die auf die Entwicklung des ungleichmäßigen Kräfteverhältnisses in der EWG einwirkt. In der Regel wurde diese Ungleichmäßigkeit, die sich in der Existenz starker kommunistischer Parteien und klassenkampforientierter Gewerkschaften namentlich in Frankreich und Italien konkretisiert hat, vorwiegend politisch erfaßt – so z. B. in der «großen Sorge» der Adenauer-Regierung, «eine politische Vereinigung einzugehen mit Ländern, die eine starke kommunistische Partei aufweisen».<sup>37</sup> Heute wird jedoch immer mehr die Autonomie des Gewerkschaftskampfes, der sich an den sozialen und politischen Interessen der Lohnabhängigen und nicht an sozialpartnerschaftlichen Ideologien orientiert, als ein Faktor anerkannt, der – vom Standpunkt des Kapitals – die Wettbewerbsfähigkeit des nationalen Kapitals einschränkt. Die Strategie der Optimierung der nationalen Produktionsstrukturen, die mit der Integration beschleunigt werden soll, wird daher durch die Existenz einer starken nationalen Arbeiterbewegung in doppelter Weise modifiziert: Auf der einen Seite heißt erweiterte Akkumulation des Kapitals immer auch Vermehrung der Lohnarbeit und Vertiefung des objektiven Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital. Insofern muß jene forcierte Wachstumspolitik, die den relativ rückständigen Ländern der EWG als notwendiges Instrument aufgezwungen wird, um dem ungleichmäßigen Kräfteverhältnis entgegenzuwirken, unvermeidlich zu einer Verschärfung der inneren Klassenauseinandersetzungen führen; denn eine starke und klassenbewußte Arbeiterbewegung wird dem Versuch, die Investitionsquote auf Kosten des relativen Lohnniveaus und der staatlichen Sozialpolitik in die Höhe zu treiben, massiven Widerstand entgegensetzen und so dieser Strategie Grenzen setzen. Im Grunde ist die Verschärfung der Klassenkämpfe in Westeuropa seit 1968 – vor allem in Frankreich, Italien und Großbritannien – auch Resultat des bislang gescheiterten Versuchs der nationalen Kapitale dieser Länder, die Ungleichmäßigkeit durch die intensivere Ausbeutung der Arbeitskraft sowie durch den systematischen Ausbau des Systems der staatlichen Profitregulierung zu überwinden.

Auf der anderen Seite wird durch die materiellen Resultate der Klassenkämpfe die Schutzfunktion des Nationalstaates gegenüber einer inneren und äußeren

---

<sup>36</sup> Vgl. Berg, a.a.O., S. 40.

<sup>37</sup> Müller-Armack, A.: Auf dem Weg nach Europa, Tübingen/Stuttgart 1971, S. 74/75.

Bedrohung der zeitweilig besonders geschwächten Kapitale noch weiter ausgebaut; denn die wirtschafts- und währungspolitische Integration, die einen festen Bestandteil der Integrationskonzeption darstellt, wird durch diese – sich mit dem kapitalistischen Charakter des Integrationsprozesses noch verstärkenden – Widersprüche zwischen Lohnarbeit und Kapital auf nationaler Ebene immer wieder unterbrochen bzw. zurückgeworfen. Als Frankreich im November 1968 unter dem Druck der Auswirkungen der Generalstreikbewegung vom Mai/Juni des gleichen Jahres zu Devisenkontrollen, Einfuhrbeschränkungen und Ausfuhrbeihilfen Zuflucht nahm,<sup>38</sup> erschien dieser Zusammenhang besonders sinnfällig. Von diesem Zeitpunkt datiert auch eine Einsicht, die den ökonomischen Integrationstheorien der bürgerlichen Sozialwissenschaften fremd bleiben mußte – daß nämlich durch die inneren Klassenseinandersetzungen die «Erosionsgefahr, die... der Gemeinschaft als Rechtsform droht, ... mitverursacht oder jedenfalls verstärkt (wird)».<sup>39</sup>

Im folgenden wird der Versuch unternommen, die Entwicklung des Grades der Verflechtung und der Integration an einigen ausgewählten Bereichen empirisch zu konkretisieren. Nach den bisherigen – durchaus vorläufigen – Ergebnissen der Zielsetzungen und Vorstellungen des EWG-Vertrages sowie der Integrationstheorien kann sich diese empirische Überprüfung kaum auf die Untersuchung der Handelsverflechtung beschränken. Sie wird vielmehr die Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen den EWG-Mitgliedstaaten und den Grad der Harmonisierung der nationalen Politiken bzw. der Entwicklung einer Gemeinschaftspolitik zu berücksichtigen haben. Erst danach wird eine Einschätzung des Charakters der westeuropäischen Integration, ihrer Widersprüche und Entwicklungsperspektiven möglich sein.

## 2. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verflechtung

### 2.1. Handelsverflechtung

Die EWG ist heute «– sehr zum Unmut der Amerikaner – ein großer wirtschaftlicher Machtfaktor».<sup>1</sup> «Als im Jahre 1957 die sechs Mitgliedsländer die Bildung einer Zollunion beschlossen, hatte ihr Anteil an der Weltausfuhr (ohne innergemeinschaftlichen Handelsverkehr und Ausfuhr der Staatshandelsländer) erst 16 v. H. betragen, jener der USA 22 v. H. Im Jahre 1967 übertraf der Anteil der EWG erstmals den der USA, 1970 betrug er bereits 19 v. H., der der USA nur

---

38 Vgl. Weinstock, H. (Hg.): Neun für Europa, Düsseldorf/Köln 1973, S. 69.

39 So z. B. Sasse, Chr.: Die Krise der europäischen Institutionen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (im folgenden abgekürzt mit FAZ), 24. 5. 1972, S. 11.

1 Roeper, H.: Die große Konfrontation. In: FAZ vom 11. 9. 1973.

noch 18 v.H.»<sup>2</sup> 1971 erhöhte sich der EWG-Anteil weiter auf 19,5 v.H., der USA-Anteil fiel weiter auf 17 v.H. zurück.<sup>3</sup> Diese beachtliche Bilanz reflektiert einmal das schnellere wirtschaftliche Wachstum in Westeuropa. Zwischen 1960 und 1970 wuchs das BSP in den Ländern der EWG jährlich durchschnittlich um 5,3 v.H., in den USA um 4 v.H. und in den EFTA-Ländern um 3,6 v.H.<sup>4</sup> Zum anderen beruht dieser Aufstieg der Gemeinschaft zum führenden Handelsblock der kapitalistischen Welt auf bedeutenden Verschiebungen in der inneren Struktur des Handels der Mitgliedsländer. 1958 entfielen 30 Prozent der Exporte der EWG auf den innergemeinschaftlichen Handel; 1972 hatte sich dieser Anteil auf 50 Prozent erhöht. Bei den Importen ist das Gewicht des innergemeinschaftlichen Handels noch signifikanter angewachsen: Hier stieg dieser Anteil von ebenfalls 30 Prozent (1958) auf 52 Prozent (1972).<sup>5</sup> Anhand des Volumenindex werden diese Strukturveränderungen noch deutlicher: Bei den Importen hat sich der Intra-EG-Handel zwischen 1958 und 1971 mehr als versechsfacht (1958 = 100, 1971 = 621); Importe aus Drittländern haben sich im gleichen Zeitraum nur verdreifacht (1958 = 100, 1971 = 303). Die Entwicklung der Exporte läßt die gleiche Tendenz erkennen: Intra-EG-Exporte haben sich mehr als versechsfacht (1958 = 100, 1971 = 621); Exporte in Drittländer haben sich knapp verdreifacht (1958 = 100, 1971 = 273). Hier ist freilich zu berücksichtigen, daß die stärksten Impulse für die Intensivierung des innergemeinschaftlichen Handels in der Phase 1958 bis 1963, also in der sog. «Gründerphase» der EWG, wirkten. Danach tendieren die Steigerungsraten von Intra- und Extra-EG-Handel zu einer Annäherung.<sup>6</sup>

Tabelle 1 verdeutlicht noch einmal das überdurchschnittliche Wachstumstempo der EWG, die Funktion des noch schneller gewachsenen Intra-EWG-Handels für diese Dynamik, die Entwicklung der Sechsergemeinschaft zum führenden kapitalistischen Welthandelszentrum, die vor allem zu Lasten der USA und Großbritanniens ging, sowie schließlich den hohen Grad der Exportabhängigkeit der Volkswirtschaften Westeuropas. Freilich vermitteln diese Daten auch schon erste Hinweise auf die besondere Position der BRD: Ihr ist es gelungen, ihren Anteil am Welthandel am eindrucksvollsten zu verbessern (von 1958 = 9,1 Prozent auf 1971 = 12,6 Prozent). Im Jahre 1972 hat die BRD mit dem Anteil der USA gleichgezogen und teilt sich nunmehr mit der in den fünfziger Jahren überragenden Führungsmacht den ersten Platz.

---

2 Sachverständigenrat. Jahresgutachten 1972/73. Gleicher Rang für den Geldwert, Stuttgart/Mainz 1972, S. 20, Ziff. 60.

3 SAEG. Außenhandel. Monatsstatistik 2 (1973), S. 11; 1972 hatte sich der Anteil der USA am Welthandel weiter verschlechtert.

4 Vgl. SAEG. Statistische Grundzahlen der Gemeinschaft 1971, S. 24.

5 SAEG. Außenhandel. Monatsstatistik 2 (1973), S. 7.

6 Vgl. ebd., S. 24.

**Tabelle 1: Entwicklung und Struktur der Ausfuhren 1958–1971<sup>1)</sup>**  
 (Durchschnittliche jährliche Zuwachsrate bzw. Anteile in %) <sup>2)</sup>

	Ausfuhren (Waren) 1958–1971 (jährliche Zuwachsraten)		Anteil am Welthandel <sup>2)</sup> in %		Anteil aller Aus- fuhren von Waren und Diensten am Bruttosozial- produkt in %	
	Ins- gesamt	davon: Extra- EWG	1958	1971	1960	1970
<b>Bundesrepublik</b>						
Deutschland	12,1	10,5	9,1	12,6	19,9	22,0
Frankreich	11,2	7,6	5,3	6,6	15,0	15,9
Italien	14,5	11,7	2,7	4,8	14,6	18,6
Niederlande	11,7	7,7	3,4	4,4	49,8	48,3
Belgien/Luxemburg	11,1	6,4	3,2	3,9	37,3	45,7
6er-EWG	12,0	9,3	23,7	32,3	20,1	22,5
Vereinigtes Königreich	7,0		9,7	7,2	20,0	22,1
Irland	10,3		0,4	0,4	36,4	33,3
Dänemark	8,6		1,3	1,2	32,5	28,2
USA	7,3		18,5	14,3	4,7	5,5
Kanada	17,7		5,2	5,7	19,2	20,2
Japan	10,1		3,0	7,8	11,1	11,3
Welt	9,4		100,0	100,0	–	–

<sup>1)</sup> In US-Dollar, Werte <sup>2)</sup> Ausfuhren (Waren), ohne Ostblock, einschl. EWG-Intrahandel

Quelle: Statistisches Amt der Gemeinschaften, OECD

**Tabelle 2: Wachstum der Weltausfuhr\* (Reale Steigerung in %) <sup>8)</sup>**

Länder	Durchschnittlicher Zuwachs			Anteil an der Weltausfuhr in % (1972)
	1960/1970	1967/1971	1972	
<b>Industrieländer</b>	8,7	10,0	8,9	74,0
USA	5,6	5,3	9,3	13,0
BRD	9,6	10,8	8,6	13,0
Japan	16,4	18,5	5,5	8,0
Großbritannien	4,8	8,5	1,5	7,0
Frankreich	8,6	13,0	14,3	7,0
Kanada	9,8	9,4	9,8	6,0
Italien	12,8	10,9	14,2	5,0
Entwicklungsländer	6,8	8,8	7,3	26,0
Weltausfuhr	8,3	9,7	8,5	100,0

\* nach Dollar-Volumen (fob)

<sup>7)</sup> Weinstock (Hg.), a.a.O., S. 222. <sup>8)</sup> FAZ vom 10.9.1973.

Frankreich hingegen hat seine Position in den sechziger Jahren kaum verbessern können; der Anteil der Ausfuhren am BSP hat sich nur geringfügig verändert. Darüber hinaus fällt auf, daß die Exporte Frankreichs in Drittländer weit hinter denjenigen der BRD und Italiens zurückgeblieben sind. Erst seit dem Ende der sechziger Jahre scheint sich – wie Tabelle 2 zeigt – ein Wandel anzubahnen; denn nun liegen die jährlichen Steigerungsraten der französischen Exporte deutlich an der Spitze der EWG-Länder. Dem entspricht auch eine relative Positionsverbesserung beim Anteil Frankreichs an den Ausfuhren der kapitalistischen Welt.

Insgesamt bestätigt jedoch die nach Ländern gegliederte Entwicklung des innergemeinschaftlichen Handels (Tab. 3) die These, daß sich mit der Errichtung der EWG und mit dem Abbau der Zölle nach 1958, der – schneller als im Vertrag vorgesehen – schon 1968 abgeschlossen war, eine beträchtliche Zunahme der gegenseitigen Handelsverflechtung vollzogen und damit zweifellos die gegenseitige Abhängigkeit und Arbeitsteilung vertieft haben.

Tabelle 3: Entwicklung des Intra-EWG-Handels (1956–1970) – Anteil am Gesamthandel<sup>9</sup>

Land		1956	1964	1970	1972
Frankreich	Importe	24,0	37,4	48,9	50,3
	Exporte	24,9	38,8	48,8	49,8
BRD	Importe	26,9	34,9	44,4	48,8
	Exporte	29,8	36,5	40,2	39,8
Italien	Importe	23,8	32,7	41,2	44,8
	Exporte	25,5	38,0	42,9	45,1
Belgien/Luxemb.	Importe	42,9	53,3	58,9	64,4
	Exporte	45,1	62,6	68,6	68,4
Niederlande	Importe	44,4	52,0	55,9	46,1 <sup>1</sup>
	Exporte	41,0	55,7	61,9	57,8 <sup>1</sup>
EWG	Importe	31,1	40,2	48,4	48,8 <sup>2</sup>
	Exporte	32,2	43,2	48,9	48,3 <sup>2</sup>

<sup>1</sup> 1971 – ohne den Handel der Niederlande mit Belgien/Luxemburg

<sup>2</sup> 1971

<sup>9</sup> Quellen: EWG-Kommission, Bericht über die wirtschaftliche Lage in den Ländern der Gemeinschaft («Uri-Bericht»), o. O., September 1958, S. 120; SAEG, Statistische Grundzahlen der Gemeinschaft 1965, S. 116, S. 118; Statistische Grundzahlen 1971, S. 91, S. 93; SAEG, Außenhandel, Monatsstatistik 2 (1973), S. 46/47.

Die ersten Hinweise auf die führende Weltmarktposition der BRD, die auch in Tab. 3 durch die relativ unterdurchschnittliche, seit 1970 bei den Exporten sogar rückläufige Bedeutung des Intra-EWG-Handels für die BRD bestätigt wird, erhärten sich noch, wenn die wertmäßige Entwicklung des Verhältnisses von Intra- und Extra-EWG-Handel – hier im Vergleich zwischen Frankreich und der BRD – näher verfolgt wird.

**Tabelle 4:** Außenhandel von BRD und Frankreich (Intra- und Extra-EWG-Handel) tatsächliche Werte (in Mio. RE)<sup>10</sup>

Jahr	Intra-EWG			
	Import		Export	
	Frankreich	BRD	Frankreich	BRD
1958	1 227,3	1 896,1	1 135,6	2 406,0
1965	4 015,2	6 660,4	4 114,7	6 306,3
1972	12 216,1	17 880,2	11 707,7	16 975,9
Jahr	Extra-EWG			
	Import		Export	
	Frankreich	BRD	Frankreich	BRD
1958	4 381,9	5 464,7	3 984,9	6 401,3
1965	6 320,7	10 811,8	5 933,4	11 586,0
1972	12 043,3	18 746,4	11 761,2	25 586,8

Deutlich wird einmal die relativ zunehmende Konzentration des französischen Außenhandels auf den Wirtschaftsraum der EWG. Andererseits charakterisiert das – 1972 noch vergrößerte – Außenhandelsdefizit Frankreichs die strukturelle Schwäche des französischen Kapitals in der Weltmarktkonkurrenz. Die BRD dagegen realisiert ihren außerordentlich hohen Außenhandelsüberschuß ausschließlich im Handel mit Drittländern, davon im Jahre 1970 allein 9,1 Prozent im Handel mit den USA.<sup>11</sup> Auch im Austausch mit Frankreich erzielt die BRD noch einen Überschuß, obwohl die Intra-EG-Bilanz für die BRD insgesamt negativ ist.<sup>12</sup> 1970 betrug dieser Überschuß ca. 540 Mio. Dollar; das waren ungefähr

<sup>10</sup> Nach SAEG. Außenhandel. Monatsstatistik 2 (1973), S. 26.

<sup>11</sup> Vgl. Statistische Grundzahlen... 1971, S. 93.

<sup>12</sup> Das geht vor allem auf den hohen Exportüberschuß der Niederlande im Handel mit der BRD zurück; vgl. SAEG. Außenhandel. Monatsstatistik 2 (1973), S. 34, S. 36. Die Vermutung, daß das sprunghafte Ansteigen des französischen Defizits im Jahre 1968 ein Resultat der Klassenkämpfe vom Mai/Juni 1968 sei (vgl. J. et C. Nême, a.a.O., S. 108), ist nicht ganz zutreffend; denn im folgenden Jahr 1969 stieg dieses Defizit nochmals um ca. 32 Prozent an. Vgl. SAEG. Außenhandel. Monatsstatistik 2 (1973), S. 28.

75 Prozent des gesamten französischen Defizits im innergemeinschaftlichen Handel.<sup>13</sup> In der weiteren Entwicklung hat sich diese negative Bilanz für Frankreich noch erhöht.<sup>14</sup>

Von besonderer Bedeutung für die Einschätzung der Verflechtung der EWG-Länder ist jedoch die Tatsache, daß die BRD seit der Krise 1966/67 eine Exportoffensive in Drittländer eingeleitet, also ihre Positionen im Extra-EWG-Handel systematisch ausgebaut hat. Setzte sich in der «Gründerphase» der EWG der Handelsbilanzüberschuß der BRD etwa jeweils zu gleichen Teilen aus Intra- und Extra-EG-Handel zusammen, so schnellte der im Extra-EG-Handel erzielte Überschuß der BRD – besonders 1966/67 und 1971/72 – in die Höhe: von + 774,2 Mio. RE (1965) auf + 3 250,0 Mio. RE (1967) sowie von + 3 879,7 Mio. RE (1969) auf + 6 840,4 Mio. RE (1972). Der innergemeinschaftliche Handel verlor demzufolge für den Außenhandelsüberschuß der BRD relativ an Gewicht: 1971/72, als sich der geringe Überschuß der vergangenen Jahre in ein leichtes Defizit verwandelt hatte, wurde dies überproportional durch die mehr als 75prozentige Steigerung des Extra-EWG-Handelsüberschusses kompensiert.<sup>15</sup> Alle Partnerländer – namentlich die sog. «kleinen» Staaten wie Belgien/Luxemburg und die Niederlande, deren Außenwirtschaft traditionell am engsten mit dem westeuropäischen Wirtschaftsraum verflochten ist – verzeichnen dagegen trotz der zum Teil beträchtlichen Steigerungen der Exportraten in Drittländer nach wie vor Defizite im Extra-EG-Handel. Während die BRD die wachsende innere Verflechtung des Warenaustausches als Basis für den Ausbau ihrer Position auf dem kapitalistischen Weltmarkt ausnutzen konnte, verstärkte sich in den anderen Ländern der EWG deren Abhängigkeit von dem westeuropäischen Binnenmarkt – und von dessen ökonomischem «Gravitationszentrum», der BRD.

Sollen die Bedingungen dieser ungleichmäßigen Entwicklung genauer umschrieben werden, so ist auf jeden Fall auf die Struktur des Außenhandels nach Warengruppen einzugehen (vgl. Tab. 5, S. 192). Als allgemeine Tendenz ist zunächst die relativ rückläufige Bedeutung des Anteils der Nahrungsmittel und der Brenn- und Rohstoffe, insbesondere der Importe dieser Waren, für den Außenhandel aller EWG-Staaten festzuhalten – eine Tendenz, die die Strukturveränderungen des gesamten Weltmarktes zum Ausdruck bringt.<sup>16</sup> Demgegenüber gewinnt der Außenhandel mit Maschinen, Fahrzeugen und anderen industriellen

---

13 Berechnet nach Uri u. a.: Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit..., Band 2, a.a.O., 4. II./S. 9.

14 Vgl. SAEG. Außenhandel. Monatsstatistik 2 (1973), S. 36.

15 Vgl. ebd., S. 28. Seit Januar 1972 werden die Wertangaben nicht mehr in US-Dollar, sondern in Rechnungseinheiten (RE) der EG ausgedrückt (1 RE = 0,888671 g Feingold).

16 Vgl. dazu weiter oben, S. 189f. Die leicht angestiegenen Nahrungsmittelexporte Frankreichs bilden eine Ausnahme. Zusammen mit dem immer noch hohen Anteil der Nahrungsmittelexporte der Niederlande verweisen sie zugleich auf stabilisierende Auswirkungen des EWG-Agrarmarktes.

**Tabelle 5: Außenhandel nach Warengruppen (in Prozent) und Ländern (1956-1972)<sup>17</sup>**

Land	Jahr	Nahrungsmittel, Getränke und Tabak		Minerale Brennstoffe usw.		Rohstoffe einschl. Öle und Fette		Maschinen und Fahrzeuge		Chemische Erzeugnisse u. Fertigwaren	
		E	A	E	A	E	A	E	A	E	A
BRD	1956	28,5	2,4	10,8	7,8	31,5	3,5	5,0	40,4	24,2	45,7
	1964	20,6	2,1	9,2	4,8	19,5	3,0	12,0	46,5	38,8	43,6
	1972	15,1	3,9	9,7	3,0	12,2	2,8	20,2	48,5	42,6	41,8
Frankreich	1956	24,6	14,3	17,9	7,0	28,3	9,4	10,5	17,6	18,9	51,7
	1964	17,7	16,0	15,1	3,4	17,7	8,0	19,6	25,6	29,9	47,0
	1972	12,1	17,9	13,2	2,3	9,9	5,3	26,2	33,6	38,3	40,9
Italien	1956	15,0	22,5	19,7	8,0	33,4	5,7	10,4	21,0	21,3	42,5
	1964	18,7	11,8	14,1	5,1	21,5	4,0	18,7	31,0	26,9	48,1
	1972	20,3	8,8	15,5	4,5	14,9	2,3	20,8	35,7	28,5	48,7
Niederlande	1956	14,9	30,2	15,0	12,2	17,4	9,2	18,9	14,8	34,1	33,8
	1964	13,5	23,9	11,0	9,1	12,7	8,7	24,6	23,1	38,2	35,2
	1971	12,8	23,2	14,9	12,4	9,7	7,2	25,8	20,0	36,5	37,2
Belgien/Luxemb.	1956	14,6	4,1	11,1	6,1	23,4	7,5	17,4	11,4	33,3	70,7
	1964	12,2	5,9	9,9	3,9	17,3	6,9	23,8	18,6	36,9	64,7
	1972	12,3	9,7	10,0	2,7	9,9	4,3	27,9	23,5	39,7	59,7
EWG	1956	21,3	11,5	15,1	8,0	27,4	6,5	11,2	24,9	25,4	49,0
	1964	17,4	9,9	11,7	5,0	18,0	5,5	18,3	33,0	34,5	46,6
	1971	14,8	9,9	13,1	4,7	12,2	4,0	22,9	36,7	36,8	44,7

E = Einfuhr, A = Ausfuhr

<sup>17</sup> Berechnet nach EWG-Kommission, Bericht..., 1958, a.a.O., S. 123, S. 125; SAEG: Statistische Grundzahlen... 1965, S. 121, S. 123; SAEG. Außenhandel. Monatsstatistik 2 (1973), S. 46-49.

Fertigerzeugnissen – und zwar die Einfuhr wie die Ausfuhr – zunehmend an Gewicht. Auch hier kann nur eingeschränkt von einem spürbaren Einfluß der Integration gesprochen werden; denn die in Westeuropa wirkenden Tendenzen spiegeln wiederum nur die allgemeinen Entwicklungstendenzen auf dem kapitalistischen Weltmarkt wider. Während sich im kapitalistischen Welthandel der Anteil der Rohstoffe an den Exporten von 23,3 Prozent (1950) auf 10,7 Prozent (1970) verminderte, stieg allein der Anteil von Maschinen und Ausrüstungen (einschließlich Fahrzeugen und Erzeugnissen der elektrotechnischen Industrie) im gleichen Zeitraum von 13 Prozent auf 28,7 Prozent.<sup>18</sup> Allerdings läßt Tab. 5 im Vergleich dazu klar erkennen, daß die EWG ein Zentrum des Exportes von industriellen Fertigerzeugnissen ist.

Zugleich verdeutlichen jedoch die Angaben aus Tab. 5 die differenzierte und ungleichmäßige Struktur des Außenhandels der einzelnen EWG-Länder, die letztlich die unterschiedlichen Strukturen der nationalen Volkswirtschaften, ihre Dynamik und Potenz reflektiert. Zuerst fällt die überragende Position der BRD auf dem Gebiet des Außenhandels mit industriellen Fertigerzeugnissen auf, wobei noch das wesentlich höhere wertmäßige Volumen der BRD-Exporte berücksichtigt werden muß (vgl. Tab. 4).

«Schon 1958 war Frankreich abgeschlagen und England eingeholt. Dabei war die Ausgangsbasis 1950 für England und Frankreich, ganz zu schweigen von den Vereinigten Staaten, ungleich viel besser gewesen als die der BRD. Damals war die englische Ausfuhr noch mehr als dreimal und die französische anderthalbmal so groß wie die (west-)deutsche. 1972 aber war der (west-)deutsche Export mit 46,2 Mrd. Dollar nur wenig kleiner als die Ausfuhr Englands und Frankreichs zusammen... In der Ausfuhr von Fertigwaren, also jenen Gütern, die einen besonders hohen Veredelungsgrad haben, ... hat die BRD die USA schon 1970 überholt und sich damit an die erste Stelle in der Welt gesetzt.»<sup>19</sup>

Obwohl die allgemeinen Strukturveränderungen des Außenhandels eine Angleichungstendenz in der EWG indizieren, deren Inhalt durch den Übergang von komplementären Beziehungen (Rohstoffproduzenten – Verarbeiter) zur Konkurrenz zwischen ähnlich strukturierten Wirtschaften gekennzeichnet ist, zeigt dennoch die Analyse einzelner Warengruppen, daß die Außenhandelsbeziehungen der EWG-Länder durch das Verhältnis der relativen Stärke bzw. Schwäche einzelner Länder und Produktionszweige geprägt werden und daß der Integrationsprozeß eher zu einer Befestigung denn zu einer Nivellierung dieser Verhältnisse beigetragen hat. Der europäische Automobilmarkt z. B., dessen Öffnung innerhalb der Gemeinschaft in der Regel als ein Modell «wachsender Marktdurchdringung» und von «integrationsinduzierten Wettbewerbsprozessen» angeführt wird,<sup>20</sup> entwickelt sich zunehmend zu einem ungleichgewichti-

---

18 Vgl. Lüdemann, E.: Tendenzen des kapitalistischen Welthandels seit dem zweiten Weltkrieg. In: IPW-Berichte 4 (1972), S. 45–52, hier S. 47.

19 Roeper, H.: Das deutsche Export-Phänomen. In: FAZ vom 3. 8. 1973.

20 Vgl. Berg, a.a.O., S. 24 ff.

gen Kräftefeld; denn schon im Jahre 1969 übertraf der positive Saldo der BRD im Außenhandel mit PKWs die Gesamtsumme der Ausfuhrüberschüsse von Frankreich, Italien, Belgien und Großbritannien zusammen.<sup>21</sup> Allein im November 1972 war der Exportüberschuß der BRD bei Kraftfahrzeugen mehr als zweieinhalbmal so groß wie derjenige von Frankreich und Italien zusammen.<sup>22</sup> Diese Ungleichmäßigkeit ist jedoch bei anderen Erzeugnissen noch signifikanter. Die BRD «hat eine beherrschende Stellung in der Chemie und im Maschinenbau. Für Frankreich ist gerade die Schwäche im Maschinenbau kennzeichnend; als einziges Land von allen Industrieländern übersteigen die Einfuhren in diesem Bereich die Ausfuhren, und zwar um fast das Zweieinhalbfache.»<sup>23</sup>

Bei der Betrachtung des Außenhandels mit einzelnen Erzeugnissen fällt darüber hinaus auf, daß bei technisch hochentwickelten Industriegütern der BRD-Export noch über dem Durchschnittswert für den Gesamtanteil des Außenhandels mit Drittländern liegt. Dieser Wert betrug im Dezember 1972 für die BRD 61 Prozent. Einzelne Erzeugnisse lagen allerdings deutlich über diesem Durchschnitt: so Metallbearbeitungsmaschinen (75 Prozent), Maschinen und Apparate (68 Prozent), feinmechanische und optische Erzeugnisse (66 Prozent), Kraftfahrzeuge (65 Prozent), elektrische Maschinen und Apparate (64 Prozent) sowie Büromaschinen (63 Prozent).<sup>24</sup> In diesen – wie in vielen anderen Bereichen – ist also der EWG-Markt für die BRD von zweitrangiger Bedeutung. Da auch bei wichtigen Erzeugnissen der chemischen Industrie – wie organischen chemischen Erzeugnissen (62,2 Prozent), synthetischen organischen Farbstoffen (78,3 Prozent) oder medizinischen und pharmazeutischen Erzeugnissen (75,7 Prozent)<sup>25</sup> – überdurchschnittliche Anteile im Extra-EG-Handel erzielt werden, kann geschlußfolgert werden, daß die BRD insbesondere in den technologisch und wissenschaftlich hochentwickelten modernen Wachstumsindustrien ihre Führungsposition ausgebaut hat, die sich nicht nur auf ihr Gewicht im innergemeinschaftlichen Handel, sondern immer mehr auf die Intensivierung des globalen Außenhandels stützt. Die BRD-Entwicklung folgt also weitgehend jener Konzeption, die mit der Einrichtung der Zollunion 1958 propagiert wurde, daß nämlich die regionale Integration gleichsam «von unten» die Bedingungen für die Rekonstruktion des integrierten kapitalistischen Weltmarktes und damit zugleich des ökonomischen und politischen Aufstiegs Europas in den Kreis der führenden Weltmächte zu schaffen habe. Daß aber nur die BRD-Entwicklung diesem Modell folgt, während die anderen Länder Westeuropas in den sechziger Jahren auf dem kapitalistischen Weltmarkt keine vergleichbaren Positionsverbesserungen erzielen konnten, dafür sich jedoch um so mehr auf den EWG-Markt umorientierten, führt unmittelbar zu einem ersten Verständnis jener Widersprüche des Integrationsprozesses,

21 Vgl. Uri u. a.: Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit..., Band 2, a.a.O., 4.II./S. 71.

22 Vgl. SAEG. Außenhandel. Monatsstatistik 2 (1973), S. 64/65.

23 Uri u. a.: Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit..., Band 2, a.a.O., 4.II./S. 70. Vgl. auch Schnorbus, A.: Mit Werkzeugmaschinen an der Spitze. In: FAZ vom 13. 8. 1973.

24 Berechnet nach SAEG. Außenhandel. Monatsstatistik 2 (1973), S. 47, S. 65, S. 67.

25 Berechnet nach ebd., S. 59.

die aus der Ungleichmäßigkeit des sozialökonomischen Kräfteverhältnisses und den auf diesem beruhenden konkurrierenden politischen Interessen resultieren.

Für die wirtschaftliche Entwicklung der BRD wirken die schnelle Dynamik des Außenhandels sowie die seit 1966 sprunghaft gestiegenen Überschüsse im Extra-EG-Handel zunächst im Sinne einer zusätzlichen Beschleunigung und zeitweiligen Stabilisierung der binnenwirtschaftlichen Entwicklung; denn Warenexporte fördern das Wirtschaftswachstum in der Aufschwungsphase und unterstützen die Produktion trotz der Verschlechterung der Binnenkonjunktur.<sup>26</sup> Darüber hinaus schaffen Außenhandelsüberschüsse – sowohl über die Gewinnung von Machtpositionen auf ausländischen Märkten als auch durch die Ansammlung von Währungsreserven – die Voraussetzungen für jenen massiven Kapitalexport, der seit Mitte der sechziger Jahre ständig angestiegen ist. Für die Partnerländer hingegen (namentlich für Frankreich) entstehen aus der ungleichmäßigen Entwicklung trotz der innerhalb der EWG wirkenden allgemeinen Angleichungstendenz Abhängigkeiten und Gefahren. «Im Vergleich zur Vorkriegszeit ist die gegenseitige Verflechtung unendlich intensiver geworden, aber diese Interdependenz enthält für die französische Wirtschaft ein beträchtliches Element der Abhängigkeit.»<sup>27</sup>

Diese Abhängigkeit wiederum ist eine Triebkraft der politischen Auseinandersetzungen innerhalb der EWG um die Konzipierung einer gemeinschaftlichen Wirtschafts- und Währungspolitik sowohl nach innen (Wirtschafts- und Währungsunion) als auch nach außen (Reform des Weltwährungssystems und des Welthandelsabkommens). Die von seiten des BRD-Kapitals immer wieder beklagte «protektionistische» bzw. «merkantilistische» Orientierung der französischen Wirtschafts- und Währungspolitik reflektiert nichts anderes als jene Defensivposition, die gegenüber der BRD im Intra-, besonders aber im Extra-EG-Handel relativ zurückgefallen ist und die sich zum Schutze ihrer nationalen Interessen den «weltoffenen» und «liberalen» Konzeptionen des BRD-Kapitals widersetzen muß.

Die Schwäche des französischen Kapitals konkretisiert sich immer mehr in einem zweifachen ökonomischen und politischen Protektionismus: in der Abwehr der globalen Dominanz der USA und der regionalen Dominanz der BRD. Dieser für die französische Außen- und Wirtschaftspolitik schon von 1945 an charakteristische Grundzug der innergemeinschaftlichen Konkurrenzverhältnisse durchdringt alle Seiten des an der Oberfläche der politischen Auseinandersetzungen erscheinenden permanenten Konflikts um die Verbindlichkeit der Integration sowie um das Tempo und die innere Struktur ihrer Weiterentwicklung. Das Dilemma bzw. die relative Schwäche der französischen Politik kommen freilich

---

<sup>26</sup> Diese krisenmindernde Rolle der Exporte zeigte sich besonders deutlich in der Krise 1966/67.

<sup>27</sup> Ziebur, G.: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945, Pfullingen 1970, S. 146.

darin zum Ausdruck, daß die gewachsene außenwirtschaftliche Abhängigkeit des Landes vom westeuropäischen Markt – hier wiederum vor allem vom westdeutschen Markt – feste Grenzen zieht; denn ein Auseinanderbrechen der EWG würde derzeit der französischen Wirtschaft unüberwindbare Schwierigkeiten bereiten. Die Politik am Rande des Scheiterns der EWG, wie sie de Gaulle schon in der EWG-Krise 1965/66 praktizierte, ließ dieses Dilemma deutlich zutage treten. Dagegen haben die Alleingänge der BRD zur Abwehr der Auswirkungen der internationalen Währungskrise seit 1969 schon angedeutet, daß das BRD-Kapital zeitweilig seinen Weltmarktinteressen ein größeres Gewicht beimißt als dem Interesse an der Stabilisierung der westeuropäischen Integration.

## 2.2. Kapitalverflechtung

Die Intensivierung des Warenaustausches zwischen den Ländern der EWG bezeichnet nur ein Moment des Integrationsprozesses, da die vertragliche Konstruktion des Gemeinsamen Marktes über die bloße Errichtung einer Zollunion hinausweist. Die Methoden zur Herstellung eines Binnenmarktes umfassen einen ganzen Katalog politischer und rechtlicher Maßnahmen, deren Kern allerdings die Realisierung der sog. «vier Freiheiten» bildet, zu denen neben dem Waren-Freiverkehr die «Freizügigkeit der Arbeitnehmer», die «Niederlassungsfreiheit» und schließlich die «Freiheit des Zahlungs- und Kapitalverkehrs» gerechnet wird. Alle Vorstellungen über die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums, des technischen Fortschritts sowie der globalen Konkurrenzfähigkeit des westeuropäischen Kapitals beruhen ja gerade darauf, daß über die Verflechtung auf der Ebene der äußeren Warenzirkulation die transnationale Mobilität von Kapital und Arbeit ermöglicht werden soll, was letztlich in einer Internationalisierung der Produktionsstrukturen selbst resultieren soll.

Die Internationalisierung der Kapitalverflechtung repräsentiert mithin einen höheren Grad der Integration; denn hier bleibt die Internationalisierung des Kapitals nicht bei einer Internationalisierung von Geld- und Warenkapital stehen, sondern erfaßt den Produktionsprozeß der Waren selbst. Gleichzeitig muß der enge Zusammenhang zwischen der Internationalisierung von Warenzirkulation und -produktion beachtet werden: Einerseits setzt der Übergang vom Warenexport zum Kapitalexport, also zu ausländischen Direktinvestitionen, voraus, daß vermittels des Warenexportes auf den betreffenden Auslandsmärkten schon Positionen errungen und ausgebaut wurden. Angesichts des durch den Zollabbau in der EWG beträchtlich angewachsenen innergemeinschaftlichen Handels müßte also angenommen werden, daß damit die Voraussetzungen für die Beschleunigung gegenseitiger Direktinvestitionen geschaffen wurden. Auf der anderen Seite wird die Notwendigkeit von Direktinvestitionen im Ausland – namentlich für die BRD – damit begründet, daß die «Exportlastigkeit» der Industrie abgebaut werden müsse. Durch Direktinvestitionen seien also jene Auswirkungen der Krise des Weltkapitals zu modifizieren und zu unterlaufen, die sich gegenwärtig

in internationalen Währungskrisen, nationalen Konjunkturschwankungen und nationalen Protektionsmaßnahmen verdichten; denn diese beschleunigen zweifellos – schon bei Paritätsänderungen der nationalen Währungen, die als Instrumente in der internationalen Konkurrenz gehandhabt werden – den Fall der Profitrate. Auch das massive Ansteigen der US-Direktinvestitionen in Westeuropa nach der Gründung der EWG, das weitgehend die amerikanischen Verluste auf dem Gebiet der Warenexporte kompensiert hat, beruhte nicht nur auf den günstigeren Standortbedingungen der Produktion, des Exportes der fortgeschrittensten Produktivkraftorganisation in die Zentren der internationalen monopolistischen Konkurrenz, sondern auch auf dem Zwang, durch Direktinvestitionen die durch den Außenzoll der Gemeinschaft errichteten neuen Schranken zu überspringen und dabei zugleich voll die Vorteile des zollfreien Binnenraumes zu nutzen.

Theoretische und globale Aspekte der Bewegung der Direktinvestitionen stehen jedoch hier nicht zur Diskussion. Bei der Einschätzung der bisherigen Resultate des Integrationsprozesses geht es vielmehr darum, das Ausmaß der inneren Verflechtung, der sozialökonomischen und politischen Harmonisierung und – damit eng verbunden – die Entwicklung des Kräfteverhältnisses in der EWG annäherungsweise zu ermesen. Insofern kommt der Untersuchung auf der Ebene der Direktinvestitionen, die freilich aufgrund der Unzulänglichkeit des verfügbaren empirischen Materials a priori auf hypothetische und fragmentarische Schlußfolgerungen verwiesen wird, eine spezifische Bedeutung zu; denn eine signifikante Verdichtung der gegenseitigen Abhängigkeit über die Kapitalbewegung würde auf jeden Fall einen höheren Grad der Integration, eine Vertiefung eines binnenmarkähnlichen Zusammenhangs, indizieren. Daneben ist aber auch bei der Analyse des allgemeinen Kapitalverkehrs zu untersuchen, ob sich ein EWG-Kapitalmarkt herausgebildet hat, der sich nach innen frei von nationalen Kapitalverkehrskontrollen entfalten kann. Damit sind gleichzeitig die politischen Dimensionen des Integrationsprozesses berührt; denn die bestehenden Hindernisse für die Herstellung eines gemeinschaftlichen Kapitalmarktes verweisen immer auch auf die fortbestehende nationalstaatliche Autonomie auf den wichtigen Gebieten der Währungs-, Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, verweisen also auf ein politisches «Harmonisierungsdefizit» in der EWG.

«Kontrollen des Kapitalverkehrs auch zwischen den Gemeinschaftsländern sind zudem nicht nur ein schwerer Rückschlag im Integrationsprozeß, sie sind auch ungeeignet, etwa einen vorläufigen Mangel an Harmonisierung der Wirtschaftspolitik auszugleichen.»<sup>28</sup>

Die westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland stehen nach ihrem Umfang zweifellos hinter der weltweiten Bedeutung westdeutscher Warenexporte zurück. 1969 rangierte die BRD nach dem Umfang ihrer ausländischen Direktinvestitionen auf dem vierten Platz der «Weltrangliste» hinter den USA, Großbri-

---

28 Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1972/73, a.a.O., S. 175.

tannien und Frankreich.<sup>29</sup> Freilich handelt es sich hierbei um grobe Schätzwerte, die aufgrund der statistischen Erfassungslücken als auch aufgrund national unterschiedlicher Berechnungsverfahren nur als Tendenzhypothesen ausgewertet werden können. Die Angaben für die BRD sind statistisch zu niedrig ausgewiesen; denn im Gegensatz zu den USA und Großbritannien werden die durch Selbstfinanzierung erstellten Investitionen ausländischer Betriebsstätten und Tochtergesellschaften nicht mit in die Statistik der Direktinvestitionen einbezogen. Im internationalen Vergleich werden die BRD-Direktinvestitionen daher um ca. 20 Prozent zu niedrig angesetzt.<sup>30</sup> Gleichwohl modifiziert diese Korrektur nicht die Feststellung, daß die globale Position der BRD auf dem Gebiet des Exportes von profitragendem Kapital<sup>31</sup> relativ schwach ist. Die Ursachen dafür sind einmal darin zu suchen, daß dem imperialistischen Deutschland schon vor 1914 jene traditionelle koloniale Basis für Direktinvestitionen fehlte, über die z. B. Großbritannien und Frankreich noch bis in die jüngste Zeit verfügten. Noch schwerwiegender dürfte allerdings die Enteignung des auf 20 Mrd. RM geschätzten deutschen Auslandsvermögens nach der erneuten Niederlage des deutschen Imperialismus im 2. Weltkrieg ins Gewicht gefallen sein. Die westdeutschen Direktinvestitionen begannen also nach 1945 auf einem sehr niedrigen Niveau. Schließlich gingen von den Beschränkungen des Kapitalexportes bis 1952 sowie von der forcierten Rekonstruktionskonjunktur der fünfziger Jahre hemmende Auswirkungen auf ausländische Direktinvestitionen aus: Alle Anstrengungen waren darauf gerichtet, Kapitalüberschüsse, die durch die erhöhte Ausbeutung der Arbeitskraft, durch monopolistische Extraprofite sowie durch Exportüberschüsse realisiert wurden, möglichst schnell zu rekapitalisieren und alle staatlichen Hebel in Bewegung zu setzen, um den Akkumulationsfonds des Kapitals im Inland zu erweitern.<sup>32</sup>

Die folgende Tab. 6<sup>33</sup> verdeutlicht noch einmal den relativen Rückstand der BRD. Besonders die Kennziffer Direktinvestitionen zu Export zeigt, in welchem Maße das Schwergewicht der wirtschaftlichen Auslandsaktivität der BRD bei den Warenexporten liegt. Auch der – im internationalen Vergleich – äußerst geringe Anteil der Produktion ausländischer Tochtergesellschaften im Verhältnis zum Export (BRD und Japan 15 Prozent, GB 143 Prozent, USA 350 Prozent) verweist einmal mehr auf die eindeutige Dominanz der Warenexporte in der Weltmarktstrategie des westdeutschen Kapitals: Dennoch ist das BRD-Kapital darum bemüht, diesen relativen Rückstand zu überwinden. Die Entwicklung der

---

29 Krägenau, H.: Entwicklung und Förderung der deutschen Direktinvestitionen. In: Scharrer, H.-E. (Hg.): Förderung privater Direktinvestitionen, Hamburg 1972, S. 469–633, hier S. 471.

30 Vgl. ebd., S. 477.

31 Beim Kapitalexport ist zu unterscheiden zwischen profitragendem (Direktinvestitionen) und zinstragendem (Portfolioinvestitionen, Darlehen, Kredite) Kapital; vgl. dazu Nehls, K.: Kapitalexport und Kapitalverflechtung, Frankfurt/M. 1970, S. 68 ff.

32 Vgl. Nehls, a.a.O., S. 77/78.

33 Quelle: Krägenau, a.a.O., S. 479.

**Tabelle 6: Kennziffern zur wirtschaftlichen Bedeutung der Direktinvestitionen der BRD, Großbritanniens, Japans, Frankreichs und der USA, Durchschnitte 1965-1969**

Land	DI · 100		DI · 100		DI · 100		EL · 100 <sup>a</sup>
	BSP		I		Ex		Ex
	I	II	I	II	I	II	
BRD	—	0,4	—	2,0	—	2,3	15
USA	0,6	0,4	4,6	2,8	16,2	10,3	350
Großbritannien	1,1	0,4	6,8	2,5	7,9	3,0	143
Frankreich	—	0,2	—	1,0	—	2,4	n.v.
Japan	0,3	—	1,1	—	3,0	—	15

**Anmerkungen:**

DI = Direktinvestitionen, definiert als

I: jährlicher Zugang zum Buchwert, d. h. jährliche Kapitalabflüsse plus reinvestierte Gewinne

II: jährliche Kapitalabflüsse

BSP = Bruttosozialprodukt

I = Bruttoinvestitionen (BRD, USA, Japan: private Bruttoanlageinvestitionen; Großbritannien: Bruttoanlageinvestitionen ohne Central Government; Frankreich: Bruttoanlageinvestitionen)

Ex = Exporte

EL = Eigenleistungen der ausländischen Tochtergesellschaften

a Diesem Wert liegen Schätzungen für EL des Jahres 1967 zugrunde

**Tabelle 7: Entwicklung der westdeutschen Direktinvestitionen<sup>34</sup> 1962-1972**

Jahr	Bestand	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.	
	in Mio. DM	in Mio. DM	in v. H.
1962	4 955,7	1 113,2	29,0
1963	6 070,8	1 115,1	22,5
1964	7 205,1	1 134,3	18,7
1965	8 317,1	1 112,0	15,4
1966	9 995,3	1 678,2	20,2
1967	12 056,8	2 061,5	20,6
1968	14 349,0	2 292,3	18,0
1969	17 618,3	3 269,3	22,8
1970	21 113,2	3 494,2	19,8
1971	23 789,2	2 685,0	12,7
1972	27 727,2	3 929,0	16,5

<sup>34</sup> Quellen: Krägenau, a.a.O., S. 472; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 25. Jg., Nr. 8, August 1973, S. 73.

westdeutschen Direktinvestitionen läßt die gewaltigen Anstrengungen erkennen, die unternommen wurden, um erstens die in die BRD fließenden Investitionen des Auslandskapitals auszugleichen, zweitens einen Teil der Exporte durch Auslandsproduktion zu substituieren und damit zu stabilisieren und um drittens die Profitbedingungen des Kapitals von der Binnenmarktkonjunktur, von den Auswirkungen der Krise des kapitalistischen Währungssystems sowie von dem wachsenden Einfluß der Arbeiterbewegung im eigenen Land unabhängiger zu gestalten.

Die regionale Struktur der BRD-Direktinvestitionen wird zunehmend durch die westeuropäische Integration determiniert. Zwischen 1961 und 1970 hat sich eine eindeutige Schwerpunktverlagerung von Amerika nach Europa, hier insbesondere in die EWG-Partnerländer, durchgesetzt. Im einzelnen hat sich der Anteil der EWG-Länder an den westdeutschen Direktinvestitionen wie folgt entwickelt:<sup>35</sup>

	1961		1970	
	in Mio. DM	in Prozent	in Mio. DM	in Prozent
Belgien/Luxemburg	106,8	2,8	2 438,5	11,5
Frankreich	206,8	5,4	2 125,8	10,1
Niederlande	87,5	2,3	1 106,9	5,2
Italien	136,4	3,5	827,8	3,9

Insgesamt hat sich also der Anteil der Direktinvestitionen in den EWG-Ländern von 14 Prozent (1961) auf 30,7 Prozent (1970) erhöht,<sup>36</sup> wobei Belgien/Luxemburg und Frankreich den höchsten Anteil dieser Investitionen auf sich vereinigen. Zugleich ist aber zu berücksichtigen, daß sich eine solche Schwerpunktbildung der Auslandsinvestitionen nicht nur in Westeuropa, sondern auch in Nordamerika (USA, Kanada) und in Brasilien vollzieht.<sup>37</sup> Die Struktur der Direktinvestitionen nach Branchen bestätigt einmal mehr den engen Zusammenhang zwischen Waren- und Kapitalexport; denn «die Branchen, die... den größten Teil des (west-)deutschen Exportes durchführten, nahmen gleichzeitig auch den überwiegenden Teil der (west-)deutschen Direktinvestitionen vor».<sup>38</sup> 1969 entfielen auf die chemische und elektrotechnische Industrie sowie auf den Fahrzeug- und Maschinenbau, die 58,2 Prozent aller Exporte tätigten, 64,4 Prozent aller Direktinvestitionen.<sup>39</sup> Nach diesen exportintensiven technologisch

<sup>35</sup> Vgl. Krägenau, a.a.O., S. 481 u. S. 603; ebenfalls Jacobi, I. v.: Direktinvestitionen und Export, Hamburg 1972, S. 33.

<sup>36</sup> Der Anteil der nicht der EWG angehörenden europäischen Staaten (Schweiz, Österreich, Spanien und Großbritannien) hat sich dagegen nur geringfügig von 19,7 Prozent (1961) auf 22,4 Prozent (1970) erhöht.

<sup>37</sup> Vgl. Krägenau, a.a.O., S. 484.

<sup>38</sup> Ebd., S. 487.

<sup>39</sup> Ebd., S. 488.

hochentwickelten Wachstumsindustrien folgt das Bankkapital, dessen Anteil an den Direktinvestitionen von 2,7 Prozent (1961) auf 3,7 Prozent (1970) angewachsen ist. Allerdings darf die absolute Spitzenposition der chemischen Industrie nicht übersehen werden, die allein ca. zwei Drittel aller Direktinvestitionen der modernen Wachstumsindustrien bestreitet.<sup>40</sup>

Bis in die Gegenwart liegt – so kann vorerst zusammengefaßt werden – der Schwerpunkt der Außenexpansion des BRD-Kapitals nicht bei der Auslandsproduktion, sondern beim Warenexport. Freilich bahnt sich hier seit Mitte der sechziger Jahre eine Wende an: Die Forcierung der Konzentration und Zentralisation des Kapitals im Inland, der inneren Investitionstätigkeit und der Exporte verstärkte die Auswirkungen der Krise von 1966/67. Diese Erfahrungen förderten die bewußte Intensivierung ausländischer Direktinvestitionen, um auf diesem Wege nicht nur den Anforderungen der kapitalistischen Weltmarktkonkurrenz besser zu entsprechen, sondern auch, um eine größere Unabhängigkeit von den Auswirkungen der Binnenmarktkonjunktur zu erlangen.<sup>41</sup>

Die Schätzwerte des Bestandes der französischen Direktinvestitionen im Ausland weichen, da amtliche Angaben fehlen, stark voneinander ab. Als für das Jahr 1969 ein Bestand zwischen 19 und 26 Mrd. DM angenommen wurde, übertraf dieser noch die produktiven Auslandsanlagen der BRD.<sup>42</sup> Darin kommt zunächst die koloniale Tradition zum Ausdruck, die noch heute in der Absorption eines beträchtlichen Teils der französischen Direktinvestitionen durch die Länder der sog. «Franc-Zone» fortwirkt. Gleichwohl kann Frankreich nicht zur Gruppe der führenden kapitalexportierenden Länder gezählt werden; denn – wie die Angaben für die Bewegung der Direktinvestitionen in den sechziger Jahren zeigen

*Tabelle 8: Nettoinvestitionen Frankreichs im Ausland 1962–1971*

Jahr	in Mio. DM
1962	180,8
1963	343,7
1964	593,6
1965	852,3
1966	704,8
1967	1 295,3
1968	1 246,9
1969	647,8
1970	768,6
1971	1 248,1
<b>Summe 62–71</b>	<b>7 881,9</b>

<sup>40</sup> Vgl. dazu im Detail Nehls, a.a.O., S. 71 ff.

<sup>41</sup> Vgl. Nehls, K.: Internationale Konzerne, Monopolmacht, Klassenkampf. In: IPW-Forschungsheft 1 (1973), S. 26 ff.

<sup>42</sup> Vgl. Bedford, H./Saldern, S. v.: Entwicklung und Förderung der französischen Direktinvestitionen. In: Scharrer (Hg.), a.a.O., S. 321–397.

(vgl. Tab. 6) – Frankreich nimmt noch hinter der BRD den letzten Rang ein.

Tab. 8 macht deutlich, wie sich die französischen Direktinvestitionen seit 1962 entwickelt haben.<sup>43</sup> Trotz des schnellen Wachstums der Auslandsinvestitionen bleibt ihr Volumen beträchtlich hinter dem der BRD zurück. Die BRD hat im Zeitraum 1962 bis 1971 ca. die zweieinhalbfache Summe von profittragendem Kapital exportiert. Demnach dürfte Frankreich inzwischen – bezogen auf den Gesamtumfang der Auslandsinvestitionen – hinter die BRD zurückgefallen sein. Besonders in den Jahren 1969/70 wurde die Investitionstätigkeit im Ausland durch die strengen Devisenbewirtschaftungsmaßnahmen der französischen Regierung stark gebremst, wobei der Rückgang der Investitionen in die EWG-Länder außerordentlich deutlich zu Buche schlug (von 248 Mio. FF – 1968 – auf 3 Mio. FF – 1969).<sup>44</sup>

Bei der Betrachtung der regionalen Verteilung der französischen Direktinvestitionen fällt zuerst – in deutlichem Unterschied gegenüber der BRD – der relativ niedrige Anteil der in der EWG getätigten französischen Direktinvestitionen auf: Zwischen 1960 und 1969 flossen nur 20 Prozent aller Auslandskapitalanlagen in die EWG. Außereuropäische Investitionsschwerpunkte bilden die Länder der Franc-Zone, die Länder der Sterling-Zone sowie Kanada. Die Investitionen in den USA blieben dagegen auf einem niedrigen Niveau. Innerhalb der EWG stand Italien (10,6 Prozent) als Anlageland an der Spitze der französischen Direktinvestitionen. Auf die BRD entfielen nur 4,9 Prozent aller Anlagen im Zeitraum 1960–1969.<sup>45</sup> Da die BRD im gleichen Zeitraum Kapital in Höhe von 5 789,6 Mio. DM nach Frankreich exportierte,<sup>46</sup> dem französische Kapitalexporte in der BRD in Höhe von nur 276,1 Mio. DM entgegenstanden,<sup>47</sup> kann – obwohl es sich bei diesen Zahlen nur um Schätzwerte handelt – als allgemeine Tendenz festgehalten werden, daß sich im Bereich der Direktinvestitionen keineswegs eine gleichgewichtige Kapitalverflechtung, sondern eine außerordentlich ungleichgewichtige Abhängigkeit Frankreichs von der BRD entwickelt hat.<sup>48</sup> Während das französische Kapital und der französische Staat durch seine Politik der staats-

---

43 Vgl. ebd., S. 328; SAEG. Allgemeine Statistik 1–5 (1973), S. 94. Diese Angaben können nur allgemeine Trends vermitteln, da z. B. die Angaben des SAEG und der nationalen Zahlungsbilanzen außerordentlich widerspruchsvoll sind (vgl. Bedford/von Saldern, a.a.O., S. 329). Ebenso fehlen Angaben über die Veränderung des Gesamtbestandes von 1967–1969, einschließlich der Länder der Franc-Zone; DM-Umrechnung nach Krägenau, a.a.O., S. 471 (1 US-\$ = DM 3,66).

44 Vgl. Bedford/von Saldern, a.a.O., S. 334.

45 Dieser Anteil lag in der ersten Hälfte der sechziger Jahre weitaus höher und ist seitdem zurückgegangen; vgl. ebd., S. 333.

46 Vgl. Krägenau, a.a.O., S. 603.

47 Berechnet nach Bedford/von Saldern, a.a.O., S. 335. Für die Umrechnung wurden zugrunde gelegt 100 FF = 65,8962 DM (nach Krägenau, a.a.O., S. 471).

48 Selbst die Summe der französischen Direktinvestitionen nach Italien, die prozentual den höchsten Anteil der EWG-Investitionen erreicht, macht für 1960 bis 1969 mit 604,9 Mio. DM nur ca. ein Fünftel der BRD-Investitionen aus, die sich auf 3414,6 Mio. DM belaufen. Vgl. Krägenau, a.a.O., S. 603; Bedford/von Saldern, a.a.O., S. 333.

monopolistischen Wirtschafts- und Investitionsförderung alle Anstrengungen auf die Erhöhung der Investitionsrate im eigenen Lande konzentrierten und dabei einen «geradezu sensationellen Anstieg» realisierten,<sup>49</sup> nutzte das BRD-Kapital seine günstige Ausgangsposition dazu, neben der Steigerung der Warenexporte auch die zwischenstaatliche Kapitalbilanz zu seinen Gunsten zu gestalten. Auf diese Weise wurden weder die objektiven noch die subjektiven Bedingungen der Integration gefördert; vielmehr produzierte das Wachstum der westdeutschen Investitionen in Frankreich «Furchtkomplexe»,<sup>50</sup> die ihrerseits national defensive Reaktionen auf dem Gebiet der Kapitalmarktpolitik sowie auf die Vorschläge zur Einrichtung der Wirtschafts- und Währungsunion provozierten.

Auch die branchenmäßige Aufgliederung der französischen Direktinvestitionen vermittelt keine überzeugenden Anhaltspunkte für eine – dem allgemeinen Wachstumstempo sowie der Dynamik des Außenhandels entsprechende – Verflechtung zwischen den EWG-Märkten, hier insbesondere zwischen den Kernstaaten BRD und Frankreich. Im Gegensatz zu den westdeutschen Direktinvestitionen, die sich in den technologisch hochentwickelten und exportorientierten Wachstumsindustrien zusammenballen, konzentrierten sich die französischen Direktinvestitionen zwischen 1962 und 1967 auf den Dienstleistungssektor – dort vornehmlich auf den Handel (23,7 Prozent), auf Erdölinvestitionen (17,2 Prozent), auf den Immobiliensektor (14,1 Prozent) sowie auf die Metallindustrie (13,4 Prozent).<sup>51</sup> Vor allem der hohe Anteil des Handels läßt erkennen, daß diese Investitionen dem Zweck der Warenexportförderung dienen, während umgekehrt die ausländischen Investitionsschwerpunkte des BRD-Kapitals bereits errungene Positionen im internationalen Austausch absichern und ausweiten sollen. Insofern läßt die Analyse der Kapitalbewegung innerhalb der EWG kaum den Schluß zu, daß die Formen ihrer Bewegung sowie ihrer bisherigen Resultate als integrationsinduziert gelten können. Zumindest für die sechziger Jahre signalisiert gerade die Bewegung der Direktinvestitionen eine zunehmende Ungleichmäßigkeit auch der innergemeinschaftlichen Entwicklung, damit letztlich auch eine Verfestigung des ungleichmäßigen sozialökonomischen Kräfteverhältnisses. Es zeigt sich, daß die am höchsten zentralisierten nationalen Kapitale der exportorientierten Wachstumsindustrien die durch die Zollunion geschaffenen Vorteile am effektivsten nutzen können. Damit wird der Graben zwischen den nationalen Volkswirtschaften mit unterschiedlicher Kapitalproduktivität vertieft. Der Rekurs auf nationalstaatliche Protektionsmaßnahmen auf der einen und stärkere Orientierung auf den kapitalistischen Weltmarkt auf der anderen Seite sind notwendige Resultate dieser disproportionalen – durch das ungleichmäßige Kräfteverhältnis vermittelten – Strukturen und Konkurrenzverhältnisse.

---

49 Vgl. Uri u. a.: Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit..., Band 1, a.a.O., 1. II./S 19; vgl. auch Albers, D. u. a.: Klassenkämpfe in Westeuropa, Reinbek bei Hamburg 1971, S. 20.

50 Ziebur, G.: Die deutsch-französischen Beziehungen..., a.a.O., S. 149.

51 Vgl. Bedford/von Saldern, a.a.O., S. 336.

Eng mit der Internationalisierung des Austausches und der Produktion verbunden, hat sich in den letzten Jahren die internationale Mobilität des Kapitals beträchtlich erhöht. Nicht nur die Direktinvestitionen, sondern auch die internationalen Geldkapitaltransaktionen verdeutlichen diese Entwicklung. Da die dem EWG-Vertrag zugrundeliegende Integrationskonzeption davon ausging, daß wirtschaftliches Wachstum, technischer Fortschritt und Angleichung der Produktivität in hohem Maße von der Freizügigkeit und der «optimalen Allokation des Faktors Kapital»<sup>52</sup> bestimmt werden, sah der Vertrag (Art. 67) die schrittweise Beseitigung aller Beschränkungen des Kapitalverkehrs in der Gemeinschaft sowie ein «Höchstmaß» an Liberalisierung in der Koordinierung der Devisenpolitik der Mitgliedstaaten (Art. 70) vor, wenn auch die Möglichkeit nationaler Schutzmaßnahmen ausdrücklich festgehalten wurde (Art. 73). Die Liberalisierung der Kapitalzirkulation ist den «vier» essentiellen «Freiheiten», deren Zusammenwirken die Basis für die Realisierung binnenmarktähnlicher Verhältnisse in Westeuropa bilden sollte, zugeordnet. Daher muß ein Scheitern dieser Liberalisierung zugleich die Integrationskonzeption in ihrer Gesamtheit in Frage stellen. «Falls sich die finanzielle Integration nicht zwischen den Kapitalmärkten der sechs Mitgliedstaaten realisieren sollte, könnte die Verwirklichung des harmonischen Wachstums, eines der Hauptziele der Gemeinschaft, verhindert werden.»<sup>53</sup>

Die Internationalisierung der Kapitalmärkte folgte jedoch nicht den Intentionen und Postulaten des EWG-Vertrages und den Wunschvorstellungen der Wirtschafts- und Finanztheorie. Sie vollzog sich vielmehr als eine «spontane Entwicklung»,<sup>54</sup> die nicht durch fortschreitende innergemeinschaftliche Integration, sondern durch die anarchischen Profitinteressen des internationalen Finanzkapitals, dessen Zentren New York und London außerhalb der EWG lagen, bestimmt wird. «Seit jedoch der Eurodollarmarkt existiert, multinationale Firmen entstanden und größer wurden und sich die internationalen Verflechtungen der Banken verstärkten, ist das Geldkapital extrem mobil – auch über die Landesgrenzen.»<sup>55</sup>

Der Eurodollarmarkt ist jedoch gerade das Produkt eines nicht existenten Kapitalmarktes der EWG und darüber hinaus eine zusätzliche Schranke seiner Verwirklichung: Er entzieht sich weitgehend dem Einfluß einer national autonomen bzw. gemeinschaftlich koordinierten Währungspolitik; denn er verdankt seine Entstehung u. a. der Tatsache, daß die nationalen Kapitale die Hochzinspolitik der nationalen Zentralbanken, die der inflationären Preisentwicklung entgegenwirken soll, durch die Beschaffung von «billigerem Geld» auf dem Eurodollarmarkt unterlaufen. Weiterhin dient dieser Markt weniger den Expansionsbe-

---

52 Vgl. Walter, N.: Kapitalverkehrskontrollen – ein Instrument zur Regulierung der internationalen Kapitalströme? In: Die Weltwirtschaft, Heft 2 (1972), S. 154–180, hier S. 155.

53 Nême, a.a.O., S. 141/142.

54 Uri u. a.: Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit..., Band 2, a.a.O., 3.II./S. 49.

55 Walter, a.a.O., S. 154.

dürfnissen des westeuropäischen Kapitals als vielmehr der Finanzierung eines erheblichen Teils der US-Direktinvestitionen in Westeuropa.

«Es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß im allgemeinen die Europäer selbst die amerikanischen Investitionen in Europa finanzieren. Ein Unternehmen wie General Motors hat in den letzten zwanzig Jahren nicht einen einzigen Dollar aus den Vereinigten Staaten exportiert, um seine Auslandsinvestitionen zu finanzieren. Die im Jahre 1968 aufgelegten Euro-Emissionen erreichten einen Wert von 3 Mrd. Dollar; zwei Drittel davon beanspruchten amerikanische Unternehmen... Die europäische Finanzierung deckt nicht nur die Gründungs- und Entwicklungskosten der amerikanischen Unternehmen; sie hat ihnen auch ermöglicht, europäische Unternehmen aufzukaufen, wie Bull (von General Electric, 1962–1964), Ferrania (von 3 M, 1964) Simca und Rootes (von Chrysler, 1963 und 1967) oder DEA (von Texaco, 1967).»<sup>56</sup>

Vor diesem Hintergrund werden die Bemühungen der westeuropäischen Regierungen verständlich, den Eurodollarmarkt «auszutrocknen». Zugleich erscheint es keineswegs als ein «Paradoxon», «daß das Aufkommen eines freien internationalen Marktes jedes Land zur Beibehaltung oder Wiedereinführung der Devisenzwangsbewirtschaftung veranlassen mußte».<sup>57</sup>

Die Kommission der EWG stellte 1973 fest, daß Art. 67 des EWG-Vertrages nach wie vor eine unerfüllte Forderung sei:

«Bei der Liberalisierung des Kapitalverkehrs und der Koordinierung der Kapitalmarktpolitik der Mitgliedstaaten sind in den letzten Jahren keinerlei Fortschritte erzielt worden. Vielmehr mußten den Mitgliedstaaten Ausnahmen von den Durchführungsrichtlinien zu Art. 67 des Vertrages gewährt werden, um ihnen – allerdings ohne viel Erfolg – die Möglichkeit zu geben, sich zu schützen.»<sup>58</sup>

Diese Selbstkritik verschleiert gleichwohl die Tatsache, daß lediglich zu Beginn der sechziger Jahre zwei Richtlinien zur Durchführung des Art. 67 erlassen werden konnten, deren Auswirkungen noch dazu gering waren, zumal Frankreich unter Beanspruchung der Schutzklausel des Art. 73 einen Teil der Liberalisierungen wiederaufhob. Eine dritte Richtlinie vom Februar 1967, die Diskriminierungen beim Zugang zu den Kapitalmärkten der Mitgliedstaaten beseitigen sollte, blieb «bis heute in den Instanzen des Ministerrates... stecken»; denn «die betroffenen Mitgliedstaaten zeigten... keinerlei Bereitschaft zu dieser auch nur geringen Öffnung ihres Kapitalmarktes».<sup>59</sup>

---

<sup>56</sup> Die amerikanischen Investitionen in der EWG. Europäische Dokumentation. Brüssel 1970, Nr. 9, S. 2/3, zit. n. Maillot u. a.: Die EWG im Ausbau. Bilanz und Perspektiven. Baden-Baden 1972, S. 47/48; zum Anteil der Dollar-Emissionen vgl. Nême, a.a.O., S. 161.

<sup>57</sup> Uri u. a.: Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit..., Band 2, a.a.O., 3.II./S. 49.

<sup>58</sup> Mitteilung der Kommission an den Rat, KOM (73) 570-D. Brüssel, 19. April 1973, S. 6. Vgl. auch die Hinweise zur «Förderung des freien Kapitalverkehrs» in der Entschließung des Rats vom 22. 3. 1971 über die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion in der Gemeinschaft, in: Hellmann, R. (Hg.): Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, a.a.O., S. 208 ff.

<sup>59</sup> von der Groeben/Mestmäcker, a.a.O., S. 40; vgl. auch Nême, a.a.O., S. 146–149; Sattler, a.a.O., S. 15/16.

Bis zum Ende der sechziger Jahre ist der westeuropäische Kapitalmarkt zwischen einer eher «liberalen» (BRD, Belgien/Luxemburg) und einer eher «protektionistischen» Ländergruppe (Frankreich, Italien, Niederlande) gespalten gewesen.<sup>60</sup> Diese Abschließung ist – abgesehen von Devisenbeschränkungen und steuerlichen Reglementierungen – vor allem in den Konzeptionen der nationalen Wirtschaftspolitik begründet. Da sich in dieser Zeit vor allem in Frankreich und Italien die nationale Wirtschaftspolitik vorrangig auf die Forcierung des Wachstums und damit auf das Bemühen, Disproportionen gegenüber der BRD auszugleichen, konzentrierte, wurde die Kapitalmarktpolitik ganz in den Dienst dieser spezifischen Zielsetzungen gestellt. Das mußte notwendig die Entwicklung eines gemeinschaftlichen Kapitalmarktes blockieren, da der Kapitalabfluß in profitablere ausländische Anlagesphären schon immer als Gefährdung dieser nationalen Entwicklungsstrategie gewertet wurde. Die «dirigistischen Maßnahmen» (Importbeschränkungen, Exportsubventionen, Devisenkontrollen), die Frankreich im November 1968 als Reaktion auf die Verwertungsschwierigkeiten des nationalen Kapitals und die Franc-Krise ergriff, machen klar, welche Prioritäten durch die nationalen und internationalen Interessen des französischen Kapitals im Zielkonflikt zwischen nationaler Stabilisierung und fortschreitender Integration gesetzt werden.<sup>61</sup>

Unter dem Einbruch der massiven Dollarzuflüsse der Jahre 1971/72 wurden die Chancen für eine Liberalisierung des innergemeinschaftlichen Kapitalverkehrs weiter gemindert. Die bis dahin bestimmende zwischenstaatliche Differenzierung von «liberalen» und «dirigistischen» Märkten nivellierte sich zugunsten der Verallgemeinerung von Kapitalverkehrskontrollen, von nationalen Schutzmaßnahmen, die die freie Bewegung des Geldes und des zinstragenden Kapitals rigoros einschränkten. So ist «aus einer Allianz von Partikularinteressen... auf diese Weise in Europa ein Geflecht von Kapitalverkehrskontrollen, nicht aber ein einheitlicher europäischer Kapitalmarkt entstanden».<sup>62</sup> Während Frankreich zeitweilig Erleichterungen für den Kapalexport einführte, um die zufließende Liquidität wieder nach außen zu lenken, insgesamt jedoch die drastischen Kontrollmechanismen noch verschärfte, vollzog die BRD mit den Regierungsbeschlüssen vom 29. Juni 1972 und vom 5. Februar 1973 eine radikale Kehrtwendung zugunsten von Kapitalverkehrskontrollen und damit zugunsten einer national autonomen Schutzpolitik; u. a. wurde das Bardepot<sup>63</sup> verschärft, der Absatz von Anleihetiteln an Ausländer wurde unterbunden, und Kreditauf-

---

60 Nème, a.a.O., S. 151.

61 Vgl. u. a. Domdey, K. H./Kühne, D. H.: Die chronische Krise des kapitalistischen Währungssystems, Frankfurt/Main 1972, S. 218 ff.; Hallstein, W.: Der unvollendete Bundesstaat, a.a.O., S. 117; Carli, G.: Aspekte der internationalen Währungskrise. In: EA 7 (1972), S. 235–248, bes. S. 240.

62 Walter, a.a.O., S. 155.

63 Zur Abwehr unerwünschter Geldzuflüsse mußten westdeutsche Firmen, die Finanzkredite im Ausland aufnahmen, einen bestimmten Prozentsatz in bar bei der Bundesbank hinterlegen, ähnlich der Mindestreservspflicht der Banken.

nahmen im Ausland wurden einer Genehmigungspflicht unterworfen.<sup>64</sup> Durch diese Kontrollen verschafften sich die kurzfristigen nationalen Interessen der BRD Geltung und reagierten auf den schon lange vorher eingeschlagenen nationalen Kurs Frankreichs und Italiens<sup>65</sup> als auch auf die Unmöglichkeit einer gemeinsamen EWG-Politik, wie sie sich zwischen 1964 und 1967 zu entwickeln schien.<sup>66</sup> Auf diese Weise schwanden aber auch – wie der Sachverständigenrat in einem Sondergutachten betonte – die Chancen für die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion, deren erste Stufe nach den Beschlüssen des Ministerrates vom 22. 3. 1971 schon am 1. Januar 1971 angelaufen sein sollte:

«Wer Kapitalverkehrsbeschränkungen dieser Art im Namen der europäischen Währungsunion betreibt, der wird, selbst wenn er sich unentwegt auf den Bedarf an Abwehrmaßnahmen berufen kann, von seiten der Drittländer dem Vorwurf ausgesetzt sein, daß er unter europäischer Währungsunion nicht mehr versteht als einen Verein, in dem sich Länder mit merkantilistischer Haltung zur kollektiven Förderung ihrer Exportchancen gegenüber den Vereinigten Staaten und anderen Drittländern zusammenschließen.»<sup>67</sup>

Die Schranken, die in den sechziger Jahren die Entwicklung eines liberalisierten und einheitlichen Kapitalmarktes in der EWG behinderten, und die weltweiten Widersprüche, die mit dem Übergang zu den siebziger Jahren ein rigoroses System von Kapitalverkehrskontrollen hervorbrachten, legen die Vermutung nahe, daß eine spezifisch regionale Verflechtung und Interdependenz der Kapitalbewegung nicht stattgefunden hat. Zugleich wird jedoch auch der Doppelcharakter jener grundlegenden Bedingungen erhellt, die der regionalen kapitalistischen Integration, der Herstellung «innenmarktähnlicher Verhältnisse», Grenzen setzen und die letztlich die Kettenglieder der EWG-Krisen seit 1965/66 miteinander verknüpfen.<sup>68</sup> Auf der einen Seite sind die Reproduktionsbedingungen der west-

---

64 Vgl. zu diesen Maßnahmen im einzelnen Sachverständigenrat. Sondergutachten vom 3. Juli 1972. In: Jahresgutachten 1972/73, a.a.O., S. 173, sowie FAZ vom 5. 2. 1973.

65 So erhebt z. B. Hallstein, a.a.O., S. 112, den Vorwurf, daß sich Italien zur Lösung seiner währungspolitischen Schwierigkeiten nicht an Brüssel, sondern an die Amerikaner gewandt habe.

66 Vgl. Barre, R.: Die währungspolitische Zusammenarbeit innerhalb der EWG. In: EA 16 (1969), S. 563–572, hier S. 569.

67 Sachverständigenbeirat. Jahresgutachten 1972/73, a.a.O., S. 174.

68 In der apologetischen EWG-Literatur wird gerade versucht, die Symptome dieser Krise im Sinne einer notwendigen Übergangsstufe zwischen der Zollunion und der Wirtschaftsunion umzuinterpretieren und dabei von den allgemeinen Bedingungen der Krise abzulenken. So unterscheiden z. B. Mailet, P., u. a., a.a.O., S. 185/186, die folgenden Stufen:

«1. Stufe (vor 1958): Die nationalen Wirtschaftsräume sind abgekapselt, vor allem für Kapitalbewegungen. Die... konjunkturpolitischen Instrumente (der Nationalstaaten; d. Verf.) kommen voll zum Tragen...

2. Stufe: Die nationalen Wirtschaftsräume öffnen sich immer mehr. Die einzelstaatlichen konjunkturpolitischen Instrumentarien wie z. B. der Diskontsatz verlieren an Durchschlagskraft, ohne daß gemeinschaftliche Instrumente an ihre Stelle treten und ohne daß es

europäischen Kapitale in die kapitalistische Weltmarktkonkurrenz integriert. Insofern produziert die Erringung von Weltmarktpositionen, die – wie anhand des Außenhandels gezeigt wurde – zweifellos durch die Integration gefördert wurde, ihre eigenen Widersprüche: Die positiven Funktionen des regionalen Abschließungseffektes transformieren sich zunehmend in Faktoren der Übertragung der Weltmarktkonkurrenz und der Weltmarktwidersprüche in den EWG-Binnenraum selbst. Gerade die internationale Integration der Finanzmärkte, die mit den Welthandelserfolgen der EWG und mit den amerikanischen Direktinvestitionen einherging, verdeutlicht diesen Zusammenhang. Da die Inlandskapitalmärkte an Autonomie verloren haben, schlagen z. B. der lang währende Kursverlust des US-Dollar sowie kurzfristige Spekulationsbewegungen von internationalen Geldströmen unmittelbar in die nationalen Währungsräume – insbesondere der relativ «stabilen» Währungen – ein, bedrohen die Wirksamkeit nationaler Regulierungsmaßnahmen und provozieren schließlich die Institutionalisierung nationaler Schutzmaßnahmen sowie die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen. Diese nationalen Maßnahmen, deren Wirksamkeit immer wieder mit dem erneuten «Aufblühen» internationaler Finanztransaktionen auf dem kaum zu kontrollierenden Eurodollarmarkt in Frage gestellt wird,<sup>69</sup> sind selbst wesentliche Instrumente, deren sich die nationalen Kapitale und Staaten in der verschärften Weltmarktkonkurrenz zur Abwehr von Krisenerscheinungen bedienen müssen. Sie sind ein Versuch, internationale Inflationsübertragungen und die Aufwertung nationaler Währungen zu verhindern, um auf diese Weise eine Schwächung der Weltmarktposition der nationalen Kapitale abzuwehren. So faßt sich in der Politik des Nationalstaates das von den Einzelinteressen abgehobene Gesamtinteresse der nationalen Kapitale zusammen, das die Folgen und Kosten der kapitalistischen Weltmarktkrise, die sich zunächst noch über die veränderten Zirkulationsbedingungen des Geldes als Währungskrise vermittelt, auf die Konkurrenten abzuwälzen trachtet. Daß die produktivsten und am meisten weltmarktorientierten Kapitale aufgrund der engen Verflechtung mit dem internationalen Finanzkapital zugleich die Träger jener – trotz der nationalen Kapital-

---

zu einer tatsächlichen Koordinierung kommt. Dieser Zeitraum umfaßte ungefähr die ersten zehn Jahre des Gemeinsamen Marktes.

3. Stufe: Die sechs Wirtschaftsräume stehen insofern fast ganz offen, als die gesetzlichen Schranken verschwunden sind, sie bilden aber noch keinen einheitlichen Wirtschaftsraum, weil sich die Wirtschaftssubjekte – Staat und Private – noch nicht dementsprechend verhalten. Es kommt zu einer gewissen Koordinierung, diese bleibt jedoch ungenügend, weil sie der Verschiedenartigkeit der Länder nicht Rechnung zu tragen vermag, außerdem stört die Unwirksamkeit bestimmter Maßnahmen wie z. B. der Diskontsatzänderungen.

4. Stufe: Die Gemeinschaft wird einen einheitlichen Markt mit gemeinsamer Währung und Wirtschaftspolitik bilden. Die konjunkturpolitischen Instrumente wie z. B. der Diskontsatz gewinnen ihre ursprüngliche Wirkungskraft zurück.

Die Gemeinschaft befindet sich zur Zeit in Stufe 3, die möglichst bald zugunsten des Eintritts in Phase 4 überwunden werden sollte.»

69 Zur neuesten Entwicklung vgl. z. B. Brestel, H.: Weltkonjunktur auf Kredit. Finanzquelle Eurodollarmarkt. In: FAZ vom 24. 9. 1973.

verkehrskontrollen fortschreitenden – internationalen Integration der Finanzmärkte sind und damit selbst als Multiplikatoren der Inflation, «die an den Fundamenten unserer bürgerlichen Gesellschaft zehrt»,<sup>70</sup> fungieren, ist nur scheinbar ein Widerspruch; denn in diesem Paradoxon werden nicht nur die widersprüchlichen Interessen zwischen den eher weltmarkt- oder eher national-orientierten Kapitalfraktionen sichtbar, sondern auch die allgemeine Tendenz der Kapitalakkumulation, durch den Zwang zur Entwicklung der Produktivkräfte und durch die dem Kapital zur Verfügung stehenden Mittel, um dem tendenziellen Fall der Profitrate durch die Expansion auf dem Weltmarkt entgegenzuwirken, den Widerspruch zwischen Produktivkräften und kapitalistischen Produktionsverhältnissen auf stets erweiterter Stufenleiter zu reproduzieren.

Auf der anderen Seite bewirken die ungleichmäßigen sozialökonomischen Strukturen und Kräfteverhältnisse innerhalb der EWG, daß die Partnerstaaten nicht einheitlich, nicht mit einer gemeinschaftlichen Politik auf die verschärfte Weltmarktkonkurrenz und auf die Auswirkungen der internationalen Währungs-krise reagieren. Die unterschiedliche Position der westeuropäischen Kapitale in der Weltmarkt- wie der westeuropäischen Konkurrenz begründet das Bemühen der Nationalstaaten, die nationalen und globalen Interessen, nicht jedoch die nationalen, gemeinschaftlichen und globalen Interessen in Übereinstimmung zu bringen. Diese Interessenkonstellation gibt freilich schon zu erkennen, daß das sog. «Gemeinschaftsinteresse» sich immer wieder auf den kleinsten gemeinsamen Nenner des Kompromisses zwischen den nationalstaatlichen Interessen reduzieren muß, was in der Tat die Praxis der Verhandlungen in den Entscheidungsorganen der EWG charakterisiert.<sup>71</sup>

Insofern erweist sich die Ideologie des Gemeinschaftsinteresses als die Formulierung eines gemeinsamen Interesses des westeuropäischen Kapitals an der ökonomischen und politischen Neuaufteilung der Einflußsphären zwischen den imperialistischen Zentren, die die uneingeschränkte Vorherrschaft der USA beenden soll. Aber dieses globale Interesse kann nur durch den Filter des nationalen Interesses formuliert werden, und damit erscheint die reale Gemeinschaftlichkeit der Interessen a priori als eine Fiktion.

### 2.3. Arbeitsmarkt

Die freie transnationale Mobilität der Arbeitskraft (Art. 48 ff.), die Niederlassungsfreiheit (Art. 52 ff.) sowie der freie Dienstleistungsverkehr (Art. 59 ff.) bilden schließlich das letzte Element jenes Kataloges der «vier Grundfreiheiten», die im EWG-Vertrag als die «Grundlagen der Gemeinschaft» definiert werden. Bei der Untersuchung des erreichten Integrationsgrades ist also zu fragen, in welchem Maße sich insbesondere die Mobilität der Arbeitskraft de facto von den

---

<sup>70</sup> Hankel, W.: Europäische Währungsunion und die Reform des internationalen Währungssystems. In: EA 2 (1972), S. 37–43, hier S. 43.

<sup>71</sup> Vgl. von der Groeben/Mestmäcker, a.a.O., S. 101/102.

Begrenzungen der nationalen Arbeitsmärkte gelöst hat.

Die Integrationstheorie betrachtet die «Mobilität des Faktors Arbeit» als eine dynamische Funktion der Zollunion und als eine wesentliche Bedingung von Produktivitätssteigerungen.<sup>72</sup> Dieser Konzeption zufolge orientieren sich Bewegung und Agglomeration der Arbeitskraft an der Kapitalbewegung selbst. Wird also durch den gemeinsamen Markt dem Kapital die Möglichkeit eröffnet, günstigere Produktionsstandorte außerhalb der nationalen Märkte als Anlagensphären zu wählen, so wird dieser Produktivitätsvorteil noch durch die Umverteilung der Arbeitskräfte von den weniger profitablen in die günstigeren Produktionsstandorte bzw. Regionen unterstützt. Die Mobilität der Arbeitskraft liegt demnach zunächst «im Interesse rationaler Standortwahl und Arbeitsteilung».<sup>73</sup> Da das produktivere Kapital zugleich befähigt ist, höhere Löhne als das weniger produktive Kapital zu zahlen, sollen die Lohndifferenzen als Anreiz wirken, der jene Prozesse der horizontalen, geographischen Mobilität der Arbeitskraft zusammen mit den politischen Maßnahmen, die die Freizügigkeit, Nichtdiskriminierung und soziale Sicherung gewährleisten, ins Werk setzt:

«Economic integration, by removing various obstacles to the mobility of labour, tends to make countries with high rates of remuneration more attractive. If full employment is the rule prior to integration and migration takes place in result to differentials in earnings, then as a result of integration, labour movements will be recorded from low-wage to high-wage areas.»<sup>74</sup>

So verband sich im Programm der Freizügigkeit der Arbeitskraft im EWG-Raum die neoliberale Vorstellung von der unumschränkten Mobilität des «Produktionsfaktors Arbeit» mit der Keynesianischen Intention der Garantie der Vollbeschäftigung durch den Ausgleich von Unter- und Überbeschäftigung zwischen den nationalen Arbeitsmärkten.<sup>75</sup>

Die Freizügigkeit wurde in drei Stufen und schließlich mit einer EWG-Verordnung vom 8. November 1968, fast ein Jahr früher als vertraglich vorgesehen, verwirklicht.

«Aufgrund dieser Verordnung ist jeder Staatsangehörige eines Mitgliedstaates, völlig unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage, berechtigt, eine Tätigkeit im Lohn- und Gehaltsverhältnis im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaates nach den für die Arbeitnehmer dieses Staates geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften aufzunehmen und auszuüben. Außerdem können jeder Staatsangehörige eines Mitgliedstaates und jeder Arbeitgeber in der Gemeinschaft gleichermaßen unabhängig von der Arbeitsmarktlage ihre Stellenangebote und Arbeitsgesuche austauschen sowie Arbeitsverträge schließen und erfüllen.»<sup>76</sup>

---

72 Vgl. u. a. Balassa: *The Theory...*, a.a.O., S. 80 ff.

73 von der Groeben/Mestmäcker, a.a.O., S. 35.

74 Yannopoulos, G. N.: *Economic Integration and Labour Movements*. In: Denton (ed.): *Economic Integration in Europe*, a.a.O., S. 220–245, hier S. 244.

75 Vgl. Nême, a.a.O., S. 130.

76 Sattler, a.a.O., S. 7; vgl. auch von der Groeben/Mestmäcker, a.a.O., S. 35 ff.; Nême, a.a.O., S. 133 ff.

Darüber hinaus ist das Recht auf Gleichbehandlung in sozialen und steuerlichen Angelegenheiten sowie hinsichtlich der Gewerkschaftszugehörigkeit und der Ausübung gewerkschaftlicher Rechte gesichert.

Tab. 9 faßt die Mobilität der Arbeitskräfte in den sechziger Jahren zusammen.<sup>77</sup> Aus diesen Angaben geht hervor, daß die integrationsspezifischen Impulse zur erhöhten Mobilität der Arbeitskraft, zur Verflechtung und Internationalisierung der nationalen Arbeitsmärkte schwach geblieben sind; denn einmal hat sich – mit Ausnahme der BRD – die Anzahl der ausländischen Arbeitskräfte

*Tabelle 9: Ausländische Arbeiter und Angestellte in der EWG (1961–1970)*

<b>BELGIEN</b>	1961	1968
Ausländische Arbeitnehmer: Drittländer	35 800	77 600
Ausländische Arbeitnehmer: EWG	102 200	104 400
<b>BRD</b>	1961	1970
Ausländische Arbeitnehmer: Drittländer	203 214	1 361 332
Ausländische Arbeitnehmer: EWG	272 448	477 527
<b>FRANKREICH</b>	1962	1970
Ausländische Arbeitnehmer: Drittländer	1 398 825	1 927 999
Ausländische Arbeitnehmer: EWG	770 840	713 142
<b>ITALIEN</b>	1967	1970
Ausländische Arbeitnehmer: Drittländer	21 292	25 000
Ausländische Arbeitnehmer: EWG	9 335	12 000
<b>LUXEMBURG</b>	1961	1970
Ausländische Arbeitnehmer: Drittländer	2 100	7 100
Ausländische Arbeitnehmer: EWG	18 800	26 000
<b>NIEDERLANDE</b>	1961	1968
Ausländische Arbeitnehmer: Drittländer	13 800	57 400
Ausländische Arbeitnehmer: EWG	14 200	22 900

aus dem EWG-Bereich nicht signifikant erhöht; in Frankreich ist deren Zahl sogar absolut zurückgegangen.<sup>78</sup> Zum anderen hat sich in allen EWG-Ländern die Zahl der Arbeitskräfte aus Drittländern absolut und relativ erhöht. Betrug im Jahre 1957 – also vor der Gründung der EWG – das Verhältnis von EWG- und Drittlands-Arbeitskräften noch 48 : 52, so kehrte es sich im Verlaufe der sechziger Jahre um: 1965 kamen 34 von 100 ausländischen Arbeitskräften aus anderen EWG-Ländern, 66 dagegen aus Drittländern.<sup>79</sup> Die Behauptung von der Entstehung eines gemeinsamen – integrationsinduzierten – Arbeitsmarktes<sup>80</sup> stellt

<sup>77</sup> Zusammengestellt nach Bengemer, K. B./Meistermann-Seeger, E.: Struktur und Strukturveränderungen ausländischer Arbeitnehmer der europäischen Gemeinschaft von 1960 bis 1970, Köln 1971 (vervielf. Man.), pass.

<sup>78</sup> Vgl. zusammenfassend, ebd., S. 199.

<sup>79</sup> Vgl. Yannopoulos, a.a.O., S. 237.

<sup>80</sup> So z. B. Friedrich, C. J.: Europa – Nation im Werden? Bonn 1972, S. 155.

sich daher als eine vorschnelle Schlußfolgerung heraus, die eher an den politischen Verordnungen zur Herstellung der Freizügigkeit denn an den realen Prozessen der Arbeitskräftemobilität orientiert ist.

Der Arbeitsmarkt der BRD, der seit August 1961 in besonders hohem Maße auf den Zufluß ausländischer Arbeitskräfte angewiesen ist, scheint zunächst die theoretische Hypothese zu bestätigen, daß mit der Herstellung der Freizügigkeit für die transnationale Mobilität der Arbeitskraft eine Konzentration der Arbeitskräftebewegung auf die Regionen mit dem höchsten Lohnniveau erfolgt. Das Interesse des BRD-Kapitals an einer möglichst ungehemmten Nutzung der Fremdarbeiterbeschäftigung hat aber zweifellos das Interesse an der Herstellung eines innergemeinschaftlichen Arbeitsmarktes in den Hintergrund gedrängt.

«Das Interesse an den unter günstigeren finanziellen und rechtlichen Bedingungen einsetzbaren Arbeitern, denen noch nicht der Status des «Europa-Partners» zukommt, hat zur Verzögerung der Verwirklichung der EWG-Freizügigkeit und zur Beibehaltung der Möglichkeit der «Anwerbung» aus Drittländern geführt.»<sup>81</sup>

So sind die Ursachen des – im Verhältnis zu den politischen Maßnahmen – relativ geringen Verflechtungsgrades der nationalen Arbeitsmärkte in der EWG weniger in der Psychologie der Arbeitskräfte, ihren sozialen und geographischen Bindungen zu finden, als vielmehr in den objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen, die die Erwartungen der Integrationstheorien falsifiziert haben. Neben dem dominierenden Bedürfnis des Kapitals an einer möglichst intensiven Ausnutzung der Arbeitskraft, das der Begrenzung eines bloß innergemeinschaftlichen Arbeitsmarktes entgegensteht, haben sich auf den nationalen Arbeitsmärkten ähnliche Strukturprobleme herausgebildet, die nicht durch die innergemeinschaftliche Mobilität, sondern nur durch die nationale Arbeitsmarktpolitik zu bewältigen sind.<sup>82</sup> Ein Beispiel dafür sind die durch den technischen Fortschritt und die Strukturkrise des Steinkohlenbergbaus in allen Ländern freigesetzten Bergleute, die ihre Arbeits- und Lebensbedingungen nicht durch transnationale Mobilität, sondern nur durch Berufswechsel auf dem nationalen Arbeitsmarkt erhalten können. Bei hochqualifizierten Berufen hingegen besteht in den modernen Wachstumsindustrien ein allgemeiner «Engpaß», so daß es hier in den verschiedenen EWG-Ländern zu Lohnangleichungen kommt, die ihrerseits als hemmende Faktoren der transnationalen Mobilität wirken. Die nationalen Arbeitsmärkte (mit Ausnahme von Italien) haben sich daher – auch unter dem Einfluß der hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten der sechziger Jahre, der allgemeinen Verknappung des Arbeitskräftereservoirs sowie der tendenziellen Angleichung der Konjunkturbewegung – in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre von der Komplementarität zur Parallelität der Strukturen und Probleme entwickelt. Die Herausbildung spezifisch nationaler Arbeitsmarktpolitiken,<sup>83</sup> die meist

---

81 Becker, R., u. a.: Fremdarbeiterbeschäftigung im deutschen Kapitalismus. In: Das Argument, Nr. 68 (1971), S. 741–756, hier S. 750.

82 Vgl. Nème, a.a.O., S. 130/131.

83 Vgl. Bengemer/Meistermann-Seeger, a.a.O., S. 198.

noch in der Tradition der nachkriegsbedingten Rekonstruktionspolitik stehen, ist daher eine notwendige Konsequenz, die einmal mehr den Widerspruch zwischen den Normen des EWG-Vertrages und der westeuropäischen Wirklichkeit, zwischen der Theorie der binnenmarktähnlichen Verflechtung und der Wirklichkeit nationaler Autonomie, demonstriert.

### 3. Die Entwicklung des Kräfteverhältnisses in der EWG

#### 3.1. Vorbemerkung

Der besondere Zweck der Integration kann nicht ausschließlich darin gesehen werden, über die intensivere außenwirtschaftliche Verflechtung der Partnerstaaten das Gewicht der einzelnen Volkswirtschaften auf dem Weltmarkt zu stärken, also gleichsam über die Institutionalisierung eines außenwirtschaftlichen Ventils (Zollabbau etc.) den binnenwirtschaftlichen Disproportionen entgegenzuwirken. Vielmehr besteht ein enger Zusammenhang zwischen den Binnen- und Außenwirkungen der Integration: Der Konzeption des EWG-Vertrags wie den gängigen Integrationstheorien zufolge wirkt die zunehmende außenwirtschaftliche Verflechtung über Warenaustausch, Kapitalbewegung und Arbeitskräftemobilität als ein Hebel zur Beschleunigung des allgemeinen Wirtschaftswachstums, letztlich jedoch als ein Hebel zur Angleichung der Wirtschafts- und Sozialstruktur auf einem höheren Niveau der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit. Sowohl die Analyse der unterschiedlichen ökonomischen und politischen Interessen, die den Kompromißcharakter des EWG-Vertrags definieren, als auch die Analyse der Verflechtung lassen freilich erkennen, daß die ungleichmäßigen sozialökonomischen Strukturen zugleich Voraussetzung und Triebkraft für die permanente Reproduktion gegensätzlicher Interessen, also für das Wirken desintegrativer Tendenzen, sind.

Die besonderen Konkurrenzverhältnisse innerhalb der EWG werden nicht durch das traditionelle Muster der Konkurrenz bzw. eindimensionaler Abhängigkeitsverhältnisse des wenig industrialisierten rohstoffzeugenden Landes «an der Peripherie» von einer hochindustrialisierten «Metropole» geprägt. Insofern stellt J. Galtung zutreffend fest: «Man kann der EWG nicht nachsagen, sie sei eine Hierarchie von Ländern, die von der BRD ausgebeutet, gespalten und durchdrungen würden.»<sup>1</sup> Aber daraus auf eine «grundlegende strukturelle Gleichartigkeit der Mitglieder in den Bereichen Wirtschaft und Politik»<sup>2</sup> und daraus wiederum auf eine bevorstehende Konstitution eines europäischen «Superstaates»<sup>3</sup> zu schließen, beruht auf einem reichlich groben Mißverständnis jener

---

<sup>1</sup> Galtung, J.: Kapitalistische Großmacht Europa oder die Gemeinschaft der Konzerne? Reinbek bei Hamburg 1973, S. 60.

<sup>2</sup> Ebd., S. 28.

<sup>3</sup> Ebd., S. 33.

internationalen kapitalistischen Konkurrenzverhältnisse, die sich mit den Strukturveränderungen der nationalen und internationalen kapitalistischen Produktionsverhältnisse nach 1945 als dominierende durchgesetzt haben. Deren bestimmendes Merkmal ist die internationale monopolistische Konkurrenz. Je mehr aus dem Bemühen, die Strukturen der Ungleichmäßigkeit zu überwinden – und dies macht den Kern des Konkurrenzverhältnisses Westeuropa – USA seit der Gründung der EWG aus –, die Strukturen in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern zu einer Angleichung tendieren, desto mehr verschärft sich die Konkurrenz zwischen diesen Ländern, der Kampf um die ökonomische und politische Aufteilung und Neuverteilung des kapitalistischen Weltmarktes.

Wenn also die Untersuchung des Kräfteverhältnisses in der EWG nicht von einem einfachen «Dominanz-Abhängigkeits-Modell» ausgeht, sondern nach Bedingungen und Formen der Angleichung fragt, so werden damit keineswegs jene Konflikte aus der Betrachtung ausgeschlossen, die die Integration wieder in Frage stellen könnten. Gerade die strukturelle Gleichartigkeit der vergemeinschafteten Volkswirtschaften schafft neue Konfliktfelder, deren Voraussetzungen die Internationalisierung kapitalistischer Produktion und die darauf beruhende internationale monopolistische Konkurrenz sind, deren Formen schon wesentlich durch den Integrationsprozeß selbst bestimmt werden. Dabei können zunächst folgende Typen und Ebenen von «Integrationswidersprüchen» unterschieden werden:

*Widersprüche, die aus der ungleichmäßigen Entwicklung resultieren.* Der unterschiedliche Grad der wirtschaftlichen Entwicklung, des erreichten Niveaus des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit sowie der außenwirtschaftlichen Expansion wirkt notwendig als ein Rahmen für die Verschärfung der innergemeinschaftlichen Konkurrenz. Der – meist durch Staatseingriffe vermittelte – Versuch, den Einfluß der übermächtigen Konkurrenz zurückzudrängen bzw. eine forcierte nationale Wachstums- und Modernisierungsstrategie zu realisieren, ist die typische Erscheinungsform dieser durch Integration geprägten Konkurrenzsituation.

*Widersprüche, die aus der Angleichung der wirtschaftlichen Strukturen resultieren.* Da die Überwindung der ungleichmäßigen Entwicklung nicht im Sinne eines planmäßigen Ausbaus einer westeuropäischen internationalen Arbeitsteilung (agrarisches-industrielle Produktion, rohstoffzeugende, -verarbeitende Industrien, Standortverteilung der neuen Industrien nach Kriterien einer internationalen Arbeitsteilung) erfolgt, sondern in den Kontext nationaler Modernisierungsstrategien eingespannt ist, werden notwendig die Tendenzen zur Überakkumulation von Kapital verstärkt, die ihrerseits – besonders unter dem Einfluß eines zyklischen Konjunkturabschwungs – die internationale monopolistische und zwischenstaatliche Konkurrenz auch innerhalb der EWG auf eine höhere Stufe heben.

*Widersprüche, die aus regionalen und sektoralen Disproportionen resultieren.* Mit der zunehmenden Beseitigung von Schranken für die innergemeinschaftliche Verflechtung der Produktion, des Warenaustausches und der Kapitalmärkte

wird die Tendenz des Kapitals gefördert, sich in den international produktivsten Anlagensphären zusammenzuballen, d. h. sowohl in den produktivsten Industriezweigen als auch in den Regionen, in denen die bereits vorhandenen gegenständlichen Produktionsbedingungen optimale Entwicklungsmöglichkeiten gewährleisten. Daraus erwachsen neue Anforderungen an die einzelstaatliche wie die gemeinschaftliche Regional- und Strukturpolitik; denn die Verfestigung solcher Disproportionen wird selbst zu einer Quelle zahlreicher ökonomischer und sozialer Konflikte in der EWG.

*Widersprüche, die aus der transnationalen Angleichung der kapitalistischen Ausbeutungsbedingungen resultieren.* Nicht nur die Internationalisierung kapitalistischer Produktion, die verschiedene nationale Gruppen der Arbeiterklasse unter dem Kommando einer Konzernzentrale vereinigt, schafft die objektiven Voraussetzungen für die Internationalisierung der Interessen und des Kampfes der Arbeiterklasse. Auch die tendenzielle Angleichung der sozialökonomischen Strukturen zwischen den Ländern der EWG fördert notwendig die Nivellierung der nationalen Spezifik der Klassenkämpfe, ohne freilich schon deren nach wie vor gegebene Vorrangigkeit aufzuheben. Vor allem die Gewerkschaftsbewegung wird heute schon vor zahlreiche Aufgaben gestellt, die nur auf der Ebene einer transnational koordinierten Gegenmachtstrategie zu lösen sind.

*Widersprüche, die aus der Verschärfung der ökonomischen und politischen Weltmarktkonkurrenz der führenden imperialistischen Staaten bzw. Staatengruppen resultieren.* Auf der Grundlage des überdurchschnittlich schnellen Wachstums und der Außenexpansion der Länder der EWG sowie Japans und auf der Grundlage der wachsenden Schwierigkeiten der USA, ihre Führungsposition im imperialistischen Lager zu behaupten, sind diese Widersprüche schon gegenwärtig bestimmend für die Entwicklung der internationalen Beziehungen. Daß diese globalen Konflikte unmittelbar als Hebel für die Beschleunigung der westeuropäischen Integration fungieren,<sup>4</sup> erscheint allerdings höchst zweifelhaft; denn nach wie vor dominieren in dem politischen Feld, in dem die Konkurrenz Westeuropa – USA – Japan derzeit ausgetragen wird, die einzelstaatlichen Interessen der Gemeinschaftsländer.

Dieses scheinbar komplexe System von Widersprüchen zentriert sich freilich um den Widerspruch von Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen, wie er für die gegenwärtige kapitalistische Entwicklung charakteristisch ist. Nationale und internationale Reproduktion des Kapitals verflechten sich mehr und mehr, was nicht nur durch die zunehmende Bedeutung des Außenhandels und des Kapitalexportes, sondern auch durch die Intensivierung des Zusammenhangs der Weltmarkt看egung des Kapitals verdeutlicht wird. Diese Verflechtung ist einmal das Produkt jener Anforderungen, die die Anwendung des höchsten Niveaus der Produktivkraftentwicklung an die Kapitalakkumulation stellt: Nur durch das Überschreiten der Grenzen, die der nationale Markt der Akkumulation setzt, kann das Kapital die höhere Produktivkraft der gesell

---

4 Vgl. ebd., S. 115/116.

schaftlichen Arbeit anwenden, welche durch die internationale Konkurrenz als Durchschnittsbedingung gesetzt wird. Zugleich ermöglicht die Erweiterung des äußeren Feldes der Produktion, der Realisierung und der Geldkapitalmobilisierung die Herstellung von Bedingungen, die dem Fall der Profitrate, der die Verwertungsbedingungen der nationalen Kapitale, zumal in der Folge der schnell anwachsenden Kapitalfixierung, bedroht, zeitweilig entgegenwirken. Die höhere internationale Mobilität des Monopolkapitals, die Ausdehnung seiner Verfügung über fremde Mehrarbeit und über fremden Profit sind mithin objektiv nicht nur deshalb notwendig, um die Vernichtung der schwächeren nationalen Kapitale in der Weltmarktkonkurrenz zu verhindern, sondern auch, um die Folgen der nationalen Überakkumulation abzuschwächen.

Der Prozeß der Internationalisierung, der dem zeitweiligen Hinausschieben der Verwertungsschranken und der damit verbundenen schnellen Expansion der Produktivkräfte zugrunde liegt, vollzieht sich jedoch nicht nach Maßgabe einer harmonischen – auf eine rationale globale Arbeitsteilung bezogenen – internationalen Vergesellschaftung. Schon in seinen konkret historischen Voraussetzungen erscheint ein Widerspruch zwischen den Anforderungen der Internationalisierung und den nationalen Reproduktionsbedingungen des Kapitals; denn die Ungleichmäßigkeit der Produktivität und der Akkumulationskraft zwischen den nationalen Kapitalen erweist sich a priori als Schranke einer harmonischen weltweiten Integration. Die regionale Abschließung der EWG ging in den fünfziger Jahren aus einem Kompromiß von Interessenkonstellationen hervor, der nur eine kurzfristige vordergründige Harmonisierung zuließ: Die Konkordanz von ökonomischen und politischen Interessen sowie die zeitweilige Übereinstimmung westeuropäischer und amerikanischer Interessen auf der Basis der Ungleichmäßigkeit ließen vorerst die besonderen nationalen Rekonstruktionsinteressen der westeuropäischen Staaten zurücktreten. Gleichwohl waren damit schon wesentliche Voraussetzungen für eine Modifikation der Internationalisierung von Produktion und Austausch geschaffen. War die nationale Rekonstruktion abgeschlossen und wurde sie in der Hinwendung zur verstärkten außenwirtschaftlichen Aktivität abgeschlossen und veränderte sich das weltweite Kräfteverhältnis zwischen Kapitalismus und Sozialismus, so mußten jene Bedingungen entfallen, die den «historischen Kompromiß» der Nachkriegsperiode ermöglicht hatten. Der Drang zur Internationalisierung auf der einen und die verstärkte Aktivität des Staates zum Schutze der nationalen Kapitalinteressen auf der anderen Seite stellen mithin keinen Widerspruch dar. Beide Momente charakterisieren vielmehr zwei Seiten ein und desselben Verhältnisses: der ungleichmäßigen und ungleichzeitigen Entwicklung des Kapitals auf dem Weltmarkt, die die tendenzielle Angleichung der Verwertungsbedingungen erzwingt, aber gleichzeitig – vermittelt über die internationale ökonomische und politische Konkurrenz um die Aufteilung bzw. Neuaufteilung von Einflußsphären – die Bedingungen der Desintegration, des nationalen bzw. regionalen Protektionismus auf einer höheren Stufe der Vergesellschaftung kapitalistischer Produktion reproduziert.

### 3.2. Die Entwicklung der sozialökonomischen Strukturen

Schon heute weist die Statistik den Neuner-Block der EWG als einen mächtigen, in manchen Bereichen schon als den mächtigsten Block in der Weltwirtschaft aus. Nicht nur in der Stahl- und Kraftfahrzeugproduktion, sondern auch in ihren Anteilen an den Welteinfuhren und -ausfuhren hat die EWG die USA und Japan schon überholt. Wenn auch das Bruttosozialprodukt (BSP) der Gemeinschaft noch erheblich hinter dem der USA zurückliegt, so hat sich immerhin – wie die folgende Tab. 1 zeigt – der relative Abstand gegenüber den USA in den vergangenen Jahren verringert (von ca. 51 Prozent des USA-BSP im Jahre 1958 auf ca. 64 Prozent im Jahre 1971).<sup>5</sup>

Hinter diesen globalen Daten, die nur allzu leicht das Bild von einer homogenen «Supermacht» suggerieren, verbergen sich einerseits enorme Wachstumsprozesse, andererseits jedoch differenzierte nationale, sektorale und regionale Strukturen, deren Entwicklung und Veränderung vorerst im Mittelpunkt der Betrachtung stehen soll.

Tabelle 1: BSP zu Marktpreisen (in Mrd. US-Dollar)

	1958	1971
Gemeinschaft (der Neun)	234,6	692,8
USA	455,0	1 068,8
Japan	32,0	219,8

Das Wirtschaftspotential eines Landes beruht in hohem Maße auf dem lebendigen Arbeitsvermögen, dem wichtigsten Element des gesellschaftlichen Produktivkraftsystems. Insofern steht das Wachstum der Bevölkerung – genauer: die Entwicklung der Erwerbstätigkeit – in einem engen Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Wachstumspotential.

Die BRD verfügt über das größte Bevölkerungs- und Erwerbstätigenpotential, obwohl sich das Wachstum in den sechziger Jahren erheblich verlangsamt hat. Zwischen 1958 und 1961 stieg die Zahl der Bevölkerung wie der Erwerbstätigen schneller als in den anderen EWG-Ländern. Danach stagnierte die Entwicklung der Erwerbstätigkeit.<sup>6</sup> In Italien geht die Zahl der Erwerbstätigen absolut und relativ zurück, was vor allem auf die Abwanderung zahlreicher Arbeitskräfte ins Ausland zurückzuführen ist. Insgesamt hat sich die Erwerbsquote in der EWG beträchtlich vermindert. Angesichts der im gleichen Zeitraum vollzogenen beträchtlichen Steigerung des Wirtschaftswachstums und der Produktivität läßt

<sup>5</sup> Vgl. Komm. d. EG. Generaldirektion Presse u. Information. Information – Statistik, Brüssel, Nr. 39 (1973), «Die erweiterte Gemeinschaft in Zahlen», S. 2, S. 5.

<sup>6</sup> Nach dem Einbruch infolge der Krise 1966/67 wird in der BRD erst 1970 wieder das Niveau von 1965 eingeholt.

<sup>7</sup> Sachverständigen Gutachten 1972/73, a.a.O., S. 190.

**Tabelle 2: Bevölkerung und Erwerbstätige in der EWG (in 1000)<sup>7</sup>**

Bevölkerung insgesamt							
	EWG insgesamt	BRD	Frank- reich	Italien	Nieder- lande	Belgien	Luxem- burg
1958	165 841	51 056 <sup>1</sup>	44 789	49 476	11 185	9 024	311
1970	189 868	61 547	50 777	54 492	13 034	9 676	340
Erwerbstätige insgesamt							
1958	72 057 <sup>2</sup>	23 965	19 731	20 665	4 062	3 492 <sup>2</sup>	—
<b>Erwerbs- quote</b>							
1958	43,4	46,9	44,0	41,7	36,3	38,7	—
1970	76 352	27 118	20 962	19 676	4 678	3 774	144
<b>Erwerbs- quote</b>							
1970	40,2	44,0	41,3	36,1	35,8	39,0	42,3

<sup>1</sup> ohne Saarland und West-Berlin

<sup>2</sup> Schätzung

dieser Rückgang den Übergang von der Extensivierung zur Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion erkennen.

«Nur etwa ein Sechstel des 1950–1969 im Durchschnitt der Gemeinschaft realisierten wirtschaftlichen Wachstums ist unmittelbar auf eine Steigerung der Beschäftigtenzahl zurückzuführen. In der BRD und in den Niederlanden war der Anteil etwas größer (ein Viertel bzw. ein Fünftel), für Frankreich ist dagegen charakteristisch, daß sich die Expansion praktisch ohne Beschäftigungszunahme vollzog. Hauptfaktor des Wirtschaftswachstums war somit für alle Gemeinschaftsländer die Produktivitätssteigerung.»<sup>8</sup>

Nach den Angaben zur Produktionsstruktur in der EWG<sup>9</sup> (Tab. 3, S. 219) bestanden noch in der «Gründerphase» gewichtige Unterschiede in der Bedeutung der großen Wirtschaftsbereiche für die nationalen Volkswirtschaften, d.h. die «strukturellen Eigenarten» einzelner Länder waren noch stark ausgeprägt: Bei Frankreich und besonders bei Italien fällt das relativ starke Gewicht des agrarischen Sektors – sowohl bei der Wertschöpfung als auch bei der Verteilung der Arbeitskräfte – auf. In der BRD hingegen dominiert schon 1960 eindeutig das warenproduzierende Gewerbe. Dieser fortgeschrittene Stand der Industrialisierung reflektiert eo ipso einen höheren Grad kapitalistischer Vergesellschaftung.

<sup>8</sup> Maillet u. a.: Die EWG im Ausbau..., a.a.O., S. 34.

<sup>9</sup> Quelle: Sachverständigenrat 1972/73, a.a.O., S. 16.

**Tabelle 3: Zur Produktionsstruktur in der Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten**

<u>Jahr</u> Tätigkeitsbereich	Bundes- republik Deutsch- land	Frank- reich	Italien	Nieder- lande	Bel- gien	EWG	Ver- einigte Staaten
<b>Anteil am Bruttosozialprodukt<sup>1</sup> in Prozent</b>							
<b>1960</b>							
Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	5,7	9,3	13,1	8,9	6,4	8,4	4,0
Warenproduzierendes Gewerbe	54,4	47,1	41,0	44,3	40,5	47,8	37,8
Dienstleistungen	32,6	33,6	34,7	34,2	39,9	33,6	46,3
Staat	7,2	8,4	9,3	9,8	9,5	8,3	12,1
<b>1970</b>							
Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	3,1	5,9	8,9	6,2 <sup>a</sup>	3,9	5,3	2,9
Warenproduzierendes Gewerbe	54,1	47,2	43,0	42,0 <sup>a</sup>	41,4	48,0	34,3
Dienstleistungen	33,7	36,2	36,4	37,9 <sup>a</sup>	39,6	34,7	48,2
Staat	9,1	8,5	9,8	13,9 <sup>a</sup>	10,8	9,4	14,8
<b>Anteil an der Zahl der Erwerbstätigen<sup>2</sup> in Prozent</b>							
<b>1960</b>							
Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	13,7	20,6	31,8	11,1	8,6	20,2	8,0
Warenproduzierendes Gewerbe	47,9	38,0	35,8	41,0	44,7	41,4	32,3
Dienstleistungen	30,3	29,8	24,6	36,2	35,1	29,1	43,8
Staat	8,1	11,6	7,8	11,7	11,6	9,3	15,9
<b>1970</b>							
Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	8,9	13,1	18,7	7,1	4,8	12,3	4,2
Warenproduzierendes Gewerbe	48,6	39,9	41,7	40,0	43,1	43,7	31,0
Dienstleistungen	31,7	35,2	29,3	41,2	38,8	33,0	45,5
Staat	10,8	11,8	10,3	11,8	13,3	11,1	19,3

<sup>1</sup> Länder: nationale Währung; EWG: US-\$ in jeweiligen Preisen und Wechselkursen

<sup>2</sup> Erwerbstätige im Inland (Inlandskonzept)

<sup>a</sup> Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten

eine höhere Stufe der Verwandlung aller gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse in kapitalistische Produktionsverhältnisse. Sowohl in der Landwirtschaft

als auch im Dienstleistungssektor ist der Anteil der einfachen Warenproduzenten – vor allem in den fünfziger Jahren – hoch, was immer auch die, verglichen mit der Industrie, außerordentlich geringe Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit in diesem Sektor mit einschließt.<sup>10</sup>

Für die Entwicklung der sechziger Jahre ist allgemein die rückläufige Bedeutung der Landwirtschaft zugunsten des warenproduzierenden Gewerbes, insbesondere der Industrie, charakteristisch. Im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums hat also ein gewaltiger Prozeß der Umverteilung der gesellschaftlichen Arbeit aus dem Bereich der einfachen Warenproduktion in den Bereich der kapitalistischen Warenproduktion stattgefunden. Mit anderen Worten: Die Akkumulation des Kapitals verwandelt einen immer größeren Teil der gesellschaftlichen Arbeit in Lohnarbeit. So hat sich der Anteil der Lohnabhängigen an der aktiven Bevölkerung zwischen 1958 und 1971 in den Hauptländern der EWG wie folgt entwickelt:<sup>11</sup>

*Tabelle 4: Erwerbspersonen und Lohnabhängige in der BRD, Frankreich und Italien (1958 und 1971)<sup>11</sup>*

Land	1958			1971		
	Erwerbs- personen 1 in 1000	Lohnab- hängige 2	2 in % von 1	Erwerbs- personen 1 in 1000	Lohnab- hängige 2	2 in % von 1
BRD	26 121	19 235	73,6	26 858	22 083	82,6
Frankreich	19 000	12 880	67,7	21 043	16 174	76,8
Italien	21 320	11 013	51,6	19 316	12 959	67,0

Wenn sich auch in den sechziger Jahren in allen Ländern der EWG ein beschleunigter Industrialisierungsprozeß mit den ihm entsprechenden sozialen Strukturveränderungen vollzogen hat, so bestehen gleichwohl nach wie vor erhebliche Unterschiede, die nicht nur einer Arbeitsteilung zwischen den EWG-Ländern geschuldet sind. Obwohl also eine Tendenz zur Verringerung von Unterschieden in der gesamtwirtschaftlichen Produktionsstruktur nicht zu übersehen ist, hat sich der «... Rang, den die verschiedenen Länder innerhalb der EWG einnehmen, im Laufe der letzten zehn Jahre wenig verändert».<sup>12</sup> Von einer «analogen Entwick-

<sup>10</sup> So ergibt sich aus den Angaben der Tab. 3, daß 1960 in Frankreich 20,6 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft nur 9,3 Prozent des BIP produzierten – im warenproduzierenden Gewerbe dagegen produzierten 38,0 Prozent der Erwerbstätigen 47,1 Prozent des BIP. In Italien sind diese produktivitätshemmenden Bedingungen noch stärker ausgeprägt: In der Landwirtschaft produzierten 1960 31,8 Prozent der Erwerbstätigen 13,1 Prozent des BIP, in der Industrie produzierten 35,8 Prozent der Erwerbstätigen 41 Prozent des BIP.

<sup>11</sup> Berechnet nach: SAEG. Allgemeine Statistik 1–5 (1973), S. 3, S. 4.

<sup>12</sup> Maillet u. a., a.a.O., S. 14.

lung» kann daher nicht im Sinne einer Angleichung des ökonomischen Kräfteverhältnisses, sondern nur im Sinne einer Verfestigung des ungleichmäßigen Kräfteverhältnisses gesprochen werden. Diese Hypothese gewinnt jedoch erst nach der Betrachtung der Entwicklung des BSP an Überzeugungskraft:

Tabelle 5: Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen (in jeweiligen Preisen und Wechselkursen)<sup>13</sup>

Land	1958		1970		Steigerung 1958 = 100
	Mrd. \$	%	Mrd. \$	%	
BRD	55,8 <sup>1</sup>	34,9	186,4	38,4	334
Frankreich	53,6	33,5	147,6	30,4	325
Italien	30,3	18,9	93,2	19,2	307
Niederlande	9,5	5,9	31,3	6,5	329
Belgien	10,4	6,5	25,7	5,3	247
Luxemburg	0,4	0,3	1,0	0,2	250
EWG	160,0	100,0	485,1	100,0	303

<sup>1</sup> ohne Saarland und West-Berlin

In der BRD und Frankreich werden mehr als zwei Drittel des BSP der EWG produziert. Die kleineren bzw. ökonomisch schwächeren Länder haben trotz z. T. hoher Steigerungsraten ihre Position in der EWG nicht grundsätzlich verbessern können.

Für die Realisierung der Zielsetzungen der EWG, nämlich der Schaffung binnenmarktähnlicher Verhältnisse, ist diese Tendenz zur Zementierung ungleichmäßiger ökonomischer Strukturen allerdings nicht von entscheidender Bedeutung. Obwohl stark divergierende Strukturen – wie Unterschiede in der Produktivität und im Lohnniveau – sich kurzfristig als Vorteile für einzelne Kapitale erweisen können, erheischt das Interesse an der Herstellung eines Gemeinsamen Marktes jedoch langfristig die Überwindung solcher Disproportionen. Die zurückbleibende Produktivität eines Landes erweist sich nicht nur als Schranke der Konsumtionsfähigkeit, sondern auch als Voraussetzung für die Entwicklung und den Einsatz staatlicher protektionistischer Maßnahmen. Betrachten wir daher noch – als allgemeinsten Indikator der gesamtwirtschaftlichen Produktivität

<sup>13</sup> Vgl. Uri u. a.: Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit..., Band 1, a.a.O., S. 27; SAEG. Statistische Grundzahlen der Gemeinschaft 1971, S. 22.

– die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen in der EWG und in den EWG-Ländern:

**Tabelle 6:** Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (in Eur.<sup>1</sup>) in jeweiligen Preisen und Wechselkursen<sup>14</sup>

Jahr	EWG insgesamt	BRD	Frank- reich	Italien	Nieder- lande	Belgien	Luxem- burg
1958	2 215	2 331	2 714	1 460	2 296	2 937 <sup>2</sup>	–
1965	4 121	4 271	4 922	2 976	4 216	4 618	4 804
1971	7 014	7 670	7 735	5 113	7 648	7 380	7 179

<sup>1</sup> Eur. = Rechnungseinheit der EG = 0,888671 Gramm Feingold    <sup>2</sup> Schätzung

Mit Ausnahme von Italien, das nach wie vor – trotz einer beträchtlichen Produktivitätssteigerung – einen erheblichen Rückstand aufweist, bietet sich das Bild einer relativ ausgeglichenen Struktur. Allerdings fällt auf, daß schon 1958 – also bei Gründung der EWG – eine weitgehende Annäherung gegeben war und sich im Verlauf der dreizehnjährigen Entwicklung keine entscheidenden Modifikationen ergeben haben. Lediglich Belgien ist zurückgefallen, und die BRD hat sich – besonders zwischen 1965 und 1971 – dem französischen Niveau allmählich angenähert. Ein etwas genaueres Maß stellt die Berechnung der Produktivität je Arbeitsstunde dar; denn diese schaltet mögliche nationale Unterschiede in der wöchentlichen Arbeitszeit, des Urlaubs, der Feiertage, der Arbeitsunfälle etc. aus. Dabei ergibt sich für den Zeitraum 1959 bis 1969 zunächst eine Bestätigung der bereits festgestellten «analogen» Entwicklung. Zugleich lassen die folgenden Angaben den erheblichen Produktivitätsvorsprung der USA, die zurückbleibende Entwicklung in Großbritannien sowie das niedrige Produktivitätsniveau in Japan erkennen:

**Tabelle 7:** Produktivität pro Arbeitsstunde (in US-Dollar, zu jeweiligen Preisen)<sup>15</sup>

Jahr	BRD	Frank- reich	Italien	Nieder- lande	Bel- gien	Luxem- burg	USA	Japan	Groß- britannien
1959	1,17	1,09	–	1,02	–	–	3,6	–	1,12
1969	2,46	2,43	1,75	2,59	2,47	2,35	5,8	1,32	1,68

<sup>14</sup> Quelle: Sachverständigen Gutachten 1972/73, a.a.O., S. 195, und SAEG. Allgemeine Statistik 1–5 (1973), S. 9.

<sup>15</sup> Quelle: Uri u. a.: Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit..., a.a.O., Band 1, S. 33 a. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß solche Vergleiche – insbesondere mit den USA – stark durch Wechselkursänderungen beeinflußt werden. So dürfte sich als Folge des Kursverfalls des Dollar im Zeitraum 1971–1973 eine erhebliche Veränderung des in Geld ausgedrückten Produktivitätsniveaus ergeben.

Betrachten wir nun die innere Struktur des Wachstums des BSP sowie der Produktivität etwas genauer:

**Tabelle 8:** Bruttosozialprodukt<sup>1</sup> und Produktivität<sup>2</sup> in der Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten  
Durchschnittlich jährliche Veränderung in v. H.<sup>16</sup>

Zeitraum	Bundes- republik Deutsch- land	Frank- reich	Italien	Nieder- lande	Belgien	EWG	Ver- einigte Staaten
<b>Bruttosozialprodukt</b>							
1957 bis 1961	7,9	4,6	6,5	4,1	3,0	6,1	2,4
1962 bis 1966	4,6	5,6	4,4	5,1	4,6	5,0	5,6
1967 bis 1970	6,9	6,1	5,3	5,9	5,5	6,3	2,2
1957 bis 1970	5,7	5,5	5,7	4,9	4,3	5,5	3,7
<b>Produktivität</b>							
1957 bis 1961	5,3	4,9	6,5	3,0	3,3	5,2	1,8
1962 bis 1966	4,3	4,9	5,8	3,9	3,8	4,9	3,2
1967 bis 1970	5,6	5,0	5,7	5,1	4,3	5,4	0,6
1957 bis 1970	4,7	5,0	6,1	3,9	3,8	5,0	2,1

<sup>1</sup> Bruttosozialprodukt in Preisen und Wechselkursen von 1963

<sup>2</sup> Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Preisen und Wechselkursen von 1963

Ein wichtiges Ergebnis, das diese Angaben nahelegen, ist zunächst die geringere Intensität des Wachstums in Belgien und den Niederlanden, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Niederlande im Zeitraum 1967 bis 1970 stark aufgeholt haben. Weiterhin fällt auf, daß die BRD und Italien im Zeitraum 1957 bis 1961 weit überdurchschnittliche Zuwachsraten realisierten, dann aber in der folgenden Periode zurückfallen – insbesondere gegenüber Frankreich, das zwischen 1962 und 1966 eindeutige Vorteile erzielte. Ebenfalls aufschlußreich ist der Vergleich EWG – USA; beide Wachstumsindikatoren enthüllen das schnellere Wachstumstempo in Westeuropa. Darüber hinaus tritt – gegenüber den starken zyklischen Schwankungen in den USA – der kontinuierlichere Charakter des wirtschaftlichen Wachstums in der EWG deutlich zutage.

Wird zusätzlich die Entwicklung bis 1971 anhand einiger zentraler Wachstumsindikatoren berücksichtigt, so erscheinen die Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedsländern, besonders auch gegenüber den drei neuen Mitgliedsländern, in einem schärferen Licht.

Diese Angaben legen den Schluß nahe, daß Frankreich und die Niederlande im vergangenen Jahrzehnt vor der BRD die höchsten Zuwachsraten realisierten, während Italien – auch angesichts der Rückschläge im Depressionsjahr 1971 – noch weiter zurückgefallen ist. Im Jahre 1972 hat sich die Schere des Wachstums

Tabelle 9: Wirtschaftliches Wachstum in den EWG-Ländern (1970/1971)<sup>17</sup>

Land	BSP			Industrielle Produktion			Gesamt- ausfuhren			Bruttoanlage- investitionen		
	1970	1971	1971 (1963 =100)	1970	1971	1971 (1963 =100)	1970	1971	1971 (1963 =100)	1970	1971	1971 (1963 =100)
BRD	+5,8	+2,7	146	+6,3	+2,1	156	+ 9,0	+ 6,5	210	+11,5	+4,5	152
Frankreich	+5,9	+5,0	156	+6,8	+5,0	165	+17,2	+11,7	238	+ 7,5	+5,0	186
Italien	+4,9	+1,4	144,3	+6,2	-1,3	150,3	+ 6,6	+ 6,5	241	+ 3,4	-4,9	115,9
Niederlande	+6,3	+4,5	159	+7,5	+6	180	+12,0	+11,0	222	+ 8,3	+1,7	174
Belgien	+6,2	+3,7	146	+6,6	+3,0	160	+11,5	+ 8,1	211	+ 9,8	-3,1	140
Luxemburg	+3,5	+0,7	131	+3,3	±0	135	+ 2	(- 4,0)	148	+16,4	+8,0	110
Dänemark	+3,3	+3,6	148	+2,8	+2,0	152	+ 6,1	+ 4,0	170	+ 6,0	+1,9	176
Irland	+2,5	+3,6	136,3	+3,3	+4,1	158,7	+ 4,4	+ 4,9	166,6	- 1,2	+9,0	183,4
Großbritannien	+2,2	+1,5	123	+1,1	+0,6	125	+ 4,3	+ 4,3	151	+ 2,5	-0,6	141

17 Quelle: Komm. der EG. Die Wirtschaftslage der Gemeinschaft 1 (1973), passim; SAEG. Allgemeine Statistik 1-5 (1973), S. 10/11.

der industriellen Produktion noch weiter zuungunsten der BRD geöffnet: Gegenüber 1963 (= 100) stieg der Index der industriellen Produktion in Frankreich auf 171, in den Niederlanden auf 203 – in der BRD hingegen nur auf 162, in Italien auf 150 Punkte.<sup>18</sup>

Schließlich weisen diese Daten eindeutig darauf hin, daß durch die Erweiterung der EWG um Großbritannien, Irland und Dänemark ein beträchtliches Wachstumsgefälle innerhalb der Gemeinschaft entstanden ist. Die Stagnation bzw. die chronische Krise des britischen Imperialismus und das daraus resultierende Interesse des britischen Kapitals, diese Krise durch die Öffnung zum westeuropäischen Markt zu überwinden, wird durch die in nahezu allen Bereichen unterdurchschnittliche Wachstumsdynamik nachhaltig demonstriert.

Fassen wir die ersten Ergebnisse zusammen, so lassen sich für die ökonomische Entwicklung der EWG-Länder sowie für die Beziehungen zwischen ihnen die folgenden Grundtendenzen skizzieren:

1. In der Zeit zwischen 1958 und 1972 hat sich in allen Mitgliedstaaten ein enormes wirtschaftliches Wachstum vollzogen. Der Aufstieg der EWG zum führenden Zentrum des kapitalistischen Welthandels beruht wesentlich auf einem forcierten Industrialisierungsprozeß, der sich nicht nur in den Veränderungen der Produktionsstruktur, sondern auch in den überdurchschnittlichen Zuwachsraten der industriellen Produktion darstellt.

2. Dieses allgemeine beschleunigte Wirtschaftswachstum hat jedoch nicht zu einer strukturellen Veränderung des ökonomischen Kräfteverhältnisses in der EWG geführt. Die Führungsposition der BRD und Frankreichs wurde weiter ausgebaut; die italienische Wirtschaft hat trotz beträchtlicher Anstrengungen und trotz der massenhaften Emigration überschüssiger Arbeitskräfte vor allem in der ersten Hälfte der sechziger Jahre ihren absoluten und relativen Rückstand gegenüber dem durchschnittlichen EWG-Niveau nicht ausgleichen können.

3. Zwischen den führenden EWG-Staaten findet – vor allem seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre – eine verschärfte Wachstumskonkurrenz statt. Die überlegene Dynamik der wirtschaftlichen Expansion der BRD wurde schon bald nach 1961 gebrochen; denn während die Zuwachsraten der BRD in der Phase 1962 bis 1966 deutlich zurückgingen, erzielten Frankreich und die Niederlande die höchsten Zuwachsraten in der Gemeinschaft. Die Umkehrung dieses Trends zugunsten der BRD in der Phase 1967 bis 1970 war in den Jahren 1971/72 schon wieder beendet, da Frankreich und die Niederlande das Wachstumstempo der BRD-Wirtschaft inzwischen wieder überholt haben. Die Voraussetzungen dieser beschleunigten Akkumulation beruhen zweifellos auf der angespannten Investitionstätigkeit, die den Anteil des privaten Verbrauchs an der gesellschaftlichen Wertschöpfung zugunsten der Bruttoanlageinvestitionen senken soll. Wie die folgenden Angaben zeigen, gehen die höheren Wachstumsraten des BSP in Frankreich und den Niederlanden mit einer Steigerung des Anteils der Investitionen am Sozialprodukt einher:

---

<sup>18</sup> Vgl. SAEG. Allgemeine Statistik 1–5 (1973), S. 14.

**Tabelle 10: Bruttoanlageinvestitionen; durchschnittl. Anteil am BSP in v. H. (in Preisen und Wechselkursen von 1963)<sup>19</sup>**

Zeitraum	EWG	BRD	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien
1957–1961	21,9	24,3	20,0	20,8	22,7	19,1
1962–1966	24,1	26,4	23,4	21,1	24,9	21,2
1967–1971	24,4	25,4	26,1	19,7	27,2	20,7
1957–1971	23,5	25,4	23,2	20,5	24,9	20,3

Wurden bisher die allgemeinen Indikatoren des Wachstums betrachtet, so gilt es nunmehr, die innere Struktur der Entwicklung der industriellen Produktion genauer zu untersuchen. Die Dynamik und innere Widersprüchlichkeit der Kapitalakkumulation, damit auch die Ungleichmäßigkeit des Wachstums in den verschiedenen Ländern, wird nicht allein durch die Quantität der verfügbaren Ressourcen, sondern auch z. B. durch die sektorale und regionale Verteilung dieser Ressourcen oder durch die Entwicklung und Differenzierung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens bestimmt. So haben Untersuchungen über die unterschiedliche Produktivität in Westeuropa und den USA sowie über die Bedingungen des beschleunigten Wirtschaftswachstums in Westeuropa nach 1949 gezeigt, daß Faktoren wie höheres Ausbildungsniveau, höhere organische Zusammensetzung des Kapitals, höherer Zentralisationsgrad des Kapitals und die damit verbundenen Vorteile der Massenproduktion, schließlich die relative Bedeutung der verschiedenen Wirtschaftsbereiche, die Forschungsanstrengungen und der «Innovationsrhythmus» selbst die Qualität des Wachstums nachhaltig beeinflussen.<sup>20</sup> Wie schon die Angaben über das Verhältnis von industrieller Produktion, Produktivität und Entwicklung der Erwerbstätigkeit zeigten, folgt das Wachstum der westeuropäischen Volkswirtschaften seit Beginn der sechziger Jahre dem Typus der intensiv erweiterten Reproduktion des Kapitals, d. h. der Steigerung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit durch die Erhöhung des fixen Kapitalteils, mit anderen Worten: durch die «Freisetzung» von gesellschaftlicher Arbeit.

Gerade die BRD, die noch in der Gründerphase der EWG beträchtliche Wachstumsvorteile aus der Expansion des Beschäftigtensvolumens ziehen konnte, war in den sechziger Jahren gezwungen, die internationale Konkurrenzfähigkeit des westdeutschen Kapitals durch massive Produktivitätssteigerungen zu erhalten, um den Rückgang der Beschäftigung zu kompensieren. Die Wachstumskonkurrenz zwischen den EWG-Staaten unter den Bedingungen der intensiv erweiterten Reproduktion schließt daher – wie auch die folgenden Angaben über die Veränderung der Industriezweigstruktur indizieren – zunächst die Konzentration auf die sog. modernen «Wachstumsindustrien», also auf die technologisch fortgeschrittensten Zweige ein:

<sup>19</sup> Quelle: Sachverständigengutachten 1972/73, a.a.O., S. 18.

<sup>20</sup> Z. B. Denison, E. D.: *Why Growth Rates Differ*, Washington 1967; Kindleberger, Ch. P.: *Europe's Post-War Growth*, Cambridge (Mass.) 1967.

**Tabelle 11: Entwicklung der Industriezweigstruktur. Beitrag der Bereiche zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen; in jeweiligen Preisen (in v. H.)<sup>21</sup>**

Industriezweig	BRD		Frankreich		Italien		Niederlande		Belgien	
	1961	1970	1961	1970	1961	1970	1961	1968	1961	1970
Energiewirtschaft, Wasser- versorgung	4,27	4,21	3,67	3,78	6,52	6,12	5,03	5,29	5,01	5,83
Bergbau	4,58	2,70	3,61	1,74	1,92	1,44	3,69	2,84	5,76	2,13
Chem. Industrie; Mineralöl-, Kunststoff- verarbeitung	10,46	11,30	12,58	12,32	13,77	16,17	10,99	13,42	6,09	6,81
Steine und Erden	4,09	4,00	3,25	3,37	4,49	3,78	2,74	2,89	4,41	3,88
Eisen- u. NE- Metallerzeugung u. -bearbeitung	9,59	8,66	5,76	5,35	4,98	4,29	3,17	2,73	7,01	8,17
Stahl-, Maschinen- u. Fahrzeugbau	15,56	18,46	25,16	27,21	19,10	21,10	22,47	22,30	21,41	25,28
Elektrotechnik, Feinmechanik usw.	11,31	11,69								
Holz-, Papier- u. Druckgewerbe	6,95	7,65	6,90	7,16	5,05	4,73	8,24	8,20	6,55	7,42
Textilindustrie	4,04	3,27	4,82	3,35	5,94	4,61	4,65	2,98	6,70	4,94
Leder- u. Beklei- dungsindustrie	3,73	3,05	3,62	2,63	4,80	5,18	5,22	3,78	3,33	2,76
Nahrungs- und Genußmittel- industrie	12,29	10,07	11,64	10,09	13,35	10,78	16,25	13,79	16,50	13,75
Bauindustrie	13,61	14,90	16,52	20,58	16,83	18,56	15,33	19,67	15,07	16,44
Sonst. verarb. Industrie	—	—	2,36	2,35	3,26	3,16	2,13	2,00	2,07	2,52
Σ ≈	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

<sup>21</sup> Berechnet nach: SAEG. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1972, S. 64, S. 96, S. 126, S. 156 und S. 188.

Auf den ersten Blick folgt die Entwicklung der Industriezweigstruktur in der EWG einem einheitlichen Muster: Auf der einen Seite geht der Anteil der traditionell führenden Sektoren der Schwerindustrie (Bergbau/Eisen- und Stahlindustrie) sowie der Leichtindustrien (Textil-, Leder- und Bekleidungsindustrie) weiter zurück. In diesem Prozeß spiegeln sich einmal Substitutionsvorgänge, die vor allem die Arbeitsgegenstände betreffen: Traditionelle Werkstoffe und Energieträger wie Kohle, Stahl, Holz u. a. werden durch Erdöl und Erdölprodukte (Kunstfasern und -stoffe) verdrängt. Zum anderen vermindert sich im Zuge der beschleunigten Kapitalakkumulation die relative Bedeutung der Rohstoffe und der Energie für die Zusammensetzung des Gesamtkapitals; denn der Zwang zur Produktivitätssteigerung erfordert, daß ein immer größerer Teil des Profits in fixes Kapital, in Anlagen und Maschinen zurückverwandelt wird. Demnach entspricht der rückläufigen Bedeutung der genannten Industriezweige das Vordringen der chemischen Industrie sowie der modernen Investitionsgüterindustrien, insbesondere des Maschinen- und Fahrzeugbaus, der Elektrotechnik, Feinmechanik usw. Diese Wachstumsbranchen, die zugleich Tempo und Qualität des wissenschaftlich-technischen Fortschritts prägen, verändern nicht nur die Struktur der industriellen Produktion und die Umverteilung der Arbeitskräfte zwischen den verschiedenen Sektoren der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion; sie definieren zugleich die internationale Konkurrenzfähigkeit der nationalen Kapitale; denn gerade diese Branchen – und in ihnen wiederum die drei bis vier führenden Konzerne – vereinigen auf sich den größten Teil der Waren- und Kapitalexporte. «Auf dieser Ebene spielt sich der eigentliche internationale Wettbewerb ab.»<sup>22</sup>

Auch die folgenden Angaben über die Entwicklung der industriellen Produktion lassen noch einmal die Ungleichmäßigkeit des Wachstums einzelner Zweige deutlich werden. In nahezu allen EWG-Ländern bleiben der Bergbau, die Textilindustrie, auch die Nahrungs- und Genußmittelindustrien in ihrer Dynamik weit hinter der chemischen und der metallverarbeitenden Industrie zurück.

Die strukturelle Gleichartigkeit, die die Entwicklung der Produktions- und Industriezweigstruktur in der EWG kennzeichnet, wirft in allen Ländern das gleiche Problem auf, der Disproportionalität zwischen den modernen Wachstumsindustrien und den sog. strukturschwachen Sektoren durch Staatsintervention entgegenzuwirken.<sup>23</sup> Dennoch bestehen auch in der Entwicklung der industriellen Produktion erhebliche Divergenzen zwischen den einzelnen Ländern fort bzw. haben sich verfestigt. So konnten z. B. die BRD und Frankreich ihren Vorsprung im Bereich der Investitionsgüterindustrien (Stahl-, Maschinen-, Fahrzeugbau, Elektrotechnik usw.) ausbauen. Auf der anderen Seite sind in Italien, Belgien und

---

22 Uri u. a.: Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit..., a.a.O., Band 2/3, I./S. 58.

23 So heißt es in dem Memorandum der Kommission «Zur Industriepolitik der Gemeinschaft» (Brüssel 1970), daß zwei Arten von Industrien ein «besonderes Interesse» erfordern: Industrien, die in Schwierigkeiten geraten sind, und die Spitzenindustrien, denen ein «besserer Entwicklungsrahmen» geboten werden muß (ebd., S. 16).

**Tabelle 12: Index der industriellen Produktion 1971 (1963 = 100)<sup>24</sup>**

	BRD	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	EWG
Gesamte Industrie (ohne Baugewerbe)	158	159	146	195	139	126	158
Bergbau	108	106	121	289	61	69	113
Verarbeit. Industrie	161	163	145	177	148	130	159
Chemische Industrie	202	208	207	—	178	—	—
Metallverarbeitende Industrie	154	173	141	168	145	123	158
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	139	137	137	148	140	131	139
Textilindustrie	135	109	93	117	114	—	117

den Niederlanden die Konsumgüterindustrien (Textil-, Bekleidungs-, Nahrungs- und Genußmittelindustrien) noch immer überdurchschnittlich repräsentiert. Zugleich läßt die Entwicklung der Produktivität in der verarbeitenden Industrie erkennen, daß sich die Ungleichmäßigkeit zwischen den Ländern der Gemeinschaft in der Zeit zwischen 1961 und 1971 kaum verändert hat. Zwar un-

**Tabelle 13: BIP zu Marktpreisen pro Erwerbstätigen in der verarbeitenden Industrie; in Preisen von 1963 (in Eur.)<sup>25</sup>**

Land	1961	EWG = 100	1971	EWG = 100	1971 (1961 = 100)
BRD	3.645	103	6.579	110	180
Frankreich	4.733	134	7.326	123	155
Italien <sup>1</sup>	2.462	69	3.629	60	148
Niederlande	3.383	98	6.146	103	184
Belgien	3.010	85	5.238	88	174
EWG	3.530	100	5.970	100	169

<sup>1</sup> Schätzung, da keine Angaben in Preisen von 1963 vorliegen

<sup>24</sup> Quelle: SAEG. Industriestatistik 3 (1972), S. 11 ff.

<sup>25</sup> Quelle: SAEG. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1972, S. 29, S. 45, S. 77, S. 104/5, S. 137, S. 169. Umrechnung auf Eur. nach S. VI.

terliegt das Produktivitätsniveau in Frankreich und der BRD einer Nivellierungstendenz, was vor allem auf die starke Steigerung der industriellen Produktivität in der BRD zurückzuführen ist; gleichwohl blieb das Wachstum der Produktivität in der italienischen Industrie weit unter dem EWG-Durchschnitt.

Wie auch die absoluten Zahlen des Wertes der industriellen Produktion zeigen, hat sich das innergemeinschaftliche ökonomische Kräfteverhältnis kaum grundlegend verschoben: die BRD und Frankreich produzierten 1961 wie 1971 74,5 Prozent, also mehr als zwei Drittel der industriellen Gesamtproduktion der EWG. Davon entfielen 1961 43,1 Prozent und 1971 44,6 Prozent auf das verarbeitende Gewerbe der BRD.<sup>26</sup> Da sowohl der Umfang der Industrieproduktion als auch der Exporte der BRD nahezu dem Umfang der jeweiligen Größen für Frankreich und Italien zusammen entspricht, liegt die Schlußfolgerung nahe, daß die industrielle Vormachtstellung der BRD trotz der beträchtlichen Wachstumsanstrengungen – namentlich in Frankreich – im Verlaufe der Entwicklung der EWG kaum beeinträchtigt wurde. Ein wichtiger Indikator dieser Dominanz ergibt sich aus dem Konzentrationsgrad, den die Kommission der EWG 1966 für alle Wirtschaftsbereiche wie folgt angab: EWG = 100, Italien = 55, Frankreich = 75, Beneluxstaaten = 120, BRD = 150.<sup>27</sup> Diese Daten reflektieren erhebliche nationale Differenzen in der Akkumulationskraft des Kapitals; denn einerseits besteht ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Unternehmensgröße und Produktivität;<sup>28</sup> andererseits zeigt der höhere Zentralisationsgrad des Kapitals an, daß bereits ein großer Teil der kleinen Kapitale, deren Existenz- und Wettbewerbsfähigkeit stets mit der Erweiterung der nationalen und internationalen Märkte in Frage gestellt wird, vernichtet worden ist.<sup>29</sup> Obwohl gerade Frankreich und Italien seit Mitte der sechziger Jahre außerordentliche Anstrengungen zur Erhöhung der Konzentration der Produktion und der Zentralisation des Kapitals unternommen haben, dürfte sich der relative Abstand gegenüber der BRD nur geringfügig verändert haben; denn auch hier vollzogen sich seit Beginn der

---

26 Nach SAEG. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1972, S. 26, S. 45, S. 77.

27 Vgl. Albers u. a.: Klassenkämpfe in Westeuropa, a.a.O., S. 25.

28 Vgl. Zur Industriepolitik der Gemeinschaft, a.a.O., S. 106–108.

29 Der im Vergleich zur BRD geringere Entwicklungsgrad kapitalistischer Produktion kommt daher besonders deutlich in dem höheren Anteil der Kleinbetriebe zum Ausdruck: «Der in Italien und Frankreich besonders hohe Anteil an Kleinbetrieben kennzeichnet nicht nur die Leichtindustrie, sondern ist in fast allen Sektoren, auch dort, wo man es am wenigsten erwartet, wie in der Chemie und Elektrotechnik, zu beobachten. In der Gummi- und Kunststoffindustrie, die in allen Ländern übereinstimmend einen hohen Konzentrationsgrad aufweist, entfielen auf Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten in Frankreich immerhin 12 Prozent und in Italien 15 Prozent aller Arbeitskräfte dieses Industriezweiges, während der entsprechend Anteil in den übrigen Ländern zwischen 2 Prozent und 4 Prozent lag. Ebenso beschäftigte Italien in der Hüttenindustrie, die das Sinnbild der großen Dimension ist, über 1 Prozent der Arbeitskräfte in Betrieben mit weniger als 5 Beschäftigten» (in: Zur Industriepolitik der Gemeinschaft, a.a.O., S. 103).

siebziger Jahre Fusionsvorgänge, «deren Dimensionen über alle bisher gewohnten Vorstellungen hinausgehen».<sup>30</sup>

Allerdings ist beim Vergleich solch allgemeiner Indikatoren des Konzentrationsgrades zu berücksichtigen, daß sie den erreichten Grad der Monopolisierung – zumal das Verhältnis von monopolisierten und nichtmonopolisierten Bereichen der gesellschaftlichen Produktion – nur unzureichend ausdrücken. So zeichnet sich gerade die italienische Wirtschaft durch ein Nebeneinander von Tausenden Mittel- und Kleinbetrieben sowie einem extrem hohen Monopolisierungsgrad in den wichtigsten Produktionsbereichen (vor allem Chemie, Automobilbau, Büromaschinen und Elektrotechnik) aus.<sup>31</sup> Unter den führenden international operierenden Konzernen finden sich daher Unternehmen aus weniger konkurrenzfähigen EWG-Staaten, obwohl Rangfolge und Häufigkeit nationaler Konzerne in der «Fortune-Liste der Umsatzmilliardäre» immer auch die ökonomische Potenz sowie den Zentralisierungsgrad des Kapitals in den einzelnen Ländern wiedergeben. So gehörten 1972 zu den 50 größten nichtamerikanischen Gesellschaften zwölf westdeutsche, elf britische, neun japanische, neun französische, vier italienische, vier niederländische, zwei schweizerische und schließlich ein australisches Unternehmen.<sup>32</sup> Gegenüber 1968 hat sich die Position japanischer und westdeutscher Konzerne verbessert, während die britischen und französischen Spitzengesellschaften leicht an Boden verloren haben.<sup>33</sup>

### 3.3. Zusammenfassung

Die zu Beginn des Abschnittes aufgeworfene Frage nach der Entwicklung des ökonomischen Kräfteverhältnisses in der EWG ist einfach zu beantworten: Das allgemeine – im internationalen Vergleich überdurchschnittliche – Wachstumstempo der gesellschaftlichen Produktion hat nicht zu einer Infragestellung der führenden ökonomischen Position der BRD und Frankreichs geführt. Die Hierarchie, die ihrerseits in der Bedeutung des industriellen Sektors in der Gesamtwirtschaft, in der Entwicklung der Produktivität, im Tempo der industriellen Entwicklung, in der Verlagerung des Schwergewichtes der Produktion auf die modernen Wachstumsindustrien, im Konzentrationsgrad und schließlich in der außenwirtschaftlichen Stärke zum Ausdruck kommt, hat sich im Verlauf der fünfzehnjährigen Entwicklung der EWG nicht verändert. Auch die seit 1963 sich abzeichnende Verlagerung des Wachstumszentrums von der BRD auf Frankreich und die Niederlande, die durch die schnelle Steigerung der Bruttoanlageinvestitionen höhere Zuwachsraten der industriellen Produktion als die BRD er-

---

30 Kruk, M.: Die 100 größten Unternehmen. In: FAZ vom 18.8.1973.

31 Vgl. Albers u. a., a.a.O., S. 114/115.

32 Vgl. FAZ vom 13.9.1973.

33 Vgl. IMSF (Hg.): Internationale Konzerne und Arbeiterklasse, a.a.O., S. 332–343.

zielten, hat noch keine strukturelle Wandlung des Kräfteverhältnisses nach sich gezogen, obwohl gerade mit dieser Verlagerung der nationalen Wachstumszentren eine Intensivierung der zwischenstaatlichen Konkurrenz einhergeht.

Wesentlich schwieriger ist dagegen die Frage nach der Angleichung der sozialökonomischen Strukturen sowie der Verwertungsbedingungen des Kapitals im Rahmen der EWG zu beantworten. Soweit die hier zusammengestellten Daten bereits Schlußfolgerungen zulassen, bestätigt sich die Angleichungshypothese in bezug auf die Entwicklung der Produktionsstruktur, auf die Verteilung der Arbeitskräfte, auf die verschiedenen Zweige der gesellschaftlichen Produktion sowie auf die allgemeinen Veränderungen der Industriezweigstruktur, die letztlich allgemeine Prozesse der Anwendung und Verbreitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Produktion reflektiert. Auch die «Vertiefung des Grabens» in der Wirtschaft zwischen dem monopolisierten Sektor der Produktion, den führenden Konzernen der Wachstumsindustrien, die zugleich den größten Teil der Waren- und Kapitalexporte auf sich vereinigen, und den weniger produktiven, vor allem national operierenden Kapitalen kann als ein Moment der Angleichung der Kapitalstrukturen in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern interpretiert werden.<sup>34</sup> Insofern kann also von einer «analogen Entwicklung» der Bedingungen der Kapitalverwertung gesprochen werden, zumal sich – wie noch zu zeigen sein wird – diese Angleichung auch zunehmend in Richtung auf eine Verallgemeinerung der Krisenerscheinungen in den EWG-Ländern bewegt.

Gleichwohl haben diese allgemeinen Strukturveränderungen den ungleichmäßigen Charakter dieser Prozesse nicht aufgehoben. Dafür sprechen nicht nur die beträchtlichen Abweichungen im Tempo des wirtschaftlichen Wachstums zwischen den einzelnen Ländern, die nach wie vor bestehenden Unterschiede in der Produktionsstruktur sowie im Grad der Konzentration des Kapitals und der Produktion, sondern vor allem auch das anhaltende Gefälle in der Produktivität der nationalen Kapitale, das noch durch die stagnativen Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung in Italien seit dem Ende der sechziger Jahre verstärkt wurde. Zumal die Hypothese von der «Harmonisierung» der Wirtschaftsstrukturen und der Wettbewerbsbedingungen durch die fortschreitende Integration kann angesichts der realen Disproportionen als Legitimationsideologie angesehen werden; denn gerade das unterschiedliche Ausgangsniveau der ökonomischen Entwicklung in den einzelnen EWG-Ländern sowie die durch den Zollabbau verstärkte Konkurrenz mußten notwendig eine spezifisch nationale Regulierungsfunktion des Staates noch weiter befördern: die aktive Unterstützung der nationalen Kapitale, um die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen zu überwinden, sowie den Schutz vor dem ungehinderten Zugang der produktiveren – insbesondere des westdeutschen – Kapitale zum eigenen Markt. Daß es innerhalb der EWG nicht gelungen ist, neben den Zöllen und Mengenbeschränkungen auch die sog. «nichttarifären» Handelshemmnisse abzubauen, die Bedingungen

---

34 Vgl. dazu Levinson: Inflation, a.a.O., S. 29 ff.

für den freien Kapitalverkehr zu schaffen sowie eine Angleichung der rechtlichen und steuerlichen Bestimmungen durchzusetzen, bestätigt nur diese intensiviert Schutzfunktion, die der Nationalstaat im Interesse der schwächeren nationalen Kapitale übernehmen muß. So erweist sich diese, aus der Ungleichmäßigkeit des Kräfteverhältnisses und der Produktivität herzuleitende, wachsende Bedeutung des nationalen Staates als ein wesentliches Ferment jener permanenten Krisen, die seit Mitte der sechziger Jahre immer wieder Ansätze zur Vertiefung der Integration zunichte machen.

## 4. Aspekte der widersprüchlichen Bewegung des Integrationsprozesses

### 4.1. Bilanz und derzeitiger Stand der Integration

Die Bilanz der bisherigen Resultate der westeuropäischen Integration scheint durch überwiegend positive Elemente gekennzeichnet zu sein. Die EWG hat sich 1972/73 von sechs auf neun Mitgliedstaaten erweitert und ist der mächtigste Handelsblock innerhalb der kapitalistischen Welt. Sie ist aus der Rolle des ökonomischen und politischen «Juniorpartners» der USA herausgewachsen und agiert schon gegenwärtig als innerimperialistischer Hauptkonkurrent der USA, der in den Auseinandersetzungen um die Reform des kapitalistischen Weltwährungssystems (IWF), um die langfristige Gestaltung der globalen kapitalistischen Handelsbeziehungen (GATT) sowie um die Neuorganisation des militärischen Potentials des Imperialismus (NATO) autonome – wenn auch nicht immer einheitliche – Interessen zu formulieren und zu wahren versteht. Angesichts dieser grundlegenden Veränderung des innerimperialistischen Kräfteverhältnisses kann heute Westeuropa kaum noch als eine weltpolitische Kraft «zweiten Grades», als «Objekt fremden Gleichgewichts»<sup>1</sup> betrachtet werden. Daß Europa heute eine «Großmacht» bzw. eine «Supermacht» ist, wird von den «Europäern» kaum noch in Frage gestellt.<sup>2</sup> So fand auch das Konzept einer neuen «atlantischen Partnerschaft», das der Außenminister der USA, Henry Kissinger, im April 1973 vortrug, in Westeuropa nur geringe Resonanz. Obwohl die Führungsmächte der EWG, die BRD und Frankreich, gegenüber den USA unterschiedliche Bündnisstrategien verfolgen, lehnten sie einmütig den Führungsanspruch der USA, wie er in Kissingers «Charta» niedergelegt war, ab.<sup>3</sup>

Die Nachkriegsintegration der entwickelten kapitalistischen Länder ist in den

---

1 Vgl. Hallstein: Der unvollendete Bundesstaat, a.a.O., S. 234.

2 So schon im Titel von Galtung, a.a.O., sowie Kohnstamm, M./Hager, W. (Hg.): Zivilmacht Europa – Supermacht oder Partner, Frankfurt/M. 1973.

3 In Kissingers Deklaration hieß es u. a.: «Die Vereinigten Staaten haben globale Interessen und Verantwortungen. Unsere europäischen Verbündeten haben regionale Interessen» (vgl. FAZ vom 26. 4. 1973, S. 7/8).

sechziger Jahren in ihre zweite Phase eingetreten, in der die Tendenz zur Spaltung die Tendenz zur Vereinheitlichung der imperialistischen Kräfte immer mehr überlagert.<sup>4</sup> Dies beruht nicht allein auf dem Scheitern jener globalen Strategie der «Eindämmung» bzw. des «Zurückrollens» des Sozialismus, die noch bis zum Ende der fünfziger Jahre die wesentliche politische Klammer einheitlicher Interessenstrukturen gebildet hatte und die heute durch den konsolidierten und wachsenden weltpolitischen Einfluß der sozialistischen Staaten einer Politik der friedlichen Koexistenz weichen muß. Neben dieser Veränderung des politischen und ökonomischen Kräfteverhältnisses im Weltmaßstab, die als äußerer Faktor auf die Entwicklung des imperialistischen Systems einwirkt, seinen Herrschaftsbereich einschränkt sowie die Realisierung seiner Integrations- und Expansionsstrategien beeinträchtigt, muß allerdings auch die ungleichmäßige ökonomische Entwicklung zwischen den Zentren des imperialistischen Lagers als die wesentliche materielle Bedingung für die zunehmende Widersprüchlichkeit der Beziehungen zwischen diesen Zentren angesehen werden. Die Entwicklung der Kapitalverwertungsbedingungen bestimmt in letzter Instanz die Entwicklung dieser Beziehungen, die Formen ihrer Widersprüchlichkeit und die Perspektiven der Integration.

Die Mitgliedsländer der EWG haben, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, in den letzten zwanzig Jahren eine Periode relativer Prosperität und beschleunigter Kapitalakkumulation durchlaufen. Die im internationalen Vergleich überdurchschnittlichen Wachstumsraten des Sozialprodukts und der industriellen Produktion gingen einher mit einer «Modernisierung» der Produktionsstruktur, wie sie in der vorrangigen Bedeutung der wissenschaftlich und technologisch führenden Wachstumsbranchen und der damit eng verbundenen Exportorientierung der Wirtschaft zum Ausdruck kommt. Zweifellos hat die Integration auf diese forcierte Kapitalakkumulation eingewirkt: Der Zollabbau zwischen den Mitgliedstaaten führte zu einer beträchtlichen Steigerung der Handelsverflechtung, die ihrerseits die Voraussetzung für eine engere Verflechtung der Produktion und des Finanzkapitals bildete. Auf diese Weise wurde eine größere Realisierungssphäre für die westeuropäischen Kapitale – auch als sichere Operationsbasis für die Expansion auf dem Weltmarkt – geschaffen. Über den gemeinsamen Außenzolltarif der EWG sollte ein Schutz gegen die Konkurrenz von «Drittland-Kapitalen» gewährt werden. Gleichwohl hatte diese geographische Erweiterung des Marktes die Funktion, die Konkurrenz zwischen den westeuropäischen Kapitalen zu intensivieren, sie zu einer schnelleren Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu zwingen, unproduktive Kapitale zu vernichten, wenig profitable, aber gesellschaftlich notwendige Bereiche der Produktion und Reproduktion in staatliche Hand zu überführen und schließlich – in der Konsequenz dieser neuen Formen regionaler Konkurrenz – die Konzentration und Zentralisation des Kapitals auf eine höhere Stufe zu heben. Die Integra-

---

<sup>4</sup> Diese beiden Phasen unterscheidet Kirsanov, A. W.: Die USA und Westeuropa. Berlin 1968, S. 149.

tion beförderte also die Verflechtung und Abhängigkeit zwischen den westeuropäischen Staaten und trug so wesentlich dazu bei, zusätzliche Triebkräfte des Wachstums im Rahmen der langen Prosperitätsphase nach 1945 freizusetzen und den Prozeß des Aufholens der durch die beiden Weltkriege besonders geschwächten kapitalistischen Staaten Westeuropas voranzutreiben.

Und doch kontrastieren gerade diese erfolgreichen Ergebnisse der Integration mit deren eigener innerer Widersprüchlichkeit. Seit Mitte der sechziger Jahre bestimmt die «Krise» als Ausdruck von unvereinbaren, gegensätzlichen Interessen zwischen den Mitgliedstaaten und von mühsamen Kompromissen, die ihrerseits die Stagnation verstärken, die Entwicklung der westeuropäischen Politik. Innerhalb der EWG verstärkt sich der Konflikt zwischen zentrifugalen und zentripetalen Kräften bis zu jenem Punkt, an dem ihre Existenzfähigkeit selbst immer wieder in Frage gestellt wird. So heißt es schon in einem Memorandum der EWG-Kommission vom Februar 1969:

«Die Gemeinschaft kann nicht auf dem heute erreichten Stand verharren. Entweder läßt sie unter dem Druck der auseinanderstrebenden Kräfte, die sich bereits bemerkbar machen, zu, daß paradoxerweise ihre Einheit gerade zu dem Zeitpunkt aufgeweicht wird, in dem die Zollunion unter großen Anstrengungen verwirklicht wurde und der rasche technologische Fortschritt die Vorteile eines großen einheitlichen Marktes ständig wachsen läßt, oder es gelingt ihr, im Rahmen der bestehenden Institutionen die nationalen Wirtschaftspolitiken in befriedigender Weise aufeinander abzustimmen. . . Die Gemeinschaft steht somit vor einer grundlegenden Entscheidung. Sie muß sie unverzüglich treffen, wenn sie die Aktionsmöglichkeiten, die sie noch hat, nutzen will, andernfalls könnten ernste Gleichgewichtstörungen auftreten, die zu unerwünschten Lösungen zwingen würden.»<sup>5</sup>

Wurden die Zwecke der Integration ursprünglich als die Herstellung binnenmarktähnlicher Verhältnisse sowie als die institutionell abgesicherte Koordinierung und Harmonisierung der Wirtschaftspolitik gefaßt, so herrscht gegenwärtig eine weitverbreitete Unsicherheit gegenüber den Möglichkeiten einer weiteren Vertiefung der Vergemeinschaftung vor.

«Es ist leichter, die Weiterentwicklung der Zollunion zu einer Wirtschafts- und Währungsunion zu fordern, die der Vertrag von Rom in Aussicht genommen hat, als sie genau zu definieren oder gar die damit verbundenen Änderungen zu erreichen. Man kann sagen, daß die Zollunion ihre volle Bedeutung erlangen wird, wenn der Gemeinsame Markt sich immer weniger von einem einzelstaatlichen Markt unterscheidet.»<sup>6</sup>

Die Voraussetzungen für eine Vertiefung der Integration sind jedoch trotz der ökonomischen Erfolge nicht als ein quasi-automatisches Produkt des Wachstums und der Verflechtung gereift; es scheint vielmehr, als haben die Disparität der Preis- und Lohnentwicklung, die Ungleichmäßigkeit der Zahlungsbilanzentwicklung, die ungebrochene Autonomie der einzelstaatlichen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik die Möglichkeiten einer Harmonisierung der Strukturen wie

---

5 Zit. n. Hallstein: Der unvollendete Bundesstaat, a.a.O., S. 118.

6 Uri u.a.: Bericht..., Band 1, a.a.O., S. 12.

der Politik erheblich beeinträchtigt. Die EWG tritt also – oberflächlich betrachtet – mit der Verwirklichung ihres ersten Zieles, der Zollunion, in eine Periode der politischen Krise und der institutionellen Stagnation ein; denn die durch den Zollabbau stimulierte stärkere Verflechtung des Austausches und der Produktion sowie die wachsende konjunkturelle Interdependenz zwischen den Mitgliedsländern erfordert objektiv die Schaffung supranationaler politischer Kompetenz, d. h. den Ausbau eines supranationalen politischen Regulierungsinstrumentariums, das dem Charakter der fortgeschrittenen Internationalisierung der Produktion sowie den gemeinsamen Interessen der westeuropäischen Kapitale in der Weltmarktkonkurrenz Rechnung zu tragen vermag. Aber eben diese abstrakte Notwendigkeit gerät in einen permanenten Konflikt mit den Verwertungsinteressen der nationalen Kapitale und der Politik der Nationalstaaten. Die divergierenden politischen und ökonomischen Interessen der Nationalstaaten verhindern immer wieder von neuem die Realisierung der zahllosen Vorschläge, die die EWG-Kommission zur Harmonisierung der Politik sowie zur Autonomisierung der supranationalen Organe dem Ministerrat vorlegt.

«In der gegenwärtigen Situation ist völlig offen, ob die erreichten Liberalisierungen ausreichende Impulse liefern, die Mitgliedstaaten zu einem Überbau an gemeinschaftlicher Politik zu veranlassen, oder ob die nationalen Regierungsinteressen so stark sind, daß sie eine Renationalisierung und einen Abbau des Freiverkehrs bei einer Politik intergouvernementalen Interessenausgleichs riskieren.»<sup>7</sup>

Der Versuch, diesen Widerspruch zwischen fortschreitender Verflechtung und zurückbleibender Integration aus dem «Mißverhältnis zwischen dem wachsenden Politik-Bedarf der Gemeinschaft und der ungenügenden Machtquelle, des ungenügenden Zugangs zu den Machtquellen in den Völkern und politischen Gruppen der Mitgliedsländer» herzuleiten,<sup>8</sup> wird notwendig scheitern müssen; denn er verweist die Erklärung der zurückbleibenden Integration letztlich in die Sphäre des politischen Irrationalismus, der auf die Konsistenz des «Nationalbewußtseins» als letzten Erklärungsgrund rekurrieren muß. Das schließt den Verzicht ein, nicht nur die materiellen gesellschaftlichen Bedingungen der Integration, sondern auch die daraus bestimmten Widersprüche des Integrationsprozesses näher zu analysieren. Die Hauptursachen der Schwierigkeiten beim Ausbau und der Vertiefung der EWG liegen daher nicht – wie stets von den Europa-Ideologien suggeriert wird – in dem «mangelnden politischen Willen», endlich auf dem Wege der Vergemeinschaftung und der Stärkung der Supranationalität voranzuschreiten. Sie wurzeln vielmehr in der kapitalistischen Bestimmtheit des Internationalisierungsprozesses selbst, die schon in dem geringen Integrationsgrad der «nationalen Wirtschaftsräume»<sup>9</sup> zum Ausdruck kommt.

---

7 von der Groeben/Mestmäcker, a.a.O., S. 67.

8 Kuby, H./Kitzmüller, E.: Transnationale Wirtschaftspolitik. Zur politischen Ökonomie Europas, Hannover 1968, S. 118.

9 «Es sind also weder die Löhne, noch die Sozialleistungen, noch die öffentlichen Ausgaben, noch die Steuern, die der europäischen Wirtschaft entgegenstehen, oder eine Grenze

Die folgende Untersuchung wird zu zeigen haben, auf welche Weise die Bewegungsformen des Widerspruchs zwischen ökonomischer Verflechtung und politischer Integration sich innerhalb der EWG im Konkurrenz- und Machtkampf der Nationalstaaten vermitteln und auf welche Weise gerade die Gesetze der internationalen monopolistischen Konkurrenz immer wieder jene Schranken reproduzieren, die trotz des objektiven Zwangs zur Anpassung politischer Regulierungs- und Herrschaftsmechanismen an die Internationalisierung kapitalistischer Produktion das Fortschreiten der Integration behindern.

#### 4.2. Zu einigen Problemen der Integrationstheorie

Im August 1915 schrieb W. I. Lenin gegen die Losung «Vereinigte Staaten von Europa»:

«Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d. h. des Kapitalexportes und der Aufteilung der Welt durch die «fortgeschrittenen» und «zivilisierten» Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär... Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der europäischen Kapitalisten... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien gegen Japan und Amerika verteidigen könnte... Auf der heutigen ökonomischen Basis, d. h. unter kapitalistischen Verhältnissen, würden die Vereinigten Staaten von Europa die Organisation der Reaktion zur Hemmung der raschen Entwicklung Amerikas bedeuten.»<sup>10</sup>

Lenins Kritik dieser Losung nimmt wesentliche Inhalte jener Europa-Ideologien vorweg, die sich im Gefolge der weiteren Schwächung der Staaten Westeuropas durch die Resultate des Ersten Weltkrieges und durch den Sieg der sozialistischen Revolution in Rußland in der Zwischenkriegsperiode ausbreiteten. Sowohl die «Paneuropa-Ideologie» des Grafen Coudenhove-Kalergi<sup>11</sup> als auch die – der Westpolitik von G. Stresemann zugrundeliegende – europapolitische Konzeption des sog. «Sozialliberalismus» in der Weimarer Republik<sup>12</sup> gingen von der Einsicht in den endgültigen Verlust der wirtschaftlichen und politischen Vormachtstellung der westeuropäischen Staaten im Weltmaßstab aus, um in der gemeinsamen Abwehr des Sozialismus und der übermächtigen amerikanischen

---

für den Lebensstandard, den sie ihren Erwerbstätigen sichern kann, setzen. Die Hauptquelle der Schwierigkeiten liegt in dem enormen Gefälle, das immer noch zwischen Regionen, Wirtschaftszweigen und Unternehmen besteht und zum Teil sogar künstlich aufrechterhalten wird... Mit einem Wort: die nationalen Wirtschaftsräume sind noch nicht stark genug integriert» (Uri u. a.: Bericht..., Band 2, a.a.O., S. 15/16).

<sup>10</sup> Lenin, W. I.: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa. In: ders., Ausgewählte Werke. Band 1. 3. Aufl., Berlin 1964, S. 758–761, hier S. 759/60.

<sup>11</sup> Vgl. Coudenhove-Kalergi, R.: Pan-Europa, Wien/Leipzig 1923.

<sup>12</sup> Vgl. dazu Opitz, R.: Der deutsche Sozialliberalismus. 1917–1933, Köln 1973.

Konkurrenz eine europäische Zollunion als Vorstufe einer europäischen Föderation bzw. eines «paneuropäischen Staatenbundes» zu schaffen.<sup>13</sup> Zum anderen erfaßt Lenins Kritik der Europa-Ideologie das grundlegende Widerspruchsverhältnis imperialistischer Bündnissysteme: Sie sind nur als «zeitweilige Abkommen zwischen Kapitalisten» möglich; denn – so formuliert er im Jahre 1916 –:

«... unter dem Kapitalismus ist für die Aufteilung der Interessen- und Einflußsphären, der Kolonien usw., eine andere Grundlage als die Stärke der daran Beteiligten, ihre allgemeinerwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke, nicht denkbar. Die Stärke der Beteiligten aber ändert sich ungleichmäßig, denn eine gleichmäßige Entwicklung der einzelnen Unternehmungen, Trusts, Industriezweige und Länder kann es unter dem Kapitalismus nicht geben... «Interimperialistische» oder «ultraimperialistische» Bündnisse sind daher in der kapitalistischen Wirklichkeit... notwendigerweise nur «Atempausen» zwischen Kriegen – gleichviel, in welcher Form diese Bündnisse geschlossen werden, ob in der Form einer imperialistischen Koalition gegen eine andere imperialistische Koalition, oder in der Form eines allgemeinen Bündnisses aller imperialistischen Mächte.»<sup>14</sup>

Dennoch bleibt zu fragen, ob Lenins Bestimmung des inneren Widerspruchs imperialistischer Bündnisse ein umfassendes Verständnis der mit der EWG verbundenen Integrationsprozesse und -widersprüche ermöglicht. So gehen z. B. neuere marxistische Arbeiten, insbesondere aus der Sowjetunion, davon aus, daß «... die Integration keine zeitweilige und zufällige Erscheinung (ist), sondern ein zutiefst gesetzmäßiger Prozeß, eine langfristige Tendenz, die sowohl für den Kapitalismus als auch für den Sozialismus charakteristisch ist». <sup>15</sup> Indem also die Integration als ein gesetzmäßiger und langfristiger Prozeß begriffen wird, ist zugleich der wesentliche Unterschied zwischen den früheren imperialistischen Bündnissen, die Lenin vor Augen hatte, und den zwischenstaatlichen Integrationsprozessen nach 1945 bezeichnet: Diese sind weder nur «zeitweilig», noch sind sie «bloße Atempausen zwischen Kriegen». <sup>16</sup> Der internationale Vergesell-

---

13 Vgl. u. a.: Kirsanov, a.a.O., S. 62 ff.; Berthold, W., u. a. (Hg.): Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung, Köln 1970, S. 50 ff.; Schöndube, C.: Das neue Europa-Handbuch, Köln 1969, S. 15 ff.; ders.: Grundsatzfragen der europäischen Integration, Hangelar 1968.

14 Lenin, W. I.: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: ders., Ausgewählte Werke, a.a.O., Band 1, S. 865/866.

15 Autorenkollektiv: Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, Berlin 1972, S. 598.

16 Der Wandel in der Einschätzung der EWG durch sowjetische Gesellschaftswissenschaftler seit Mitte der fünfziger Jahre zeigt deutlich den Übergang von einer primär politischen zu einer eher politisch-ökonomischen Analyse des Integrationsprozesses. Dominierte zunächst die Auffassung, die EWG bilde die ökonomische Basis der NATO in Westeuropa, und ihre politische Funktion erfülle sich hauptsächlich in ihrer aggressiven Orientierung gegenüber dem Sozialismus, so tritt seit einigen Jahren die Verschärfung der innerimperialistischen Konkurrenz und die darin eingebettete Funktion der EWG stärker in den Mittelpunkt der Betrachtung.

schaftungsgrad der Produktion sowie die geringere Wahrscheinlichkeit von militärischen Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Staaten, die durch Existenz und Stabilisierung der sozialistischen Staaten erzwungen wurde, begründen vielmehr als objektive Voraussetzungen die langfristige Tendenz der Integrationsprozesse, ohne daß dabei deren Widersprüche, die durch die Verwertungswidersprüche der nationalen Kapitale und der darauf beruhenden ungleichmäßigen Entwicklung produziert werden, beseitigt werden könnten. Obwohl sich die Geschichte der westeuropäischen Integration nach 1945 – durchaus im Sinne der Leninschen Einschätzung – bei näherer Betrachtung keineswegs als eine Periode des friedlichen und harmonischen Interessenausgleichs zwischen den imperialistischen Staaten, sondern als eine Periode des permanenten Konflikts um politische und ökonomische Hegemonie erweist, erheischt die Tatsache der relativen Konsistenz der EWG eine Erklärung, die dem gesetzmäßigen wie dem widersprüchlichen Charakter des Integrationsprozesses Rechnung tragen muß.

Die dem Kapital gemäße Proportionalität des Wachstums wird weder durch die gesellschaftlichen Bedürfnisse noch durch die stofflichen Naturzusammenhänge der gesellschaftlichen Produktion bestimmt. Regulator der Produktion und des Wachstums ist der Profit. «Das Wachstum der Produktivkräfte vollzieht sich im Kapitalismus als ein durch den Profitmechanismus vermittelter spontaner Prozeß des Wachstums des Kapitals, und das ist gleichbedeutend mit Akkumulation und Konzentration des Kapitals, Produktion auf wachsender Stufenleiter, Vertiefung der Arbeitsteilung und Ausdehnung der Macht des Kapitals.»<sup>17</sup> Das Kapital als sich «verwertender Wert» unterliegt stets der Tendenz, «einerseits disposable time zu schaffen, andererseits to convert it into surplus labour».<sup>18</sup> Kapitalistisches Wachstum – auch über die nationalen Grenzen hinaus – erwächst aus dem Zwang, durch die Entwicklung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit die Schranken der Kapitalverwertung zu überwinden. Die Ungleichmäßigkeit kapitalistischer Entwicklung ist mithin nur die Form, vermittels deren sich an der Oberfläche des Wachstums und der Konkurrenz die grundlegende Disproportionalität von Produktion und Verwertung darstellt. «Der Widerspruch dieser kapitalistischen Produktionsweise besteht aber gerade in ihrer Tendenz zur absoluten Entwicklung der Produktivkräfte, die beständig in Konflikt geraten mit den spezifischen Produktionsbedingungen, worin sich das Kapital bewegt und allein bewegen kann.»<sup>19</sup>

Die verschiedenen «Erscheinungsformen der Integration» resultieren aus dem «Wechselverhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen unter den historisch-konkreten Bedingungen der Nachkriegszeit».<sup>20</sup> Die beschleunigte

---

17 Heß, P.: Ziel und Rationalität des Wirtschaftswachstums im Kapitalismus sowie der Mechanismus ihrer Durchsetzung. In: Maier, H. (Hg.), Ziele, Faktoren, Rationalität des ökonomischen Wachstums. Band 1, Berlin 1968, S. 37 ff., hier S. 39/40.

18 Marx, K.: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 596.

19 Marx, K.: Das Kapital. Dritter Band, MEW 25, S. 268.

20 Gündel u. a.: Zur Theorie..., a.a.O., S. 240.

Rekonstruktion des kapitalistischen Weltmarktes nach 1945 ist einerseits Ausdruck der Tatsache, daß die am weitesten entwickelten Kapitale unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nur durch «Ausdehnung des äußeren Feldes der Produktion»,<sup>21</sup> d.h. durch Intensivierung der Weltmarktbeziehungen zu existieren vermögen, indem sie die Schranken der durch den nationalen Markt begrenzten Realisierungssphäre durchbrechen. Der damit einhergehende Strukturwandel des Weltmarktes, der Bedeutungsverlust des Austausches Fertigwaren – Rohstoffe gegenüber dem Austausch hochveredelter Fertigwaren zwischen den hochentwickelten kapitalistischen Ländern, wird mehr und mehr «durch die beständigen Revolutionen in den Produktionsmethoden selbst»<sup>22</sup> bestimmt; denn die Kapitalaufwendungen, die zur Verwirklichung des fortgeschrittensten Standes der Technologie, der Forschung, der Planung von Produktion und Absatz, notwendig sind, haben längst die Akkumulationskraft bloß national agierender westeuropäischer Kapitale überschritten und treiben den Prozeß der Internationalisierung von Produktion und Austausch sowie der internationalen Zentralisation des Finanzkapitals weiter voran. Andererseits repräsentiert aber die EWG schon seit ihrer Gründung in nuce die Tendenz zur regionalen Blockbildung innerhalb des kapitalistischen Weltmarktes. Die «Aufschließung» der nationalen Märkte geht einher mit der regionalen «Abschließung», die schon Ende der fünfziger Jahre in der BRD von neoliberalen Ideologen und Politikern als der Keim ihres Scheiterns kritisiert wurde.<sup>23</sup> Daß dieser Doppelcharakter der Integration zunächst noch nicht als eine Triebkraft zur Verschärfung von Widersprüchen innerhalb der EWG in Erscheinung trat, resultierte in erster Linie aus der weitgehenden Annäherung der politischen und ökonomischen Interessen innerhalb des imperialistischen Lagers: Auf der Basis der langen Nachkriegskonjunktur und der gemeinsamen Frontstellung gegen den Sozialismus erschienen die Unterschiede zwischen den Interessen der USA, die auf Festigung ihrer globalen Führungsposition zielten, und denen der westeuropäischen Staaten, die sich zunächst auf die Rekonstruktion ihres nationalen ökonomischen Potentials – als Voraussetzung für die Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem US-Kapital – zu konzentrieren hatten, noch nicht als gegensätzliche Pole innerhalb der imperialistischen Konkurrenz. Erst mit dem Ende des langen Nachkriegszyklus und dem Abschluß der nationalen westeuropäischen Rekonstruktion traten die innerimperialistischen Beziehungen zwischen den EWG-Ländern und zwischen den Zentren des imperialistischen Systems in eine neue Phase ein. In dem Maße, wie die spezifisch ökonomischen und politischen Triebkräfte der Nachkriegsperiode an Wirksamkeit einbüßten, begann für die EWG «die Stunde der Wahrheit zu schlagen»;<sup>24</sup> denn

21 Marx, K.: Das Kapital. Dritter Band, a.a.O., S. 255.

22 Ebd., S. 254.

23 Vgl. dazu Deppe, F.: Die «Europäische Gemeinschaft» in der Stagnation. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 1 (1974), S. 33 ff.

24 So erhebt z. B. Levinson (a.a.O., S. 121) die Frage, «ob das Konzept einer regionalen Marktwirtschaft, eines Blocks zwischen den ökonomischen Supermächten, entwickelt in

nunmehr mußte sich entscheiden, ob durch die Herstellung eines «gemeinsamen Marktes», durch die reale Verflechtung der Produktion und des Austausches sowie durch die Errichtung supranationaler Institutionen und Harmonisierung der Politik zwischen den EWG-Ländern die Bedingungen dafür geschaffen worden waren, daß sich die EWG als autonomes Subjekt in der Weltmarktkonkurrenz und der Weltpolitik zu etablieren und dann auch zu behaupten vermochte.

Gleichwohl wird die politische Seite des Integrationsprozesses nicht hinreichend erfaßt, sofern diese sich lediglich auf die historisch besondere Konstellation der Interessen und des Kräfteverhältnisses reduziert. Die Spezifik der Integration muß gerade darin gesehen werden, daß sie eine Anpassung staatlicher Regulierungsfunktionen an die Internationalisierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse intendiert. Der Nationalstaat als binnen- und außenwirtschaftlicher Garant kapitalistischer Gesamtinteressen vermag durch seine Tätigkeit den Anforderungen der internationalen Vergesellschaftung der Produktion, den Interessen der international agierenden Kapitale nicht mehr voll Rechnung zu tragen. Vielmehr erfordert die Akkumulation auf erweiterter transnationaler Stufenleiter die Beseitigung protektionistischer Schranken, die die freie Mobilität des Waren- wie des Geldkapitals einschränken. Erwies sich das Protektionssystem vor allem für relativ rückständige kapitalistische Länder immer wieder als «ein Kunstmittel, Fabrikanten zu fabrizieren»,<sup>25</sup> d. h. als ein «Kunstmittel», die Entfaltung und Verallgemeinerung kapitalistischer Produktionsverhältnisse voranzutreiben, so erzwingt der Mechanismus der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung immer wieder die Durchbrechung jener Abschließung der nationalen Märkte:

«Unter dem kapitalistischen System muß eine Industrie entweder sich ausdehnen oder zusammenschrumpfen. Sie kann nicht stationär bleiben; Hemmung der Ausdehnung ist beginnender Ruin; der Fortschritt der mechanischen und chemischen Erfindungen setzt fortwährend menschliche Arbeit außer Beschäftigung, während er das Kapital gleichzeitig noch rascher vermehrt und konzentriert; er schafft so in jeder stagnanten Industrie einen Überschuß von Arbeitern sowohl wie von Kapital, einen Überschuß, der nirgends einen Abschluß findet, weil derselbe Prozeß in allen anderen Industriezweigen gleichfalls vorgeht. So wird der Übergang vom inländischen zum Ausfuhrhandel zu einer Lebensfrage für alle diese Industriezweige.»<sup>26</sup>

Diese Tendenz, die Schranken des Protektionssystems zu überwinden, schließt jedoch keinesfalls den Rückfall in national protektionistische Maßnahmen aus, die die Integration des Weltmarktes zurücknehmen:

---

der Nachkriegszeit mit ihrer wirtschaftspolitischen Fixierung auf Exporte und Importe, Schwerindustrie, Stahlerzeugung, Kohlenbergbau und Fahrzeugproduktion, wohl noch lebens- und entwicklungsfähig ist. Mehr noch: Haben die multinationalen Konzerne unserer Tage die Marktwirtschaft nicht längst internationalisiert und die Vorstellung einer einzelstaatlichen Volkswirtschaft als hoffnungslos veraltet entlarvt?»

<sup>25</sup> Engels, F.: Schutzzoll und Freihandel. MEW 21, S. 365.

<sup>26</sup> Ebd., S. 368; vgl. auch Marx, K.: Kapital. Dritter Band, a. a. O., S. 247 ff., S. 255 und S. 266.

«Daraus aber, daß das Kapital jede solche Grenze als Schranke setzt und daher *ideell* darüber weg ist, folgt keineswegs, daß es sie *real* überwunden hat, und da jede solche Schranke seiner Bestimmung widerspricht, bewegt sich die Produktion in Widersprüchen, die beständig überwunden, aber ebenso beständig gesetzt werden. Noch mehr. Die Universalität, nach der es unaufhaltsam hintreibt, findet Schranken an seiner eigenen Natur, die auf einer gewissen Stufe seiner Entwicklung es selbst als die größte Schranke dieser Tendenz werden erkennen lassen und daher zu seiner Aufhebung durch es selbst hintreiben.»<sup>27</sup>

Die Abschaffung protektionistischer Schutzzölle und Kontingentierungen ist jedoch nicht das einzige Ziel, nach dessen Realisierung das über die nationalen Grenzen hinausdrängende Kapital im Sinne der Beförderung seiner Mobilität strebt. Uneinheitliche Währungs- und Wirtschaftspolitik, verschiedene Steuer- und Rechtssysteme u. a. m. stellen eine weitere Barriere der ungehinderten transnationalen Akkumulation dar, die vom bürgerlichen Nationalstaat zur Schaffung und Erhaltung der allgemeinen materiellen und rechtlichen Produktionsbedingungen errichtet wird und die – in der nationalstaatlich verfaßten inneren Struktur des kapitalistischen Weltmarktes – in der Scheidung von innerer und äußerer Zirkulation des Kapitals erscheint. Da die Ungleichmäßigkeit dieser politischen Struktur, die letztlich die ungleichmäßige Entwicklung des Reifegrades kapitalistischer Produktion und der Klassenseinsetzungen in den einzelnen Nationalstaaten ausdrückt, sich als ein Moment erweist, das die Internationalisierung des Wirtschaftslebens hemmt und die uneingeschränkte Ausdehnung der Profitproduktion beeinträchtigt, strebt das Kapital nach einer Vereinheitlichung der durch die Nationalstaaten gesetzten allgemeinen Produktionsbedingungen. Mit der wachsenden internationalen Verflechtung der Produktion und des Austauschs geht daher das Bemühen einher, überstaatliche politische Gewalt zu institutionalisieren, in der die allgemeinen, gesamtkapitalistischen Interessen – abgehoben von der besonderen Sphäre der nationalen Interessen – zusammengefaßt werden und die als Instrument zu transnationalen Angleichung des allgemeinen Rahmens der Kapitalverwertungsbedingungen fungieren soll. Das ist die wesentliche Bestimmung des Begriffs der «Supranationalität», die im Zuge des Aufschwungs der Nachkriegskonjunktur sowohl auf globaler (IWF, GATT) als auch auf regionaler (EWG) und sektoraler Ebene (EGKS, Euratom) angestrebt wurde.

Gerade dieser Zusammenhang von Internationalisierung der Produktion und Supranationalität, der die ökonomische und politische Seite des Integrationsvorganges erfaßt, führt jedoch zum Verständnis der immanenten Widersprüchlichkeit von Produktivkraftentwicklung und dem internationalen Vergesellschaftungszusammenhang kapitalistischer Produktionsverhältnisse, die mit dem Fortschreiten der Weltmarktverflechtung des Kapitals zutage tritt. Auch in der bürgerlichen Literatur schlägt sich diese Widersprüchlichkeit bei der Behandlung des Verhältnisses von wachsender Internationalisierung des Wirtschaftslebens und der Rolle des Nationalstaates nieder: Auf der einen Seite wird der nationale

---

<sup>27</sup> Marx, K.: Grundrisse..., a.a.O., S. 313/314.

Staat gegenüber dem internationalen Konzern als ein «schwerfälliger und aktionsunfähiger Dinosaurier» charakterisiert.<sup>28</sup> Auf der anderen Seite wird betont, «daß sich die Intensität der staatlichen Aktivitäten für die Erhaltung nationaler Autonomie verstärken wird, während sich die Tendenz zu internationaler Kooperation und Integration gleichzeitig verstärkt».<sup>29</sup>

In diesen gegensätzlichen Auffassungen spiegelt sich ferner das reale Widerspruchsverhältnis von Nationalstaat und Supranationalität wider, dessen materielle Voraussetzung die ökonomisch und politisch ungleichmäßige Entwicklung zwischen den Staaten sowie die internationale monopolistische Konkurrenz bilden, über die sich im internationalen Produktions- und Austauschverhältnis überhaupt erst die verschiedenen nationalen Kapitale aufeinander beziehen. Der Glaube an die Möglichkeit und Notwendigkeit eines globalen, supranationalen Staatsorgans<sup>30</sup> abstrahiert vorerst von der nach wie vor strukturbestimmenden Rolle des nationalen kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses. Der Anteil des Außenhandels ist für die einzelnen Länder von unterschiedlicher Bedeutung, und auch der Stellenwert der Direktinvestitionen sollte – gemessen an ihrer gesamtwirtschaftlichen Funktion – nicht verabsolutiert und überschätzt werden. Obwohl bei einigen internationalen Konzernen, die mehr als die Hälfte ihrer Umsätze und Investitionen durch Exporte und über die Produktion von ausländischen Tochtergesellschaften im Ausland realisieren,<sup>31</sup> der nationale Markt der «Muttergesellschaft» relativ an Bedeutung verliert, besteht doch nach wie vor ein eindeutiger Vorrang der Binnenwirtschaft. Da bei wachsender Exportabhängigkeit der nationalen Wirtschaft die Konjunkturbewegung mehr und

---

28 Levinson, a.a.O., S. 140; in gleichem Sinne auch Hymer, S.: «Die Tendenz der multinationalen Konzerne, die Macht der Nationalstaaten auszuhöhlen, wird auf vielerlei Arten wirksam, nicht nur in bezug auf die Steuerbehörden. Generell verringert sich die Effektivität der meisten Instrumentarien staatlicher Politik (Geldpolitik, Fiskalpolitik, Lohnpolitik etc.), je offener die Wirtschaft und je größer das Ausmaß der Auslandsinvestitionen sind» (ders.: *Multinationale Konzerne und das Gesetz der ungleichen Entwicklung*. In: Senghaas, D. (Hg.): *Imperialismus und strukturelle Gewalt*. Frankfurt/M. 1972, S. 201–239, hier S. 228). Vgl. auch Sauvart, K. P.: *Multinational Corporations and the Transformation of the Present Nation-State System*, 1971 (als Man. vervielfältigt, Jahrestagung der DVPW, S. 31): «Utopia for an international corporation would be world government. A world without frontiers. Absolute freedom of movement of people, goods, ideas, services, and money to and from anywhere. No armies, navies, or air forces, only local police. A single global system of patents and trademarks... A single, global currency. A single, central bank.»

29 Boguslawski, A.: *Multinationale Konzerne, politische Integration in Westeuropa und der Nationalstaat*. *Vervielf. Man.*, Januar 1973, S. 31; zu dieser These vgl. auch Waltz, K. E.: *The Myth of National Interdependence*. In: Kindleberger, Ch. P. (ed.): *The International Corporation*, Cambridge (Mass.)/London 1970, S. 205 ff.

30 Vgl. z. B. Vernon, R.: *Sovereignty at Bay*, a.a.O., S. 284.

31 So tätigte die westdeutsche Bayer AG 1973 rund 67 Prozent ihres Umsatzes im Ausland; vgl. FAZ vom 22. 11. 1973. Bei der Farbwerke Hoechst AG betrug dieser Anteil im ersten Halbjahr 1973 ca. 57 Prozent, vgl. FAZ vom 16. 11. 1973.

mehr durch die Ungleichmäßigkeit der nationalen Konjunkturzyklen und durch den Zyklus der kapitalistischen Weltmarktkonjunktur beeinflußt wird, treten ständig neue Aufgaben und Anforderungen an die binnen- und außenwirtschaftliche Aktivität der Nationalstaaten heran: Der Staat muß durch die Währungspolitik, durch Maßnahmen zur Stabilisierung der Zahlungsbilanz und der Inflationsabwehr, schließlich auch durch sog. «strukturelle Maßnahmen», die die drohende Vernichtung nationaler Kapitale in der Weltmarktkonkurrenz verhindern sollen,<sup>32</sup> dieser wachsenden Labilität des nationalen Konjunkturzyklus und der Verwertungsbedingungen entgegenwirken. Die ökonomische Funktion der Staatstätigkeit, die in ihrem Kern durch die staatliche Vermittlung der Entwertung von überakkumuliertem Kapital und durch den Einsatz der ökonomischen Potenz der Staatstätigkeit, um dem tendenziellen Fall der Profitrate zu begegnen, definiert ist, wird notwendig durch den höheren Grad der Weltmarkt-orientierung der nationalen Kapitale erweitert.

Entspringt also die Tendenz zur Internationalisierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse auf der einen Seite der nationalen Überakkumulation und zielt sie andererseits auf die Verbesserung der Verwertungsbedingungen der nationalen Kapitale in der internationalen Konkurrenz, so ist auch die wachsende Bedeutung der Staatstätigkeit für die Regulierung monopolistischer Verwertungsbedingungen nicht unmittelbar und ausschließlich von der Weltmarkt- und Kapitalbewegung des Kapitals herzuleiten. Allgemeiner erwachsen die Monopolisierung und die staatsmonopolistische Regulierung aus dem durch die geschichtliche Tendenz der Kapitalakkumulation reproduzierten Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, der sich in der wirklichen Bewegung kapitalistischer Produktion im tendenziellen Fall der Profitrate zusammenfassen läßt. Der tendenzielle Fall der Profitrate zwingt zur Ausdehnung des Kapitalverhältnisses über die nationalen Grenzen hinaus; aber er erzwingt zugleich «zur Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses und der Reproduktion des Kapitals... den unmittelbaren staatlichen Eingriff in den Reproduktionsprozeß mittels systematischer Umverteilung von Revenue und ökonomischer Regulierung der Zirkulationssphäre».<sup>33</sup>

Angesichts dieser allgemeinen Bestimmung der Entwicklung der Staatsfunktionen, die selbst aus der inneren Widersprüchlichkeit der Kapitalbewegung hergeleitet sind, erscheint eine Trennung von Supranationalität, in der die international operierenden Kapitale die politische Form ihrer Interessenvertretung suchen, und Nationalstaatlichkeit, die wesentlich auf die Erhaltung der Reproduktionsbedingungen der nationalen Kapitale bezogen ist, als falsch;<sup>34</sup> denn es

---

32 Die gegenwärtige Krise der Textilindustrie in der BRD und die Forderung nach staatlichen Unterstützungsmaßnahmen macht diesen Zusammenhang besonders deutlich.

33 Hirsch, J.: Elemente einer materialistischen Staatstheorie. In: C. v. Braunmühl u. a.: Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt/M. 1973, S. 199 ff., hier S. 235.

34 Diese Unterscheidung nimmt z. B. E. Mandel (Die EWG und die Konkurrenz Westeuropa – USA, Frankfurt/M. 1968, S. 84/85) vor, um die Zukunftsperspektive der EWG zu bestimmen.

sind gerade die auf den Weltmarkt drängenden Kapitale, die aufgrund ihres hohen Zentralisationsgrades und ihrer Monopolstellung auf den nationalen Märkten am engsten auf die staatliche Gewährleistung monopolistischer Verwertungsbedingungen angewiesen sind.<sup>35</sup>

Zwar modifiziert die höhere Mobilität des internationalen Kapitals die Effektivität der außenwirtschaftlichen Schutzmaßnahmen der Nationalstaaten; aber damit ist noch längst nicht der Zusammenhang zwischen dem internationalen Kapital und dem Nationalstaat aufgehoben, in dessen Grenzen sich die nationale Operationsbasis der internationalen Kapitale bzw. ihre ausländischen Tochtergesellschaften befinden. Vielmehr erweisen sich Existenz und Stabilisierung eines starken Nationalstaates in einem doppelten Sinne als unentbehrliche Bedingung in der internationalen monopolistischen Konkurrenz: Einerseits wirkt der Staat auf die Reproduktion der nationalen Eigentumsbasis ein. Andererseits stellt die Politik des Nationalstaates ein notwendiges Hilfsinstrument in der internationalen Konkurrenz dar. Seine Politik optimiert nicht nur die Möglichkeiten für die Erzielung von Extraprofiten, die aufgrund der ungleichmäßigen Entwicklung der Produktivität der nationalen Kapitale realisiert werden, sondern übernimmt auch die Funktion des Schutzes der nationalen Kapitale, die insbesondere in Perioden der niedergehenden Weltmarktconjunktur oder gar der Weltmarktd Depression intensiviert wird. Alle Konzeptionen der Supranationalität, nach denen diese gleichsam naturwüchsig aus der Anpassung der politischen Überbaustrukturen an die materielle Basis resultieren müsse, negieren diesen engen Zusammenhang zwischen der zunehmenden Internationalisierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse und der zunehmenden Bedeutung des Nationalstaates im nationalen Zusammenhang wie im Weltmarktzusammenhang kapitalistischer Reproduktion.

Trotz der schon in der Montanunion, in der gescheiterten EVG sowie in dem ebenfalls gescheiterten Projekt einer «großen europäischen Freihandelszone» zutage getretenen Interessengegensätze zwischen den westeuropäischen Staaten waren in den fünfziger Jahren relativ günstige Bedingungen für das zeitweilige Zurücktreten innerimperialistischer Gegensätze vorhanden. Im Mittelpunkt des nationalen ökonomischen Interesses stand die Rekonstruktion, die im Rahmen der Nachkriegsconjunktur schnell voranschritt. Zugleich hatten die Monopole – insbesondere der modernen Wachstumsindustrien – ein gemeinsames Interesse an der Erweiterung der Binnenmärkte, ohne die eine beschleunigte Akkumulation nicht möglich gewesen wäre. Hinzu kam, daß die Konkurrenz des übermächtigen US-Kapitals zunächst einmal durch die Finanzhilfen der USA für den Wiederaufbau eines kapitalistischen Westeuropa kompensiert zu werden schien. Auf der politischen Ebene förderte die gemeinsame Frontstellung gegen den Sozialismus sowie die in den fünfziger Jahren noch fortdauernde Schwäche des

---

35 Die Abhängigkeit gerade der Konzerne der modernen Wachstumsindustrien von Staatsaufträgen sowie von der staatlichen Vermittlung und Finanzierung der Forschung sind nur ein Merkmal dieses Zusammenhangs.

westdeutschen Imperialismus die Tendenz zum transnationalen Zusammenschluß der ökonomischen und politischen Kräfte. Es mußte also zunächst so scheinen, als ob unter diesen Bedingungen der Nachkriegskonjunktur der bislang, vor allem in den beiden Weltkriegen, bestätigte Mechanismus der innerimperialistischen Konkurrenz, der sowohl die imperialistischen Bündnisse als auch Ansätze der Supranationalität immer wieder in die offene militärische Auseinandersetzung umschlagen ließ, dauerhaft außer Kraft gesetzt sei. Zumal die Anfangserfolge der EWG – namentlich der beschleunigte Zollabbau, der entsprechende Handelsumlenkungen nach sich zog – nach dem Aufschwung der Weltkonjunktur, der der Depression von 1958 folgte, mußte solchen Auffassungen Nachdruck verleihen. So forderte die EWG-Kommission 1962 selbstbewußt in der Einleitung zum «Aktionsprogramm der Gemeinschaft für die zweite Stufe»:

«Es gilt, diese Einwirkung der sechs Mitgliedstaaten auf die Wirtschaft so miteinander vereinbar zu machen, daß aus dem Gebiet der Mitgliedstaaten ein neuer, einheitlicher Wirtschaftsraum entsteht, in dem die sechs Staaten sich präsentieren in einer gemeinsamen wirtschaftlichen Ordnung und in einer gemeinsamen Politik... Diese Zusammenfassung oder Abstimmung der einzelnen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Staaten oder der Gesetzesrahmen folgt also aus der Logik der Sache. Wenn die Wirtschaft durch die Niederlegung der Handelsgrenzen zwischen den Mitgliedstaaten in den größeren europäischen Wirtschaftsraum integriert wird, so muß auch die staatliche Wirtschaftspolitik der sechs Mitgliedstaaten in diesen größeren Raum integriert werden.»<sup>36</sup>

Die hier von der EWG-Kommission formulierte Konzeption einer unausweichlichen Verknüpfung von wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Integration stimmt weitgehend mit der neofunktionalistischen Theorie der regionalen Integration überein, wie sie besonders von US-amerikanischen Politikwissenschaftlern vertreten<sup>37</sup> und für lange Zeit als die «offizielle Ideologie der Europäischen Gemeinschaft» akzeptiert wurde.<sup>38</sup> Der Neofunktionalismus entwickelte sich aus dem Scheitern der föderalistischen Integrationstheorie, derzufolge die Einigung von Nationen nur durch den politischen Konsensus sowie durch einen politischen Akt vollzogen werden konnte. Der Neofunktionalismus ging dagegen davon aus, daß sich in den frühen fünfziger Jahren – nach der Überwindung der Schwächen der unmittelbaren Nachkriegsjahre – eine relative Konsolidierung des Nationalstaatsprinzips vollzogen habe. Daher sei eine politische Integration, d. h. die Schaffung einer westeuropäischen oder gar atlantischen Staatenföderation, utopisch. Nach dieser Auffassung bestätigte die reale Entwicklung vielmehr die Theorie einer «schrittweisen funktionalen Integration» bzw. einer Perspektive der politischen Integration «durch die Hintertür der operationalen Integration».

Der Integrationsprozeß wird demnach durch die sektorale Integration von zu-

---

36 Zit. n. Hallstein: Der unvollendete Bundesstaat, a.a.O., S. 27.

37 Vor allem Haas, E. B.: The Uniting of Europe, Stanford 1958.

38 Vgl. Häckel, E.: Theoretische Aspekte der regionalen Verflechtung. In: Regionale Verflechtung der BRD, a.a.O., S. 15 ff., hier S. 25.

nächst «unpolitischen Teilbereichen» – so durch die Schaffung der Montanunion oder einer allgemeinen Zollunion – in Gang gesetzt. Bricht diese Teilintegration nicht auseinander, so erreicht sie notwendig einen «point of no return»; sie produziert Abhängigkeiten zwischen nationalen Volkswirtschaften und Staaten, die nicht mehr korrigierbar, also irreversibel sind. Sobald aber dieser «point of no return» überschritten ist, entwickeln die partiellen Integrationsgebilde eine ökonomische und politische Eigendynamik, die notwendig auf andere Sektoren übergreift. Insofern überträgt der Funktionalismus die seiner abstrakten, theoretischen Konstruktion eigene formale Logik auf den realen Prozeß der Integration selbst; denn diesem wohnt «die expansive Logik des Funktionalismus» inne – mit anderen Worten: die Sachlogik der Integration treibt den irreversiblen Verflechtungs- und Vergemeinschaftungsprozeß voran und damit über sich hinaus. Im Zentrum dieser mechanistischen Konstruktion steht der Begriff des «spill-over», der besagen soll, daß die Anfangserfolge der «unpolitischen», d. h. der ökonomischen Teilintegration eine sachlogische Kettenreaktion integrativen Verhaltens und integrativer Zwänge – vor allem auf der politisch-staatlichen Ebene – produziert. Integration erscheint – nach E. B. Haas – als das Resultat eines kontinuierlichen Prozesses, «whereby political actors in several distinct national settings are persuaded to shift their loyalties, expectations and political activities toward a new and larger center, whose institutions possess demand jurisdiction over the pre-existing national states». <sup>39</sup>

Die neofunktionalistische Integrationsideologie mußte scheitern, da sie von den gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten abstrahierte, die schon den ersten Ansätzen der Integration zugrunde lag. Sie unterstellte die Gesetzmäßigkeit eines «spill-over», ging jedoch über die tautologische Ableitung dieses Effektes aus der Integration selbst nicht hinaus. So zeichnet sich diese Ideologie – wie übrigens auch andere Varianten des modernen Funktionalismus – durch Verzicht auf die Reflexion jener Bedingungen aus, die überhaupt erst einzelne Funktionen und Erscheinungsformen eines gesellschaftlichen und politischen Gesamtzusammenhangs konstituieren. Der Doppelcharakter des Integrationsprozesses, nämlich die Notwendigkeit der Internationalisierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse und die nationalstaatliche Verfassung des kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses, mußte daher den Funktionalisten verborgen bleiben. Auf diese Weise war zugleich die Ohnmacht des theoretischen Instrumentariums vorgegeben; denn die imperialistische Konkurrenz, in der sich die Beziehungen der verschiedenen nationalen Kapitale und der Nationalstaaten überhaupt erst herstellen, war aus diesem Kategoriensystem ausgeblendet. Daher war es nur verständlich, daß die erste fundamentale Krise der EWG, in der sich die zwischenstaatlichen Gegensätze zur Krise der Integration und ihrer Institutionen zuspitzte, der neofunktionalistischen Integrationsideologie den Boden

---

39 Haas, zit. n. Kaiser, R. D.: Toward the Copernican Phase of Regional Integration Theory. In: Journal of Common Market Studies, Vol. X, No. 3, March 1972, S. 207 ff., hier S. 212.

entziehen und ihre Rolle als «offizielle Gemeinschaftsideologie» zerstören mußte. Die EWG-Krise von 1965/66 hat diesen Zusammenbruch der funktionalistischen Prognosen evident werden lassen. Alle Versuche, die Krise und ihre Resultate als Bestätigung der «Logik der funktionalen Integration» zu interpretieren,<sup>40</sup> mußten die Unglaubwürdigkeit dieses Ansatzes nur noch verstärken.

Die Untersuchung der widersprüchlichen Bewegung des Integrationsprozesses wird also hauptsächlich jene gesellschaftlichen Bedingungen zum Gegenstand haben, die die grundlegende Disproportionalität kapitalistischer Entwicklung auf der Ebene der innerimperialistischen Konkurrenzbeziehungen reflektieren. Sie geht davon aus, daß die EWG in einer historischen Phase entstanden ist, in der spezifische politische und ökonomische Voraussetzungen im Sinne einer relativen Eindämmung imperialistischer Konkurrenz wirkten. Mit der Veränderung dieser Bedingungen tritt die EWG in eine neue Phase ihrer Entwicklung ein. Die Tendenz zur fortschreitenden Internationalisierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse realisiert sich nunmehr im Rahmen verschärfter ökonomischer und politischer Konkurrenzverhältnisse, die ihrerseits Krisenerscheinungen auf dem Weltmarkt beschleunigen. Die für die Einschätzung der EWG entscheidende Frage kann zunächst in der Terminologie der funktionalistischen Integrationstheorie angedeutet werden: Ist – auf der Grundlage der wachsenden ökonomischen Verflechtung zwischen den westeuropäischen Staaten – ein «point of no return» erreicht, der trotz der Verschärfung der innerimperialistischen Konkurrenz ein Auseinanderbrechen der EWG und ihrer Institutionen verhindert? Es bleibt also die Vermutung zu untersuchen, ob nicht gerade unter dem Druck der imperialistischen Konkurrenz «ein Grad an Irreversibilität in der Verflechtung nationaler Kapitale erreicht werden kann, wie dies z. B. bei dem europäischen Kapital der Industrienationen der Fall zu sein scheint, daß... so etwas wie «imperialistische Solidarität» erzwungen wird, die einen Rückfall in einzelstaatliche Alleingänge verbietet».<sup>41</sup>

### 4.3. Probleme der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung innerhalb der EWG

Die Untersuchung des Grades der Verflechtung des Austausches und der Produktion wie des ökonomischen Kräfteverhältnisses in der EWG hatte die Schlußfolgerung nahegelegt, daß von einer Angleichung der Strukturen im Sinne der Herstellung «binnenmarktähnlicher Verhältnisse» sowie einer darin implizierten

---

<sup>40</sup> Vgl. Sidjanski/Haas u. a.: *Erfolge und Krisen der Integration*, Köln 1970.

<sup>41</sup> Braunmühl, C. v.: *Weltmarktbeziehung des Kapitals, Imperialismus und Staat*. In: *Probleme einer materialistischen Staatstheorie*, a.a.O., S. 11 ff., hier S. 51. Ähnlich argumentiert auch E. Mandel (*Der Spätkapitalismus*, Frankfurt/M. 1972, S. 310): «Gerade im Zuge der Verschärfung der inter-imperialistischen Gegensätze ergibt sich notwendigerweise eine Tendenz zur Verschmelzung gewisser imperialistischer Mächte; sonst wären sie außerstande, den Konkurrenzkampf fortzuführen.»

Angleichung der Verwertungsbedingungen noch nicht gesprochen werden kann. Obwohl sich zweifellos im Rahmen des allgemeinen Wirtschaftswachstums Tendenzen zur Angleichung der Wirtschaftsstrukturen entwickeln, haben sich im innergemeinschaftlichen Kräfteverhältnis keine bedeutenden Modifikationen ergeben: Nach wie vor repräsentiert die BRD das mächtigste Industriepotential innerhalb der EWG. Trotz des beträchtlichen Wachstums und der «Modernisierung» der Produktionsstrukturen in den anderen Ländern, die durch die verschärfte Konkurrenz und durch den Zollabbau induziert wurden sowie durch nationale Industrialisierungsprogramme zusätzliche Anstöße erhielten, ist es diesen bis jetzt nicht gelungen, die führende Position der BRD zu schwächen. Allein die BRD erzielt seit Anfang der sechziger Jahre kontinuierlich einen Außenhandelsüberschuß, der seit 1967 außerordentlich angewachsen ist und der z. B. 1972 – in der EWG-Gesamtbilanz – den negativen Saldo der anderen Länder (mit Ausnahme von Belgien/Luxemburg) kompensierte.<sup>42</sup> Auch die «Wachstumskonkurrenz», die sich seit Mitte der sechziger Jahre in den geringeren Wachstumsraten der BRD und im Zurückfallen Italiens auf der einen Seite, im beschleunigten Wachstum Frankreichs und der Niederlande auf der anderen Seite darstellt, hat die innergemeinschaftlichen Strukturen und Kräfteverhältnisse noch nicht grundlegend verändert, obwohl sie zweifellos den Übergang in eine Phase der intensiveren Konkurrenz zwischen den nationalen Kapitalen und Staaten anzeigt. Ihre Voraussetzungen liegen in den beschleunigten nationalen Konzentrations- und Zentralisationsprozessen des Kapitals und in der strukturellen Überakkumulationskrise, in die die Aktualisierung von Klassenauseinandersetzungen eingeschlossen ist.

Die ungleichmäßige Entwicklung zwischen den Mitgliedstaaten ist Triebkraft und zugleich Schranke für kapitalistische Integrationsprozesse. Auf der einen Seite liegt es im Interesse der produktiveren Kapitale, durch die Beseitigung zwischenstaatlicher Handels- und Kapitalverkehrshindernisse in die Märkte der weniger produktiven Kapitale einzudringen, um auf diese Weise Extraprofite zu erzielen oder in der Konkurrenz die schwächeren Kapitale zu vernichten. Gleichzeitig erwarten bestimmte – in der Regel bereits hochmonopolisierte – Fraktionen des weniger produktiven nationalen Kapitals, daß durch die Integration ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit verbessert wird, daß sie – mit anderen Worten – an das Produktivitätsniveau der führenden Weltmarktkapitale Anschluß finden. Auf der anderen Seite verlangt der Schutz der nationalen Kapitale die Intervention des Nationalstaates, dessen Hauptaufgabe in der internationalen Konkurrenz eben darin gesehen werden muß, die Bedrohung bzw. Vernichtung der Existenz relevanter nationaler Kapitalfraktionen zu verhindern.

In der EWG wirken beide Tendenzen nicht isoliert nebeneinander; sie verflechten sich vielmehr in einem einheitlichen, aber widersprüchlichen Prozeß. Sie erscheinen im Nebeneinander von Stagnationstendenzen – insbesondere in bezug auf die Vertiefung der Integration – und dem Zwang zur zwischenstaatli-

---

<sup>42</sup> Vgl. SAEG. Außenhandel. Monatsstatistik 2 (1973), S. 28.

chen Kompromißbildung, der ein Auseinanderbrechen der EWG verhindern soll. Allerdings lassen sich in der bisherigen Entwicklung der EWG deutlich zwei Phasen unterscheiden: Die erste reicht bis zur Krise von 1965/66 und ist vorab durch «Integrationserfolge» gekennzeichnet. Auf der Grundlage des konjunkturellen Aufschwungs und des Zollabbaus entstanden Pläne für eine forcierte Verwirklichung der Römischen Verträge, für die Erweiterung der EWG, für den Ausbau und die Stärkung der supranationalen Organe. Die Krise markierte das Scheitern dieser Pläne und zugleich den Übergang in eine zweite Phase der Stagnation. Die publizistischen Illusionen von einer «europäischen Erneuerung», die mit der Haager Gipfelkonferenz von 1969 neu erblühten, sind inzwischen wieder einer realistischen, zum Teil höchst desillusionierten Bewertung des Integrationsgedankens und seiner Perspektiven gewichen. Trotz der Erweiterung der EWG und des Eintritts in die erste Phase der Wirtschafts- und Währungsunion überwiegt heute allenthalben die Enttäuschung über die Permanenz der inneren Krise sowie über die fortschreitende Aushöhlung des Prinzips der Supranationalität.

Zweifellos sollte die innere Konsistenz der EWG nicht unterschätzt werden; denn der Verflechtungsgrad der Produktion und des Austausches ist weiter angestiegen, und der Gemeinsame Markt erweist sich in der innerimperialistischen Konkurrenz immer mehr als ein unumgängliches Mittel, um den internationalen ökonomischen und politischen Einfluß des westeuropäischen Kapitals zu erweitern und eine Neuaufteilung der Einflußsphären durchzusetzen. Gleichwohl steht dem die wachsende Labilität der Integration entgegen, die sich vor allem mit ökonomischen und politischen Krisenerscheinungen verbindet. Der spezifische Zusammenhang dieser widersprüchlichen Faktoren ist bisher kaum adäquat theoretisch und empirisch erforscht.<sup>43</sup>

Die ungleichmäßige Entwicklung zwischen den EWG-Mitgliedstaaten wirkt zunächst im Sinne der Konservierung einzelstaatlicher Kontrollinstrumente des Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehrs, die die durch den Zollabbau intendierte «Freizügigkeit» zu unterlaufen vermögen. Die Staaten waren bisher nicht bereit, einer Angleichung der nationalen Rechts-, Steuer- und Verwaltungsvorschriften sowie einem vollständigen Abbau der sog. «technischen Handelshindernisse» zuzustimmen.<sup>44</sup> Solche Maßnahmen haben jedoch die gleiche Wirkung wie die Zölle; sie sind ein Instrument, um den nationalen Markt vor dem ungehinderten Eindringen der überlegenen Kapitale zu schützen. Um den erreichten Grad der Beseitigung von Handelshindernissen angemessen zu kenn-

---

43 «Ein schwieriges Problem ist es allerdings, genauer einzuschätzen, ... inwieweit die Integrationsprozesse das ökonomische Wachstum stimulieren und zur Steigerung der Produktivität beitragen. Die Problematik ergibt sich vor allem aus dem Zusammenwirken mit anderen Faktoren und aus dem widerspruchsvollen Verlauf des Integrationsprozesses selbst, in den Stagnationsperioden und auch Desintegrationsprozesse eingelagert sind. Die Forschungen befinden sich hier noch in der Anfangsphase» (Gündel, R.: EWG – Charakter, Tendenzen und Widersprüche staatsmonopolistischer Integration. In: Einheit 1 (1974) S. 82 ff., hier S. 84).

44 Vgl. dazu im Detail Gutmann, a.a.O., S. 212 ff.

zeichnen, sollte daher eher von einer «Zolltarifunion» denn von einer «Zollunion» gesprochen werden.<sup>45</sup> «So hat das Problem des Abbaus sämtlicher Handelsschranken innerhalb der Zollunion nichts an Aktualität verloren, obgleich im innergemeinschaftlichen Handel keine Zölle mehr erhoben werden und die Zollrechtsangleichung erhebliche Fortschritte verzeichnet.»<sup>46</sup> Daß sich die Zahl der Zollbeamten der Mitgliedsländer zwischen 1959 und 1973 kaum verändert hat,<sup>47</sup> unterstreicht diese Feststellung der Kommission, welche schon 1970 in ihrem «Memorandum zur Industriepolitik» auf den partiellen Charakter der Zollunion hinwies:

«Die Wirtschaftsintegration, die mit Kohle und Stahl begann, wurde 1958 nur dem Schein nach allgemein. Praktisch existiert sie nur beim Handel mit Massenverbrauchsgütern und manchen Investitionsgütern sowie in den Marktordnungen der Landwirtschaft. Die Unternehmensstrukturen und die Spitzenproduktionen haben von ihr noch nichts gespürt.»<sup>48</sup>

Nun haben jedoch solche fortbestehenden Handelshindernisse wie auch die zeitweilige Aussetzung von Maßnahmen zum gemeinsamen Abbau von Zöllen und Kontingenten nicht die Grundtendenz der zunehmenden Handelsverflechtung außer Kraft gesetzt;<sup>49</sup> die Umlenkung der Handelsströme mit dem Resultat einer innergemeinschaftlichen Intensivierung des Austausches beweist dies deutlich. Wenn also der Zusammenhang von ungleichmäßigen sozialökonomischen Strukturen und ihrer Entwicklung mit dem Charakter des Integrationsprozesses geklärt werden soll, so ist zu fragen, in welcher Weise die Integration auf diese ungleichmäßigen Strukturen eingewirkt hat. Allgemeiner noch kann gefragt werden: Haben die spezifischen Auswirkungen der Integration die Bedingungen für die grundlegende Disproportionalität kapitalistischer Entwicklung, die nicht nur in der zyklischen Bewegung der Produktion, sondern auch in der regionalen und sektoralen Differenzierung der Kapitalbewegung und schließlich im Gegensatz von Kapital und Arbeit, also in den Klassenauseinandersetzungen selbst, erscheinen, entscheidend modifiziert?

Im Selbstverständnis der Integrationsstrategie sollten gerade durch die «Verwählung der neuen Raumdimensionen mit dem Gesetz der Arbeitsteilung»<sup>50</sup> jene durch die nationalen Märkte gesetzten Schranken beseitigt werden, die die

---

45 Mestmäcker/v. d. Groeben, a.a.O., S. 27.

46 EG-Kommission: Sechster Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaften, Brüssel/Luxemburg 1973, S. 41.

47 Vgl. die exakten Zahlenangaben in: Industrie, Forschung, Technologie, Brüssel, Nr. 208 vom 30. 10. 1973, S. 3.

48 Memorandum der Kommission: Die Industriepolitik..., a.a.O., S. 9.

49 So hat z. B. die französische Kühlschrankschrankindustrie, deren Marktanteil nach der Öffnung der Grenzen schnell von 98 Prozent auf 76 Prozent absank, den Versuch unternommen, neue Schutzmaßnahmen durchzusetzen. – Vgl. dazu Berg: Zur Funktionsfähigkeit..., a.a.O., S. 27ff.

50 Hallstein, W.: Wirtschaftliche Integration als Faktor politischer Einigung, o. O., o. J., S. 10.

globale Wettbewerbsfähigkeit der westeuropäischen Kapitale eingeschränkt und die letztlich den Verlust der einst dominierenden Weltmarktposition mitverursacht hatten. Damit sollte zugleich ein Prozeß der «Harmonisierung» der nationalstaatlichen Wirtschaftspolitiken eingeleitet werden:

«Als wahrer Inhalt der Anstrengung, die wir wirtschaftliche Integration nennen, stellt sich die Herstellung einer neuen «Volkswirtschaft», der Gemeinschaftswirtschaft, heraus, weil sie Gegenstand von Elementen einer eigenen, einer der Gemeinschaft eigenen Wirtschaftspolitik ist.»<sup>51</sup>

Vor diesem Hintergrund muß die Ausgangsfrage nach der Einschätzung des Charakters der westeuropäischen Integration noch erweitert werden. Diese hat nicht nur die Auswirkungen der Integration auf die Bewegungsgesetze kapitalistischer Produktion zu thematisieren, sondern zugleich zu untersuchen, ob im Prozeß der ökonomischen Integration der Zusammenhang von nationalem Kapital und Nationalstaat gleichsam aufgesprengt wird. Wenn die Internationalisierung kapitalistischer Produktion bedeutet, daß die Schranken, die sich der erweiterten Reproduktion auf dem Binnenmarkt entgegenstellen, relativ hinausgeschoben werden, infolgedessen sich heute – durch die Anforderungen der gestiegenen organischen Zusammensetzung des Kapitals und der Kapitalgröße selbst – der internationale Vergesellschaftungszusammenhang schon als eine notwendige Voraussetzung der Akkumulation darstellt, so erscheint es zunächst als selbstverständlich, daß der Staat «... selber, wie im Falle der EWG, Agent der Neubildung übernationaler politischer Formen»<sup>52</sup> wird.

Die Vorstellung der Integration geht davon aus, daß der Abbau von zwischenstaatlichen Handelsbeschränkungen den Wettbewerb erhöht, damit zugleich weniger produktive, wachstumshemmende Kapitale beseitigt und insgesamt zu einer Steigerung der Produktivität – darin eingeschlossen: der Konzentration des nationalen Kapitals – führt. Der illusionäre Charakter solcher Vorstellungen, wie sie etwa in die frühe Formulierung der «Wettbewerbspolitik» der Gemeinschaft auf der Grundlage der Art. 85 ff. EWGV eingingen, liegt vorab in der Abstraktion von dem realen Grad der Kapitalzentralisation und Monopolisierung, der vor dem zwischenstaatlichen Zollabbau bereits realisiert ist. Die Tendenz zur Integration ist selbst Ausdruck fortgeschrittener Monopolisierung; denn gerade für die hochmonopolisierten Kapitale mit hoher organischer Zusammensetzung wird das Durchbrechen der Schranken des Nationalstaates zur notwendigen Bedingung ihrer Expansion. Werden also verschiedene nationale Märkte zu einem größeren Binnenraum zusammengeschlossen, so handelt es sich nicht um die Integration von «Freiräumen», für die die freie Mobilität des Kapitals und der Arbeitskraft kennzeichnend ist,<sup>53</sup> sondern um die Expansion von Monopolstruktu-

---

51 Ebd., S. 16.

52 v. Braunmühl, a.a.O., S. 91.

53 «Die beständige Ausgleichung der beständigen Ungleichheiten vollzieht sich um so rascher, 1. je mobiler das Kapital, d. h. je leichter es übertragbar ist von einer Sphäre und von einem Ort zum anderen; 2. je rascher die Arbeitskraft von einer Sphäre in die andere

ren und um die Herstellung neuer Bedingungen der monopolistischen Konkurrenz. Die «integrationsinduzierten Wettbewerbsprozesse» wirken also unter diesen Voraussetzungen in doppelter Richtung: Einmal intensivieren sie den Wettbewerb zwischen den nationalen Monopolen durch das Eindringen der ausländischen Konkurrenz in den vormals durch Zölle abgeschirmten nationalen Markt und fördern so die Diversifikation der Produktion; zum anderen zwingen sie jedoch die weniger produktiven Kapitale zur Fusion oder zum Ausscheiden.<sup>54</sup> Entsprechend den Gesetzen der Kapitalakkumulation beschleunigt also die Internationalisierung der Produktion und des Austausches die Zentralisation des Kapitals; denn nur auf diese Weise können sich die Kapitalstrukturen denjenigen Bedingungen anpassen, die durch den Grad der Vergesellschaftung der Produktion sowie durch die internationale monopolistische Konkurrenz gesetzt werden. Das heißt: Die Monopolisierung, die die internationale Verflechtung und Integration wesentlich mit hervortreibt, wird durch diesen Prozeß selbst noch beschleunigt.

Einige Daten mögen diese Tendenz illustrieren. Konnte schon nachgewiesen werden, daß der größte Teil der Waren- und Kapitalexporte der BRD sich auf wenige Wachstumsbranchen konzentriert, so zeigt sich bei genauerer Betrachtung, daß die größten Industriekonzerne der Bereiche Chemie, Automobilherstellung, Stahlerzeugung, Maschinenbau und Elektrotechnik einen immer größeren Anteil der Waren- und Kapitalexporte auf sich vereinigen. «Auf... 15 Konzerne entfiel 1971 die Hälfte des gesamten Industrieexportes der BRD; 1960 waren es knapp 40 Prozent gewesen... Der Anteil des Außenumsatzes (Exporte + Produktion ausländischer Tochtergesellschaften; d. Verf.) am Gesamtumsatz der 15 Konzerne stieg von 32,3 Prozent 1960 auf 45,5 Prozent im Jahre 1971. Fast die Hälfte der gesamten Produktion der Konzerne wurde somit 1971 außerhalb der BRD umgesetzt.»<sup>55</sup> Auch für die US-Konzerne ist eine zunehmende Monopolisierung der Außenwirtschaftsbeziehungen zu verzeichnen. Allein 264 US-Unternehmungen waren nach einer Studie aus dem Jahr 1965 zusammen mit ihren ausländischen Tochtergesellschaften – entweder als Einkäufer oder als Verkäufer – für etwa die Hälfte aller US-Industrieexporte verantwortlich.<sup>56</sup> In den Jahren 1967/68 wurden 90 Prozent der US-Direktinvestitionen im Ausland von nur 561 US-Gesellschaften getragen.<sup>57</sup>

Wird also die Monopolisierung durch die Internationalisierung gefördert, so reproduziert diese gleichzeitig Schranken, die die Verwirklichung der Integra-

---

und von einem lokalen Produktionspunkt auf den anderen werfbar ist. Nr. 1 unterstellt vollständige Handelsfreiheit im Innern der Gesellschaft und Beseitigung aller Monopole außer dem Natürlichen, nämlich aus der kapitalistischen Produktionsweise selbst entspringenden» (Marx, K.: Das Kapital. Dritter Band, a.a.O., S. 206).

54 Vgl. Berg: Zur Funktionsfähigkeit..., a.a.O., S. 23 ff.

55 Tammer, H.: BRD-Monopole auf Kurs zu internationalen Dimensionen. IPW-Forschungshefte 4 (1973), S. 91/92.

56 Vgl. Vernon: Sovereignty..., a.a.O., S. 16.

57 Ebd., S. 285.

tionskonzeption behindern, die also selbst in ein bestimmendes Element der inneren Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Integrationsprozesses umschlagen. Die beschleunigte Akkumulation, die durch die Erweiterung des Binnenmarktes sowie durch die neuen Formen der internationalen monopolistischen Konkurrenz in Gang gesetzt wird, resultiert in bedeutenden Produktivitätssteigerungen, und damit setzt ein neuer «Wettkampf zwischen dem Wachstum der Unternehmen und dem Wachstum des Marktes» ein.<sup>58</sup> Mit anderen Worten: Die Ausgleichung der inneren Widersprüche durch die Ausdehnung des äußeren Feldes der Produktion gerät um so schneller an die Grenzen der Realisierungsfähigkeit auch in dem größeren regionalen Markt, je schneller das Kapital die Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit entwickelt. Ist diese Grenze erreicht und steht das Monopolkapital vor der Aufgabe, der durch die Überakkumulation erzwungenen Kapitalentwertung zu begegnen, so sind einerseits die Voraussetzungen für ein stärkeres Vordringen auf dem kapitalistischen Weltmarkt geschaffen, wie es sich gegenwärtig in der weltweiten Aktivität der internationalen Konzerne darstellt. Andererseits wird innerhalb des EWG-Raumes die nationale Konzentration und Zentralisation des Kapitals vorangetrieben, um durch die Vernichtung von weniger produktiven Kapitalfraktionen sowie durch die Eindämmung des Wettbewerbs die Bedingungen für die Erzielung monopolistischer Extraprofite zu verbessern. Diese Tendenz der Kapitalzentralisation auf nationaler Basis ist, obwohl sie die Intentionen der Integrationskonzeption unterläuft, gerade ein notwendiges Resultat der internationalen monopolistischen Konkurrenz, wie sie durch die ungleichmäßigen Strukturen innerhalb der EWG bestimmt wird. In den sechziger Jahren hat diese Tendenz noch erheblich an Gewicht gewonnen und wird inzwischen weithin als eine wesentliche Ursache des Scheiterns der politischen und ökonomischen Zielsetzungen der Wirtschafts- und Währungsunion anerkannt,<sup>59</sup> denn die Einschränkung der transnationalen Mobilität des Kapitals wirkt nicht nur als Schranke einer – dem höchsten Niveau in der Weltmarktkonkurrenz angepaßten – Produktivität, sondern sie förderte die nationale Überakkumulation des Kapitals, und sie intensiviert zugleich die Funktionen des Nationalstaates für die Sicherung monopolistischer Verwertungsbedingungen. So wird angesichts dieser Entwicklung davor gewarnt, «daß eine bedenkenlose nationale Unternehmenskonzentration die Wettbewerbsordnung der EWG unterhöhlen, neue nationale Gegensätze in Europa aufwerfen, Sozialisierung und Syndikalisierung Vorschub leisten und – infolge ihrer integrationsfeindlichen Wirkungen – den Rückstand Europas hinter den Vereinigten Staaten vergrößern kann.»<sup>60</sup>

---

<sup>58</sup> Uri u. a.: Bericht... Band 1, a.a.O., 2-II/S. 69.

<sup>59</sup> Vgl. Duesberg, P.: Unternehmenskonzentration und -kooperation im Lichte des europäischen Wettbewerbs. In: Europa 72, 21. Europäisches Gespräch des DGB, Köln-Deutz o. J., S. 21 ff.; Loeffelholz v. Colberg, B.: Nationale Unternehmenskonzentration als Antwort auf die amerikanische Herausforderung? In: EA 16 (1969), S. 573 ff.; EWG-Kommission: Memorandum zur Industriepolitik..., a.a.O.

<sup>60</sup> Loeffelholz v. Colberg, a.a.O., S. 577.

Auch im «Uri-Bericht» werden die «Gefahren» der nationalen Kapitalkonzentration offen angesprochen:

«Die ernsteste Folge dieses Mangels besteht darin, daß in jedem Land viele Unternehmen bestrebt sind, in jedem Sektor eine Gruppe zu errichten, die ebenso groß ist wie bei seinem am besten placierten Konkurrenten. Dies ist in doppelter Hinsicht falsch. Zunächst besteht angesichts der Hindernisse, die trotz der raschen Zunahme des innergemeinschaftlichen Warenverkehrs der Verflechtung der Märkte immer noch im Wege stehen, die Gefahr, daß in jedem einzelnen Land Quasi-Monopolstellungen geschaffen werden, die nur der Konkurrenz ausländischer Gruppen ausgesetzt sind.»<sup>61</sup>

Die Widersprüche, denen aufgrund der nationalen Konzentrationsprozesse eine «gemeinschaftliche Industriepolitik» konfrontiert ist, werden daher von der EWG-Kommission beklagt:

«Diejenigen, die bereits eine höchentwickelte Industrie besitzen, scheinen zu glauben, daß die Gemeinschaft unter dem Deckmantel der Industriepolitik versuchen wird, sie zu einer Verlangsamung des Wachstumstempos zu zwingen, um so eine ausgeglichene Gesamtentwicklung zu erreichen. Andere hingegen scheinen zu befürchten, daß mit dem Fortfall der noch bestehenden Schranken auf ihre Kosten die Konzentration der Industrie noch größer wird.»<sup>62</sup>

Der Fluß des Kapitals in die profitabelsten Anlagensphären erscheint in der Konzentration der Produktion und der Zentralisation des Kapitals in den «modernen Wachstumsindustrien». Die Disproportionen, die durch die internationale Monopolisierung dieser Bereiche reproduziert werden, stellen sich aber nicht nur in der Überakkumulation und der Hemmung der Produktivkraftentwicklung dar, welche durch die nationale Borniertheit dieser Zentralisationsvorgänge erzwungen wird. Zugleich erzeugt diese Bewegung neue Disproportionen im System der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Die kapitalistische Entwicklungsform der Produktivkräfte unterliegt weder den gesellschaftlichen Bedürfnissen, noch entspricht sie dem objektiven Vergesellschaftungsgrad der Produktion. Sie wird vielmehr durch die Gesetze der Profitproduktion determiniert. Daraus ergeben

---

61 Uri u. a.: Bericht..., a.a.O., Band 1, 2-II/S. 72.

62 EWG-Komm.: Memorandum zur Industriepolitik..., a.a.O., S. 15. – An anderer Stelle heißt es: «Die nationale Konzentrationsbewegung kann in einigen Ländern schon nicht mehr fortgesetzt werden, wenn nicht jede spätere europäische Umstrukturierung unmöglich gemacht werden soll und ohne daß eine Reihe von monopolistischen Situationen auf nationaler Ebene entstehen. Würde dieser Prozeß nicht gestoppt, dann könnten die in dieser Art konzentrierten Industriebereiche nicht mehr in den Genuß einer plurinationalen Struktur kommen; man würde damit auch die völlige Errichtung eines gemeinsamen Marktes verhindern, insbesondere in den Spitzensektoren, deren Entwicklung von öffentlichen Aufträgen und öffentlichen Mitteln abhängt. Schließlich riskiert man bei diesem Prozeß, daß der vom Vertrag von Rom gewollte ausgewogene und stimulierende Wettbewerb zu einer Frontstellung führt, in der politische Erwägungen und nationales Prestige mehr Gewicht haben als wirtschaftliche Gründe» (ebd., S. 176).

sich unvermeidlich Disproportionen zwischen Produktion und Konsumtion, zwischen den verschiedenen Abteilungen und Sektoren des gesellschaftlichen Produktionssystems.<sup>63</sup> Eröffnen sich durch die Ausdehnung der Produktions- und Realisationssphäre des Kapitals neue Anlage- und Verwertungsmöglichkeiten, so müssen diese Disproportionen auf der Ebene der nationalen Märkte noch schärfer zutage treten; denn das Kapital zieht sich aus den weniger produktiven, strukturschwachen Sektoren und Regionen zurück.

«Die Folge springt sofort ins Auge: Der Graben innerhalb der Wirtschaft wird tiefer. Alle Bemühungen konzentrieren sich auf die Zusammenfassung von Firmen, die bereits die Chance haben, an der Spitze zu stehen. Ob ihre Leistungsfähigkeit und Rationalisierung dadurch verbessert wird, ist eine andere Frage. Auf jeden Fall wächst ihre Macht, und die übertriebene Konzentration der Aufmerksamkeit auf die Spitzenunternehmen muß die Dualität der Wirtschaft verstärken und den Graben zwischen einer kleinen Anzahl großer Firmen und der Masse der kleinen und mittleren Unternehmen, die nach wie vor die typische Struktur der Wirtschaft bilden, vertiefen.»<sup>64</sup>

Das Gefälle zwischen den Sektoren wird also durch die Internationalisierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse verstärkt; die Produktivitätsunterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen werden zunehmend größer.<sup>65</sup>

Die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Akkumulation, die durch die Konzentration des Kapitalflusses in die profitabelsten Anlagensphären gekennzeichnet ist, erfährt so durch die regionale Integration neue Impulse und Modifikationen. Das sektorale und regionale Gefälle, das seinerseits schon in der nationalen Kapitalbewegung angelegt ist, wird durch die Erweiterung der Märkte und die Ausdehnung der Verwertungssphäre noch verstärkt. Es bilden sich Produktionszentren und Ballungsräume heraus, deren Grenzen nicht mehr mit denen der Nationalstaaten übereinstimmen. Während diese Zentren «eine Zentripetalkraft entwickeln, die das Kapital mit unvergleichlicher Gewalt in diese Räume zieht»,<sup>66</sup> werden vom Standpunkt der Kapitalverwertung alle diejenigen Gebiete peripher, die außerhalb der neuen Produktionsschwerpunkte liegen.

---

63 «Je mehr sich die Produktivkraft entwickelt, um so mehr gerät sie in Widerspruch mit der engen Basis, worauf die Konsumtionsverhältnisse beruhen. Es ist auf dieser widerspruchsvollen Basis durchaus kein Widerspruch, daß Übermaß von Kapital verbunden ist mit Übermaß von Bevölkerung; denn obgleich beide zusammengebracht, die Masse des produzierten Mehrwerts sich steigern würde, steigert sich damit eben der Widerspruch zwischen den Bedingungen, worin dieser Mehrwert produziert, und den Bedingungen, worin er realisiert wird» (Marx, K.: Das Kapital. Dritter Band, a.a.O., S. 255).

64 Uri u. a.: Bericht..., a.a.O., Band 1, 2-II/S. 65.

65 Vgl. Levinson, a.a.O., S. 31 f.

66 Katzenstein, R.: Technischer Fortschritt. Kapitalbewegung – Kapitalfixierung, Berlin 1971, S. 113.

Nach den neuesten Untersuchungen der EWG-Kommission hat sich der Abstand der vergleichbaren Einkommen in den Regionen der Gemeinschaft im vergangenen Jahrzehnt nicht merklich verändert: «Die reichsten Regionen der Gemeinschaft weisen ein Pro-Kopf-Einkommen auf, das ungefähr um fünfmal höher liegt als das der ärmsten Regionen.»<sup>67</sup> Wenn sich auch eine Tendenz zur Angleichung der Pro-Kopf-Einkommen zwischen den EWG-Regionen geltend macht,<sup>68</sup> so ist gleichwohl nicht die These widerlegt, «daß durch die Integration die Regionen in den gemeinsamen Grenzgebieten der EWG begünstigt und die peripheren Gebiete benachteiligt werden und daß dadurch ein bestehendes Einkommensgefälle zwischen zentralen Regionen und Randgebieten verschärft wird».<sup>69</sup> Die Tendenz zur Verringerung der regionalen und sektoralen Disproportionen wirkt – angesichts der regionalpolitischen Bemühungen in den einzelnen Ländern sowie angesichts der partiellen Standortattraktivität von «Problemregionen» – in der Tat so schwach, daß eine Lösung der ökonomischen und sozialen Probleme immer größerer Anstrengungen bedarf und damit unter kapitalistischen Bedingungen immer schwieriger wird. Das Kapital vermag diese Regionen mit geringem Einkommen, hoher Arbeitslosenquote, mangelhafter infrastruktureller Ausstattung, in denen die Produktionsstruktur in der Regel durch die Landwirtschaft bzw. durch überalterte stagnierende Industrien bestimmt ist, nicht mehr zu entwickeln, und ebensowenig vermag es jene Widersprüche aufzuheben, die sich in der Konsequenz solcher Disproportionen in den Ballungszentren reproduzieren.<sup>70</sup>

Indem also durch die Integration den fortgeschrittensten Kapitalen die Möglichkeit erschlossen wird, ihre Anlage- und Realisationssphäre zu erweitern, Standortvorteile sowie die Chancen der Produktdifferenzierung zu nutzen, werden die nationalen Disproportionen verstärkt, und es erwachsen neue Anforde-

---

67 EWG-Kommission: Bericht über die regionalen Probleme in der erweiterten Gemeinschaft, Brüssel 1973, S. 2/3.

68 Betrug 1960 das Verhältnis zwischen dem Pro-Kopf-Einkommen der reichsten und der ärmsten Region 8,2 : 1, so hatte sich dieser Abstand bis 1969 auf 6,3 : 1 verringert. Vgl. Biehl, D. u. a.: Zur regionalen Einkommensverteilung in der EWG. In: Die Weltwirtschaft 1 (1972), S. 64 ff., hier S. 66.

69 Ebd., S. 72.

70 «Eine gemeinschaftliche Regionalpolitik liegt nicht nur im Interesse der Bewohner von Gebieten mit relativer Armut, Unterbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und Abwanderung, sie ist in gleicher Weise von Interesse für diejenigen, die in den großen städtischen Verdichtungsräumen mit zunehmenden Ballungerscheinungen leben. Der materiellen Armut der unterprivilegierten Regionen entspricht durchaus die zunehmende Verarmung der Umwelt in den Ballungsräumen. Die sich immer weiter ausdehnende Vorstadtwüste, die Wohnungsnot, das Elend des Pendelverkehrs auf überlasteten Straßen oder in überfüllten Zügen, die Verschmutzung von Luft und Wasser, alle diese Entwicklungen bedeuten, daß die umweltbezogenen Argumente für die Beseitigung des geographischen Abstandes für die Bewohner der sogenannten Wohlstandsgebiete in der Gemeinschaft ebenso stichhaltig sind wie für die Bewohner ärmerer Regionen» (EWG-Komm.: Bericht über die regionalen Probleme..., a.a.O., S. 5).

rungen an die Tätigkeit der nationalen Staaten. Das «Wohlstandsgefälle» innerhalb der einzelnen Staaten ist zum Teil größer als das zwischen den Staaten, und zugleich haben sich die nationalen Disproportionen ungleichmäßig entwickelt: Während sich in der BRD und in Italien die regionalen Abstände verringert haben,<sup>71</sup> erhöhten sie sich in den anderen Mitgliedstaaten geringfügig.<sup>72</sup> Aus diesen regional und sektoral ungleichmäßigen Entwicklungen resultieren jedoch Widersprüche, die die Integration untergraben und die durch die Stärkung nationalstaatlicher Regulierungsinstrumentarien die Institutionalisierung und den weiteren Ausbau supranationaler Entscheidungskompetenz blockieren. Obwohl gerade diese Disproportionen kurzfristig bewußt verstärkt werden, wenn die Außenwirtschaftspolitik und die nationale Industrialisierungspolitik dem vorrangigen Ziel der Stärkung der fortgeschrittensten Industrien und der exportorientierten Konzerne untergeordnet ist,<sup>73</sup> bedeuten sie jedoch langfristig eine Verminderung der Produktivität des nationalen Gesamtkapitals. Die Kosten, die letztlich – vermittelt über staatliche Intervention – aufgebracht werden müssen, um die unmittelbaren ökonomischen und sozialen Auswirkungen des regionalen und sektoralen Gefälles abzumildern, beeinflussen die Verteilung der auf staatlicher Ebene zentralisierten Akkumulationsmittel im Sinne einer Einschränkung der unmittelbaren monopolistischen Verwertungsinteressen. Darüber hinaus wirken die Klassenkämpfe, die notwendig durch Armut, Arbeitslosigkeit und Existenzverunsicherung in den verarmten Regionen intensiviert werden, vom Standpunkt der Kapitalverwertung ebenfalls als eine Schranke der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des nationalen Kapitals; denn die sozialen Erfolge, die durch den Kampf der Arbeiterbewegung errungen werden und eine weitere Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft verhindern, sind natürlich Faktoren, die die Ausbeutungs- und Akkumulationskraft des nationalen Kapitals relativ begrenzen.

Der nationale Staat muß also intervenieren, um zu verhindern, daß die regionalen und sektoralen Disproportionen die Verwertungsbedingungen des nationalen Gesamtkapitals in der internationalen Konkurrenz weiter beeinträchtigen. Dabei übernimmt der Staat die Aufgabe, einen Teil des Gesamtkapitals zu entwerten, d. h. für das privat fungierende Kapital wird durch staatliche Kapitalmobilisierung der Fall der Profitrate vermindert, da die staatlichen Finanzie-

---

71 Freilich bestehen in Italien nach wie vor die höchsten Abstände in der Wirtschaftskraft der Regionen. Es handelt sich hier also nur um eine relative Verminderung, keineswegs um irgendeine Lösung der Widersprüche zwischen «Süd» und «Nord».

72 Vgl. Morawitz, R.: Perspektiven der Verflechtung im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion. In: Regionale Verflechtung der BRD, a.a.O., S. 93 ff., hier S. 96/97.

73 Die Abwertungspolitik, wie sie insbesondere immer wieder von Italien und Frankreich zur Stärkung ihrer exportorientierten Industrien und Konzerne betrieben wurde, wirkt nachgerade im Sinne der Intensivierung von regionalen und sektoralen Disproportionen.

rungshilfen keinen Anspruch auf den mit diesem Kapital erzielten Profit erheben.<sup>74</sup> Besonders bei den staatlichen Subventionen kommt diese Regulierungsfunktion zum Ausdruck. Da aber nach den Vorschriften des EWG-Vertrages solche Subventionen, «die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen» (Art. 92), untersagt worden sind, muß deren Fortbestehen als ein Indikator von Desintegrationstendenzen gelten.

«Mit Überraschung entdeckt man, daß die Subventionen zehn Jahre nach den ersten Maßnahmen zur schrittweisen Errichtung des Gemeinsamen Marktes noch ebenso zahlreich sind... Hat es nicht bei manchen staatlichen Zuschüssen für die konkurrierenden Sektoren sogar den Anschein, als ob die Zölle nur deswegen abgeschafft worden sind, um sie durch eine andere Schutzmethode zu ersetzen, falls die Gefahr besteht, daß der Markt von billigeren Erzeugnissen überschwemmt wird?»<sup>75</sup>

Zwischen solchen Subventionen und den regionalen und sektoralen Disproportionen besteht ein unmittelbarer Zusammenhang; denn die höchsten Subventionen entfallen auf die sog. strukturschwachen Zweige und Regionen, insbesondere auf Landwirtschaft,<sup>76</sup> Bergbau, Schiffsbau, Textilindustrie, Verkehrswesen. Ferner muß die staatliche Sozialpolitik sich immer mehr auf die «heiklen Probleme sozialer und regionaler Art»<sup>77</sup> einstellen, die mit den strukturellen Wandlungsprozessen einhergehen. Da geschätzt wird, «daß im kommenden Jahrzehnt in der Gemeinschaft 240000 Arbeitsplätze im Kohlebergbau, 200000 in der Metallindustrie und mehr als 300000 in der Textilindustrie aufgegeben werden müssen»,<sup>78</sup> werden sozialpolitische Anpassungsmaßnahmen um so notwendiger, die die Verhinderung von chronischer Arbeitslosigkeit – insbesondere bei Jugendlichen und älteren Arbeitern – sowie einer Dequalifizierung der Arbeitskraft zum Ziel haben.

Die Appelle der Kommission, daß die Lösung dieser Strukturprobleme, die durch die Integration noch an Gewicht gewonnen haben, nur in «gemeinschaftlicher Verantwortung» anzugehen sind,<sup>79</sup> kontrastieren immer mehr mit der wirklichen Bewegung, die nicht nur durch die zunehmende Unfähigkeit zur

---

74 Vgl. dazu Höhme, H. J.: Krisenzyklus unter dem Einfluß staatsmonopolistischer Kapitalwertung. In: IPW-Berichte 6 (1972), S. 2 ff.

75 Uri u. a.: Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit..., a.a.O., Band 1, 2-I/S. 38.

76 Auch bei den Agrarsubventionen, die der gemeinschaftlichen Agrarmarktregulierung unterliegen, handelt es sich um rein nationale Interessen.

77 EWG-Komm.: Zur Industriepolitik..., a.a.O., S. 253.

78 Ebd., S. 253.

79 «Werden einige der soeben aufgezählten Maßnahmen allein auf nationaler Ebene durchgeführt, so entstehen dadurch Probleme, die nicht mehr ausgespart werden können, denn die Volkswirtschaften der Mitgliedsländer sind mittlerweile so eng verflochten, daß einzelne staatliche Maßnahmen oft wirkungslos bleiben oder sogar in den Mitgliedsländern zu ernsthaften Schwierigkeiten Anlaß geben» (ebd., S. 256).

Aufhebung der regionalen und sektoralen Disproportionen, sondern auch durch die – wie auch immer bornierte – nationalstaatliche Autonomie auf sozial- und regionalpolitischem Gebiet gekennzeichnet ist. Obwohl die Kommission keinen Zweifel daran gelassen hatte, daß die Prioritäten einer gemeinschaftlichen Regional-, Industrie- und Sozialpolitik durch die Kapitalverwertungsinteressen und nicht durch die Interessen der Lohnabhängigen und die Forderungen ihrer Organisationen gesetzt werden,<sup>80</sup> blieb die Realisierung solcher Zielvorstellungen weit hinter den Proklamationen zurück. Die gemeinsamen Erklärungen der Pariser Gipfelkonferenz vom Oktober 1972 zur Regional- und Sozialpolitik<sup>81</sup> sowie der «Bericht der Kommission über die regionalen Probleme in der erweiterten Gemeinschaft» (1973) rücken angesichts der realen Auseinandersetzung in der EWG, die zu Beginn des Jahres 1974 im Scheitern des Übergangs in die zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion und dem Ausscheiden Frankreichs aus dem ohnehin beschränkten Währungsverbund sowie in dem offenen Konflikt – vor allem zwischen der BRD und dem neuen Mitglied Großbritannien – über die Finanzierung des Regionalfonds einen neuen Höhepunkt erreichten, immer mehr in die Sphäre des Utopischen.

Gleichwohl kann die bloße Feststellung der Ohnmacht der «Gemeinschaftspolitik» und ihrer Organe gegenüber den nationalen Interessen, wie sie durch die Nationalstaaten repräsentiert werden, nicht befriedigen. Vielmehr geht es darum, diese Ohnmacht und diesen wachsenden Widerspruch, wie er im Zerfall der Supranationalität in Theorie und Praxis zum Ausdruck kommt, als notwendiges Resultat der ungleichmäßigen Strukturen sowie der kapitalistischen Konkurrenzbeziehungen innerhalb der EWG auszuweisen. Supranationalität als die Institutionalisierung eines überstaatlichen politischen Regulierungsmechanismus kann sich nur auf dem Fundament tendenziell gleicher bzw. sich angleichender sozialökonomischer Strukturen sowie der daraus hervorgehenden Interessen ausbilden. Vermag die Integration nicht im Sinne jener Abschwächung von Disproportionen zu wirken, so wirkt sie selbst als ein Ferment der Aushöhlung bzw. des Zerfalls des Supranationalitätsprinzips, das demzufolge in der konkurrierenden Beziehung mit dem Nationalstaatsprinzip unterliegen muß. Das vielbeschworene «Gemeinschaftsinteresse» erweist sich mithin als eine Illusion, die die realen Interessengegensätze verschleiert, und als eine Fiktion, die freilich immer mehr in sich zusammenbricht und dem offenen Konflikt um die Weiterentwicklung und um die grundsätzliche Orientierung der EWG Platz macht.

«Jedes EWG-Land strebt... danach, mit Hilfe der Integrationsprozesse die Verwertungsbedingungen für das eigene Monopollkapital zu verbessern und die eigenen sozialpolitischen Verhältnisse zu festigen. Da sich die staatsmonopolistischen Systeme innerhalb dieser Gruppierung in ihren ökonomischen und politischen Strukturen, den weltwirtschaft-

---

80 «Die Aufgabe der mittelfristigen Politik besteht auch darin, alles weitgehend aus dem Weg zu räumen, was die Entwicklung der Wirtschaft und insbesondere der Industrie behindert» (ebd., S. 258).

81 Vgl. Europa-Archiv 21 (1972), D 505.

lichen Verflechtungsgraden, ihren historischen Traditionen usw. voneinander unterscheiden, hat das Monopolkapital jedes Landes seine eigenen Vorstellungen über das «Gemeinschaftsinteresse» der Gesamtgruppierung und versucht, die Entwicklung der Integration in der jeweiligen Sicht voranzutreiben.»<sup>82</sup>

Innerhalb der EWG hat es niemals ein einheitliches Verständnis von einem «Gemeinschaftsinteresse» gegeben.<sup>83</sup> Die Konzeption einer kontinuierlichen Erweiterung und Vertiefung der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Integration sowie des Ausbaus der Supranationalität entsprach vielmehr hauptsächlich den Interessen des überlegenen westdeutschen Kapitals, das immer auf die beschleunigte Beseitigung aller Hemmnisse des Waren- und Kapitalverkehrs, auf die Angleichung der Rechtssysteme sowie auf eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik – insgesamt: auf eine institutionelle Stärkung der Gemeinschaftsorgane – drängte.<sup>84</sup> Diesem expansiven Interesse stand schon in der Gründungsphase wie auch in der Vorgeschichte der westeuropäischen Integration die «Furcht der Franzosen» entgegen, «daß eine wirkliche Integration innerhalb der EWG in erster Linie der ökonomisch potenteren Bundesrepublik zum Vorteil gereichen würde».<sup>85</sup> Dieser Gegensatz bestimmte im Kern die EWG-Krise der Jahre 1965/66, als gerade durch die französische Politik des «leeren Stuhles» und durch den «Luxemburger Kompromiß» vom Januar 1966, der de facto die Einstimmigkeit für Entscheidungen des Ministerrates anerkannte und somit die Kommission politisch ausschaltete, die Entwicklung neuer Elemente der Supranationalität<sup>86</sup> verhindert wurde und damit «das supranationale Europa keine Chance mehr... hatte».<sup>87</sup> De Gaulle präziserte in seiner Pressekonferenz vom 9. September 1965 jene Furcht vor einer «Unterordnung» der französischen Interessen durch den weiteren Ausbau der supranationalen Institutionen: «Im Lichte dieser Ereignisse haben wir aber noch klarer ermesen können, in welche Lage Frankreich in Zukunft kommen könnte, wenn diese oder jene im Vertrag von Rom ursprünglich vorgesehene Bestimmung wirklich angewandt würde. So würden nach dem

---

82 Gündel: EWG – Charakter..., a.a.O., S. 87/88.

83 Zu den unterschiedlichen Auffassungen z. B. von K. Adenauer und Ch. de Gaulle vgl. Adenauer, K.: Erinnerungen. Band 3, Frankfurt/M. 1969, S. 425 f.

84 «Entscheidend war die Erwartung der Vorteile eines großen Binnenmarktes, der nicht mehr durch protektionistische Schranken geteilt sein würde, sondern der durch Angleichung des Wettbewerbsrechts, der Wirtschaftspolitik und dereinst durch die Konstituierung einer europäischen Föderation immer enger zusammenwachsen würde. Der zügige und erfolgreiche Start der EWG hat den deutschen Unternehmern das Vertrauen vermittelt, daß ihre legitimen Interessen von den EG-Organen ebenso wahrgenommen werden wie von Bundesregierung und Bundestag.» In: Die deutsche Wirtschaft in der EWG. Eine Studie der Deutschen CEPES-Gruppe, Bonn/Düsseldorf 1969, S. 18.

85 Ziebur: Die deutsch-französischen Beziehungen..., a.a.O., S. 129.

86 Am 31. März 1965 schlug die Kommission dem Ministerrat eine Reihe von Maßnahmen vor, deren Realisierung einen entscheidenden Schritt zur Stärkung supranationaler Kompetenz dargestellt hätte. Vgl. dazu im Detail: Jamin-Ponsar, A.: Essai d'Interprétation d'une crise, Bruxelles 1970, S. 9 ff.

87 Besson: Die Außenpolitik der BRD, a.a.O., S. 347.

Vertragstext die Entscheidungen des Ministerrates der Sechs vom 1. Januar 1966 ab auf der «Mehrheitsbasis» getroffen werden, d. h., daß man Frankreich in jeder wirtschaftlichen und folglich sozialen, ja oft sogar politischen Frage etwas aufzwingen könnte, und daß besonders das, was auf landwirtschaftlicher Ebene bereits gesichert schien, gegen seinen Willen jederzeit wieder in Frage gestellt werden könnte.»<sup>88</sup>

Das «Gesamtinteresse» der Gemeinschaft stellt sich also vom Standpunkt der Interessen der – im Vergleich zur BRD – schwächeren Mitgliedstaaten weniger im beschleunigten Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Union mit autonomer politischer Kompetenz als vielmehr in einem permanenten Ausgleich der nationalen Einzelinteressen dar. Dabei wird eine Politik der Gemeinschaft gefordert, die nicht nur einen relativen Schutz gegenüber der Expansion des westdeutschen Kapitals, sondern zugleich eine Kompensation für jene Vorteile gewährt, die dem westdeutschen Kapital aus der Erweiterung des Binnenmarktes erwachsen. Im Zusammenhang mit der Festlegung der gemeinschaftlichen Agrarpolitik und der Einrichtung des Agrarfonds ist dieses «Kompensationsgeschäft» zwischen Frankreich und der BRD offen anerkannt worden. Mit der Einrichtung des Regionalfonds, auf den sich vor allem die Interessen Italiens und der neuen Mitglieder Großbritannien und Irland konzentrieren, sollte ein ähnliches «Kompensationsgeschäft» abgeschlossen werden, bei dem die BRD durch die hauptsächliche Finanzierung dieses Fonds die anderen Länder für deren Bereitschaft zur Öffnung ihrer Märkte für westdeutsche Industriewaren gleichsam entschädigen sollte.

Daß die BRD nur noch begrenzt zu solchen Zugeständnissen bereit ist, indiziert einerseits eine «neue Politik», die sich im Zeichen des fortschreitenden Zerfalls der Integrations- und Supranationalitätskonzeption und der Krise des internationalen kapitalistischen Systems zunehmend von einer «unbegrenzten Nachgiebigkeit zum Zwecke der Erzielung fragwürdiger Kompromisse innerhalb der Europäischen Gemeinschaft»<sup>89</sup> distanziert. Andererseits verdeutlicht die geringere Kompromißbereitschaft der BRD in der EWG, daß das westdeutsche Kapital angesichts der schwierigeren Verwertungsbedingungen im nationalen und internationalen Rahmen nur noch über einen geringen Dispositionsspielraum für eine solche Politik kompensatorischer Kompromisse, die von einigen Beobachtern der «Brüsseler Szene» oft als eine Politik der permanenten gegenseitigen Erpressung charakterisiert werden, verfügt.<sup>90</sup> So zeigt sich, daß die Formel vom

88 Zit. n. Schöndube: Das neue Europa-Handbuch, a.a.O., S. 84/85.

89 FAZ vom 16. 2. 1974.

90 So werden in dem Memorandum zur Europa-Politik, das der BDI im Januar 1974 in Brüssel veröffentlichte, die traditionellen Forderungen des BRD-Kapitals nach einer schnelleren Realisierung der wirtschaftlichen und politischen Union nachdrücklich wiederholt. Gleichzeitig werden jedoch – vor allem in der Frage des gegenseitigen Währungsbeistandes und des Regionalfonds – die Grenzen der Kompromißbereitschaft deutlich. Vgl. FAZ vom 19. 1. 1974. – Auch die im Gefolge der neuen EWG-Krise vom Januar-Februar 1974 von seiten der BRD-Regierung erhobene Forderung nach der Einführung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat (vgl. FAZ vom 19. 1. 1974) läßt diese verminderte Kompromißbereitschaft – vor allem gegenüber Frankreich – deutlich erkennen.

«Gemeinschaftsinteresse» von vornherein nicht auf einem Konsens beruhte, sondern unterschiedliche, ja gegensätzliche Interessen zusammenfassen wollte, die ihrerseits Ausdruck der ungleichmäßigen sozialökonomischen und politischen Strukturen innerhalb der EWG waren und noch sind.

Die Erosion des «Gemeinschaftsinteresses» wird vor allem durch die schrittweise Verformung des institutionellen Gleichgewichts zwischen der EWG-Kommission und dem Ministerrat verdeutlicht. Die Kommission wurde seit dem «Luxemburger Kompromiß» von 1966 fortschreitend in eine «Satellitenrolle» gedrängt, während sich der Rat zum schwerfälligen «Gravitationszentrum» entwickelte.

«Das institutionelle Gleichgewicht ist von Grund auf verschoben, die Kommission aus dem Entscheidungszentrum abgedrängt, in ihrer Restposition und ihrem Prestige angefeindet. Ihr Dialog mit dem Rat, einst als Grundmuster der gesamten Willensbildung betrachtet, ist weitgehend verstummt.»<sup>91</sup>

Die Kommission ist also aus den wesentlichen Funktionen der Realisierung eines «Gemeinschaftsinteresses» ausgeschieden. Im Rat hingegen haben die Mitgliedstaaten die «intergouvernementalen Formen der Zusammenarbeit» systematisch verstärkt.<sup>92</sup> Die «Zweigliedrigkeit» bzw. «Zweiteilung» der westeuropäischen Politik, wie sie besonders augenscheinlich in der «politischen Zusammenarbeit» auf der Ebene der «Präsidentenkonferenzen» und eben nicht auf der Ebene der EWG-Institutionen zum Ausdruck kommt,<sup>93</sup> ist daher keineswegs als eine höhere, effektivere Form der Kooperation zu betrachten. Sie verstärkt vielmehr noch den Bedeutungsverlust der institutionellen und normativen Kraft der Römischen Verträge und spiegelt insofern die Unfähigkeit wider, gerade auf dieser institutionellen Ebene der Gemeinschaftsorgane zur Formulierung und Realisierung eines «Gemeinschaftsinteresses» zu gelangen.<sup>94</sup> Selbst das Potential einer Kompromißbildung wird, wie das «Krisenjahr 1973» demonstrierte, immer geringer: War schon die Gründung des Währungsfonds in Luxemburg im Frühjahr 1973 das Resultat langwieriger Auseinandersetzungen, die die reale Ineffektivität dieses Fonds antizipierten, so prallten im Sommer die verschiedenen Auffassungen erneut bei der Festlegung einer gemeinsamen EWG-Position für die GATT-Verhandlungsrunde unversöhnlich aufeinander. Schließlich wurde im Zeichen der politischen und wirtschaftlichen Folgen des Nahost-Krieges vom September

---

91 Sasse, Chr.: Die Zukunft der Verfassung der Europäischen Gemeinschaft. In: EA 3 (1973), S. 87 ff., hier S. 89.

92 v. der Groeben/Mestmäcker, a. a. O., S. 101/102; vgl. dazu auch den Bericht der sog. «Vedel-Kommission»: Bericht der ad hoc-Gruppe für die Prüfung der Frage einer Erweiterung der Befugnisse des europäischen Parlaments. Brüssel, den 25. März 1972, S. 28 ff.

93 Vgl. dazu Götz, H. H.: Auf dem Wege zur politischen Union. In: FAZ vom 20. 11. 1973.

94 Allein die Tatsache, daß die EWG-Kommission darum kämpfen muß, bei diesen «Gipfelkonferenzen» präsent zu sein, verdeutlicht dieses Auseinanderfallen von zwischenstaatlicher und gemeinschaftlicher Politik.

1973 die Krise der EWG vollends evident. Weder fanden die Mitgliedstaaten zu einer gemeinsamen und politisch selbständigen Haltung, wie sie schon in verschiedenen Dokumenten zur «Mittelmeerpoltik» vorgezeichnet war,<sup>95</sup> noch kam es zu einer Einigung in der Energiepolitik.<sup>96</sup> Das Scheitern der Washingtoner Energiekonferenz vom Februar 1974, auf der die USA eine gemeinsame Linie der führenden kapitalistischen Staaten gegen die rohstoffproduzierenden Länder festlegen wollten, war insofern nur ein vorläufiger Höhepunkt im Zerfallsprozeß des westeuropäischen «Gemeinschaftsinteresses».

Diese offenen Desintegrationstendenzen angesichts internationaler Krisenerscheinungen des kapitalistischen Systems haben jene – schon lang sich entfaltende – Politik des Bilateralismus gestärkt, die sowohl die politischen Beziehungen innerhalb der EWG als auch die Außenbeziehungen der führenden EWG-Mitgliedsländer charakterisiert. In dieser Politik des Bilateralismus, wie sie sich z. B. längst auf dem Gebiet der Forschungs- und Technologiepolitik durchgesetzt hat, artikulieren sich außerhalb des institutionellen Rahmens der EWG die autonomen nationalstaatlichen Interessen auf der Basis traditioneller zwischenstaatlicher Bündnisse und Vereinbarungen. Während so einerseits durch diese neuen bilateralen Strukturen ein neuer nationalstaatlicher Partikularismus erkennbar wird, mit dem sich zugleich – was ja nur ein anderer Ausdruck für den Zerfall des «Gemeinschaftsinteresses» ist – ein höheres Niveau der innerimperialistischen Konkurrenz verbindet, dominieren andererseits die bilateralen Strukturen in der Entwicklung von Beziehungen mit den sozialistischen Ländern, wie sie sich im Zeichen der Politik der friedlichen Koexistenz seit Mitte der sechziger Jahre durchgesetzt haben. Da sich die innerimperialistische Konkurrenz gleichermaßen auf dieses Gebiet erstreckt und daher die bilateralen Verträge zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten zum Gegenstand des wechselseitigen «Mißtrauens» zwischen den EWG-Partnern sowie zwischen der EWG und den USA geworden sind, wirkt gerade die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz als ein Faktor, der die Desintegration

---

95 Vgl. dazu Globalansatz für die Mittelmeerpoltik der EG. Vorschläge der Kommission vom 22. 9. 1972. In: ES 21 (1972), D 509 ff.

96 Vom Standpunkt des enttäuschten Europäers stellt sich die gegenwärtige Situation folgendermaßen dar: «Die (Energie-)Krise ist nicht schuld am desolaten Zustand des europäischen Einigungswerkes, sie fördert ihn nur zutage. Nichts hat so deutlich gemacht wie sie, daß die EG heute ein Trümmerhaufen verpaßter Gelegenheiten ist: Hätte man die Ziele der EURATOM konsequent verfolgt, anstatt sich in illusionärem Unabhängigkeitsstreben über Reaktorbaulinien und Uran-Anreicherungsverfahren zu zerstreuen, hätte man rechtzeitig eine gemeinsame Energiepolitik aufgebaut, anstatt in ordnungspolitischen Querelen und im Egoismus nationaler Hafen- und Raffineriepolitik zu verharren, hätte man fristgerecht die gemeinsame Kooperationspolitik im Mittelmeer verwirklicht, anstatt sich an kleinkarierten, protektionistischen Interessen festzubeißen, und hätte man eine gemeinsame Außenpolitik geschaffen, bevor die Supermächte imstande waren, die Welt unter sich aufzuteilen, – dann hätte Europa in diesem Konflikt eine für sich, den Mittelmeerraum und die übrige Welt fruchtbringende Rolle spielen können» (Lutz, Ch.: Das unmündige Europa. Bilanz eines Krisenjahres. In: EA 1 (1974), S. 1 ff., hier S. 6).

noch verstärkt.<sup>97</sup>

Mit der Veränderung des globalen politischen und ökonomischen Kräfteverhältnisses zwischen Kapitalismus und Sozialismus hat also jene politische Klammer an Spannkraft verloren, die noch in den fünfziger Jahren die keineswegs identischen Interessen der führenden kapitalistischen Staaten zusammenhielt. Der Bilateralismus, der zumal die Politik der USA gegenüber der UdSSR kennzeichnet, impliziert keineswegs den Verzicht auf die traditionellen antisozialistischen Zielsetzungen; gleichwohl reflektiert er die innere Widersprüchlichkeit, die Ungleichmäßigkeit der politischen und ökonomischen Interessen der führenden kapitalistischen Staaten, die gleichsam «auf eigene Faust» ihre besonderen Interessen zu wahren suchen.

Dennoch muß der innere Zusammenhang dieser Formen der Erosion des «Gemeinschaftsinteresses» in letzter Instanz auf die materiellen Bedingungen zurückgeführt werden, die die Kapitalbewegung innerhalb der EWG sowie die widersprüchliche Beziehung von Internationalisierung der Produktion und des Austausches und nationalstaatlichen bzw. supranationalen Regulierungsfunktionen überhaupt erst konstituieren.<sup>98</sup> Ein wesentliches Resultat unserer Analyse ist die Feststellung der durch die Integration selbst noch beförderten Kompetenzerweiterung des Nationalstaates. Diese Feststellung schließt keineswegs die These vom Scheitern der EWG ein; denn die ökonomische Verflechtung ist in der Tat erheblich vorangeschritten. Sie schließt jedoch die These vom Scheitern eines

---

97 Während im Sommer 1973 der französische Landwirtschaftsminister Chirac die Loyalität der BRD gegenüber der EWG unter Hinweis auf die «neue Ostpolitik» in Zweifel zog, bemühte sich die französische Regierung gleichzeitig, gerade auf dem Gebiet der «Ostpolitik» die wirtschaftliche Integration weiter auszuhöhlen: «Vom Jahr 1974 an sollen Außenhandelsverträge nicht mehr Sache der Nationen, sondern der Europäischen Gemeinschaft sein. Premierminister Messmer hat dazu soeben in Ungarn erklärt, dieses Problem lasse sich auf dem Umweg über «Verträge zur technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit» lösen. Mit der DDR hat Paris gerade einen solchen Vertrag auf zehn Jahre unterzeichnet. Er sieht eine Verdoppelung des Warenaustausches vor» (Jetter, K.: Pompidou verschärft das Leitbild der nationalen Souveränität. In: FAZ vom 23.7.1973).

98 Freilich ergibt sich aus der Feststellung, daß Existenz, Stabilisierung und Politik der sozialistischen Staaten einen «äußeren Faktor» darstellen, dessen Wirkungsweise eben nicht mehr aus den Struktur- und Bewegungsgesetzen kapitalistischer Produktion herzuleiten ist, eine wesentliche Modifikation dieser Aussage. Die Einwirkungen dieser politischen Prozesse wirken in der Weise, daß dem Kapital in seinem Profitstreben bestimmte Wege abgeschnitten, neue Bahnen aufgezwungen werden. «Dies wirkt sich auf Inhalt, Formen und Entwicklungsrichtung des kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesses aus und auf die Art und Weise, wie das Kapital seine Schranken, deren wesentlicher Bestandteil eben das erstarkende sozialistische System und der sich entfaltende Kampf der Arbeiterklasse sind, ökonomisch und politisch zu überwinden versucht.» Gleichwohl darf die sozialwissenschaftliche Analyse des Kapitalismus nicht darauf verzichten, alle wesentlichen Erscheinungen des heutigen Kapitalismus auf ihre objektiven Grundlagen, auf die Verwertungszwänge, die auf dem Kapital lasten, zurückzuführen. Heß, P./Zieschang, K.: Das Finanzkapital. In: Wirtschaftswissenschaft 11 (1972), S. 1673 ff., hier bes. S. 1676.

wesentlichen Moments der Integrationskonzeption ein: nämlich die These vom Scheitern der Supranationalität. Auf dieser Ebene kann also zunächst nur der widersprüchliche Doppelcharakter des Integrationsprozesses konstatiert werden.

«Auf der einen Seite führen Produktionsbedingungen, die fortschreitende Arbeitsteilung auf dem Weltmarkt, Absatz- und Rohstoffprobleme, die Entwicklung der Technologie, die konjunkturelle und währungspolitische Interdependenz, aber auch Fragen der Sicherheit und des Umweltschutzes zu einer manifesten Internationalisierung vieler Lebensbereiche und wachsenden «Sensitivität» der sozialökonomischen Systeme füreinander. Auf der anderen Seite bleibt der Nationalstaat fast unangefochten im Besitz jenes Instrumentariums, mit dessen Hilfe er ökonomisches Wachstum, Stabilität der Währung, Vollbeschäftigung, einen möglichst hohen Lebensstandard für seine Bevölkerung, aber auch die Orientierung seiner Entwicklungshilfe sowie die Grundentscheidungen über seine außenpolitischen Optionen organisiert und realisiert. Mehr noch: Jedermann weiß, daß seine Aufgaben, insbesondere im Bereich der Infrastrukturpolitik, von Jahr zu Jahr zunehmen, wie das rapide Anwachsen des globalen Volumens der Staatshaushalte zeigt.»<sup>99</sup>

Die Bedingungen dafür, daß die Integration vom Nationalstaat eines jeden Landes ein intensiveres Eingreifen in den Gesamtprozeß kapitalistischer Produktion und Reproduktion erfordert,<sup>100</sup> sind allgemein als jene Bedingungen zu bestimmen, die der Verwertung des Kapitals unter dem Zwang der internationalen monopolistischen Konkurrenz auferlegt werden. Um dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenzuwirken, wird die verstärkte äußere Expansion des nationalen Kapitals zur zwingenden Notwendigkeit. Sofern diese Expansion – aufgrund des Kräfteverhältnisses zwischen den imperialistischen Staaten sowie zwischen den antagonistischen Systemen – nicht über die Möglichkeit der politischen und militärischen Gewaltanwendung zu verfügen vermag und sofern angesichts des internationalen Vergesellschaftungsgrades kapitalistischer Produktion die bloß nationale Akkumulation selbst in Frage gestellt ist, wird die Beseitigung von zwischenstaatlichen Handelshindernissen und von nationalstaatlichen Schranken der Kapitalmobilität zur unabdingbaren Voraussetzung für das relative Hinausschieben der Verwertungsschranken für das Kapital.

Indem diese Schranken partiell beseitigt werden, wird notwendig die Konkurrenz auf transnationaler Ebene intensiviert. Das aber bedeutet, daß die weniger produktiven nationalen Kapitale bzw. Kapitalfraktionen der Gefahr der Vernichtung durch die überlegenen Kapitale ausgesetzt sind. Gleichwohl bilden die nationalen Kapitale keineswegs einen Zusammenhang, der sich durch die «beständige Ausgleichung der beständigen Ungleichheiten», also durch die Ausgleichung der individuellen Profitraten zur Durchschnittsprofitrate,<sup>101</sup> immer wieder von neuem – vor allem durch die zyklische Krise vermittelt – herstellt; denn das Monopol modifiziert die entscheidenden Bedingungen für den Ausgleich zur Durchschnittsprofitrate: die unumschränkte Mobilität des Kapitals

---

<sup>99</sup> Ziebur: Zusammenfassung..., a.a.O., S. 299.

<sup>100</sup> Vgl. dazu auch Autorenkollektiv: Der staatsmonopolistische Kapitalismus. Frankfurt/M. 1972, S. 460.

<sup>101</sup> Vgl. Marx, K.: Das Kapital. Dritter Band, a.a.O., S. 206.

und der Arbeitskraft. Der Konkurrenzmechanismus, vermittels dessen sich in der realen Bewegung der Produktion das Wertgesetz exekutiert, wird eingeschränkt. Die Konkurrenz selbst wird zur Schranke der kapitalistischen Entwicklung, das Kapital muß zu Formen Zuflucht nehmen, «die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Zügelung der freien Konkurrenz, zugleich die Ankündiger seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihnen beruhenden Produktionsweise sind». <sup>102</sup>

Die Ungleichmäßigkeit kapitalistischer Entwicklung, ihrerseits Resultat der unterschiedlichen nationalen Entwicklungsbedingungen des Kapitalverhältnisses sowie der darin eingeschlossenen unterschiedlichen nationalen Intensität und Produktivität der Arbeit, erscheint mithin unter Bedingungen der internationalen monopolistischen Konkurrenz nicht nur in der Beziehung zwischen den nationalen Kapitalen auf dem Weltmarkt, sondern auch in der disproportionalen Entwicklung verschiedener nationaler Kapitalfraktionen, in der widersprüchlichen Bewegung von hochzentralisierten und kleinen Kapitalen, von Wachstumsbranchen und «strukturschwachen» Sektoren, schließlich in der zunehmenden Differenzierung der Produktivität in den Produktionszweigen. Daraus erwachsen den Nationalstaaten neue Aufgaben, die gleichsam «hinter dem Rücken» der Beseitigung von nationalstaatlichen Friktionen der Konkurrenz, also der Aufhebung von protektionistischen Beschränkungen der Konkurrenz, neue Friktionen der Konkurrenz konstituieren, welche allerdings eng mit der ökonomischen Regulierungsfunktion der Staatstätigkeit verbunden sind. <sup>103</sup> Insofern gelangt die Untersuchung der Auflösungserscheinungen des kapitalistischen Integrationsprozesses zu dem Ergebnis, daß sich unter dem Einfluß der Integration selbst notwendig die Bedeutung einzelstaatlicher Regulierungsfunktionen verstärkt. Allerdings bringt die Integration diese Funktionen der Staatstätigkeit nicht neu hervor; die Rolle des Staates ergibt sich letztlich aus den Anforderungen und Widersprüchen des nationalen Verwertungsprozesses, aus dem historischen Reifegrad des Widerspruchs von Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen. Die Integration beschleunigt jedoch diese Prozesse; denn indem sie – durch die Ausdehnung der Produktions- und Realisationssphäre und durch die Intensivierung der internationalen Konkurrenz – die Kapitalzentralisation vorantreibt, befördert sie zugleich die regulierende Intervention der Nationalstaaten, die nicht nur auf die Herstellung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der nationalen Monopolgruppen gerichtet ist, sondern auch die perma-

---

<sup>102</sup> Ders.: Grundrisse..., a.a.O., S. 544/545.

<sup>103</sup> Die Erkenntnis, daß heute Zollschranken überhaupt nicht mehr das Haupthindernis für die transnationale Waren- und Kapitalbewegung darstellen, reflektiert diesen Sachverhalt. «Die Zölle sind heute weder das einzige noch das wichtigste Instrument der Handelspolitik. In den neuen, technologisch fortgeschrittenen Industrien zeigt sich die Konkurrenz mehr in Investitionen und Patenten als in direkten Ausfuhren. Zölle schützen hier nicht, vielmehr ziehen sie gerade die ausländischen Investitionen an» (EWG-Komm.: Memorandum zur Industriepolitik..., a.a.O., S. 8). Vgl. auch Sachverständigengutachten 1972/73, a.a.O., S. 21.

nente – staatlich organisierte – Entwertung eines Teils des Gesamtkapitals, d. h. die Verlagerung der Kapitalvernichtung von der Ebene des privaten Kapitals auf die der Gesellschaft,<sup>104</sup> einschließt.

Darüber hinaus ergibt sich aus der bisherigen Untersuchung, daß die Entwicklung neuer nationalstaatlicher Friktionen der internationalen Konkurrenz keineswegs als eine bloße Funktion der «Weltmarktkrise des Kapitals» begriffen werden kann.<sup>105</sup> Vielmehr läßt eine solche Konzeption, derzufolge der nationalstaatliche Protektionismus, welcher in der Aufschwungsphase des Weltmarktzyklus abgebaut wurde, in der Depression bzw. Krise erneut als ein Instrument im «Kampf der feindlichen Brüder» errichtet wird, außer acht, daß die Regulierungsfunktionen der Nationalstaaten schon eine Voraussetzung für den Zugang der nationalen Kapitale zum Weltmarkt darstellen.<sup>106</sup> Eine weitere wesentliche Funktion des Nationalstaates besteht daher heute darin, durch die Organisierung der permanenten Entwertung eines Teils des Gesamtkapitals nicht nur die Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals zu optimieren, sondern auch die Schwankungen des Krisenzyklus zu modifizieren.<sup>107</sup> Wird dieser Zusammenhang nicht begriffen, so folgt daraus eine mechanische und ökonomistische Vorstellung eines krisenhaften Zerfallsprozesses der EWG, die gerade nicht zu erklären vermag, warum und in welcher Form im Verlaufe des gesamten Integrationsprozesses Desintegrationstendenzen produziert und reproduziert werden, die in der wachsenden Bedeutung der Nationalstaaten sowie in der Stagnation der politischen und institutionellen Weiterentwicklung der Gemeinschaft, schließlich im Zerfall der Supranationalität erscheinen.

Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen Strukturen sowie die ungebrochene Autonomie der Nationalstaaten ist vor allem in der mangelnden Einheitlichkeit des wirtschaftspolitischen Instrumentariums in den einzelnen EWG-Mitgliedsländern zu erkennen:

«Eine vergleichende Bestandsaufnahme... bietet ein buntes Bild. Ein dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (der BRD; d. Verf.) vergleichbares Instrumentarium gibt es in keinem Partnerstaat. Dafür aber: Planification, Devisen-Zwangswirtschaft in mehr oder weniger offener Form, Beschränkung der ausländischen Investitionen und der Kapitalströme, selektive Kreditkontrolle als Mittel der Wirtschaftssteuerung, Lohnstop, Mindestlöhne, Lohngleitklauseln, zweifelhafte Tarifautonomie, hoher Anteil staatlich kontrollierter und gegängelter Wirtschaftsunternehmen, interventionsträchtige Staatshaushalte und Steuerpo-

---

104 Vgl. Katzenstein: Technischer Fortschritt..., a.a.O., S. 104.

105 So argumentiert z. B. Goralczyk, D. (Möglichkeiten und Grenzen der ökonomischen Integration kapitalistischer Staaten. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 12 (1972), S. 1268 ff., bes. S. 1284/85) im Anschluß an Neusüß, Chr. (Imperialismus und Weltmarktbeziehung des Kapitals. Erlangen 1972, S. 188/189).

106 Die Zielsetzungen und Maßnahmen des französischen Systems der *planification* in den sechziger Jahren, die ausdrücklich darauf ausgerichtet waren, in jedem bedeutenden Industriezweig ein bis zwei Konzerne mit internationaler Konkurrenzfähigkeit zu schaffen, machen diesen Zusammenhang besonders deutlich.

107 Vgl. besonders Katzenstein, R.: Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1967; Höhme, H. J.: Krisenzyklus..., a.a.O.

litik. Das sind wahllos gegriffene Beispiele aus einer schier endlosen Reihe von unterschiedlichen Regeln und Instrumenten der einzelstaatlichen Wirtschaftspolitik.»<sup>108</sup>

Der Ausbau und die Verfestigung der einzelstaatlichen Wirtschaftspolitik kann daher als ein zuverlässiger Indikator der nationalstaatlichen Kompetenz angesehen werden. Zugleich kommt, vermittelt der Unterschiedlichkeit dieser Instrumentarien, nicht nur die spezifisch nationale, wirtschaftsgeschichtliche und politische Tradition,<sup>109</sup> sondern auch der divergierende Charakter der ökonomischen und politischen Interessen zwischen den Mitgliedstaaten sowie der ungleichmäßige Reifegrad des gesellschaftlichen Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital zum Ausdruck.

In den Diskussionen um die Währungs- und Wirtschaftsunion haben sich die Gegensätze zwischen dem französischen, dem italienischen und dem westdeutschen System der Wirtschaftspolitik immer wieder als ein Angelpunkt für das Scheitern einer gemeinschaftlichen wirtschaftspolitischen Konzeption erwiesen. Schon bei der Gründung der EWG polemisierten westdeutsche Ordo-Liberale – an ihrer Spitze L. Erhard und W. Röpke – gegen die vermeintliche Gefahr eines «Kollektivismus» und «Dirigismus», die jedwede Chance einer liberalen, weltoffenen Außenwirtschaftspolitik zunichte machen müsse.<sup>110</sup> So wird auch verständlich, daß sich gerade der Wirtschaftsminister der BRD, Ludwig Erhard – zum Teil in pointiertem Gegensatz zu Konrad Adenauer – um eine Abschwächung des Supranationalitätsprinzips in den Römischen Verträgen bemühte, um auf diese Weise zu verhindern, daß die EWG-Kommission nach dem Vorbild der Hohen Behörde der Montanunion als ein Instrument der supranationalen wirtschaftspolitischen Regulierung konzipiert wurde.<sup>111</sup>

Eine erneute Konfrontation über die wirtschaftspolitische Orientierung der EWG bahnte sich an, als die EWG-Kommission 1962 in ihrem Aktionsprogramm für die zweite Stufe der EWG eine Konzeption für eine supranationale Programmierung vorschlug, nach der das Bruttosozialprodukt der Mitgliedsländer, die Einkommensverteilung, Investitionen, Proportionen zwischen den großen Wirtschaftsbereichen, Außenhandelsentwicklung und in der Perspektive das Gesamtvolumen der einzelstaatlichen Haushaltspläne und ein Haushaltsplan der EWG supranational programmiert werden sollten.<sup>112</sup> Von Seiten der BRD-Regierung wurde dieses Programm als ein Versuch abgelehnt, die französische Politik der *planification* der gesamten EWG, insbesondere der BRD, zu oktroyieren.

---

<sup>108</sup> Morawitz, a.a.O., S. 106.

<sup>109</sup> Vgl. dazu Maillet u. a.: Die EWG im Ausbau..., a.a.O., S. 24 ff.

<sup>110</sup> Vgl. Röpke, W.: Gemeinsamer Markt und Freihandelszone. In: Ordo, 10. Band (1958), S. 31 ff.

<sup>111</sup> Vgl. dazu Müller-Armack, A.: Auf dem Weg nach Europa. Tübingen/Stuttgart 1971, S. 66; vgl. auch L. Erhards Rede in Rom (1959) über die EWG, die K. Adenauer zum Anlaß nahm, die Kanzlerkandidatur seines Wirtschaftsministers zu hintertreiben. S. dazu Adenauer: Erinnerungen. Band 3, a.a.O., S. 526 ff.

<sup>112</sup> Klein, D.: Staatsmonopolistische Programmierung in der EWG, Berlin 1965, S. 144; Hallstein: Der unvollendete Bundesstaat, a.a.O., S. 132 ff.

Der «historisch gewordene Disput», der vor dem Europäischen Parlament zwischen Erhard und Hallstein, dem Präsidenten der EWG-Kommission, ausgetragen wurde,<sup>113</sup> endete mit einer weitgehenden Durchsetzung der westdeutschen Position: Die Einrichtung eines «Ausschusses für mittelfristige Wirtschaftspolitik» im Jahre 1964 führte lediglich zur Erstellung von Programmvorschlägen, die freilich «ohne Einfluß auf die Realität nationaler Ausrichtung der mitgliedstaatlichen Wirtschaftspolitik» blieben.<sup>114</sup> Der «asymmetrische» Verlauf des Integrationsprozesses<sup>115</sup> setzte sich auch nach der Haager Gipfelkonferenz (1969) fort, als die «Werner-Gruppe» eingesetzt wurde, um ein Konzept für die Realisierung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) auszuarbeiten. In der Konfrontation der «monetaristischen» französischen Position, die für die erste Phase der WWU einen eindeutigen Schwerpunkt monetärer Maßnahmen – wie Bandbreitenverengung, Kreditmechanismus etc. – forderte, und der «ökonomistischen» westdeutschen Position, die in der Harmonisierung der Wirtschaftspolitik sowie in der Kompetenzerweiterung der supranationalen Organe den ersten, notwendigen Schritt einer WWU sah,<sup>116</sup> waren schon jene Widersprüche angelegt, die dann in den mageren Ergebnissen der ersten Stufe der WWU sowie in der Unfähigkeit, zeitgemäß den Übergang in die zweite Stufe zu vollziehen, drastisch zum Ausdruck kamen.

Da die einzelstaatliche Wirtschaftspolitik zugleich der konzentrierteste Ausdruck der nationalen Kapitalstrukturen und ihrer besonderen historischen Entwicklungsbedingungen ist, wird sie zugleich zu einem wesentlichen Instrument in den zwischenstaatlichen wie in der internationalen monopolistischen Konkurrenz. Ihre Aufgabe besteht nicht nur in dem Schutz der nationalen Kapitale, sondern gleichzeitig in der aktiven Förderung ihrer Wettbewerbsfähigkeit in der internationalen Konkurrenz. So geht es z. B. der französischen Wirtschaftspolitik vor allem darum, «die nationale Planungs-, Wachstums- und Konjunkturautonomie zu erhalten, nicht zuletzt, um mit traditionell Colbertistischen und auch neuartigen Verwaltungsmethoden die Modernisierung der französischen Wirtschaft fortzusetzen und vorwärts zu treiben».<sup>117</sup> Der Gegensatz zwischen den «zentralistischen», «paternalistischen» und «merkantilistischen» Strukturen der französischen Wirtschafts- und Währungspolitik sowie der «Liberalität» und «Modernität» der westdeutschen Orientierung, wie er immer wieder beschworen wird,<sup>118</sup> verweist nicht nur auf die Unvereinbarkeit der durch die Nationalstaaten gesetzten politischen Prioritäten, sondern macht zudem die zentrifugalen und desintegrativen Tendenzen deutlich, die sich mit dem Fortschreiten der

---

113 Mestmäcker/von der Groeben, a.a.O., S. 85.

114 Ebd., S. 86.

115 Morawitz, a.a.O., S. 103.

116 Vgl. dazu u. a. Müller-Armack, A. u. a.: *Stabilität in Europa*. Düsseldorf/Wien 1971, S. 137 ff.; Sachverständigen Gutachten 1971/1972, a.a.O., S. 100 ff.

117 Willgerodt, H.: *Voraussetzungen einer europäischen Währungsunion*. In: *Ordo*, 23. Band (1972), S. 51–79, hier S. 56.

118 So z. B. Morawitz, a.a.O., S. 98.

transnationalen Verflechtung auf der politischen Ebene entwickelt und weitgehend durchgesetzt haben. Das nationale wirtschaftspolitische Regulierungs- und Interventionssystem wird daher zu einer entscheidenden Ebene, auf der nach dem Abbau der zwischenstaatlichen Zölle und Mengenbeschränkungen die intensivierten Konkurrenzbeziehungen zwischen den nationalen Kapitalen ausgetragen werden und auf der sich – vermittels der Verfestigung der Autonomie dieser Instrumentarien – die ungleichmäßigen Strukturen und ihre Entwicklung manifestieren. Insofern ist gerade die noch unter dem Eindruck der frühen Integrationserfolge der sechziger Jahre formulierte These von der Herausbildung des «supranationalen staatsmonopolistischen Kapitalismus... im Prozeß der Internationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft», der über eigene Fonds sowie über ein eigenes supranationales Regulierungsinstrumentarium verfügt,<sup>119</sup> durch die zunehmende Verschärfung der Konkurrenz zwischen den führenden kapitalistischen Staaten, aber auch zwischen den EWG-Mitgliedstaaten selbst, inzwischen falsifiziert bzw. korrigiert worden.<sup>120</sup>

Auf dem Gebiet der einzelstaatlichen Konjunkturpolitik treten die mit der fortschreitenden ökonomischen Verflechtung verbundenen politischen Widersprüche und Interessengegensätze besonders deutlich hervor. Die Notwendigkeit gemeinschaftlicher antizyklischer und antiinflationärer Maßnahmen ergibt sich hier unmittelbar aus dem Prozeß der Angleichung der Konjunkturbe-  
wegung.

«Die konjunkturelle Interdependenz innerhalb der EWG ist schon heute hoch; sie wächst mit zunehmender Verflechtung dermaßen schnell an, daß bei einer mangelhaften Abstimmung der Ziele und der Koordinierung der Wirtschaftspolitik eine Stagnation der Integration oder sogar das Auseinanderbrechen der Integration zu befürchten ist.»<sup>121</sup>

Wenn auch noch keine eindeutigen Aussagen über die Kohärenz des konjunkturellen «Gleichlaufs» innerhalb der EWG getroffen werden können, ist dennoch für den Zeitraum von 1967 bis 1971 zu konstatieren, «daß der Konjunkturverbund zwischen den Ländern der Gemeinschaft enger und daher der Integrationsraum insgesamt anfälliger für Konjunkturschwankungen gewor-

---

<sup>119</sup> Klein: Staatsmonopolistische Programmierung..., a.a.O., S. 177.

<sup>120</sup> Zutreffender hat dagegen Kirsanow (Die USA und Westeuropa, a.a.O., S. 157) diesen widersprüchlichen Zusammenhang eingeschätzt: «Wenn der staatsmonopolistische Kapitalismus die Vereinigung der gewaltigen Kraft der Monopole mit der gewaltigen Kraft des Staates ist, so muß ein zwischenstaatlicher Monopolkapitalismus die Kräfte der internationalen Monopole mit der Kraft internationaler, supranationaler staatlicher Organe vereinen. Solange aber kein politisch einheitliches Westeuropa geschaffen ist, kann auch kein zwischenstaatlicher Monopolkapitalismus existieren. Internationale Monopole gibt es schon lange, sie entstehen und zerfallen, aber für den Übergang zu einer neuen Entwicklungsetappe, zur Herausbildung eines zwischenstaatlichen Monopolkapitalismus ist die Schaffung eines politisch einheitlichen Westeuropas oder einer Teilgruppierung notwendig. Solange es dies nicht gibt, ist es verfrüht, von einem zwischenstaatlichen Monopolkapitalismus zu sprechen.»

<sup>121</sup> Müller-Armack u. a.: Stabilität..., a.a.O., S. 126.

den ist, als er es während der ersten beiden Phasen des Integrationsprozesses war.»<sup>122</sup>

Verlief die Konjunkturbewegung vor allem zwischen 1962 und 1966 in den Mitgliedsländern stark gegenläufig, so scheint seit Ende der sechziger Jahre die Übertragung von Konjunkturschwankungen aufgrund der wachsenden Bedeutung des innergemeinschaftlichen Handels sowie angesichts der Auswirkungen von globalen Krisenerscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft an Gewicht gewonnen zu haben.<sup>123</sup> Sofern sich mit der engeren Verflechtung des Handels Aufschwungs- und Depressionsphasen der nationalen Zyklen unmittelbarer auf die anderen Länder übertragen,<sup>124</sup> stellt sich eo ipso die Frage nach der Angleichung der nationalen Konjunkturpolitik bzw. nach der Schaffung eines supranationalen antizyklischen Instrumentariums, das die Haushalts-, Geld- und Kredit- sowie die Einkommenspolitik den jeweiligen Anforderungen des EWG-Zyklus anzupassen vermag. Dem entsprach die Formulierung des Art. 103 EWGV, nach dem die Mitgliedstaaten ihre Konjunkturpolitik als eine «Angelegenheit von gemeinsamem Interesse» betrachten und daß sie sich untereinander und mit der Kommission über die – unter den jeweiligen Umständen zu ergreifenden – Maßnahmen ins Benehmen setzen. Die verschiedenen Ausschüsse (Beratender Währungsausschuß, Ausschuß für Konjunkturpolitik, Ausschuß der Zentralbankpräsidenten, Ausschuß für Haushaltspolitik), die im Verlaufe der sechziger Jahre mit dem Ziel der konjunkturpolitischen Harmonisierung eingerichtet wurden,<sup>125</sup> haben jedoch den Primat der nationalen wirtschafts- und währungspolitischen Autonomie weder eingeschränkt noch aufgehoben. Die verschiedenen Vorschläge, die Kommission und Rat zur Harmonisierung der Konjunktur-, Geld- und Haushaltspolitik seit 1964 vorlegten,<sup>126</sup> blieben unverbindlich und wurden außerdem von den nationalen Regierungen uneinheitlich angewandt. Auch die vom Ministerrat am 22. März 1971 beschlossene «Verstärkung der Koordinierung der kurz- und mittelfristigen Wirtschaftspolitik» – als Bestandteil der ersten Stufe der WWU konzipiert – brachte keine grundsätzliche Umorientierung. So hielt die Kommission im März 1973 fest, daß trotz der formellen Koordinierung bzw. Konzertierung der kurzfristigen Wirtschaftspolitik 1. die vom Rat verabschiedeten Orientierungsdaten für die öffentlichen Haushalte eher nationale Anliegen als das Interesse der gesamten Gemeinschaft widerspiegeln; 2. diese Orientierungsdaten – namentlich bei der Preisentwicklung – nicht eingehalten wurden und 3. gegenseitige Konsultationen – vor allem in bezug auf die Währungsparitäten – fast nie vor der eigentlichen Beschlußfassung stattfanden.

---

122 Sachverständigengutachten 1972/1973, a.a.O., S. 14.

123 Vgl. Maillot u. a., a.a.O., S. 156 ff.

124 So sind z. B. die italienischen Exporte in die BRD 1965 – noch auf dem Höhepunkt des BRD-Zyklus – um 47 Prozent gestiegen, 1966 nur noch um 2 Prozent. 1967 – also während der konjunkturellen Depression in der BRD – gingen sie um 4 Prozent zurück. Vgl. Nème: *Economie européenne*, a.a.O., S. 311.

125 von der Groeben/Mestmäcker, a.a.O., S. 82/83.

126 Nème, a.a.O., S. 313/314.

den.<sup>127</sup> Daher stellt die Kommission angesichts der fortschreitenden «De-facto-Integration» wirtschaftlicher Vorgänge das Verfahren der «Konzertierung» grundsätzlich in Frage:

«Die Konzertierung... funktioniert nur dann wirklich, wenn die grundlegenden Interessen der Mitgliedstaaten zusammenfallen oder wenn es sich um Probleme handelt, die keinen vitalen Konfliktstoff in sich bergen. Dies bedeutet nicht, daß die Konzertierung aufgegeben werden soll... Dennoch dürfte in einigen wesentlichen Fragen die Zeit reif dafür sein, bestimmte Zwänge und zusätzliche Aktionsmittel in Aussicht zu stellen.»<sup>128</sup>

Sowohl im Bereich der kurzfristigen – auf die zyklische Bewegung der Produktion orientierten – Konjunkturpolitik als auch im Bereich der mittelfristigen – auf den gesamtwirtschaftlichen Strukturwandel bezogenen – Wirtschafts- und Industriepolitik dominieren also nationale Interessen- und Entscheidungsstrukturen. Obwohl der bereits erreichte Grad der Internationalisierung der Produktion, des Austausches und der Geldkapitalbewegung schon partiell die Schranken der Wirksamkeit nationaler Regulierungsinstrumentarien aufzeigt und insofern objektiv transnationale Maßnahmen erfordert, wird diese Notwendigkeit durch die Konkurrenzbeziehungen zwischen den nationalen Kapitalen auf dem Weltmarkt und den durch diese Beziehungen geprägten Funktionen des Nationalstaates immer wieder durchbrochen. Aufgrund der ungleichmäßigen Entwicklung der auf den internationalen Märkten operierenden Kapitale bedürfen die schwächeren nationalen Kapitale, deren Verwertungsbedingungen nur durch Waren- und Kapitalexport gesichert werden können, der Abstützung durch die Außenwirtschafts-, Wirtschafts- und Konjunkturpolitik des Nationalstaates, um auf diese Weise der Vernichtung in der internationalen Konkurrenz zu entgehen. Ohne diese Funktionalisierung der ökonomischen Aktivitäten des Staates im Hinblick auf die Sicherung monopolistischer Verwertungsbedingungen auf den nationalen und internationalen Märkten könnte sich also eine weltwirtschaftliche oder regionale Integration nicht durchsetzen; denn die Beseitigung nationalstaatlicher «Friktionen der Konkurrenz» würde notwendig die Überlegenheit der führenden Monopolgruppen – hier des US-Kapitals, und in Westeuropa des BRD-Kapitals – verallgemeinern. Insofern korrespondiert die wachsende Bedeutung der nationalstaatlichen Regulierung des Verwertungsprozesses mit der partiellen Beseitigung zwischenstaatlicher Hindernisse der freien Konkurrenz, wie sie mit dem Zollabbau und der Aufhebung der Kontingentierungen innerhalb der EWG verwirklicht wurde.

Diese zunehmende Besonderung nationalstaatlicher Funktionen auf der Basis der kapitalistischen Integration erscheint auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik in den differierenden Prioritäten, die die einzelnen EWG-Mitgliedsländer für die Verfolgung ihrer spezifischen Interessen setzen und an denen sie auch in der Regel in den Verhandlungen über die Vertiefung bzw. Erweiterung der EWG sowie

---

127 Kommission der EG. Mitteilung an den Rat vom 19. April 1973, S. 3/4.

128 Ebd., S. 9.

über die Reform des weltweiten kapitalistischen Währungssystems (IWF) und des Handelsabkommens GATT hartnäckig festhalten.

«So steht für die BRD beispielsweise immer deutlicher das Verlangen nach einer «stabilitätsorientierten Koordinierung der Wirtschaftspolitik der EWG-Staaten im Vordergrund, Frankreich dagegen betreibt eine mehr wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik, was ganz andere Entscheidungen notwendig macht.»<sup>129</sup>

In der Konfrontation des «monetaristischen» und des «ökonomistischen» Standpunktes während der Verhandlungen über die WWU wurde diese grundlegende Gegensätzlichkeit der mittel- und langfristigen Orientierung der nationalen Wirtschaftspolitik der führenden EWG-Staaten transparent. Aber auch die Konjunkturbewegung selbst setzt der Harmonisierung der nationalen Wirtschaftspolitik immer neue Schranken: Während der Phase der «Konjunkturschaukel» – also der national gegenläufigen konjunkturellen Entwicklung in der ersten Hälfte der sechziger Jahre – scheiterte die Harmonisierung an den unterschiedlichen Anforderungen, denen eine antizyklische nationale Konjunkturpolitik während der verschiedenen Phasen des Wirtschaftszyklus entsprechen muß. Unter der Voraussetzung der Annäherung der Konjunkturpolitik seit Ende der sechziger Jahre werden freilich die Chancen der wirtschaftspolitischen Harmonisierung oder gar einer «Vergemeinschaftung»<sup>130</sup> noch zusätzlich erschwert; denn seit dieser Zeit wird der Konjunkturverlauf in allen seinen Phasen zunehmend durch nationale und internationale Krisenerscheinungen bestimmt. Internationale Währungskrisen sowie neuerdings die Krise der Energieversorgung verbinden sich mit nationaler Überakkumulation, Inflation, Arbeitslosigkeit und verschärften nationalen Klassenauseinandersetzungen – alles Elemente der Krise, die sich in der wachsenden Labilität politischer Institutionen und Herrschaftsstrukturen zusammenfaßt. Insofern findet in der Tat eine Angleichungstendenz statt; aber diese Angleichung ist durch die Verschränkung der Krisenerscheinungen der nationalen kapitalistischen Systeme mit denen des internationalen kapitalistischen Systems charakterisiert.

Damit schwinden jedoch zugleich die Voraussetzungen für jene Solidarität kapitalistischer Interessen, ohne die jedwede Form der Integration scheitern muß. Da sich im Resultat des Integrationsprozesses seit den fünfziger Jahren keine reale Angleichung der sozialökonomischen Strukturen und nur eine partielle Verflechtung auf der Ebene des Warenaustausches durchgesetzt hat, dagegen die «asymmetrische» und «analoge» Entwicklung eher noch verstärkt wurde, treffen die nationalen und internationalen Krisenerscheinungen nunmehr auf Strukturen, für die die ökonomische und politische Ungleichmäßigkeit kennzeichnend ist und deren Verfestigung die Konzipierung einer regionalen Politik der «Kon-

---

129 Ökonomische Perspektiven imperialistischer Länder. In: IPW-Berichte 2 (1974), S. 14.

130 Die «Vergemeinschaftung» bezeichnet eine höhere Stufe der Integration; denn sie beinhaltet stets nicht nur die zwischenstaatliche Angleichung, sondern Kompetenzübertragung an supranationale Organe.

zertierung», «Harmonisierung» oder «Vergemeinschaftung» unmöglich werden läßt. So wirkt gerade die ungleichmäßige Entwicklung der Handelsbilanzen der EWG-Länder in Richtung der Verhinderung einer gemeinsamen bzw. gemeinschaftlichen Position – z. B. bei der Bewältigung aktueller Energieprobleme oder bei der Reaktion auf inflationäre Preisbewegungen. Da die BRD das einzige Land der EWG ist, das kontinuierlich einen Ausfuhrüberschuß realisiert, und da sich z. B. der westdeutsche Ausfuhrüberschuß im Handel mit Frankreich allein im Jahre 1973 gegenüber dem Vorjahr fast verdreifacht hat,<sup>131</sup> wird verständlich, daß die Verteuerung der Erdölimporte die Zahlungsbilanzen der schwächeren EWG-Länder – namentlich Frankreichs, Italiens und Großbritanniens – erheblich mehr belasten und folglich ihre Position in der innergemeinschaftlichen Konkurrenz wie auf dem Weltmarkt noch weiter beeinträchtigen muß. Ferner wird unter diesen Bedingungen verständlich, daß Frankreich seine Währungs- und Außenwirtschaftspolitik als Instrument einer nationalen Defensivstrategie handhaben muß, um einerseits die forcierte Wachstums- und Industrialisierungspolitik der letzten Jahre, die wesentlich auf die Erringung von Weltmarktpositionen gerichtet war, nicht zu gefährden, andererseits der ökonomischen Überlegenheit der BRD Schranken zu setzen. Das Ausscheiden Frankreichs aus dem «kleinen» Währungsverbund und die Kursfreigabe des Franc im Januar 1974 sind ebenso wie die französischen Alleingänge auf dem Gebiet der Energiepolitik, die zum Scheitern der Washingtoner Energiekonferenz im Februar 1974 führten, nur konsequente Ausdrucksformen dieser Interessen, welche infolge der verschärften imperialistischen Konkurrenz immer mehr dahin gedrängt werden, die Positionen der schwächeren nationalen Kapitale auf dem Weltmarkt durch nationale Einzelaktionen sowie durch neue Formen einer protektionistischen Binnen- und Außenwirtschaftspolitik wenigstens temporär zu sichern.

## 5. Entwicklungstendenzen der westeuropäischen Integration

Die Herausbildung der EWG steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den allgemeinen Bedingungen und Gesetzmäßigkeiten der Kapitalakkumulation. Internationalisierung kapitalistischer Produktion, Herstellung des Weltmarktes, Drang zur räumlichen Ausdehnung des Wirtschaftsgebietes stellen keine besonderen Merkmale einer bestimmten Epoche kapitalistischer Entwicklung dar, sondern sind in die allgemeinen Bestimmungen des Kapitals als eines gesellschaftlichen Produktionsverhältnisses eingeschlossen. Es handelt sich also um Merkmale, die – wenn auch in verschiedenen Formen – in allen historischen Phasen der Kapitalakkumulation anzutreffen sind. So machte R. Hilferding

---

<sup>131</sup> Vgl. Foshag, J.: Die Angst vor dem Riesen im Osten. In: Europäische Gemeinschaft 3 (1974), S. 18/19.

schon 1909 auf die allgemeine Bedeutung der Größe des Wirtschaftsgebietes für die Entwicklung der kapitalistischen Produktion aufmerksam:

«Je größer und bevölkerter ein Wirtschaftsgebiet, desto größer kann die Betriebseinheit sein, desto geringer also die Produktionskosten, desto stärker auch die Spezialisierung innerhalb der Betriebe, was ebenfalls Herabsetzung der Produktionskosten bedeutet. Je größer das Wirtschaftsgebiet, desto eher kann der Standort der Industrien dorthin verlegt werden, wo die günstigsten natürlichen Bedingungen vorhanden sind, die Produktivität der Arbeit am größten ist. Je ausgedehnter das Gebiet, desto mannigfaltiger die Produktion, desto wahrscheinlicher, daß sich die Produktionszweige untereinander ergänzen und Transportkosten durch Einfuhr von außen erspart werden.»<sup>1</sup>

Außenhandel, Kapitalexport und Ausdehnung des Wirtschaftsraumes wirken also unmittelbar auf die Verwertungsbedingungen des Kapitals ein. Sie sind Resultat wie Triebkraft der Entfaltung der inneren Widersprüche des Kapitalverhältnisses in seiner historischen Bewegung. Sie enthüllen den «transitorischen Charakter» kapitalistischer Produktionsweise insofern, als sie einerseits selbst Instrumente des Hinausschiebens der nationalen Verwertungsschranken des Kapitals, andererseits die materielle Basis für die Reproduktion jener Verwertungsschranken im internationalen Maßstab repräsentieren. In der Internationalisierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse setzt sich somit die Verwertung des Kapitals als der «treibende Faktor» der kapitalistischen Produktionsweise durch.

«Massenproduktion und Massenabsatz galten auf kapitalistischer Basis von jeher als erstrebenswert. Aber erst in der Spätphase der Kapitalakkumulation, wenn die Verwertung des Kapitals im Inland immer schwieriger wird, erst in dieser Phase wird die Erweiterung und Sicherung eines möglichst großen Absatzmarktes zur Lebensfrage des Kapitalismus, weil erst dadurch die geschilderten Vorteile der Spezialisierung und deshalb der Vorsprung im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt möglich sind. Daher auch auf dem Gebiet des Staatswesens das siegreiche Vordringen des «Großbetriebes» gegenüber dem «Klein- und Mittelbetrieb». Daher die Tendenz zu überstaatlichen Imperialgebilden, die an Stelle des Nationalstaates treten. Die Kategorien, in denen man heute (1929; d. Verf.) denkt, sind nicht mehr Staaten, sondern Kontinente.»<sup>2</sup>

In der Entwicklung der EWG lassen sich verschiedene Phasen der Kapitalakkumulation und der auf diese einwirkenden Bedingungen verfolgen. Ihre Entstehung sowie die erste Phase ihrer Entwicklung stehen ganz im Zeichen der langen Nachkriegskonjunktur, die in den Ländern Westeuropas durch das vorrangige Ziel der Rekonstruktion, nämlich die Überwindung der Kriegsfolgen, bestimmt wird. Der durch die Kriegszerstörungen bedingte Nachholbedarf sowie die Zurückdrängung des Einflusses, den die Arbeiterbewegung zunächst in den ersten Nachkriegsjahren erringen konnte, erwiesen sich als treibende Kräfte einer beschleunigten Akkumulation, nachdem der Kapitalmangel, der zunächst in Westeuropa allgemein vorherrschte, durch staatliche Kapitalmobilisierung und

1 Hilferding, R.: Das Finanzkapital, Frankfurt/M. 1973, S. 421.

2 Großmann, H.: Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems, Leipzig 1929, S. 428.

durch US-Kredite im Rahmen der OEEC gemindert worden war. Hinzu kam – insbesondere für die BRD – ein bald einsetzender Exportstog, der eng mit der im Gefolge des Korea-Krieges (1950) in der kapitalistischen Welt ausbrechenden Rüstungskonjunktur verbunden war und der über Außenhandelsüberschüsse die Akkumulationskraft des nationalen Kapitals wesentlich beförderte.

Gleichzeitig erfolgte die Rekonstruktion des industriellen Potentials auf einem hohen technologischen Niveau, wie es einerseits durch die schnelle Entwicklung der Technologie in den kriegswirtschaftlich bedeutenden Sektoren, andererseits durch das überlegene Produktivitätsniveau des US-Kapitals vorgegeben wurde. In diesem Rekonstruktionsprozeß war zugleich die Notwendigkeit der Außenexpansion der entwickeltesten nationalen Kapitale als unabdingbare Voraussetzung von langfristig günstigen Verwertungsbedingungen angelegt; denn die hohen Kapitalaufwendungen – insbesondere an fixem Kapital –, die in den technologisch fortgeschrittensten Zweigen notwendig waren, um profitable Produktionsbedingungen herzustellen, erforderten nicht nur die beschleunigte Zentralisation des nationalen Kapitals und staatliche Interventionen vor allem auf dem Gebiet der Investitionsfinanzierung, sondern auch die Ausdehnung des Wirtschaftsraumes sowie den Zugang zum Weltmarkt durch Außenhandel und Kapitalexport. Insofern schufen die verschiedenen Maßnahmen zur Liberalisierung des kapitalistischen Welthandels und des internationalen Zahlungsverkehrs die notwendigen Rahmenbedingungen, um die Erweiterung und Sicherung der nationalen Reproduktion des Kapitals zu gewährleisten.

Angesichts der ungleichmäßigen Entwicklung der ökonomischen und politischen Potenz der USA und der Länder Westeuropas waren diese Liberalisierungsschritte allerdings stets durch die vorrangigen Interessen der USA bestimmt. In der Gründung der EWG fanden diese – keineswegs identischen – Interessen einen vorläufigen Kompromiß: Der Doppelcharakter der regionalen Integration, der die zwischenstaatliche «Aufschließung» mit der tendenziellen «Abschließung» zum Weltmarkt verband, entsprach sowohl den Bedürfnissen der entwickelten westeuropäischen Kapitale an einer Ausdehnung der nationalen Wirtschaftsräume als auch ihrer relativen Rückständigkeit gegenüber dem US-Kapital, die durch die erwarteten «Integrationseffekte» überwunden werden sollte. Die erste Phase der Entwicklung der EWG, in der vom beschleunigten Zollabbau und von den überdurchschnittlichen Zuwachsraten des innergemeinschaftlichen Handels wesentliche Impulse auf das Wachstumstempo und den gesamtwirtschaftlichen Strukturwandel in den EWG-Ländern ausgingen, bestätigte diese Erwartungen in hohem Maße. Aber auch die USA wurden durch die Abschließungseffekte der Integration kaum benachteiligt; denn die Verwirklichung einer westeuropäischen Freihandelszone und die von ihr geförderten Wachstumseffekte begünstigten letztlich jene massive Konzentration der amerikanischen Direktinvestitionen in Westeuropa, die mit der Gründung der EWG sprunghaft anstiegen.

Freilich wäre der Charakter der «Vorgeschichte» und der «Gründerphase» der EWG kaum hinreichend erfaßt, würde seine Bestimmung sich ausschließlich in

dem Nachweis des ökonomischen Zusammenhangs von forcierter Kapitalakkumulation und Internationalisierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse erschöpfen. So sehr die wissenschaftliche Kritik des kapitalistischen Systems stets darauf angewiesen ist, dessen Entwicklungen, Reaktionen und Widersprüche aus den Anforderungen der Kapitalverwertungsbedingungen selbst zu erklären, so wenig kann bei der Analyse eines bestimmten historischen Prozesses – hier der EWG – darauf verzichtet werden, die politischen Bedingungen und Interessen, die gerade nicht linear von den ökonomischen Verhältnissen «abgezogen» werden können, zu berücksichtigen. Um die Spezifik der EWG adäquat zu begreifen, ist daher zunächst davon auszugehen, daß diese nicht isoliert, sondern als Teil eines umfassenden militärischen und wirtschaftlichen Bündnissystems der imperialistischen Staaten konzipiert wurde. Vor allem die Strategie der westdeutschen Außenpolitik unter K. Adenauer verfolgte dieses Ziel einer umfassenden «Westintegration» der BRD – eine Politik also, in der die Restauration kapitalistischer Produktionsverhältnisse, die Spaltung Deutschlands, die Wiederaufrüstung, die Eingliederung des militärischen Potentials in die NATO sowie die Förderung von EGKS und EWG stets als ein unauflöslicher Zusammenhang begriffen wurden.<sup>3</sup>

Angesichts der realen widersprüchlichen Interessen zwischen den Staaten Westeuropas nach 1945 kann die Vereinigung bzw. der Kompromiß dieser Interessen, wie er in den verschiedenen Bündnissystemen und in der EWG schließlich realisiert wurde, nur durch den außerökonomischen politischen Druck, der die zeitweilige und relative Vereinigung erzwang, erklärt werden. Das innerimperialistische Kräfteverhältnis, das durch die Führungsrolle der USA strukturiert ist, sowie das internationale Kräfteverhältnis von Kapital und Arbeit schufen erst jene Bedingungen, die die Vereinheitlichung der imperialistischen Kräfte ermöglichten. So bedurfte es in den Nachkriegsjahren und in den fünfziger Jahren immer wieder eines starken Drucks von seiten der USA, um z. B. die französische Außenpolitik, die zunächst von der Illusion einer imperialistischen Autonomie «zwischen den Blöcken» getragen war, auf die Linie der Integrationspolitik zu bringen, obwohl das Scheitern des EVG-Projektes im Jahre 1954 schon klar die Grenzen dieser Einwirkungsmöglichkeiten aufgezeigt hatte.

Auch die Außenpolitik Großbritanniens orientierte sich vorerst an einer globalen strategischen Perspektive, deren Basis nicht Westeuropa, sondern das Commonwealth sein sollte. Erst das drastische Scheitern dieser Politik, die für Frankreich wie für Großbritannien durch das erfolgreiche Anwachsen der revolutionären Befreiungsbewegungen in den ehemaligen Kolonialgebieten zerschlagen wurde, führte Anfang der sechziger Jahre eine Umorientierung der britischen Politik auf die EWG herbei. Allerdings war die Wirtschaft des ehemaligen

---

<sup>3</sup> Daß die EWG daher zunächst von den kommunistischen Parteien als die «ökonomische Basis der NATO in Westeuropa» bezeichnet wurde, entsprach weniger einer «Standardideologie» (vgl. Die Kommunisten und der Gemeinsame Markt, Köln 1968, S. 16), als vielmehr einer ziemlich exakten Wiedergabe des Kerns der Adenauerschen Integrationskonzeption.

Weltreiches inzwischen so weit geschwächt, daß sich die britischen Regierungen eher in der Rolle des Bittstellers denn des selbstbewußten Partners wiederfanden. Demgegenüber erwies sich die Politik der BRD, die sich mit dem Ziel der Wiederherstellung der politischen und ökonomischen Macht des deutschen Imperialismus und der Zurückdrängung des Sozialismus – namentlich auf deutschem Boden – bedingungslos den Maximen und der Suprematie der US-Politik unterwarf, als die relativ erfolgreichste Strategie der Rekonstruktion, die der BRD schnell die Stellung eines ökonomischen «Gravitationszentrums» innerhalb Westeuropas sicherte.

Die Klammer, die letztlich diese divergierenden Zielvorstellungen immer wieder auf gemeinsame Positionen im Rahmen der «atlantischen» bzw. der «westeuropäischen» Partnerschaft vereinte, war die gemeinsame Frontstellung gegenüber den nationalen Arbeiterbewegungen und gegenüber den sozialistischen Staaten. Gerade für die Realisierung dieses – für die imperialistischen Kräfte – lebensnotwendigen Konsenses war die Unterordnung unter die Führungsrolle der USA unumgänglich; denn nur diese verfügten über die ökonomischen und militärischen Ressourcen, um diesen Kampf durchzuhalten. Insofern wirkte die anti-sozialistische Solidarität als eine wesentliche Triebkraft für die Überbrückung der innerimperialistischen Interessengegensätze, wie sie sich in den verschiedenen Bündnissystemen der Nachkriegszeit manifestierte.

Gleichwohl lassen auch diese politischen Interessenkonstellationen erkennen, daß sie letztlich durch den Zweck der allgemeinen Sicherung kapitalistischer Verwertungsbedingungen bestimmt sind; denn die weitere Expansion des Sozialismus hätte die Gefährdung der gesellschaftlichen Grundlagen kapitalistischer Systeme bedeutet. Die Tendenz zur Vereinheitlichung der imperialistischen Kräfte kann daher als die Durchsetzung der allgemeinsten, aber auch fundamentalsten gesellschaftlichen Interessen des Kapitals gegenüber den kurzfristigen national bestimmten Interessen gefaßt werden. Darüber hinaus erschließt sich die ökonomische Formbestimmtheit der verschiedenen politischen Rekonstruktionsstrategien und ihrer tendenziellen Vereinheitlichung in den fünfziger Jahren aus den internationalen Verwertungsbedingungen des Kapitals selbst: Der allgemeine Aufschwung der Nachkriegskonjunktur und die günstigen Bedingungen der Akkumulation bildeten die materielle Basis für die Möglichkeit eines «Interessenausgleichs»; denn die allgemeine Expansion der Nachfrage ließ den Kampf der verschiedenen nationalen Kapitale auf dem Weltmarkt, wie er für Phasen der Überakkumulation und der weltweiten Depression charakteristisch ist, in den Hintergrund treten.

Die Gründung der EWG reflektiert also einerseits die Anforderungen, die sich aus dem Prozeß der internationalen Vergesellschaftung der Produktion ergeben; andererseits ermöglicht die Integration, indem sie durch die Erweiterung des Wirtschaftsraumes, durch die Intensivierung der Konkurrenz, durch Spezialisierung der Produktion, durch Standortvorteile usw. unmittelbar die Verwertungsbedingungen des Kapitals verbessert, ein zeitweiliges Hinausschieben der Verwertungsschranken. Der kapitalistische Charakter dieses Aufschwungs besteht

jedoch darin, «daß Produktivkraftentwicklung als Voraussetzung und Mittel der Profitproduktion unabdingbar die Kapitalverwertung in Frage stellt, daß das Ziel der kapitalistischen Produktion ständig in Konflikt mit den zu seiner Verwirklichung angewendeten Mitteln gerät, daß die Entwicklung der produktivsten Kräfte der Gesellschaft unvermeidlich ihren kapitalistischen Ausdruck in einer sinkenden Tendenz der Profitrate findet».<sup>4</sup>

Für den Zusammenhang von Integrationsprozessen und Kapitalakkumulation folgt daraus, daß gerade mit den «Integrationserfolgen» die Bedingungen für die Desintegration produziert und reproduziert werden. Werden mit der Liberalisierung des Welthandels und der Beseitigung von zwischenstaatlichen Hindernissen des Warenaustausches im regionalen Rahmen neue Möglichkeiten für profitable Kapitalanlagen erschlossen, so tritt mit diesen neuen Möglichkeiten, aber auch mit diesen neuen Anforderungen an die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Kapitale, die aus den neuen Bedingungen der internationalen Konkurrenz resultieren, die ungleichmäßige Entwicklung der verschiedenen nationalen Kapitale als bestimmender Faktor der Kapitalverwertung und der Kapitalbewegung in den Vordergrund. Da die uneingeschränkte Öffnung der nationalen Märkte für die schwächeren, weniger produktiven Kapitale die Gefahr der Vernichtung relevanter nationaler Kapitalfraktionen nach sich zieht, wird die Überwindung der ungleichmäßigen Strukturen zum hauptsächlichen Ziel der Verwertungsstrategien, vor allem der weniger entwickelten nationalen Kapitale. Für die westeuropäischen Kapitale stellte sich diese Strategie stets in einem doppelten Zusammenhang dar: Auf der einen Seite waren die ungleichmäßigen Strukturen auf dem Weltmarkt durch das überlegene US-Kapital gekennzeichnet, dessen Macht sich vor allem durch die Direktinvestitionen\* in den EWG-Ländern Geltung verschaffte. Auf der anderen Seite war die ökonomische Dominanz des BRD-Kapitals in der EWG von Anfang an evident. Die Mittel, diese ungleichmäßigen Strukturen zu überwinden, bestanden – abgesehen von dem eher defensiven Festhalten an sog. «nichttarifären» Handelshemmnissen sowie in der Abwehr des Ausbaus und der Vertiefung einer gemeinschaftlichen Politik und ihrer institutionellen Absicherung – im forcierten Vorantreiben der nationalen Konzentration und Zentralisation des Kapitals und darüber hinaus in der aktiven Einbeziehung der ökonomischen Potenz der Nationalstaaten in diese Strategie des Ausgleichs bzw. der Überwindung ungleichmäßiger Strukturen. Damit mußten jedoch die Chancen für die Realisierung einer Integrationskonzeption, wie sie etwa den BRD-Regierungen vorgeschwebt hatte, nämlich die Schaffung binnenmarktähnlicher Verhältnisse und die Institutionalisierung eines supranationalen politischen Überbaus, vermindert werden; denn die nationale Kapitalzentralisation verhinderte letztlich die Herstellung binnenmarktähnlicher Strukturen und beeinträchtigte die Wettbewerbsfähigkeit des westeuropäischen Kapitals gegenüber dem US-Kapital. Schließlich förderte die stärkere Einbeziehung

---

<sup>4</sup> Heß, P.: Methodologische und theoretische Probleme der Imperialismusforschung, a.a.O., S. 194.

der nationalstaatlichen Regulierungsfunktionen in den Reproduktionsprozeß der nationalen Kapitale jene Kompetenzerweiterung der Nationalstaaten, an der die Programmatik der Supranationalität zerbrechen mußte.

Entscheidend für die weitere Entwicklung der EWG ist jedoch die Tatsache, daß die Akkumulation der nationalen Kapitale seit etwa Mitte der sechziger Jahre mit neuen Anforderungen und Widersprüchen konfrontiert ist.<sup>5</sup> Mit dem Abschluß der Rekonstruktionskonjunktur in den westeuropäischen Ländern sowie mit dem Überschreiten des Höhepunktes des langen Zyklus der weltweiten Nachkriegskonjunktur verlieren jene Ursachen an Wirksamkeit, die in dieser Phase dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenwirkten. Angesichts des hohen Grades der Kapitalfixierung, der insbesondere in den technologisch fortgeschrittensten Zweigen erreicht ist, wird es schwieriger, jenen Zwängen zu begegnen, die von der Entfaltung der Widersprüche des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate ausgehen, zumal durch die nationalen Zentralisationsprozesse und durch eine staatliche «wachstumsorientierte» Industriepolitik die Überakkumulation im Rahmen der EWG noch befördert wurde.<sup>6</sup> Da sich aber im Verlaufe der fünfzehnjährigen Entwicklung der EWG keine reale Verschmelzung der nationalen Volkswirtschaften und keine Harmonisierung der einzelstaatlichen Politiken vollzogen hat, da trotz der Intensivierung des Warenaustausches auf der Ebene der Kapitalstrukturen der nationale Rahmen und die Ungleichmäßigkeit der sozialökonomischen Strukturen vielmehr weitgehend erhalten geblieben sind, scheidet die Möglichkeit einer gemeinsamen Politik zur Bewältigung dieser Krisenmomente als reale Perspektive derzeit aus.

Jeder Staat ist hingegen darum bemüht, die bestehenden institutionellen Strukturen der EWG zum Zwecke der nationalen Interessenwahrung, d. h. der Abwälzung der Folgen der nationalen und internationalen Überakkumulation, zu instrumentalisieren, was unvermeidlich zur labilen Kompromißbildung sowie zur institutionellen Stagnation in der EWG führen mußte. So scheinen sich in den gegenwärtigen Beziehungen innerhalb der EWG sowie zwischen Westeuropa und den USA jene Widersprüche zu reproduzieren, die H. Großmann schon 1929 – also zu Beginn der Weltwirtschaftskrise – als notwendiges Resultat kapitalistischer Akkumulation bestimmt hatte:

«Neben dem verschärften Lohndruck und Klassenkampf gegen die Arbeiterklasse zeitigt die Kapitalakkumulation einen immer vernichtenderen Konkurrenzkampf der kapitalistischen Staaten untereinander, eine fortwährende Revolutionierung der Technik, «Rationalisierung», Taylorisierung oder Fordisierung der Wirtschaft der führenden kapitalistischen

---

5 So sprechen die französischen Autoren des Buches «Der staatsmonopolistische Kapitalismus» (a. a. O., S. 73 ff.) vom «Beginn einer Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus».

6 «In der ganzen bisherigen Geschichte des Kapitalismus gab es keine so lange Periode mit so intensiver Investitionstätigkeit zur Erweiterung des fixen Kapitals wie die Nachkriegszeit» (Manukjan, A.: Einige Veränderungen in den Entwicklungsbedingungen der kapitalistischen Länder. In: Sowjetwissenschaft 1 (1974), S. 17–32, hier S. 22).

Mächte, um immer wieder durch den technischen und organisatorischen Vorsprung auf dem Weltmarkt die Überlegenheit zu behaupten; andererseits eine verschärfte Schutz-zollpolitik der wirtschaftlich zurückgebliebenen Länder, die im Abschluß nach außen ein Abwehrmittel gegen die Überlegenheit der kapitalistischen Leviathane zu haben glauben.»<sup>7</sup>

Da Großmann die dem Fall der Profitrate entgegenwirkenden Ursachen unterschätzte und jene Möglichkeiten zum Hinausschieben der Verwertungsschranken, wie sie durch das Monopol und die staatsmonopolistische Regulierung erschlossen wurden, nicht zu begreifen vermochte, konstruierte er ein mechanisches Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems. Gleichwohl lassen die gegenwärtigen weltweiten Krisenerscheinungen dieses Systems erkennen, daß jene Mittel, die dem Kapital gemäß seiner eigenen Logik der Profitproduktion zur Verfügung stehen, um dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenzuwirken, notwendig einen verstärkten Druck auf die individuellen und gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen der Ware Arbeitskraft, einen Wettlauf um die Zentralisation des Kapitals und um die Steigerung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit und eine Verschärfung der Konkurrenz auf den internationalen Märkten nach sich ziehen.<sup>8</sup> Indem die Kapitalverwertungsstrategien unter diesen Voraussetzungen immer mehr darauf angewiesen sind, die Mehrwertrate durch die Intensivierung der Arbeit zu steigern, die ökonomischen Aktivitäten des Staates auf die Sicherung der Profitproduktion zu orientieren und Positionen auf den internationalen Märkten zu erkämpfen bzw. auszubauen, wirken diese selbst als ein wesentlicher Faktor, der einerseits die ökonomische Labilität des gesamt-kapitalistischen Systems noch erhöht, andererseits den gesellschaftlichen Gegensatz von Kapital und Arbeit bis zur offenen politischen Konfrontation der Klassenkräfte treibt.

Sosehr sich in den Formen der Klassenauseinandersetzungen, die sich seit Ende der sechziger Jahre in allen hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften verschärft haben, auch die jeweils nationalen Besonderheiten der Kapitalakkumulation, der Tradition und Organisationsstruktur der Arbeiterbewegung sowie des Reifegrades des Klassenbewußtseins reflektieren, so muß doch der allgemeine Charakter dieser Erscheinungen im Zusammenhang

---

7 Großmann, a.a.O., S. 438.

8 «Die aus der immensen Kapitalvernichtung des Zweiten Weltkrieges hervorgegangene Rekonstruktionskonjunktur, die nur von einigen kurzen rezessiven Phasen unterbrochen worden war, führte zu Beginn der sechziger Jahre zu einem allmählichen Abflachen des Produktionsanstieges und erreichte in den Jahren 1966/67 einen Wendepunkt. Die akkumulierten Kapitalmassen stießen in den einzelnen Ländern auf immer unelastischere Grenzen des jeweiligen inneren Marktes und erzwangen einen steigenden Waren- und Kapitalexport. Damit verschärfte sich die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zusehends. Das Ende der Rekonstruktionsphase äußerte sich in einem deutlichen Absinken der durchschnittlichen Profitrate. Von dieser Situation wurden die kapitalschwächeren der hochentwickelten kapitalistischen Länder besonders hart betroffen» (Albers u. a.: Klassenkämpfe..., a.a.O., S. 15).

der internationalen Vergesellschaftung des kapitalistischen Systems gesehen werden. In ihm kommt eben der allgemeine Druck auf die Verwertungsbedingungen zum Ausdruck, dem unter kapitalistischen Verhältnissen immer auch durch Druck auf die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft begegnet werden muß. Insofern stehen heute die Arbeiterbewegungen in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten – trotz ihres unterschiedlichen Entwicklungsniveaus – vor tendenziell ähnlichen Aufgaben. So geht es in den ökonomischen Auseinandersetzungen und den Massenkämpfen der Arbeiterklasse einmal darum, auf betrieblicher Ebene einer Intensivierung der Arbeit sowie den verschiedenen Versuchen zur Senkung des Preises der Arbeitskraft entgegenzuwirken. In Westeuropa, in den USA wie in Japan ist die Arbeiterbewegung heute gezwungen, angesichts der allgemeinen inflationären Preisbewegung um die Erhaltung der Realeinkommen zu kämpfen. Darüber hinaus erfordert die Sicherung der – staatlich organisierten – gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft (Bildung und Ausbildung, medizinische Versorgung, Raumordnung, Erholung usw.), die immer mehr an Bedeutung gewinnen und außerhalb der unmittelbaren Kapitalverwertungszusammenhänge stehen, die Orientierung der Klassenkämpfe auf die Veränderung der Politik des bürgerlichen Staates selbst. Diese Kämpfe verbinden sich mehr und mehr mit der Abwehr der verschiedenen Versuche, die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen politisch und rechtlich zu disziplinieren, um auf diese Weise – z. B. durch staatliche Einkommenspolitik, Einschränkung der Tariffreiheit und des Streikrechts, Illegalisierung und ideologische Kriminalisierung von politischen Organisationen der Arbeiterbewegung – dem Klassenkampf und der breiten Entwicklung von Klassenbewußtsein entgegenzuwirken.

Dennoch bleiben diese Gegenstrategien, die sich immer unverhohlener als offene Gewaltanwendung gegen die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterbewegung artikulieren, in die Logik jener Verwertungszwänge eingespannt, wie sie sich angesichts der allgemeinen Überakkumulationstendenz im nationalen wie im internationalen Rahmen stellen. Insofern wird ihre Effektivität durch das Anwachsen der Streikkämpfe und durch den zunehmenden Einfluß der Arbeiterbewegung selbst eingeschränkt. Die soziale, politische und ideologische Polarisierung der Klassenkräfte, die noch in der «Blüteperiode» der fünfziger Jahre als historisch ein für allemal überwunden propagiert wurde, gehört mit zu den wichtigsten Erscheinungen jener fundamentalen Widersprüche, die mit dem Überschreiten des Höhepunktes der Rekonstruktionskonjunktur und des langen Nachkriegszyklus aufgebrochen sind. In einigen hochentwickelten kapitalistischen Ländern – wie z. B. in Frankreich – ist daher die Perspektive einer grundlegenden politischen und ökonomischen Veränderung des Kräfteverhältnisses von Kapital und Arbeit im Sinne einer antimonopolistischen Demokratie wieder real geworden.

Für die weitere Perspektive der EWG gewinnen die nationalen Klassenaueinandersetzungen wachsende Bedeutung, zumal die ursprünglichen Integrationskonzeptionen von der Vision einer transnationalen sozialen Harmonisierung

ausgegangen waren.<sup>9</sup> Vom Standpunkt bürgerlicher Ideologien müssen die ökonomischen und gesellschaftspolitischen Kämpfe der Arbeiterbewegungen in den einzelnen Mitgliedsländern als ein Faktor erscheinen, der die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Kapitale in der westeuropäischen wie in der Weltmarkt-Konkurrenz erheblich beeinträchtigt und die allgemeine Instabilität noch potenziert.<sup>10</sup> Vom Standpunkt der objektiven Interessen der Lohnabhängigen hingegen und ihrer Organisationen bedeutet der Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen sowie um die Erweiterung demokratischer Rechte als integraler Elemente eines Kampfes um die grundlegende Veränderung gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse ein Durchbrechen der naturwüchsigen Gesetze kapitalistischer Akkumulation, eine Einschränkung jener Kapitalverwertungsstrategie, die darauf angewiesen ist, dem tendenziellen Fall der Profitrate durch die Intensivierung und Disziplinierung der Arbeit entgegenzuwirken.

Damit zielt dieser Kampf letztlich auch darauf, die internationale Zentralisation des Kapitals, wie sie sich heute in der Aktivität der internationalen Konzerne darstellt, sowie die supranationale politische Machtkonzentration kapitalistischer Interessen, wie sie nach der Konzeption der Supranationalität für die EWG intendiert war, mit einer Gegenmacht zu konfrontieren. So zeigt sich, daß die innere Widersprüchlichkeit der EWG, für die nicht erst heute, sondern seit 1965 das Wort von der Krise geläufig geworden ist, nicht nur auf die allgemeinen Akkumulationstendenzen kapitalistischer Produktion und die ungleichmäßigen sozialökonomischen Interessen der Nationalstaaten zurückzuführen ist, sondern daß jene Widersprüchlichkeit selbst noch die sozialen Kräfte vorantreibt, die eine reale historische Alternative zur kapitalistischen Integration durchzusetzen vermögen.

---

9 Die Versuche, nunmehr der EWG mit dem Attribut einer «Sozialunion» eine neue Perspektive und neue ideologische Attraktivität zu verleihen, wie sie vor allem von Seiten der Sozialdemokratie der BRD unternommen werden, reflektieren insofern die realen sozialen Widersprüche, die durch die EWG-Entwicklung nicht harmonisiert, sondern vertieft wurden.

10 So z. B. Uri u. a.: Bericht..., a.a.O., Band 2, 3./S. 69-71.

## Über die Verfasser

**Frank Deppe:** Geb. 1941; Professor für Politikwissenschaft an der Universität Marburg. Veröffentlichungen u. a.: Kritik der Mitbestimmung (1969) / Verschwörung, Aufstand und Revolution (1970) / Die neue Arbeiterklasse (1970) / Das Bewußtsein der Arbeiter (1971) / EWG und Arbeiterbewegung (1975).

**Wilhelm M. Breuer:** Geb. 1944; Studium der Sozialwissenschaften in Tübingen, Köln und Marburg; Diplom 1967, Promotion 1973. Veröffentlichungen u. a.: Sozialismus in Kuba (1973).

**Albert Engelhard:** Geb. 1949; Studium der Politikwissenschaft und Geschichte in Marburg, Staatsexamen 1974. Studienreferendar.

**Dietmar Goralczyk:** Geb. 1950; Studium der Soziologie, Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Marburg; Magisterprüfung 1973, Doktorand und Lehrbeauftragter. Veröffentlichung: Möglichkeiten und Grenzen der ökonomischen Integration kapitalistischer Staaten. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12/1972.

**Joachim Lau:** Geb. 1945; Studium der Rechtswissenschaften in Gießen und Marburg, Staatsexamen 1973. Gerichtsreferendar. Veröffentlichung: Europäisches Wettbewerbsrecht und Unternehmenskooperation. In: Demokratie und Recht, Heft 3/1974.

**Hermann Lenke:** Geb. 1942; Verwaltungsangestellter, Höhere Fachschule, 1965–1967 Sozialarbeiter, Studium der Soziologie und Politikwissenschaft an den Universitäten Hamburg und Marburg.

**Werner Michel:** Geb. 1942; Verwaltungsangestellter, Studium der Politikwissenschaft und Geschichte in Bonn und Marburg, Staatsexamen 1974. Studienreferendar.

**Hanne Nusimé:** Geb. 1949; Studium der Politikwissenschaft und Romanistik in Marburg, Staatsexamen 1974. Studienreferendarin.

**Erhard Sanio:** Geb. 1949; Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte in Marburg, Magisterprüfung 1972, Doktorand.

**Focko Siebels:** Geb. 1950; Studium der Soziologie und Politikwissenschaften in Marburg, Diplomprüfung 1975.

**Albert Statz:** Geb. 1946; Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Wirtschafts- und Sozialgeschichte und des Völkerrechts in Berlin (West) und Marburg, Diplomprüfung 1972, Doktorand und Lehrbeauftragter.

**Detlev Sträter:** Geb. 1949; Student der Soziologie und Politikwissenschaft in Marburg.

**Ulrich Wacker:** Geb. 1950; Student der Politikwissenschaft und Geschichte in Marburg.

# Auswahlbibliographie

## 1. Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Statistiken Dokumentationen

- Bulletin der EWG. 1958–1967; ab 1961 monatlich; mit Sonderbeilagen.  
Bulletin der EG. 1967 ff.; monatlich, mit Sonderbeilagen.  
Europa. Dokumente zur Frage der europäischen Einigung, hg. vom Forschungs-  
institut der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik. München 1962, 3 Bde.  
Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Gesamtbericht über die  
Tätigkeit der EGKS. (Nr. 1–15, 1953–1967).  
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Gesamtbericht über die Tätigkeit der  
EWG. (Nr. 1–10, 1958–1967).  
Europäische Gemeinschaften (EG) – Kommission. Gesamtbericht über die Tätigkeit  
der Gemeinschaften; Nr. 1 ff. 1968 ff.).  
Europa-Recht. Verträge und Erklärungen zur Gründung der Europäischen Gemein-  
schaften, Abkommen über gemeinsame Organe, Satzung des Europarates, Men-  
schenrechtskonvention. Textausgabe – Einführung von E. Steindorff. München  
1972 (Beck-Texte).  
H. von der Groeben/H. von Boeckh: Handbuch für die europäische Wirtschaft. Ba-  
den-Baden. Loseblattsammlung. 14 Bände.  
Th. Jansen/W. Weidenfeld: Europa. Bilanz und Perspektive. Mainz 1973.  
Statistisches Amt der EG (SAEG). Luxemburg/Brüssel. Allgemeine Statistik; ab  
1969, monatlich.  
SAEG: Statistische Grundzahlen der Gemeinschaft. 12. Aufl. Luxemburg/Brüssel  
1972.  
H. von Siegler: Dokumentation der europäischen Integration. Bd. 2. 1961–1963.  
Bonn/Wien/Zürich 1964.  
H. von Siegler: Dokumentation der europäischen Integration 1946–1961, unter  
besonderer Beachtung des Verhältnisses EWG-EFTA. Bonn/Wien/Zürich 1961.

## 2. Bibliographien

- The European Bibliography. Compiled by the European Cultural Centre Geneva.  
Hg. von H. Pehrsson/H. Wulf. Leyden 1965.  
Europäische Gemeinschaften: Katalog der Veröffentlichungen 1952–1971. Bd. 1.  
Brüssel/Luxemburg 1972 (Bulletin der EG-Sonderbeilage).  
Europäische Integration. Auswahlbibliographie. Bonn: Wissenschaftliche Abteilung  
des Deutschen Bundestages. 1967.  
Europäische Integration. Auswahlbibliographie. Bearbeitet v. K. Kujath (Beilage  
zur Zeitschrift EG – Europäische Gemeinschaft, Nr. 1 ff., ab Oktober 1974).  
B. Kohler/R. Nagel: Die Zukunft Europas. Ausgewählte Bibliographie zur zukünftigen  
Entwicklung Europas. Köln 1968.  
G. Zellentini: Bibliographie zur Europäischen Integration. Köln 1965 (3. Aufl.  
1970).

### 3. Zeitschriften

- Europa-Archiv, hg. von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Bonn.  
Europarecht, hg. v. B. Börner u. a. München.  
Europa-Union, hg. von der Europa-Union Deutschland. Bonn.  
Europäische Gemeinschaft, hg. von der Kommission der EG. Köln.  
Integration. Vierteljahreshefte zur Europaforschung, hg. von der Kommission der EG, Brüssel.  
IPW-Berichte. Hg. Institut für Internationale Politik und Wirtschaft. Berlin (DDR).  
Journal of Common Market Studies. London.  
Révue du Marché Commun. Paris.

### 4. Weltmarktentwicklung, internationale Kapitalbewegung

- E. Altvater: Die Weltwährungskrise. Frankfurt/M. 1969.  
H. Askenazy: Les grandes sociétés européennes. Bruxelles 1971.  
Autorenkollektiv: Der staatsmonopolistische Kapitalismus. Frankfurt/M. 1972.  
C. von Braummühl: Weltmarktbeziehung des Kapitals. Imperialismus und Staat.  
In: Probleme einer materialistischen Staatstheorie. Frankfurt/M. 1973, S. 11-91.  
C. von Braummühl: Kapitalakkumulation im Weltmarkt-Zusammenhang. In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie I. Hg. v. H.-G. Backhaus u. a. Frankfurt/M. 1974, S. 30-51.  
M. Z. Brooke/H. L. Remmers: The Strategy of Multinational Enterprise. London 1970.  
N. Bucharin: Imperialismus und Weltwirtschaft. Wien/Berlin 1929.  
K. Busch u. a.: Weltmarkt und Weltwährungskrise. Bremen 1971.  
K. Busch: Die multinationalen Konzerne. Zur Analyse der Weltmarktbeziehung des Kapitals. Frankfurt/M. 1974.  
CEPES/RKW: Grenzüberschreitende Unternehmenskooperation in der EWG. Stuttgart 1968.  
J. P. Delilez: Les Monopoles. Paris 1972.  
H. Großmann: Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems. Leipzig 1929.  
R. Gündel: Beziehungen zwischen Außenhandel, Kapitalverwertung und Wachstum. In: Außenwirtschaft und Wachstum. Theoretische Probleme des ökonomischen Wachstums im Sozialismus und Kapitalismus. Bd. 3. Hg. von G. Kohlmeier. Berlin (DDR) 1968.  
R. Gündel/K. Nehls: Zur Wirkungsweise des Gesetzes der ungleichmäßigen, sprunghaften ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder. In: Aktuelle Probleme des Imperialismus. DWI-Forschungshefte (Berlin-DDR), Nr. 1/1970, S. 37-64.  
R. Hellmann: Weltunternehmen - nur amerikanisch? Baden-Baden 1970.  
Ph. Herzog: Nouveaux développements de l'internationalisation du capital. In: Economie et Politique. Heft 1/1971, Nr. 198.  
H. Hesse: Strukturwandlungen im Welthandel. 1950-1960/61. Tübingen 1967.  
R. Hilferding: Das Finanzkapital. 2 Bde. Frankfurt/M. 1973.  
W. Huppert: Internationale Industriekonzerne. Berlin (West) 1966.

- Ch. Kindleberger (ed.): The International Corporation. Cambridge, Mass./London 1970.
- G. Kohnmeier: Karl Marx' Theorie von den internationalen Werten. In: Probleme der Politischen Ökonomie. Bd. 7 (Dtsch. Akademie d. Wiss.). Berlin (DDR) 1964, S. 18-77.
- Kommission der EG: Der Aufbau eines Europäischen Kapitalmarktes («Ségré-Bericht»). Brüssel 1966.
- Kommission der EG: 1. Bericht über die Entwicklung der Wettbewerbspolitik. Brüssel/Luxemburg 1972. 2. Bericht über die Entwicklung der Wettbewerbspolitik. Brüssel/Luxemburg 1973. 3. Bericht über die Entwicklung der Wettbewerbspolitik. Brüssel/Luxemburg 1974.
- W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. 1. Berlin (DDR) 1964, S. 763-873.
- Ch. Levinson: Inflation - das weltweite Phänomen. Hamburg 1972.
- E. Mandel: Der Spätkapitalismus. Frankfurt/M. 1972.
- Nations Unies (UNO): Les sociétés multinationales et le développement mondial. New York 1973.
- K. Nehls: Kapitalexport und Kapitalverflechtung. Frankfurt/M. 1970.
- K. Nehls: Internationale Konzerne. Monopolmacht. Klassenkampf. IPW-Forschungshefte (Berlin-DDR). Nr. 1/1973.
- Chr. Neusüß: Imperialismus und Weltmarktbewegung des Kapitals. Erlangen 1972.
- R. Regul/H. Wolf: Das Bankwesen im größeren Europa. Baden-Baden 1974.
- S. Rolfe/W. Damm: Die multinationale Unternehmung in der Weltwirtschaft. Baden-Baden 1971.
- H.-E. Scharrer (Hg.): Förderung privater Direktinvestitionen. Hamburg 1972.
- H. Tammer: BRD-Monopole auf Kurs zu internationalen Dimensionen. IPW-Forschungshefte (Berlin-DDR). Nr. 4/1973.
- Ch. Tugendhat: Die Multinationale Konzerne beherrschen die Welt. Wien/Zürich/München 1972.
- R. Vernon: Sovereignty at Bay. New York 1971.

## 5. Westeuropäische Integration nach 1945

- K. Adenauer: Erinnerungen. 4 Bde. Frankfurt/M. u. Hamburg 1968-1970.
- D. Albers u. a.: Klassenkämpfe in Westeuropa. Reinbek bei Hamburg 1971.
- A. Albonetti: Vorgeschichte der Vereinigten Staaten von Europa. Baden-Baden/Bonn 1961.
- H. Berg: Zur Funktionsfähigkeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Göttingen 1972.
- Bericht der ad-hoc-Gruppe für die Prüfung der Frage einer Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments («Vedel-Bericht»). Brüssel 1972.
- R. Dahrendorf: Plädoyer für die Europäische Union. München/Zürich 1973.
- G. R. Denton (ed.): Economic Integration in Europe. London 1969.
- W. Diebold: The Schuman-Plan. A Study in Economic Cooperation 1950-1959. New York 1959.
- W. Elsner: Die EWG. Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften. Köln 1974.

- F. Franzmeyer/B. Seidel: Wirtschaftspolitische Prioritätsunterschiede in der EG als Hindernisse für die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion und Instrumente zu ihrer Überwindung. Berlin (West) 1973.
- J. Galtung: Kapitalistische Großmacht Europa oder die Gemeinschaft der Konzerne? Reinbek bei Hamburg 1973.
- H. von der Groeben/E. J. Mestmäcker (Hg.): Ziele und Methoden der westeuropäischen Integration. Frankfurt/M. 1972.
- R. Gündel u. a.: Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Berlin (DDR) 1965.
- E. B. Haas: The Uniting of Europe. Stanford, Cal. 1958.
- W. Hallstein: Die Europäische Gemeinschaft. Düsseldorf/Wien 1973.
- R. Hellborn: Der westdeutsche Imperialismus erobert Westeuropas Markt. Berlin (DDR) 1963.
- G. Hinkel: Die «Auslandshilfe» der USA. Berlin (DDR) 1972.
- W. Hofmann: Europa-Markt und Wettbewerb. Berlin (West) 1959.
- Institut f. internationale Beziehungen (Hg.): Westeuropa. Politik, Ökonomie. Deutsche Außenpolitik. Berlin (DDR). 18 Jg., Sonderheft 1973.
- Institut f. marxistische Studien und Forschungen (Hg.): EWG/EG. Dokumente – Statistiken – Analysen. Frankfurt/M. 1974.
- W. Jeserich: Der Konflikt zwischen EWG und EFTA. Köln/Berlin 1963.
- K. Kaiser: Die europäische Herausforderung und die USA. München 1973.
- Ch. P. Kindleberger: Europe's Postwar Growth. Cambridge, Mass. 1967.
- A. W. Kirsanow: Die USA und Westeuropa. Berlin (DDR) 1968.
- D. Klein: Staatsmonopolistische Programmierung in der EWG. Berlin (DDR) 1965.
- M. Kohnstamm/W. Hager (Hg.): Zivilmacht Europa. Supermacht oder Partner. Frankfurt/M. 1973.
- Kommission der EWG (Hg.): Bericht über die wirtschaftliche Lage der Gemeinschaft («Uri-Bericht»). Brüssel 1958.
- Kommission der EG: Zur Industriepolitik der Gemeinschaft. Brüssel 1970.
- Kommission der EG: Bericht über die regionalen Probleme in der erweiterten Gemeinschaft. Brüssel 1973.
- H. R. Krämer: Die Europäische Gemeinschaft. Stuttgart/Berlin/Mainz 1974.
- W. W. Kretzschmar: Auslandshilfe als Mittel der Außenwirtschafts- und Außenpolitik. München 1964.
- D. Läufer: Krisen in den Europäischen und Atlantischen Organisationen. Berlin (West) 1974.
- L. Lister: Europe's Steel and Coal Community – An Experiment in Economic Union. New York 1960.
- H. Macmillan: Erinnerungen. Frankfurt/M./Berlin 1972.
- P. Maillot u. a.: Die EWG im Ausbau. Baden-Baden 1972.
- E. Mandel: Die EWG und die Konkurrenz Europa – Amerika. Frankfurt/M. 1968.
- A. Müller-Armack: Auf dem Weg nach Europa. Tübingen/Stuttgart 1971.
- J. et C. Nème: Economie Européenne. Paris 1970.
- A. Predöhl/H. Jürgensen: Europäische Integration. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Bd. 3. Tübingen/Göttingen 1961, S. 371–386.
- F. Rische (Hg.): Arbeiterklasse und EWG. Frankfurt/M. 1974.
- W. Röpke: Gemeinsamer Markt und Freihandelszone. In: Ordo. 10. Bd. (1958), S. 31–62.
- R. Sannwald/J. Stohler: Wirtschaftliche Integration. Basel/Tübingen 1958.

- A. Sattler: Die Europäischen Gemeinschaften an der Schwelle zur Wirtschafts- und Währungsunion. Tübingen 1972.
- P.-H. Spaak: Memoiren eines Europäers. Hamburg 1969.
- P. Uri u. a.: Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit der EG. 2 Bde. Brüssel 1971.
- Regionale Verflechtung der BRD. Schriften d. Forschungsinstituts d. Dtsch. Gesellschaft f. auswärtige Politik. Bd. 33. München/Wien 1973.
- G. Ziebur: Die deutsch-französischen Beziehungen. Pfullingen 1970.

## 6. Internationales Währungssystem – Wirtschafts- und Währungsunion

- H. Bachmann: Europäische Verhaltensweisen gegenüber dem Trend zu einem Welt-Dollar-Standard. In: Außenwirtschaft (Zürich/St. Gallen). 23. Jg. 1968, S. 201 bis 240.
- K. H. Domdey/H. D. Kühne: Die chronische Krise des kapitalistischen Währungssystems. Frankfurt/M. 1972.
- D. Gehrman/S. Harmsen: Monetäre Integration in der EWG. Hamburg 1972.
- W. Hankel: Währungspolitik, Geldwertstabilität, Währungsintegration und Sparschutz. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971.
- R. Hellmann (Hg.): Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Baden-Baden 1972.
- B. Kohler/G. Schlager: Wirtschafts- und Währungsunion für Europa. Bonn 1971.
- H. Möller: Das Ende einer Weltwährungsordnung? München 1972.
- A. Müller-Armack u. a.: Stabilität in Europa. Strategien und Institutionen für eine europäische Stabilitätsgemeinschaft. Düsseldorf/Wien 1971.
- H. E. Scharer: Monetäre Integration in der EWG – Initiativen und Probleme. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. (Tübingen) 16. Jg. (1971), S. 74–93.
- R. Triffin: Gold and the Dollar Crisis. New Haven 1960.
- H. Willgerodt: Voraussetzungen einer europäischen Währungsunion. In: Ordo, Bd. 23 (1972), S. 51–79.

## 7. Wettbewerbspolitik

- O. F. Gamm: Das Kartellrecht im EWG-Bereich. In: Kartellrundschau. Köln, Heft 3/1961.
- W. Garcein: Kooperationsrecht nach nationalem und EWG-Recht. In: Kooperation und Konzentration im Gemeinsamen Markt. II. Kartellrechtsforum Brüssel 1967. Köln o. J., S. 35–52.
- F. Hellwig: Forschungs- und Technologiepolitik der europäischen Gemeinschaft. In: Gemeinschaftsrecht und nationale Rechte, hg. v. Institut für das Recht der europäischen Gemeinschaften. Köln 1971, S. 1–24.
- Kommission der EG: Erster Wettbewerbsbericht der Kommission. Brüssel 1972. Zweiter Wettbewerbsbericht der Kommission. Brüssel 1973.
- E. J. Mestmäcker: Europäisches Wettbewerbsrecht. München 1974.
- E. Salin u. a.: Notwendigkeiten und Gefahren der wirtschaftlichen Konzentration in nationaler und internationaler Sicht. Basel/Tübingen 1969.

F. Silcher: Unternehmensgröße und Wettbewerb im Lichte der Integration. In: Kooperation und Konzentration im Gemeinsamen Markt. II. Kartellrechtsforum Brüssel 1967. Köln o. J., S. 16-29.

## 8. Agrarmarkt und Agrarpolitik

F. Baade/F. Fendt: Die deutsche Landwirtschaft im Ringen um den Agrarmarkt Europas. Baden-Baden 1971.

E. Engel (Hg.): Die Agrarwirtschaft im Gemeinsamen Markt. Hamburg/Berlin (West) 1957.

E. Freisberg: Die Grüne Hürde Europas. Köln/Opladen 1965.

E. Gerhardt/P. Kuhlmann (Hg.): Agrarwirtschaft und Agrarpolitik. Köln/Berlin (West) 1969.

J. Kleinsorge u. a.: Monopolkapitalistische vertikale Integration der Landwirtschaft. In: IPW-Berichte (Berlin-DDR). Heft 5/1972.

Kommission der EG: Memorandum zur Reform der Landwirtschaft in der EWG. Brüssel 1969 (Sonderbeilage zu Heft 1/1969 des Bulletin der EG).

U. v. Pufendorf/G. Gather (Hg.): Grundfragen der Weltagrarentwicklung. Opladen 1972.

E. Rechtziegler: Neue Entwicklungstendenzen in der Landwirtschaft der kapitalistischen Staaten. Berlin (DDR) 1968.

Zur Reform der Agrarpolitik der EWG. Hiltrup 1973 (Gutachten des wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten).

SAEG: Agrarstatistisches Jahrbuch. Brüssel (jährlich).

H. J. Tauscher: Die staatsmonopolistische Regulierung des EWG-Agrarmarktes. In: DWI-Berichte. Berlin (DDR), Heft 6/1970.

H. J. Tauscher: Die Krise des EWG-Agrarmarktes und das Dilemma der staatsmonopolistischen Agrarstrukturpolitik. In: DWI-Berichte. Berlin (DDR), Heft 2/1972.

H. Thimm/M. Besch: Die Nahrungswirtschaft. Hamburg/Berlin 1971 (Schriftenreihe Agrarpolitik und Marktwesen, Heft 12).

## 9. Forschungs- und Technologiepolitik

E. Bräuer u. a.: Westeuropäische imperialistische Zusammenschlüsse und Rivalitäten in der Forschungs- und Entwicklungspolitik. Potsdam/Babelsberg 1973. Forschungsbericht der Bundesregierung. Bonn (Nr. I, 1965; Nr. II, 1967; Nr. III, 1969; Nr. IV, 1972).

Kommission der EG: Ziele und Mittel einer gemeinsamen Politik auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung und der technologischen Entwicklung. Brüssel 1972 (Beilage zum Bulletin der EG. Heft 6/1972).

Ch. Layton: Technologischer Fortschritt für Europa. Köln 1969.

V. Nikolajew: Forschung und Entwicklung im Imperialismus. Berlin (DDR) 1972.

J.-J. Servan-Schreiber: Die amerikanische Herausforderung. Reinbek bei Hamburg 1970.

K.-H. Standke: Europäische Forschungspolitik im Wettbewerb. Baden-Baden 1970.

# Sachregister

- Agrarmarkt, Agrarpolitik 262, 294, 338 ff., 360 ff.
- Arbeiterbewegung 13, 36, 52, 110, 117, 118, 129 f., 153, 185, 200, 215, 282 f., 311
- Arbeitsmarkt 155 f., 209 ff., 218, 225, 351, 375 f.
- Außenhandel 17, 39 f., 44 ff., 155 ff., 178 f., 180, 181, 186 ff., 243, 276
- Befreiungsbewegungen, antikoloniale 36, 117, 172, 278
- Bilateralismus 264, 393 f., 396, 417
- Binnenmarkt 92, 141, 143, 155, 169, 177, 180, 182, 183, 196, 207, 221, 243, 248 f., 280, 315, 330
- Disproportionen, regionale 214, 256 f.
- , sektorale 214, 228, 255 f., 267, 347, 368
- EFTA 162 ff., 173
- Europaideologie 115, 128, 153, 236, 237 ff.
- Europarat 122
- EURATOM 151 ff., 172, 385, 390, 394, 395, 410 ff.
- Forschungs- und Technologiepolitik 264, 377 ff.
- GATT 35, 41, 118, 233, 242, 263, 274
- Gemeinschaftsinteresse 260 ff., 265, 273, 337, 415 f.
- Inflation 170, 209, 288, 305
- Integration, globale 37 ff., 43, 114, 118, 164
- , regionale 44, 87 f., 116, 122, 133, 173, 179, 180, 240, 277
- , sektorale 138, 150, 152, 242
- Integrationstheorie 152, 175 ff., 237 ff.
- IWF 35, 41, 118, 233, 242, 274, 285 ff., 305
- Kalter Krieg, Systemkonkurrenz 35 f., 116, 117, 118, 125, 160, 172, 216, 234, 265, 286
- Kapitalexport 32, 47 ff., 61 ff., 183, 196 ff., 243 f., 276
- Kapitalkonzentration 40, 46, 52 ff., 87 ff., 131, 132, 133, 146, 180, 184, 201, 230, 245, 249, 252 ff., 280, 313, 330 ff., 381, 386, 396 ff., 416
- Kapitalmarkt 75 ff., 204 ff.
- Kapitalverwertung 33, 51, 56, 133, 135, 141, 143, 144, 151, 155, 158, 170, 181, 185, 195, 206, 215 f., 232 f., 234, 244, 258, 276, 280, 288, 347, 349, 378
- Kartelle 54, 131, 133, 134, 139, 144, 145, 147, 149, 315 f.
- Koexistenz, friedliche 264
- Konjunkturpolitik 148 f., 182, 271 f., 293
- Konkurrenz, zwischenstaatliche 116 f., 122, 127, 136, 164 ff., 180, 181, 182, 203, 206, 213, 225, 228, 232, 237, 261 f., 264, 270, 275, 287, 295 f., 308, 330, 337, 361, 362 ff., 369 f., 390, 395
- Konzerne, internationale 46, 58 ff., 97 ff., 204, 231, 245, 284, 396 ff.
- Kreditsystem 22 ff., 72 ff., 288, 303, 355
- Krise 34, 37, 149 f., 156, 236, 247 f., 250, 264, 280 f.
- Marshall-Plan 112, 117, 118 ff.
- Montanunion (EGKS) 123 ff., 160, 172, 242, 278, 314
- Nationalstaat 24 ff., 35, 56, 110, 111, 115 f., 123, 126, 133, 136, 140, 148, 151, 159, 170, 171, 183, 209, 216, 233, 245, 250, 254, 258, 266 f., 281, 397
- NATO 117, 118, 122, 124, 173, 233, 278
- OEEC (OECD) 114, 118 ff., 153, 154, 160, 162, 172, 277, 290
- Produktivität 129 f., 221 f., 228, 230, 254, 352
- Produktivkraftentwicklung 41 f., 109, 155, 182, 213, 215 f., 226, 239, 341, 353, 378 f., 399

- Profitratenfall 20 ff., 177, 197, 209, 216,  
 244, 266, 280, 281, 357, 378
- Rekonstruktion (nach 1945) 37 ff.,  
 110 ff.
- Staatsintervention 38 f., 51 f., 100 f.,  
 133, 134, 144, 146, 148, 158 f., 166,  
 177, 184, 214, 221, 241, 244, 258,  
 267, 273, 280, 313, 364 f., 382 ff.,  
 388 ff., 400
- Supranationalität 57, 124, 133, 135, 136,  
 137 ff., 140, 146, 147, 148, 149, 151,  
 176, 236, 241, 242, 260, 280, 366 f.,  
 413 f., 416
- Überakkumulation 32, 114, 128, 131,  
 145, 181, 214, 244, 254, 281, 283
- Ungleichmäßigkeit der ökonomischen  
 Entwicklung 28, 41, 44, 126 ff.,  
 164 ff., 183, 184, 191, 193, 195, 203,  
 209, 213 ff., 228, 232 f., 242, 248 ff.,  
 260, 267, 273, 280, 310, 389
- Verflechtung 182, 183, 186 ff., 191, 213,  
 234, 251
- Wechselkurs, Währung 28, 42 f., 169,  
 285 ff., 291, 297, 300, 310, 370 f.
- Weltmarkt 14 ff., 111, 114, 120, 122,  
 142, 154 ff., 158, 168, 193, 208, 209,  
 240, 275, 286, 303 f., 360 f., 367
- Weltwirtschaftskrise 19, 34, 53, 111,  
 208, 245, 302
- Westeuropa-USA 36 ff., 49, 69 ff., 95,  
 110 ff., 160, 180, 181, 205, 214, 216,  
 223, 233 f., 245 f., 277, 299 f., 308,  
 331 f., 336, 391 ff., 408
- Wettbewerbspolitik 312 ff.
- Wirtschafts- und Währungspolitik 153,  
 178, 182, 184, 195, 203, 235, 242,  
 252, 268 f., 291 f., 293, 312
- Wirtschafts- und Währungsunion  
 (WWU) 250, 254, 260, 269 f., 274,  
 290, 296 f., 310, 372, 417
- Zollunion 116, 120, 143, 152, 156,  
 178 f., 194, 203, 235, 251, 291

**Das vorliegende Buch ist eine Einführung in die politische Ökonomie der westeuropäischen Integration. Im Mittelpunkt der historischen und systematischen Analyse aller acht Beiträge steht der Zusammenhang von internationaler Kapitalbewegung und nationalstaatlicher Politik. Die EWG wird als Form eines transnationalen kapitalistischen Zusammenschlusses begriffen, der die ökonomischen und politischen Konkurrenzverhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg widerspiegelt. Zugleich werden durch die Darstellung des Integrationsprozesses und durch die Analyse von relevanten Teilbereichen der Integrationspolitik die Bedingungen für die widersprüchliche Entwicklung der EWG, die politischen Konflikte zwischen den hochentwickelten kapitalistischen Staaten sowie für das Scheitern integrationspolitischer Konzeptionen herausgearbeitet. Damit leistet dieses Buch einen Beitrag zum Verständnis nicht nur des gesellschaftlichen Charakters, sondern auch des Krisenprozesses der EWG.**

**Aus dem Inhalt:**

**Die Marxsche Theorie der Weltmarktbeziehung des Kapitals und die Rekonstruktion des Weltmarkts nach 1945 / Die internationale Konzentration und Zentralisation des Kapitals / Zur Geschichte der westeuropäischen Integration bis zur Gründung der EWG / Zur ökonomischen und politischen Struktur des Integrationsprozesses / Die EWG und die Krise des kapitalistischen Währungssystems / Die Wettbewerbspolitik der EWG / Kapitalistische Vergesellschaftung der Landwirtschaft und «Gemeinsamer Agrarmarkt» in der EWG / Möglichkeiten und Grenzen supranationaler staatlicher Regulierung: Forschungs- und Technologiepolitik.**